

KOALITION DES AUFBRUCHS UND DER ZUKUNFTS- CHANCEN

– Entwurf des Koalitionsvertrags von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –



31 **Inhalt**

32	Präambel	5
33	Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen.....	5
34	Beste Bildung für alle Kinder	6
35	Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt	6
36	Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz	7
37	Neuen Zusammenhalt schaffen	8
38	Gleichwertige Lebensverhältnisse und Stärkung der Innenstädte	8
39	Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat	8
40	Unser Land bleibt weltoffen, tolerant und vielfältig	9
41	Ressortübergreifende Regierungsschwerpunkte	10
42	SPD-Federführung: Rheinland-Pfalz zum führenden Biotechnologiestandort	
43	machen	10
44	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Federführung: Rheinland-Pfalz klimaneutral machen	
45		10
46	FDP-Federführung: Innenstädte der Zukunft	11
47	1. Beste Bildung für alle Kinder	12
48	Frühkindliche Bildung.....	12
49	Schule	15
50	2. Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt.....	22
51	Klimaschutz.....	22
52	Energie.....	24
53	Naturschutz	31
54	Ernährung, Ökologischer Landbau, Lebensmittelüberwachung	36
55	Tierschutz	37
56	Wald.....	38
57	Jagd	40
58	Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschutz und Umwelttechnologie	40
59	Immissionsschutz	43
60	3. Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz.....	45
61	Wirtschaft.....	45
62	Nachhaltig, stark, sozial gerecht – Wir machen Rheinland-Pfalz zum Gewinner der	
63	Transformation.....	45
64	Tourismus	55
65	Landwirtschaft und Weinbau	57
66	Verkehr/Infrastruktur	67
67	Mobilität für alle – Infrastruktur sichern – Klimaschutz verwirklichen – vernetzte	
68	Angebote ausbauen	67

69	Arbeit	75
70	Akademisierung der Gesundheitsberufe	78
71	Wissenschaft	83
72	Forschung und Innovation.....	83
73	Weiterbildung.....	91
74	Digitales Leben in Rheinland-Pfalz	93
75	Medien.....	99
76	4. Neuen Zusammenhalt schaffen.....	103
77	Pflege und Soziales	103
78	Pflegeinfrastruktur auf hohem Niveau weiterentwickeln.....	103
79	Gesundheit	110
80	Kultur	116
81	Kirchen und Religionsgemeinschaften	119
82	Zukunftssicher Bauen und Wohnen in Rheinland-Pfalz.....	120
83	Nachhaltigkeit im Landesbau – flächeneffizient und ressourcenschonend	124
84	Hochschulbau	125
85	Demokratie	126
86	Für ein vielfältiges und demokratisches Rheinland-Pfalz	127
87	Ehrenamt – praktizierte Demokratie	130
88	Kinder, Jugend und Familie	132
89	Familienland Rheinland-Pfalz	133
90	Frauen	137
91	Vielfalt.....	140
92	Integration.....	143
93	Sportland Rheinland-Pfalz	146
94	Europa und Internationales.....	148
95	5. Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat	152
96	Inneres.....	152
97	Polizei	152
98	Verfassungsschutz: Hass und Gewalt frühzeitig erkennen – Extremismus	
99	bekämpfen – Beratung und Prävention ausbauen	155
100	Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst.....	158
101	Justiz	160
102	Leistungsfähige Justiz als tragende Säule unseres Rechtsstaates.....	160
103	Kommunen und Kommunalentwicklung	165
104	Landesentwicklung	171
105	Haushalt und Finanzen.....	172
106	Haushaltspolitik.....	172

107	Das Land Rheinland-Pfalz – ein moderner, attraktiver und vielfältiger Arbeitgeber	
108		176
109	Verbraucher:innenschutz.....	179
110	6. Grundsätze der Zusammenarbeit und Vereinbarungen.....	181
111	Landtag und Bundesrat, Zusammenarbeit.....	181
112		
113		

114 Präambel

115 Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen

116 Wir befinden uns in einem Veränderungsjahrzehnt, in dem sich entscheiden wird, wie
117 wir in Zukunft in Rheinland-Pfalz leben werden. Die Bewältigung der Corona-Pande-
118 mie, der Einsatz gegen die Klimakrise, die Transformation in der Wirtschafts- und Ar-
119 beitswelt und die Gestaltung der Digitalisierung machen in den kommenden fünf Jah-
120 ren grundlegende Entscheidungen und Weichenstellungen notwendig. Die bevorste-
121 henden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche sind gewaltig, die Gefahr,
122 dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet ebenso. Diese Herausfor-
123 derungen gehen wir entschieden an. Wir wollen die Innovationskraft unserer Wirtschaft
124 stärken, uns auf den Weg hin zur Klimaneutralität machen, Mobilität neu denken, die
125 Digitalisierung unserer Gesellschaft nachhaltig und für alle zugänglich gestalten, un-
126 sere öffentliche Verwaltung effizient und bürgernah modernisieren, den Zusammenhalt
127 unseres Landes sichern für eine starke Demokratie und ein freiheitliches und weltoffe-
128 nes Rheinland-Pfalz. Unser gemeinsames Ziel ist, unser Land so weiter zu gestalten,
129 dass alle Menschen das Beste aus ihrem Leben machen können und die gleichen
130 Chancen haben, ihre Lebensziele zu erreichen. Damit das gelingen kann, werden wir
131 kraftvolle und mutige Schritte nach vorne gehen müssen. Wir müssen uns wandeln,
132 um zu bewahren, was Rheinland-Pfalz lebens- und liebenswert macht.

133 Die Ampel-Regierung will das Veränderungsjahrzehnt zukunftsfähig gestalten, um
134 auch unseren nachkommenden Generationen ein lebens- und liebenswertes Rhein-
135 land-Pfalz zu hinterlassen. Wir stellen die drei Dimensionen zukunftsfähiger Entwick-
136 lung ins Zentrum unserer Politik. Für uns bedingen sich soziale Gerechtigkeit, Ökologie
137 und Ökonomie. Wir arbeiten gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft unseres Landes.
138 Uns eint das Ziel, die besten Rahmenbedingungen für ein krisenfestes, soziales, kli-
139 maneutrales und zukunftsorientiertes Wirtschaften und Zusammenleben in Rheinland-
140 Pfalz zu schaffen – für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

141 Unser Koalitionsvertrag ist ein Zukunftsvertrag.

142 Die Corona-Pandemie bestimmt seit mehr als einem Jahr unser Leben in allen Berei-
143 chen. Sie hat unser Zusammenleben tiefgreifend verändert. Wir werden uns entschie-
144 den diesen vollkommen neuen Herausforderungen stellen. Denn auch die nächsten
145 fünf Jahre werden im Zeichen der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pande-
146 mie auf die gesamte Gesellschaft stehen. Das betrifft Familien mit Kindern und junge
147 Menschen in ihrer schulischen und persönlichen Entwicklung. Es betrifft die Wirtschaft
148 ebenso wie die Zivilgesellschaft, unser Gesundheitssystem ebenso wie die öffentliche
149 Verwaltung, die Kultur ebenso wie das Sport- und Vereinsleben oder die Zukunft un-
150 serer Innenstädte und den Schutz der Umwelt. Es betrifft die Frage von sozialer Un-
151 gleichheit ebenso wie die nach der Generationengerechtigkeit. Viele Menschen in un-
152 serem Land sind durch die Pandemie und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen hart
153 getroffen. Wir sind dankbar für die gesellschaftliche Solidarität, die viele Bürger:innen
154 in Rheinland-Pfalz jeden Tag leben und die Kreativität und Einsatzbereitschaft, mit der
155 viele unseren veränderten Alltag aktiv mitgestalten. Wir werden den sozialen und wirt-
156 schaftlichen Folgen der Pandemie mit zahlreichen konkreten Maßnahmen begegnen
157 und den Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stärken.

158 Mit Blick auf die Klimakrise sind wir die Generation, die die entscheidenden Weichen
159 für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen stellen muss. Unser entschlossenes Han-
160 deln heute wird darüber entscheiden, ob wir unseren Kindern und Kindeskindern in
161 Zukunft einen bewohnbaren Planeten hinterlassen.

162 Unsere Ampelregierung ist eine Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen mit
163 einer klaren Werteorientierung und einem starken gesellschaftlichen Mandat. Ihre
164 Stärke ist, dass sie breite Teile der rheinland-pfälzischen Gesellschaft hinter sich ver-
165 eint. In den vergangenen fünf Jahren haben wir Rheinland-Pfalz sozial gerecht, wirt-
166 schaftlich erfolgreich und ökologisch nachhaltig gestaltet. Die Bürger:innen haben
167 diese Arbeit honoriert und uns erneut das Vertrauen geschenkt. Nun gehen wir die
168 Herausforderungen der Zukunft entschlossen und mit Tatkraft an. Wir wollen Rhein-
169 land-Pfalz erneuern und in eine gute Zukunft führen. Unser Ziel ist ein innovatives,
170 solidarisches, klimaneutrales, weltoffenes und wirtschaftlich erfolgreiches Land. Wir
171 wollen den Menschen Sicherheit im Wandel geben und die Teilhabe aller auch für die
172 Zukunft sichern. Wir stehen für ein kinder- und familienfreundliches Rheinland-Pfalz.
173 Denn wir wissen: Allen geht es besser, wenn wir Gemeinsinn über Egoismus stellen
174 und Vielfalt über Ausgrenzung. In diesem Geist wollen wir unser Land weiter voran-
175 bringen.

176 Dafür treffen wir konkrete Vereinbarungen und formulieren auf Basis unserer unter-
177 schiedlichen politischen Perspektiven unsere zukunftsorientierte Politik:

178 **Beste Bildung für alle Kinder**

179 In Rheinland-Pfalz sollen alle Kinder die beste Bildung erhalten. Das bedeutet in den
180 20er Jahren dieses Jahrhunderts: junge Menschen auf ein Leben in einer digitalen und
181 vernetzten Welt vorzubereiten. Die Bildung der Zukunft gibt allen Kindern Chancen auf
182 ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben, weckt ihre Neugier und Krea-
183 tivität. Sie fördert jede Einzelne und jeden Einzelnen. Sie sensibilisiert junge Menschen
184 für Solidarität und Toleranz und ermutigt sie zu kritischem Denken.

185 Die Bildung der Zukunft braucht gute Lehrkräfte, ein modernes, digitales Lernumfeld
186 und die dazugehörige Infrastruktur. Sie braucht eine moderne Pädagogik und Frei-
187 räume jenseits des Lehrplans. Sie braucht besondere Unterstützung für Schwächere
188 und gezielte Förderung von Talentierten. Sie braucht gute Bedingungen für ein inklu-
189 sives, ein integratives, ein offenes und tolerantes Miteinander und stärkere Mitspra-
190 cherechte. Wir werden die sehr guten Rahmenbedingungen im rheinland-pfälzischen
191 Bildungssystem weiter verbessern und Impulse für eine neue Lernkultur und moderne,
192 zukunftsgerichtete Pädagogik geben. Mit dem weiteren flächendeckenden Ausbau der
193 Ganztagschulen werden wir einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie
194 und Beruf und zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben leisten.
195 Bildung ist ein grundlegendes Recht. Deshalb bleibt sie in Rheinland-Pfalz von der Kita
196 bis zur Hochschule gebührenfrei.

197 **Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt**

198 Wir wissen, dass es eine lebenswerte Zukunft nur mit wirksamem Klimaschutz gibt.
199 Unsere gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Zukunft hängt davon ab, ob wir es
200 schaffen, die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels und die Erder-
201 wärmung zu begrenzen. Denn konsequenter Klimaschutz schützt nicht nur unsere Na-
202 tur und trägt zum Erhalt unserer Wälder und unserer Artenvielfalt bei, sondern ist

203 grundsätzliche Voraussetzung, um unseren Kindern einen lebenswerten Planeten zu
204 hinterlassen. Wir müssen in den nächsten Jahren noch deutlich entschiedener und
205 schneller vorankommen, um unserer Verantwortung zur Einhaltung des Pariser Klima-
206 schutzabkommens nachzukommen. Dazu gehört der deutliche Ausbau der Erneuer-
207 baren Energien im Land, die Unterstützung unserer Wirtschaft auf dem Weg zur Kli-
208 maneutralität sowie die Gestaltung der Verkehrswende mit dem Ausbau eines attrak-
209 tiveren Angebots im ÖPNV und einer sicheren und attraktiven Infrastruktur für Radfah-
210 rer:innen.

211 Für uns ist klar: Gerade die Ärmsten in unserer Gesellschaft leiden am meisten unter
212 den Auswirkungen des Klimawandels. Vom Klimaschutz werden daher alle profitieren.

213 Neben dem Klimaschutz ist für eine gute Zukunft auch eine intakte Umwelt zentral. Wir
214 müssen daher heute Rücksicht auf die Regenerierbarkeit unserer natürlichen Ressour-
215 cen Luft, Wasser und Boden nehmen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir
216 wollen das ökologische Gleichgewicht bewahren und das Artensterben stoppen. Auch
217 die Stadt soll ökologisch aufgewertet werden. Unsere Naturparadiese wollen wir weiter
218 schützen und Lebensräume für Tier und Natur im Land ausweiten.

219 **Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz**

220 Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Innovationsvorreiter in der Bundesrepublik machen.
221 Insbesondere die Nachhaltigkeit eröffnet uns Märkte der Zukunft, die wir noch stärker
222 erschließen wollen. Dabei bauen wir auf unsere starke Wirtschaft: kleine Betriebe ge-
223 nau so wie Weltkonzerne, Selbständige und Mittelstand. Wir fördern kreative Köpfe, die
224 an den Lösungen für morgen arbeiten. Wir setzen faire und moderne Rahmenbedin-
225 gungen, um unseren innovativen Mittelstand zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

226 Die starke Sozialpartnerschaft mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften ist da-
227 bei ein Standortvorteil. Mit unserer Politik schaffen wir gute Rahmenbedingungen für
228 unsere soziale Marktwirtschaft und den Erhalt unseres Wohlstands. Wir wollen, dass
229 Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein starker Industriestandort bleibt und unsere Indust-
230 rie zum Vorreiter bei den Technologien der neuen Zeit wird: bei alternativen Antrieben,
231 bei der Batterietechnik, in der Industrie 4.0, beim Smart Farming, beim Einsatz von
232 grünem Wasserstoff, bei der Nutzung Erneuerbarer Energien, in der klimaneutralen
233 Produktion. Wir werden unseren bundesweiten Spitzenplatz in der KI-Forschung wei-
234 ter ausbauen und künstliche Intelligenz auch ganz gezielt im Kampf gegen die Klima-
235 krise einsetzen, zum Beispiel durch intelligente Speicher, energieeffizientes Sanieren
236 und ressourceneffiziente Verkehrssteuerung.

237 Wir wollen Rheinland-Pfalz in diesem Jahrzehnt zu einem führenden Standort in der
238 Biotechnologie und Alternsforschung machen. Durch Weiterbildung und Qualifizierung
239 schaffen wir neue Chancen am Arbeitsmarkt, stärken die Beschäftigten und verhin-
240 dern, dass die Veränderungen zu Risiken und verringerter Teilhabe führen – gerade
241 auch bei der Ausbildung. Wir werden uns auch in Zukunft für die Gleichwertigkeit aka-
242 demischer und beruflicher Bildung sowie für die Sicherung unseres Fachkräftenach-
243 wuchses einsetzen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben
244 und in Führungspositionen fördern. Mit unseren exzellenten Forschungsstandorten
245 und dem engen Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verfügen wir in
246 Rheinland-Pfalz über die besten Voraussetzungen, um mit innovativen Ideen und tech-
247 nischen Möglichkeiten die umfassenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesell-

248 schaft zu gestalten und uns auf einen eindeutigen Pfad hin zur Klimaneutralität zu be-
249 geben. Dafür stärken wir gezielt die Investitionen in Spitzenforschung, mit Cluster- und
250 Netzwerkbildungen, fördern neue und innovative Ideen und bereiten den Boden dafür,
251 dass innovative Lösungen für die Klimakrise aus rheinland-pfälzischer Spitzenfor-
252 schung stammen und dass rheinland-pfälzische Unternehmen führend bei den Tech-
253 nologien der Zukunft werden. So machen wir Klimaschutz zum Innovationstreiber und
254 Jobmotor für unser Land. Für Unternehmen und ihre Beschäftigten gilt es, Lösungen
255 zu finden, die technologischen Wandel und die Prinzipien guter Arbeit im Verände-
256 rungsjahrzehnt vereinen.

257 **Neuen Zusammenhalt schaffen**

258 Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem sich die Bürger:innen aktiv für ein gutes und soli-
259 darisches Miteinander einsetzen. In keinem anderen Bundesland sind mehr Menschen
260 ehrenamtlich engagiert – dieses gute Miteinander werden wir weiter unterstützen, da-
261 mit Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein Land der Chancen und des Zusammenhalts
262 bleibt. Wir spüren, dass die Corona-Pandemie unsere Gesellschaft an einigen Stellen
263 auseinanderzutreiben droht. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, den Zusammen-
264 halt zu sichern und dort, wo sich Brüche zeigen, gemeinsam neu aufzubauen. Wir
265 nehmen die Sorgen der Familien, unserer Vereine, der Kulturschaffenden aber auch
266 der Unternehmen und ihrer Beschäftigten ernst. Und wir wollen dort, wo das Vertrauen
267 in die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Politik gelitten hat, für neues Ver-
268 trauen sorgen. Wir wollen die Teilhabe aller Bürger:innen sichern und ein Land schaf-
269 fen, welches ihnen die bestmöglichen Chancen bietet, sich selbstbestimmt und frei zu
270 entfalten. Wir wollen keine Wege vorgeben, sondern ermöglichen. So unterschiedlich,
271 vielfältig und bunt die Lebensentwürfe der Menschen sind, so ermöglichend, unterstüt-
272 zend und freiheitswährend wollen wir Land und Gesellschaft gestalten.

273 **Gleichwertige Lebensverhältnisse und Stärkung der Innenstädte**

274 Starke Kommunen sind und bleiben ein zentrales Ziel unseres politischen Handelns.
275 Durch eine umfassende Daseinsvorsorge sichern wir gleichwertige Lebensverhält-
276 nisse in Stadt und Land. Dazu gehören für uns der freie Zugang zu Bildung, eine gute
277 gesundheitliche Versorgung, der weitere Gigabit-Ausbau, die Weiterentwicklung unse-
278 rer nachhaltigen Mobilitätsangebote, wie ÖPNV und Radverkehr, und die Verstetigung
279 neuer Nahversorgungsmodelle. Unsere Innenstädte und Dorfkerne werden sich in den
280 nächsten Jahren stark verändern. Wir nehmen alle Dimensionen guten städtischen
281 Lebens in den Blick, um auch in Zukunft in Rheinland-Pfalz florierende Innenstädte mit
282 bezahlbarem Wohnen, lokalem Handel, Gastgewerbe und Kultur zu haben. Zu mehr
283 Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden gehören für uns auch weniger Ver-
284 kehrslärm und mehr Grünflächen, die einen höheren Erholungswert bieten.

285 **Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat**

286 Die Corona-Krise wird die öffentlichen Haushalte auch in den kommenden Jahren
287 spürbar belasten. Wir wollen auch in Zukunft mit einer soliden und verantwortungsvol-
288 len Haushaltspolitik sicherstellen, dass wir unsere Aufgaben für die Bürger:innen ver-
289 lässlich wahrnehmen können und Spielräume für die Zukunftsgestaltung erhalten.
290 Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Und das soll so bleiben. Wir werden auch in
291 Zukunft für die Sicherheit der Menschen in unserem Land sorgen. Deshalb stellen wir
292 sicher, dass unsere bürgernahe Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte weiterhin tech-

293 nisch gut ausgerüstet und personell stark aufgestellt sind. Wir stärken unseren Rechts-
294 staat durch eine moderne und effektive Justiz, die wir auch weiterhin gut ausstatten
295 und in den nächsten Jahren konsequent digitalisieren.

296 **Unser Land bleibt weltoffen, tolerant und vielfältig**

297 Uns verbindet eine offene und freiheitliche Grundhaltung, die die gesellschaftliche Viel-
298 falt der Lebensrealitäten aktiv anerkennt und alle Menschen, unabhängig von Herkunft,
299 Geschlecht, Religion, Alter, Beeinträchtigung, Hautfarbe, sozialem Status, sexueller
300 Identität oder Orientierung, diskriminierungsfrei einbezieht. Wir werden uns auch in
301 Zukunft mit aller Entschlossenheit gegen Diskriminierung, Antisemitismus, Antiziganis-
302 mus, Rassismus, Hass und Hetze sowie jede Form von Gewalt stellen. Rheinland-
303 Pfalz ist ein Einwanderungsland, in dem wir weiter Integration leben und Teilhabe auf
304 Augenhöhe ermöglichen.

305 Gemeinsam wollen wir für die Menschen in Rheinland-Pfalz neue Zukunftschancen
306 schaffen. Dafür stellen wir mit dem Koalitionsvertrag zentrale Weichen – für eine gute
307 Zukunft und ein erfolgreiches Rheinland-Pfalz.

Ressortübergreifende Regierungsschwerpunkte

SPD-Federführung: Rheinland-Pfalz zum führenden Biotechnologiestandort machen

In der Corona-Pandemie war Rheinland-Pfalz die Apotheke der Welt. Der Impfstoff von BioNTech basiert auf einer weltweit neuartigen mRNA-Technologie. Diese individualisierte Therapie kann der Schlüssel zur Überwindung schwerer Krankheiten, wie Krebs, Multiple Sklerose oder Diabetes sein. Wir wollen das Momentum der weltweiten Sichtbarkeit des Wissenschafts- und Biotechnologiestandortes Mainz insbesondere durch die Erfolge der Firma BioNTech nutzen, um schnell und zielgerichtet die gesamte Wertschöpfungskette am Standort dauerhaft zu sichern und zu erweitern. Rheinland-Pfalz soll zum führenden Standort für Biotechnologie ausgebaut werden. Gemeinsam mit der Stadt Mainz, der Universität Mainz, der Unimedizin und weiteren Akteuren werden wir die verschiedenen Maßnahmen bündeln. Ein:e Koordinator:in der Landesregierung für Biotechnologie wird zentrale:r Ansprechpartner:in für alle Akteure sein. Die Erfolge der vergangenen Jahre im Umfeld des Wissenschaftsstandortes Mainz bieten dazu eine hervorragende Grundlage auf der wir mit verschiedenen Säulen aufbauen:

- Wir werden die Grundlagenforschung stärken. Dazu gehören beispielsweise die Bereiche der Erforschung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der psychischen Gesundheit sowie der Krebsforschung im Schulterschluss zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (wie u.a. TRON, HI-TRON, IMB).
- Wir werden die Forschung für gesundes Altern zu einem Schwerpunkt der Gesundheitsforschung in Rheinland-Pfalz ausbauen.
- Wir werden in Mainz die Standortbedingungen für Biotechnologieunternehmen weiterentwickeln und ein attraktives Umfeld für ansiedlungswillige Unternehmen und gute Arbeitsplätze in diesem Bereich schaffen. Wir werden das Technologiezentrum Mainz zum Gründerzentrum in diesem Bereich ausbauen und weiterentwickeln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Federführung: Rheinland-Pfalz klimaneutral machen

Das Erreichen der Klimaneutralität gehört zu den größten Zukunftsherausforderungen. Wir müssen den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduzieren und die Erderwärmung stoppen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Konsequenter Klimaschutz ist die einzige Chance, um das Klimaabkommen von Paris mit Leben zu füllen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen und unseren Kindern und zukünftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Zugleich bieten Klimaneutralität und Klimaschutz eine riesige Chance, unsere Wirtschaft ökologisch zu modernisieren, für die Zukunft zu rüsten und sind für den Erhalt unserer Industrie, unserer Arbeitsplätze und unseres Wohlstandes unabdingbar. Mit uns bleibt Rheinland-Pfalz weiterhin Klimaschutz-Vorreiter. Wir werden notwendige und mutige Schritte gehen und die Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz so gestalten, dass Rheinland-Pfalz in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 klimaneutral wird. Dabei zählt jedes Jahr!

Wir werden Windkraft und Solarenergie kräftig ausbauen, um bis 2030 eine Verdoppelung der installierten Leistung bei Windkraft und eine Verdreifachung bei der Solarenergie zu erreichen. Dazu werden wir eine Photovoltaik-Pflicht für gewerbliche Bauten und Parkplätze mit mehr als 50 Stellplätzen einführen. Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einer Modellregion für die grüne Wasserstofftechnologie machen und unsere Wirtschaft auf dem Weg hin zur Klimaneutralität unterstützen. Wir schaffen ein Klimaschutzministerium, dass diese Querschnittsaufgabe vorantreibt. Mit einem Kommunalen-Klimapakt werden wir die Kommunen unterstützen, Klimaschutz vor Ort noch engagierter zu betreiben. Bei öffentlichen Gebäuden, wie Schulen und Universitäten, wollen wir Nachhaltigkeit und Klimaneutralität deutlich vorantreiben. Bis 2030 wollen wir die Landesverwaltung klimaneutral aufstellen, vom Fuhrpark bis hin zur Bautätigkeit.

Klimaneutralität ist nicht möglich, wenn nicht alle Sektoren den Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ deutlich verringern. Deshalb werden wir auch die Mobilität im Flächenland Rheinland-Pfalz neu denken. Wir wollen, dass die Mobilität der Zukunft Fahrt aufnimmt. Dafür bauen wir Busse und Bahnen aus und unterstützen neue Mobilitätskonzepte wie, Carsharing, E-Bikes oder etwa On-Demand-Verkehre. Wir werden in der Legislaturperiode in ein 365-EuroTicket für junge Menschen in Rheinland-Pfalz einsteigen. Die Mobilität der Zukunft zu stärken, wird eine unserer zentralen Aufgaben sein, um die Mobilitätswende in Rheinland-Pfalz voranzubringen. Wir werden dem Radwegebau eine neue Dynamik geben und den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr deutlich ausbauen.

Und natürlich ist für uns Klimaschutz auch Waldschutz. Wir müssen alles dafür tun, dass die grüne Lunge unseres Landes erhalten bleibt. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, um die Erforschung und den Umbau unserer Wälder zu klimastabilen Wäldern voranzubringen.

FDP-Federführung: Innenstädte der Zukunft

Attraktive, lebendige Innenstädte sind wirtschaftliche, kulturelle und kommunikative Zentren. Wir werden die Zukunft unserer Innenstädte gestalten, damit sie gestärkt aus der Pandemie hervorgehen. Wir wollen den lokalen Handel dabei unterstützen, sein Angebot mit modernen Konzepten erfolgreich zu präsentieren und mit digitalen Lösungen auch den vernetzten Kunden zu offerieren. Hier wollen wir Ansätze aus unserem Einzelhandelsgipfel umsetzen. Wir wollen auch Handwerksbetriebe in unsere Innenstädte locken, damit sich Kunden und Hersteller begegnen. Ebenso zählen Dienstleister wie Banken und Behörden zum Rückgrat einer lebendigen Innenstadt. Wir wollen Plätze und Straßen in unseren Innenstädten für kulturelle Angebote nutzen und das gesellschaftliche Leben wieder aufblühen lassen. Dazu brauchen wir ansprechende Restaurants, Gaststätten und Cafés, damit sich Einkaufen und Entspannung zu einem Gesamterlebnis verbinden und die Bürger:innen sich gerne in unseren Innenstädten aufhalten. Und wir wollen nach der Pandemie den Städte-Tourismus wieder ankurbeln, damit noch mehr Menschen aus anderen Regionen zu uns finden.

395 **1. Beste Bildung für alle Kinder**

396 Unser Ziel ist: beste Bildung für alle Kinder! Jedes Kind soll in Rheinland-Pfalz seine
397 Fähigkeiten, Talente und Interessen entwickeln können und in unseren Kitas und
398 Schulen die individuelle Förderung erhalten, die es benötigt. Eine zentrale Herausfor-
399 derung der nächsten Jahre ist es, den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
400 Bildungschancen zu begegnen. In Rheinland-Pfalz darf kein Kind zum Verlierer der
401 Pandemie werden. Zudem werden wir – in den nächsten Jahren intensiv weiter daran
402 arbeiten, dass der Bildungserfolg in Rheinland-Pfalz keine Frage der sozialen Herkunft
403 ist. Auch deswegen bleibt Bildung in Rheinland-Pfalz von der Kita bis zur Hochschule
404 gebührenfrei.

405 Eine gute Zukunft fängt bei unseren Kleinsten in den Kitas an: Wir wollen in allen Kitas
406 in Rheinland-Pfalz sehr gute Rahmenbedingungen zum Aufwachsen und Lernen
407 schaffen. Mit dem Kita-Zukunftsgesetz haben wir eines der modernsten Kita-Gesetze
408 Deutschlands. Wir haben die Gebührenfreiheit ausgeweitet, sorgen flächendeckend
409 für eine gute Betreuungsqualität in den Kitas und verbessern weiter die Vereinbarkeit
410 von Familie und Beruf.

411 Unsere Schulen machen wir fit, für das Lehren und Lernen in einer digitalen und ver-
412 netzten Welt. Dazu werden wir weiter für sehr gute Rahmenbedingungen an unseren
413 Schulen sorgen und Impulse für eine neue Lernkultur und moderne, zukunftsgerichtete
414 Pädagogik geben. Wir werden für unsere Lehrkräfte auch in Zukunft für ein modernes,
415 digitales, bedarfsgerechtes Lernumfeld sorgen, die dazugehörige Infrastruktur schaf-
416 fen und an unseren Kitas und Schulen ein inklusives, ein integratives, ein offenes und
417 tolerantes Miteinander fördern und stärkere Mitspracherechte ermöglichen.

418 **Frühkindliche Bildung**

419 Die Pandemie hat es unmissverständlich vor Augen geführt: Der Zugang zur frühen
420 Bildung und Betreuung ist für alle Kinder und ihre Eltern entscheidend. Dabei ist die
421 Gebührenfreiheit für alle Kinder ab zwei Jahren für uns unverzichtbar. Damit sich Kin-
422 der unabhängig von ihrer Herkunft in kindgerechtem Rahmen individuell und gemäß
423 ihren Fähigkeiten entwickeln können, ist die Arbeit der engagierten und qualifizierten
424 Fachkräfte in unseren Kindertageseinrichtungen von unschätzbarem Wert. Wir setzen
425 deshalb auf die Weiterentwicklung guter struktureller Rahmenbedingungen und auf die
426 gute und attraktive Ausbildungsmotivierter und qualifizierter Fachkräfte. Dank ihrer
427 hochwertigen pädagogischen Arbeit vor Ort und des großen Engagements der Träger
428 sehen wir im Land eine hervorragende Grundlage, um die bereits gute Qualität in allen
429 unseren Kitas weiterhin sicherzustellen und gemeinsam weiter voran zu bringen.

430 **Kita-Gesetz/ Multiprofessionalität**

431 Mit Inkrafttreten des Landesgesetzes über die Erziehung, Bildung und Betreuung von
432 Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiTaG) wurden in der letzten
433 Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Rheinland-Pfalz in der
434 Kindertagesbetreuung weiterhin einen Spitzenplatz unter den Ländern einnimmt.

435 Wir haben mit diesem Gesetz die Grundlagen für die Personalbemessung verbessert
436 und werden die Umsetzung, wie vom Landtag beschlossen, durch eine umfassende

437 Evaluation mit wissenschaftlicher Expertise begleiten. Wir wollen, dass unsere auf ho-
438 hem Niveau ausgebildeten Erzieher:innen gemeinsam mit Fachkräften aus ver-
439 schiedensten Berufsbildern in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. Hierfür
440 hat die bereits bestehende Fachkräfteverordnung einen Weg eingeschlagen, multipro-
441 fessionelle Teams in unseren Kindertagesstätten auszubauen und zu fördern. Dazu
442 gehört der Ausbau der Kitasozialarbeit, die Weiterentwicklung der alltagsintegrierten
443 Sprachförderung, der Förderung von Interkulturalität und Mehrsprachigkeit sowie die
444 Stärkung der Kita im Sozialraum durch die Möglichkeiten des Sozialraumbudgets.
445 Diese Struktur untermauert den inklusiven Anspruch, dem sich alle Kitas im Land stel-
446 len müssen.

447 Die Fortführung von Kooperationsprojekten wie „Kinder singen und musizieren in der
448 Kindertagesstätte“ (SIMUKI) und „Kinder machen Musik in Kita und Grundschule“
449 (MUKI) sowie weiterer Kooperationen im Sinne gelingender frühkindlicher Bildung wie
450 z.B. dem „Haus der kleinen Forscher“, Sportvereinen, Verbänden, Organisationen und
451 Betrieben werden wir weiter unterstützen.

452 Mit dem KiTaG haben wir den Rechtsanspruch der Eltern auf eine Betreuung von min-
453 destens 7 Stunden am Stück pro Tag inklusive eines gesunden Mittagessens umge-
454 setzt. Wir legen großen Wert auf eine nachhaltige Ernährungsweise und Ernährungs-
455 bildung und werden die Kitas dabei unterstützen, bei der Ausgestaltung des Verpfle-
456 gungsangebots schrittweise den Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Er-
457 nährung e.V. zu erreichen und die Nachhaltigkeit in der Verpflegung durch die Ver-
458 wendung von Produkten aus biologischer Erzeugung und regionaler Produktion zu
459 verbessern. Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung soll die Träger intensi-
460 ver bei der Vergabe beraten können.

461 Weil wir wissen, dass ein zuverlässiges Angebot frühkindlicher Bildung gleichermaßen
462 Grundvoraussetzung für eine individuelle Förderung des Kindes wie auch für eine bes-
463 sere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, unterstützen wir die Träger bei der be-
464 darftgerechten Erweiterung der Öffnungszeiten für Kitas, etwa in den Randzeiten – in
465 Einzelfällen bis hin zu 24 Stunden. Wir werden die Träger und das Fachpersonal zu-
466 dem weiter dabei unterstützen, die Qualitätsentwicklung in der frühkindlichen Bildung
467 auf Basis des KiTaG kontinuierlich weiter voranzutreiben.

468 **Fachkräftesicherung und -gewinnung**

469 Der Platzausbau, die Ausweitung der Betreuungsumfänge und die qualitative Weiter-
470 entwicklung unserer Einrichtungen erfordern zusätzliche Fachkräfte. Mit der Anpas-
471 sung der Fachkräftevereinbarung haben wir die Grundlage dafür gelegt, dass gut qua-
472 lifiziertes Personal unterschiedlicher Fachrichtungen in unseren Einrichtungen zum
473 Einsatz kommt. Diese Multiprofessionalität wollen wir ausbauen. Darüber hinaus wer-
474 den wir die berufsbegleitende Ausbildung analog zur dualen Ausbildung flächende-
475 ckend etablieren. Außerdem werden wir die Attraktivität der Berufsbilder der frühkind-
476 lichen Bildung noch stärker herausstellen. Dazu wollen wir gezielt für die Berufsfelder
477 der frühkindlichen Bildung werben, über die verschiedenen Einstiegs- und Weiterent-
478 wicklungsmöglichkeiten informieren, tradierte Rollenbilder aufbrechen und so neue
479 Fachkräfte aller Geschlechter gewinnen. Unsere Fachkräfte haben Anspruch auf eine
480 gute und gerechte Vergütung.

481 **Digitalisierung**

482 Digitale Medien und Prozesse sind mittlerweile in allen Bereichen des gesellschaftli-
483 chen Lebens verankert und gehören damit auch zur Lebenswelt von Kindern im Kita-
484 alter dazu. Wir werden deshalb verstärkt Erzieher:innen unterstützen, auch unseren
485 Kleinsten spielerisch Medienkompetenz zu vermitteln, damit ihnen ein guter und siche-
486 rer Start in die digitalisierte Welt gelingt.

487 **Partizipationskultur/ Demokratiebildung**

488 Das Rückgrat einer erfolgreichen frühkindlichen Bildung für jedes Kind stellt die part-
489 nerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Eltern, Kindern und Kitas
490 dar. Mit dem KiTaG sind daher die gesetzlichen Voraussetzungen für eine strukturell
491 verankerte Elternmitwirkung von der Kita vor Ort über die Landkreise und Städte bis
492 hin zur Landesebene gestärkt worden. Damit der Landeselternausschuss (LEA) sei-
493 nen Aufgaben gerecht werden kann, errichten wir eine Geschäftsstelle des LEA. Gute
494 Elternmitwirkung braucht informierte Elternvertretungen. Das Land setzt sich für eine
495 Förderung von Fortbildungsangeboten für Eltern ein, die sich in den Elternvertretungen
496 einbringen wollen.

497 Gegenseitige Achtung, Meinungsbildung, Respektieren von Unterschiedlichkeit, Ak-
498 zeptanz von Vielfalt, Aushandeln gemeinsamer Regeln – all das muss von klein auf
499 erlebt und erlernt werden, damit unsere demokratische Gesellschaft eine gute Zukunft
500 hat. Demokratieerleben und -lernen muss deshalb schon in der Kita beginnen.

501 Der Aufbau partizipativer Strukturen soll deshalb entlang der gesamten Bildungskette
502 stattfinden. Das KiTaG sieht einen Kita-Beirat vor. Darüber hinaus sollen die Fach-
503 kräfte qualifiziert werden, um in allen Einrichtungen eine kinderrechtebasierte Quali-
504 tätsentwicklung im Sinne von Demokratiepädagogik, Menschenrechtsbildung, Partizi-
505 pationskultur und kindgerechte Beschwerdestrukturen voranzubringen.

506 **Übergang Kita – Grundschule**

507 Ein gelingender Übergang von der Kita zur Grundschule für die weitere Bildungsbi-
508 ografie unterstützt die weiterhin erfolgreiche Bildungsarbeit im Sinne eines starken, neu-
509 gierigen, wissbegierigen Kindes. Dabei müssen auch die unterschiedlichen Möglich-
510 keiten der individuellen Förderung zur Vorbereitung auf die Schule in den Blick genom-
511 men werden. Die bereits in den Kindertagesstätten identifizierten Stärken wie auch
512 individuelle Förderbedarfe eines jeden Kindes und die damit verbundenen besonderen
513 Fördermaßnahmen sollen am Übergang zur Grundschule nicht verloren gehen, son-
514 dern möglichst nahtlos fortgesetzt werden. Wir werden die bestehenden Konzepte und
515 Bildungsinhalte überprüfen und prozesshaft im Sinne einer gezielten und verbindlichen
516 Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule noch systematischer miteinander
517 verzahnen.

518 **Transferagentur weiterführen**

519 Bildungschancen werden entscheidend in den Kommunen geprägt. Sie sind Träger
520 von Kindertagesstätten, Schulen, Volkshochschulen und können durch intensive Ver-
521 netzung und Unterstützung wichtige Voraussetzungen für die optimale Gestaltung von
522 Bildungsbiografien leisten. Die Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement
523 Rheinland-Pfalz – Saarland hat seit ihrer Errichtung im Jahr 2014 viele Kommunen in

524 Rheinland-Pfalz erfolgreich bei der Schaffung eines kommunalen Bildungsmanage-
525 ments unterstützt. Diese wichtige Arbeit wollen wir in geeigneter Form und in enger
526 Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden weiterführen.

527

528 **Schule**

529 **Die Schule der Zukunft**

530 Die Schulen im 21. Jahrhundert stehen vor großen Herausforderungen. Die Schüler:in-
531 nen müssen auf die Anforderungen in einer globalisierten, digitalen Welt vorbereitet
532 werden. Die Schulen der Zukunft sollen sich deshalb in unterschiedlichen Bereichen
533 weiterentwickeln und für andere Vorreiter und Vorbild sein. Um Schulen auf diesem
534 Weg zu unterstützen, stellen wir einen „Zukunftsfonds Schule“ zur Verfügung.

535 Die Schule der Zukunft ist innovativ, modern, sozial, inklusiv, digital und nachhaltig:
536 Deshalb wollen wir die pädagogische Arbeit weiterentwickeln. Die Schule der Zukunft
537 lehrt und lebt Demokratie. Sie ist geprägt von neuen Arbeitsformen, dem Austausch
538 und Miteinander auf allen Ebenen sowie einer guten Verankerung in der Gesellschaft.
539 Das wollen wir mit einem breiten Beteiligungsprozess erreichen.

540 Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Schule der Zukunft stärker nut-
541 zen und die Arbeit in multiprofessionellen Teams ausweiten. Wir wollen Schulen mehr
542 Selbstständigkeit ermöglichen und hierbei insbesondere die Ausweitung der Möglich-
543 keiten zur Personalgewinnung, eigener Budgets und Schwerpunktsetzung in den Blick
544 nehmen. Wir wollen Räume schaffen für flexiblere Unterrichts- und Lernzeiten, wo
545 Lehrkräfte zu Lernbegleiter:innen werden und noch viel mehr didaktische Möglichkei-
546 ten nutzen können, Schüler:innen in mehr Eigenverantwortung und Kooperation neue
547 Themenfelder – auch in einem nach außen hin offeneren, lebensweltorientierten Um-
548 feld – erschließen können und die Digitalisierung neue Möglichkeiten der individuellen
549 Förderung eröffnet. Dazu gehört auch die Erprobung demokratischer Beteiligungsin-
550 strumente wie Schulparlamente. Die Schulen werden bestärkt darin, außerschulische
551 Lernorte und Erfahrungsfelder in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen oder
552 neue zu erschließen.

553 Dreh- und Angelpunkt für eine gute Schulentwicklung ist eine professionell aufgestellte
554 Schulleitung. Auch diese werden wir weiter stärken, qualifizieren und unterstützen –
555 ebenso die Studienseminare und Ausbildungsschulen.

556 Schulartübergreifend wollen wir neue Formen des gemeinsamen Lehrens und Lernens
557 entwickeln und erproben und das, was sich bewährt, fest etablieren.

558 - Die Schule der Zukunft ist eine Chancenschule: Wir gehen den Weg der sozialen
559 Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, Inklusion sowie
560 Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung konsequent weiter. Dabei haben wir ein
561 besonderes Augenmerk auf Schulen in sozial herausfordernden Lagen. Es gibt
562 Schulen, die ein Mehr an Unterstützung brauchen, um die Schüler:innen zum
563 bestmöglichen Bildungserfolg zu führen: mehr Lehrkräfte, mehr Zeit für
564 Schulleitung und Schulentwicklung, mehr Beratung, mehr Schulsozialarbeit, mehr
565 Sprachförderung und mehr Zeit für individuelle Förderung auch über externe
566 Fachkräfte an Schulen. Jugendliche wollen wir beim Erwerb eines

567 Schulabschlusses und dem Übergang in Ausbildung und Beschäftigung gezielt
568 fördern und die Schulabbrecherquote minimieren. Programme wie „S hoch 4 –
569 Schule stärken, starke Schule!“ und „Schule macht stark“ wollen wir weiterführen.
570 Benachteiligte Jugendliche wollen wir beim Erwerb eines Schulabschlusses und
571 dem Übergang in Ausbildung und Beschäftigung gezielt fördern, die
572 Schulabbrecherquote minimieren und das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ weiter
573 ausbauen und mit Blick auf unsere Förderschüler:innen fortsetzen.

574 - Die Schule der Zukunft ist im Sozialraum vernetzt: Wir wollen Familienzentren als
575 zentrale Orte der Begegnung, Bildung und Förderung für Kinder und Familien
576 modellhaft entwickeln. In den Familienzentren werden noch intensivere Netzwerke
577 zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen, Familien, Vereinen und
578 Organisationen, außerschulischen Beratungs- und Bildungsangeboten, der
579 Schulsozialarbeit, Einrichtungen der Jugendhilfe sowie den weiterführenden
580 Schulen im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft geknüpft. Einher gehen mehr
581 Bildungs- und Teilhabechancen: Kinder profitieren von noch nahtloseren
582 Übergängen und bestmöglicher individueller Förderung. Eltern können sich
583 wohnortnah und niedrigschwellig einbringen und vielfältig vernetzte Beratungs- und
584 Dienstleistungen für Kinder und Familien direkt in Anspruch nehmen oder sich
585 vermitteln lassen. Und der Sozialraum profitiert von einem lebendigen Lern- und
586 Lebensort.

587 Die Schule der Zukunft braucht moderne Lern- und Arbeitsbedingungen für Schüler:in-
588 nen und Lehrkräfte. Inklusion, Ganzttag, Digitalisierung und Erkenntnisse aus der
589 Corona-Pandemie sind Aspekte von pädagogischen Konzepten, die ebenso wie der
590 Klimawandel und das „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ bei der Modernisie-
591 rung der Schulbaurichtlinie zu berücksichtigen sind. Um die geänderten Anforderun-
592 gen an Schulbauten abzubilden, werden wir diese überarbeiten. Wir werden die für
593 den Bau unserer Schulen verantwortlichen Schulträger bei ihrer Aufgabe des Schul-
594 baus weiterhin unterstützen. Eine Einbeziehung der Lehrkräfte, Schüler:innen sowie
595 Eltern schon mit Beginn der Planung von Baumaßnahmen ist uns wichtig.

596 **Digitalisierung**

597 Die Digitalisierung hat in den letzten Monaten einen enormen Schub erfahren. Bund,
598 Land und Kommunen haben sie in einem gemeinsamen Kraftakt vorangetrieben. Hie-
599 ran wollen wir anknüpfen. Wir wollen sicherstellen, dass die technische Ausstattung
600 unserer Schulen dauerhaft den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht und
601 der Fokus auf der Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Pädagogik liegt. Wir
602 unterstützen die Schulträger dabei, den Schulen bis zum Ende des nächsten Schul-
603 jahres flächendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen und die Ausstattung mit belas-
604 tungsfähiger Bandbreite, ausreichenden Serverkapazitäten, digitalen Endgeräten so-
605 wie beim Einsatz von Software und Lehr- und Lernmedien voranzutreiben. Dabei sol-
606 len auch Inhouse-WLAN-Lösungen als zentrale digitale Infrastruktur in Bildungsein-
607 richtungen mitgedacht werden. Dazu gehört auch die entsprechende Anwendungsbe-
608 treuung der technischen Infrastruktur. Wir werden die Vereinbarung mit den kommu-
609 nalen Spitzenverbänden umsetzen, auf deren Grundlage die Schulen ausreichend di-
610 gitalen Support erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Bund auch nach Aus-
611 laufen des Digitalpakts weiter am Ausbau der Digitalisierung von Schulen beteiligt.
612 Schüler:innen, die an der Lernmittelfreiheit teilnehmen, sollen bereits im Schuljahr
613 2022/2023 ein digitales Endgerät unentgeltlich ausleihen können. Das System der

614 Schulbuchausleihe entwickeln wir weiter mit dem Ziel, dass auch alle anderen Schü-
615 ler:innen ein digitales Endgerät gegen Gebühr ausleihen können. Die pädagogische
616 Gestaltung des Unterrichts passen wir an die neuen Anforderungen an. Unsere Lehr-
617 kräfte erhalten digitale Endgeräte. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften
618 werden wir intensivieren und ausweiten.

619 Wir werden eine zentrale Kompetenzstelle beim Pädagogischen Landesinstitut ein-
620 richten, die Leistungen für schulisches Lehren und Lernen im digitalen Raum bündelt,
621 aktuelle wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen aufgreift, Partner ver-
622 netzt und passgenaue pädagogisch-didaktische Angebote, Lehrkräftefortbildung und -
623 beratung sowie Unterstützungsangebote im Bereich der digitalen Ausstattung und des
624 technischen Supports für Schulen aus einer Hand bietet.

625 Unser erfolgreiches Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ werden wir
626 bis zum Ende der Legislaturperiode auch zum Standard für alle Grundschulen ma-
627 chen. Unser Ziel ist es, dass digitale Lehr- und Lernmedien inklusiv sind.

628 **Gute Unterrichtsversorgung**

629 Guter Unterricht braucht gute Rahmenbedingungen, vor allem durch die Unterrichts-
630 versorgung, die wir weiter verbessern werden. Schulen brauchen genügend Stunden
631 zur verlässlichen Abdeckung des Pflichtunterrichts sowie für zusätzliche Differenzie-
632 rungs- und Fördermaßnahmen. Digitale Lernformen, eigenverantwortliches und ko-
633 operatives Lernen ergänzen hierbei die didaktischen Möglichkeiten von Unterricht. Wir
634 werden die Lehrkräfteaus-, weiter-, und -fortbildung, sowie die Qualifizierung von
635 Schulleitungen den aktuellen Anforderungen entsprechend im Schulalltag weiterent-
636 wickeln.

637 Unser Anspruch ist es, Planstellen weiterhin mit grundständig ausgebildeten Lehrkräf-
638 ten zu besetzen. Damit dies gelingt, werben wir intensiv für den Lehrer:innenberuf und
639 halten für alle Schularten ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze vor. Den Ver-
640 tretungspool werden wir weiter ausbauen und die Instrumente zur Vermeidung von
641 temporärem Vertretungsbedarf weiterentwickeln. Vertretungslehrkräfte bezahlen wir
642 auch in den großen Ferien durch.

643 **Multiprofessionelle Teams**

644 Um den sich verändernden Aufgaben, die an Schule herangetragen und als Gesell-
645 schaft adressiert werden, noch besser begegnen zu können, wollen wir die Vernetzung
646 und Arbeit in multiprofessionellen Teams stärken und bestehende Unterstützungsan-
647 gebote weiterhin bedarfsgerecht ausbauen. Dazu gehören neben Schulsozialarbeit
648 und Schulpsychologie beispielsweise auch Schulgesundheitsfachkräfte als wichtige
649 Beratungs- und Unterstützungssysteme von Schulen. Ein besonderes Augenmerk wol-
650 len wir auf die sozial-emotionale Gesundheit und die Resilienz mit entsprechenden
651 Unterstützungsangeboten für Schüler:innen wie für Lehrkräfte legen. Wir unterstützen
652 den Ausbau der Schulsozialarbeit, so dass perspektivisch Schulen aller Schularten
653 davon profitieren können.

654 Schulleitungen profitieren von der interdisziplinären Vernetzung über die Schule hin-
655 aus und Lehrkräfte erhalten Unterstützung bei gesundheitsbezogenen Themen im Un-
656 terricht, Beziehungs- und Lernumfeldgestaltung, denn Lehrkräfte sollen Zeit zum Leh-
657 ren haben. Dieses Angebot werden wir auf- und ausbauen.

658 Unsere Wertschätzung für unsere gut ausgebildeten Lehrkräfte wollen wir darüber hin-
659 aus mit verschiedenen Maßnahmen weiter verdeutlichen und z.B. noch stärker auf die
660 Lehrergesundheit achten, die Fort- und Weiterbildung im Sinne der Persönlichkeits-
661 entwicklung weiter professionalisieren, Schulleitungen entlasten und die Lehrer:innen
662 in die Landeskampagne „Miteinander gut leben – Rheinland-Pfalz gegen Hass und
663 Hetze“ aufnehmen.

664 **Inklusion**

665 Inklusion ist ein Menschenrecht. Inklusion gilt es, in allen Bildungsbereichen mitzuden-
666 ken und umzusetzen, auch bei der Digitalisierung und der Schule der Zukunft. Wir
667 gehen den Weg der inklusiven Beschulung konsequent weiter. Das Netz der Schwer-
668 punktschulen sowie der Förder- und Beratungszentren unterstützen wir und bauen es
669 bedarfsgerecht weiter aus, ebenso das Angebot der Inklusionsklassen in den Berufs-
670 bildenden Schulen. Unser Ziel ist es, allen Kindern die Förderung zukommen zu las-
671 sen, die sie brauchen, um erfolgreich zu sein. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung der
672 Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte werden wir für alle Schularten die Module
673 zur inklusiven Pädagogik stärken. Auch zukünftig bieten Förderschulen Schüler:innen
674 mit Beeinträchtigungen besondere Fördermöglichkeiten und werden daher entspre-
675 chend unterstützt. Das vorbehaltlose Elternwahlrecht bleibt von zentraler Bedeutung.

676 Um noch mehr Förderschullehrkräfte gewinnen zu können, werden wir die Einführung
677 des Förderschullehramts-Studiengangs an der künftigen Universität Koblenz prüfen.

678 **Gute Bildung im Ganztag**

679 Die Ganztagsschule leistet einen entscheidenden Beitrag für mehr Bildungschancen.
680 Deshalb werden wir Schulen unterstützen, um vermehrt rhythmisierte Angebote zu
681 schaffen sowie Schulen, die sich zur verpflichtenden Ganztagsschule weiterentwickeln
682 wollen. Wir wollen unser bewährtes, qualitativ hochwertiges Ausbauprogramm für
683 Ganztagsschulen bedarfsgerecht fortführen und weiterentwickeln. Den Leitfaden zur
684 Schulentwicklungsplanung werden wir im Hinblick auf die Errichtung von Ganztags-
685 schulen aktualisieren, um das Netz noch weiter zu verdichten. Dabei messen wir dem
686 Elternwillen eine hohe Bedeutung bei und nehmen alle Schularten in den Blick. Dort,
687 wo Bedarfe sind, richten wir weitere schulische Ganztagsangebote ein.

688 Die Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen werden wir anhand der im Leitfa-
689 den zur Schulentwicklungsplanung verankerten Standards bedarfsgerecht fortführen.

690 Kooperationen zwischen Schulen bei den Oberstufen zur Sicherstellung eines breiten
691 Angebots unterstützen wir auch schulartübergreifend.

692 **Sprachförderung und Integration**

693 Bildungschancen dürfen nicht an Sprachbarrieren scheitern. Deshalb werden wir wei-
694 terhin in die Sprachförderung investieren. Wir setzen neben den schulischen Angebo-
695 ten auf eine Vielzahl anderer Maßnahmen wie Feriensprachkurse und qualifizierte
696 Hausaufgabenhilfe als Grundlage für eine gelingende Integration. Außerdem setzen
697 wir weiterhin auf Herkunftssprachenunterricht als wichtigen Baustein bei der Förde-
698 rung der Mehrsprachenkompetenz der Schüler:innen.

699 Das Angebot an islamischem Religionsunterricht werden wir erweitern und für die ent-
700 sprechende Ausbildung der Lehrkräfte sorgen.

701 Die augenblicklich zwischen den rheinland-pfälzischen Bistümern und den Landeskir-
702 chen diskutierten Möglichkeiten eines kooperativ-konfessionellen Religionsunterrichts
703 begleiten wir mit Interesse und Sympathie und werden, sofern diese dies wünschen,
704 seine Einführung fördern.

705 **Demokratie und Europa**

706 Unsere Schulen sind Orte der politischen Bildung, in denen Demokratie gelebt und als
707 Wert erlebbar wird. Ein grundlegendes Verständnis demokratischer Prozesse und die
708 Möglichkeit zur Partizipation sind der wirksamste Schutz vor Demokratieverdrossen-
709 heit und Extremismus. Daher werden wir die Förderung von Demokratiebildungspro-
710 jekten weiter ausbauen. Wir bekennen uns außerdem zu einer toleranten, weltoffenen
711 und vielfältigen Gesellschaft und wollen sie an unseren Kitas und Schulen vorleben.
712 Wir werden die Arbeit des Bildungsprojekts SchLAu (schwul, lesbisch, bi, trans* Auf-
713 klärung) an rheinland-pfälzischen Schulen weiterhin unterstützen und ausbauen.

714 Allen an Schule Beteiligten bieten wir größtmögliche Partizipation und Mitwirkungs-
715 rechte in der nachhaltigen Gestaltung des schulischen Lebens, um so aktive und inte-
716 ressierte junge Menschen auf dem Weg ins weitere Leben zu begleiten. Bis zum Ende
717 der Legislaturperiode werden wir Konzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und
718 Mobbing weiterentwickeln und entsprechend die Fortbildung im Bereich der schuli-
719 schen Kriseninterventionsteams ausbauen. Die Neufassung des rheinland-pfälzischen
720 Schulgesetzes liefert die Grundlage für mehr Mitbestimmung durch die Schüler:innen
721 und damit zu mehr gelebter Demokratie an unseren Schulen. Die Zusammenarbeit mit
722 außerschulischen Partnerorganisationen wie z. B. dem Netzwerk für Demokratie und
723 Courage und die Durchführung von Aufklärungsprojekten und Zeitzeugenarbeit sind
724 bei der Demokratie- und Toleranzerziehung von hoher Bedeutung.

725 Demokratieerziehung geht für uns immer mit Erinnerungskultur einher. Die Auseinan-
726 dersetzung und heutige Bedeutung unserer Geschichte wollen wir modern in die Zu-
727 kunft entwickeln, um nie zu vergessen und Erinnerung neu zu interpretieren sowie zu
728 bewahren. Die europapolitische Bildung in der schulischen Bildung stärken wir durch
729 die Unterstützung von Projekten und Austauschprogrammen. Wir werden das Netz-
730 werk der Europaschulen ausbauen, weitere Schüler:innenfahrten und -begegnungen
731 z.B. nach Brüssel oder Straßburg fördern, die Europawoche und die Unterstützung von
732 (Klein-)Projekten ausweiten. Für Lehrkräfte werden wir unsere Netzwerke für europä-
733 ischen Austausch, sowohl zur Aus- und Fortbildung als auch für gegenseitige Hospi-
734 tationen stärken, denn eine europäische Haltung kann am besten von leidenschaftli-
735 chen Europäer:innen vermittelt werden. Auch die Möglichkeit des Austauschs im Rah-
736 men einer dualen Ausbildung wird verstärkt gefördert.

737 **Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung**

738 Wir wollen das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und die Bedeutung einer ge-
739 sunden Ernährung weiter stärken. Große Bedeutung hat dabei eine nachhaltige, ge-
740 gesunde Schulverpflegung zunehmend aus ökologischer und regionaler Erzeugung. Bil-
741 dung für nachhaltige Entwicklung ist ein schulisches und unterrichtliches Querschnitts-
742 thema, das bei der Überarbeitung der Lehrpläne stärker verankert und bei der Fortbil-

743 dungsplanung der Schulen berücksichtigt wird. Wir unterstützen das Projekt der Lan-
744 desschülerInnenvertretung zur nachhaltigen Gestaltung von Schule. Wir werden die
745 Vernetzung aller Akteur:innen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sowie Institutio-
746 nen rund um die Schulverpflegung fördern und die Vernetzungsstellen „Schulverpfle-
747 gung“ einbinden, die in den Ganztagschulen für ein gesundes und ausgewogenes
748 Mittagessen sorgen. Das Schulobstprogramm werden wir fortsetzen.

749 **Berufswahl- und Studienorientierung, Fachkräftesicherung, ökonomische Bil-** 750 **dung**

751 Wir stehen für eine frühzeitige und umfassende Berufswahl- und Studienorientierung
752 in allgemeinbildenden Schulen. Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbil-
753 dung, ihr Studium und ihren Berufsweg vorbereiten. Die Vermittlung der ökonomischen
754 Kompetenzen und der Grundprinzipien unserer sozialen Marktwirtschaft ist in diesem
755 Zusammenhang ein bedeutender Baustein schulischer Bildung. Uns ist es wichtig,
756 dass die jungen Menschen in allen weiterführenden Schulen fundierte Bildung und In-
757 formationen zur dualen Ausbildung und zu Studienmöglichkeiten gleichermaßen er-
758 halten. Die Berufswahl- und Studienorientierung ist Aufgabe aller weiterführenden
759 Schulen, deshalb werden wir sie ausbauen und weiterentwickeln. Die fruchtbare Ko-
760 operation mit zahlreichen Partner:innen in der Berufswahl- und Studienorientierung
761 werden wir unter Einbeziehung digitaler Angebote ausbauen. Schüler:innen, die beim
762 Übergang in Ausbildung und Beruf besondere Unterstützung benötigen, nehmen wir
763 mit dem Ausbau der Übergangsscoachs in den Blick.

764 Die Realschule plus bleibt – ebenso wie die Gymnasien und die Integrierten Gesamt-
765 schulen – eine tragende Säule unseres durchlässigen Bildungssystems und der Fach-
766 kräftesicherung. Die erfolgreiche Informationskampagne zu den mit der Realschule
767 plus verbundenen Bildungs- und Aufstiegschancen setzen wir fort.

768 Die MINT-Strategie hat in den vergangenen Jahren Meilensteine gesetzt auf dem Weg
769 zu einem starken MINT-Land Rheinland-Pfalz. Die Förderung junger Menschen und
770 insbesondere junger Mädchen und Frauen ist ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesi-
771 cherung in unserem Land. Wir werden sie fortführen und überall in Rheinland-Pfalz
772 MINT-Regionen entwickeln.

773 **Berufsbildende Schulen stärken – duale Ausbildung in der Fläche erhalten**

774 Die berufsbildenden Schulen sind zentraler Partner in der dualen Ausbildung und bei
775 der Fachkräftesicherung. Sie stehen wie keine andere Schulform für die Durchlässig-
776 keit unseres Schulsystems. Für viele Jugendliche und Erwachsene sind sie eine sehr
777 gute Alternative, um höherwertige Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife zu
778 erwerben. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von
779 zentraler Bedeutung. Darüber hinaus werden wir weiter für das Berufsschullehramt
780 werben und verstärkt die Möglichkeiten zum Quer- und Seiteneinstieg nutzen. Wir wer-
781 den uns weiterhin dafür einsetzen, die berufsbildenden Schulen demografiefest und
782 digital aufzustellen, in der Fläche zu sichern und zu stärken. Unsere Berufsbildenden
783 Schulen sind schon jetzt am Puls der Zeit. Wir werden sie zu „digitalen berufsbildenden
784 Lernzentren“ ausbauen, damit die duale Ausbildung überall im Land attraktiv bleibt und
785 unsere jungen Leute fit für das Arbeitsleben sind.

786 **Flächendeckender Schwimmunterricht für Kinder**

787 Schwimmen ist nicht nur ein wichtiger Bestandteil einer gesunden, sicheren und akti-
788 ven Lebensweise. Es leistet auch einen Beitrag zur Gesundheitsprävention und zur
789 motorischen, sozialen, kognitiven und emotionalen Entwicklung von Kindern. Wir wol-
790 len deshalb einen Schwimmunterricht, der jedes Kind befähigt, sich sicher im Wasser
791 zu bewegen. Deshalb wollen wir die Grundfertigkeiten stärken: Jedes Kind soll am
792 Ende der Grundschulzeit sicheres Schwimmen beherrschen. Deshalb sollen die Schu-
793 len noch stärker den Schwimmunterricht flexibel und am Erwerb der Grundfertigkeiten
794 orientiert gestalten. Schulische Schwimmprojekte z.B. im Rahmen von Projektwochen
795 oder im Ganzttag wollen wir ausbauen. Darüber hinaus wollen wir auch die Wasserge-
796 wöhnung und das Schwimmenlernen im Rahmen von Ferienbetreuungsmaßnahmen
797 weiter fördern und die erfolgreiche Kooperation mit Vereinen fortsetzen.

798 Wir wollen mit allen Beteiligten an regionalen Runden Tischen zum „Schulschwimmen
799 in Rheinland-Pfalz“ kreative und lokal angemessene Lösungen für das Schulschwim-
800 men und mögliche Verbesserungen von Rahmenbedingungen erörtern.

801 **Ferierschule und Ferienbetreuungsangebote**

802 Mit der Verstetigung der Ferierschule ziehen wir eine Lehre aus der Corona-Pande-
803 mie. Mit diesem zusätzlichen Lernangebot, insbesondere in den Sommerferien, geben
804 wir Schüler:innen die Möglichkeit, Lernrückstände zu beheben und stärken die Bil-
805 dungsgerechtigkeit.

806 Wir werden die Ferienbetreuungsangebote für Schulkinder ausweiten und damit Fa-
807 milien insbesondere während der großen Schulferien im Sommer unterstützen. Zuver-
808 lässige und bedarfsgerechte Ganztagsbetreuungsangebote auch für Schulkinder und
809 auch in den Ferien sind die Grundlage für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und
810 Beruf.

811 **2. Konsequenter Schutz von Klima und Umwelt**

812 Gute Zukunftschancen für alle wird es nur in einer lebenswerten und intakten Umwelt
813 geben. Wir bekennen uns zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens und sind
814 entschlossen, in Rheinland-Pfalz mit deutlich mehr Tempo unseren Anteil zur Errei-
815 chung der Klimaschutzziele zu leisten. Wir wollen die vollständige Klimaneutralität in
816 einem Korridor zwischen 2035 und 2040 erreichen, in Abhängigkeit von deutschen und
817 europäischen Rahmenbedingungen. Denn Klimaneutralität ist eine große Chance für
818 höhere Lebensqualität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohl-
819 stand. Diese Chance wollen wir ergreifen! Wir werden umfassende Maßnahmen zum
820 Erhalt der Biodiversität, für den klimaresilienten Umbau unserer Wälder sowie für den
821 Schutz unserer Gewässer und Moore ergreifen – entschlossener Umwelt- und Natur-
822 schutz gehören für uns zusammen!

823 **Klimaschutz**

824 **Zielsetzung Klimaneutralität und gesetzliche Verankerung**

825 Die Klimakrise ist die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert. Nur
826 mit einem konsequenten Klimaschutz können wir die schlimmsten Auswirkungen der
827 Klimakrise noch abwenden. Zentrale Grundlage der Koalition ist das Klimaabkommen
828 von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit.

829 Um dies zu unterstreichen, sollen der Klimaschutz und der Ausbau Erneuerbarer Ener-
830 gien als allgemeines öffentliches Interesse festgeschrieben werden.

831 Rheinland-Pfalz wird seinen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen und der Einhaltung
832 des 1,5-Grad-Ziels leisten. Der Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe der gesam-
833 ten Landesregierung. Wir wollen die vollständige Klimaneutralität in einem Korridor
834 zwischen 2035 und 2040 erreichen, in Abhängigkeit von deutschen und europäischen
835 Rahmenbedingungen. Dafür wird das Landesklimaschutzgesetz entsprechend fortge-
836 schrieben, weiterentwickelt, Sektorziele festgelegt und ein wissenschaftlich basiertes
837 Treibhausgasbudget als zentrales Steuerungselement entwickelt und fortlaufend über-
838 prüft.

839 **Klimaschutz für alle**

840 Wir wollen mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien Kli-
841 maschutz für alle Rheinland-Pfälzer:innen ermöglichen und erreichbar machen. Die
842 Teilhabe der Bürger:innen an der Energiewende gelingt am besten im eigenen Zu-
843 hause bei der Wärme- und Stromversorgung. In Verbindung mit Wärmeschutzmaß-
844 nahmen, die zu erheblichen Energieeinsparungen führen, ist eine effiziente und erneu-
845 erbare Wärmeerzeugung der richtige Weg für eine dauerhaft bezahlbare Heizung.
846 Ideal ergänzen sich Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit durch eine Eigenversorgung
847 mit Strom aus einer Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher, die auch für die Ladung
848 von Elektroautos zur Verfügung stehen. Das reduziert die Strom- und Mobilitätskosten
849 sowie die CO₂-Emissionen spürbar. Wir wollen erreichen, dass diese nachhaltige Form
850 der Energieversorgung gerade auch Menschen mit geringem Einkommen zur Verfü-
851 gung steht, indem sie über kostengünstigen Mieterstrom im Quartier (z.B. durch Ent-

852 lastung bei Eigen- und Direktstromversorgung) verfügen können und ihnen die Mög-
853 lichkeit eröffnet wird, sich genossenschaftlich an der Energiewende zu beteiligen. Wir
854 wollen Klimaschutz für alle!

855 **Kommunaler Klimapakt, Verstetigung des kommunalen Klimamanagements**

856 Der Klimaschutz und die Folgen der Klimaerhitzung stellen unsere Kommunen vor
857 große Herausforderungen. Dafür wollen wir sie durch geeignete Förderprogramme
858 und durch Veränderung der bestehenden Richtlinien dabei unterstützen, Maßnahmen
859 für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung umzusetzen.

860 Die Koalitionäre streben mit den rheinland-pfälzischen Kommunen einen gemeinsa-
861 men „Kommunalen Klimapakt“ an, als ein wesentliches Instrument zur Umsetzung und
862 Verstetigung von Klimaschutz als kommunaler Querschnittsaufgabe sowie zur effizien-
863 ten Erreichung der Klimaschutzziele des Landes.

864 In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Vertreter:innen der drei kommunalen Spit-
865 zenverbände, der betroffenen Ministerien, der Energieagentur sowie des Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen werden unter Leitung des Umweltministeriums zeit-
866 nah Ziele, Maßnahmen und konkrete Meilensteine zu den definierten Handlungsfel-
867 dern abgestimmt.
868

869 Die Koalitionäre betrachten die Finanzierung des Kommunalen Klimaschutzes als eine
870 Investition in eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zur Steigerung der regiona-
871 len Wertschöpfung und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz.

872 **Beratungs- und Serviceleistungen der EA RLP, Fördermittel**

873 Zur Unterstützung des Beratungsbedarfs der rheinland-pfälzischen Kommunen bei der
874 Planung, Gestaltung, Umsetzung und Steuerung ihrer Klimaschutzaktivitäten beschlie-
875 ßen die Koalitionäre die Weiterentwicklung der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH
876 zur Energie- und Klimaschutzagentur Rheinland-Pfalz GmbH (EKA.rlp). Verbunden
877 damit ist der Auftrag einer möglichst flächendeckenden projekt- und umsetzungsbezo-
878 genen Unterstützung der kommunalen Klimaschutzmanager:innen, wo dies nicht
879 durch kommunale Unternehmen oder etablierte Strukturen erfolgt. Damit leistet das
880 Land einen substanziellen Beitrag zu dem von den kommunalen Spitzenverbänden
881 angestrebten „Kommunalen Klimapakt RLP“.

882 Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe bedarf es der Prüfung und Weiterentwicklung der
883 Finanzierungsstruktur der Energie- und Klimaschutzagentur. Angestrebt wird grund-
884 sätzlich, das aktuell positive Verhältnis von Landesfinanzierung zu akquirierten För-
885 dermitteln (1:2) sowie kommunalen Investitionen (1:7) gezielt auszubauen. Weiterhin
886 soll die Energie- und Klimaschutzagentur substanzielle Drittmittelförderungen im Sinne
887 ihres Auftrags akquirieren.

888 Im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden soll geprüft werden, inwieweit
889 eine Minderheitsbeteiligung der rheinland-pfälzischen Kommunen an der Landesagen-
890 tur strukturelle Vorteile bieten kann und wenn ja, wie eine solche Beteiligung gestaltet
891 werden kann, ohne die aktuelle Förderfähigkeit und strukturellen Vorteile zu verlieren.
892 Ergänzend soll geprüft werden, den Aufsichtsrat der Landesenergieagentur um einen
893 Kommunalvertreter zu erweitern.

894 **Steuerung/Controlling Klimaneutralität**

895 Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es großer politischer Anstren-
896 gungen von Seiten der Landesregierung. Wo wir Verantwortung tragen, werden wir
897 dieser nachkommen und wo wir über Einflussmöglichkeiten verfügen, werden wir diese
898 nutzen. Die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität hängt auch von nationalen und
899 europäischen Rahmenbedingungen ab. Wir werden uns gegenüber der Bundesregie-
900 rung und der EU dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen, etwa mit Blick auf
901 das EEG, so gestaltet werden, dass wir unser Ziel eines klimaneutralen Rheinland-
902 Pfalz erreichen können.

903 Als Landesregierung wirken wir in unseren Zuständigkeitsbereichen darauf hin, dass
904 sich alle für die Zielerreichung relevanten Sektoren (Energie, Verkehr, Wärme etc.) auf
905 den Pfad der Klimaneutralität begeben, gestalten die politischen Rahmenbedingungen
906 in unserem Einflussbereich so, dass sie der Zielerreichung dienen und unterstützen
907 entsprechende Bestrebungen von Seiten der Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv.

908 Innerhalb der Landesregierung wird eine koordinierende Projektgruppe eingesetzt, die
909 sich aus den inhaltlich zuständigen Ressorts unter Federführung des Ministeriums für
910 Umwelt zusammensetzt. Je Sektor (Energie, Verkehr, Wärme, ...) werden Ziele be-
911 schrieben. Die Projektgruppe berichtet dem Ministerrat regelmäßig in einem Klimafort-
912 schrittsbericht über den Grad der Zielerreichung.

913 Die Landesregierung stellt die Daten, die zur effizienten Steuerung des Klimaschutzes
914 erforderlich sind, wenn möglich und unter Berücksichtigung der datenschutzrechtli-
915 chen Anforderungen, ortsbezogen und aktuell zur Verfügung.

916 **Energie**

917 **Ziele**

918 Wir bekennen uns zum Ausbauziel 100% Erneuerbare Energien bis 2030. Das bedeu-
919 tet, den Netto- Ausbau von 500 Megawatt Photovoltaik und 500 Megawatt Windkraft
920 pro Jahr. Das Ausbauziel 100% Erneuerbare Energien bis 2030 soll ins Klimaschutz-
921 gesetz (KSG). Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien als allgemeines öf-
922 fentliches Interesse im Klimaschutzgesetz verankern.

923 **Windkraft**

924 Wir wollen das starre Konzentrationsgebot im LEP IV (Z163g) aufgeben, aber weiter-
925 hin anstreben, größere Windparks mit mehreren Anlagen zu etablieren. Beim
926 Repowering muss die Summe der Leistung der Neuanlage(n), die Summe des Leis-
927 tungswertes der zu ersetzenden Alt-Anlage(n) mindestens erreichen, besser über-
928 schreiten. Dies ermöglicht eine Reduktion der Anlagenzahl an einem Standort gege-
929 benenfalls auch in Form einer Einzelanlage.

930 Wir wollen bei Neuanlagen und beim Repowering von bestehenden Anlagen auch in
931 Zukunft mit festen Abstandsregelungen arbeiten. Bei Neuanlagen soll zukünftig ein
932 Mindestabstand von 900 Metern gelten. Beim Repowering arbeiten wir mit einem um
933 20% reduzierten Abstand. Dadurch wollen wir vermeiden, dass akzeptierte Standorte
934 aufgegeben werden müssen.

935 In Zukunft soll die Abstandsmessung ab Mastfußmitte erfolgen.

936 Wir halten an der Regelung in LEP IV (Z.163h) fest, dass der Mindestabstand zu rei-
937 nen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten, zu Dorf-, Misch- und Kerngebieten
938 einzuhalten ist.

939 Für Windkraftanlagen in Kernzonen von Naturparks gilt für uns das Regel-Aus-
940 nahme-Prinzip: Die Kernzonen bleiben grundsätzlich für Windenergieanlagen ausge-
941 schlossen. Dort, wo das Schutzziel nicht erheblich gestört wird, soll eine Einzelfallprü-
942 fung möglich sein. Unser mittelfristiges Ziel innerhalb dieser Legislaturperiode ist es,
943 die Naturschutzkernzonen zu überprüfen und die dazugehörige Verordnung anzupas-
944 sen. Wir wollen prüfen, ob wir generell bei vorbelasteten Flächen (Bahntrassen, Auto-
945 bahnen, Konversionsflächen) im Bereich der Naturparke den Weg einer Befreiung ge-
946 hen können.

947 **Windenergie in UNESCO-Welterbestätten**

948 Der UNESCO-Welterbestatus im Biosphärenreservat Pfälzerwald ist für uns von zent-
949 raler Bedeutung und darf nicht gefährdet werden. Kern- und Pflegezonen des Biosphä-
950 renreservats Pfälzerwald sind von der Windenergienutzung ausgenommen. In Ent-
951 wicklungszonen wird die Koalition nur entlang von Autobahnen und Bahntrassen sowie
952 auf vorbelasteten Konversionsflächen eine naturnahe Windenergienutzung unter Be-
953 teiligung der betroffenen Kommunen, der Biosphärenreservatsverwaltung sowie in en-
954 ger Abstimmung mit dem MAB-Komitee ermöglichen. Alle anderen Flächen in Entwick-
955 lungszonen des Pfälzerwalds werden von der Windenergienutzung ausgeschlossen.
956 Alle unbewaldeten Flächen außerhalb des Biosphärenreservats sind grundsätzlich für
957 die Windkraftnutzung geeignet.

958 Genauso wie im Biosphärenreservat Pfälzerwald ist auch der UNESCO-Welterbesta-
959 tus im Mittelrheintal für uns zentral und darf nicht gefährdet werden. Mit Blick auf das
960 UNESCO-Welterbe im Mittelrheintal soll die vorhandene Sichtachsenstudie überarbei-
961 tet werden. Unter dieser Prämisse werden wir prüfen, ob und wo im Rahmenbereich
962 des Welterbes geeignete Flächen für Windenergieanlagen existieren und in die Um-
963 setzung gebracht werden können.

964 **Windenergie im Wald**

965 Unser Wald ist in einem verheerenden Zustand. Die anhaltende Trockenheit und die
966 Borkenkäferkalamität setzen den Bäumen extrem zu. Wirksamer Klimaschutz ist auch
967 aktiver Waldschutz, denn unsere Bäume leiden besonders unter steigenden Tempe-
968 raturen und zu wenig Niederschlag. Dort wo es möglich ist, wollen wir uns beim Bau
969 von Windkraftanlagen im Wald auf Kalamitätsflächen fokussieren. Ausgeschlossen
970 bleibt für uns die Errichtung von Windkraftanlagen in Gebieten mit altem zusammen-
971 hängendem Laubholzbestand. Bei der Entwicklung des LEP V sollen Windenergiean-
972 lagen zukünftig in Laubmischwaldbeständen mit einem Alter über 100 Jahren und ei-
973 ner zusammenhängenden Bestandsgröße von über 10 Hektar ausgeschlossen wer-
974 den.

975 Zur Unterstützung der für die Raumplanung und Bauleitplanung zuständigen Ebenen
976 werden wir in einer Fachstudie beispielhaft Potentialflächen für Windkraft und Arten-
977 schutz darstellen.

978 Der naturschutzfachliche Rahmen im LEP IV (Z163d) Natura 2000 stammt aus dem
979 Jahr 2012 und soll überarbeitet werden. In diese Überarbeitung sollen die Ergebnisse
980 der o.g. Fachstudie einfließen.

981 Wir streben zeitnah einen Ministerratsbeschluss zur Teilfortschreibung des LEP IV an.
982 Ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung können Projekte mit entsprechenden Zielab-
983 weichungsverfahren vorgenommen werden.

984 **Baulast**

985 Wir wollen eine Reduzierung der Baulasten für Windenergieanlagen nach LBauO auf
986 0,2 der Anlagenhöhe prüfen.

987 **Kommunale Gestaltungssatzungen**

988 Örtliche Bauvorschriften (kommunale Gestaltungssatzungen), die allein zur Durchfüh-
989 rung baugestalterischer Absichten gestellt werden, dürfen die Nutzung erneuerbarer
990 Energien nicht ausschließen oder unangemessen beeinträchtigen. Dafür wird § 88
991 Abs. 1 LBauO entsprechend ergänzt.

992 **Solidarpakt Kommunen**

993 Gemeinsam mit der Energieagentur wollen wir die von der Windenergie betroffenen
994 Kommunen zu Beteiligten machen. Dafür unterstützen wir Energiegenossenschaften
995 sowie Solidarpakte – vor allem zwischen Standort- und Anliegerkommunen – damit die
996 Menschen vor Ort noch mehr von regionaler Wertschöpfung aus Erneuerbaren Ener-
997 gien profitieren. Die Kommunalabgabe nach § 36k EEG leistet dazu ebenfalls einen
998 Beitrag.

999 **Zentralisierung der Genehmigungsverfahren bei den SGDen**

1000 Die Zuständigkeiten für die Genehmigung von Windkraftanlagen wird auf die beiden
1001 SGDen übertragen, um eine Vereinfachung, Vereinheitlichung und Beschleunigung
1002 der Genehmigungsverfahren zu erreichen. Gleichzeitig werden die verfahrensrechtli-
1003 chen Regularien auf Optimierungsmöglichkeiten hin untersucht. Eine Beschleunigung
1004 soll durch die Zuständigkeitskonzentration und die daraus resultierende gesteigerte
1005 Bearbeitungseffizienz erreicht werden. Angestrebt wird dabei auch die Verfahrensdig-
1006 italisierung, die Erstellung von einheitlichen Leitlinien sowie die Einrichtung einer
1007 transparenten Fallsteuerung. Die Effizienzsteigerung wird nach zwei Jahren evaluiert
1008 und sodann auf der Grundlage dieser Erkenntnisse in einer zweiten Stufe über die
1009 generelle Hochzonung der Zuständigkeit für die Genehmigung von Anlagen (nach §§
1010 4 und 16 BImSchG) auf die SGDen entschieden. Die Zuständigkeit der Oberzentren
1011 soll auf Wunsch unverändert bleiben.

1012 **Bioenergie/Biogas**

1013 Wir wollen die Möglichkeiten der Bioenergie zum Gelingen der Energiewende mög-
1014 lichst umfassend nutzen. Biogaserzeugung und -verwendung soll flexibel die Versor-
1015 gungssicherheit in Abhängigkeit von der volatilen Wind- und Photovoltaikstromerzeu-
1016 gung unterstützen.

1017 Wir bekennen uns zu den Biogas-Bestandsanlagen und unterstützen deren Umbau zu
1018 flexiblen Biokraftwerken in netzdienlicher Betriebsweise unter anderem auch durch be-
1019 beschleunigte Genehmigungsverfahren und verbindliche Genehmigungsleitfäden, vor al-
1020 lem im Rahmen des Repowering sowie beim Bau von Gülle-Kleinanlagen. Darüber
1021 hinaus fördern wir innovative Geschäftsmodelle (z.B. Verbundnetze).

1022 Wir streben eine flächendeckende Nutzung der Bioabfälle in den Kommunen für die
1023 energetische und stoffliche Verwertung zur erneuerbaren Strom- und Wärmeherzu-
1024 gung sowie zur Kompostherstellung als Naturdünger an. Mit dem Ziel, bis 2030 deut-
1025 lich mehr als die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz getrennt gesammelten Bioabfälle durch
1026 Biogasgewinnung zu nutzen, werden wir die Stoffströme evaluieren und die Kommu-
1027 nen bei der Umsetzung begleiten.

1028 Wir wollen den wichtigen Beitrag nachwachsender Rohstoffe für die Energiegewin-
1029 nung und die Wertschöpfung in der Landwirtschaft u.a. durch die Förderung des na-
1030 turnahen Anbaus mehrjähriger Pflanzungen (z.B. durchwachsene Silphie) ermögli-
1031 chen, um Biogaserzeugung mit Insekten-, Gewässer- und Grundwasserschutz zu ver-
1032 binden.

1033 Wir wollen das Potenzial der Gülle-Kleinanlagen in der Landwirtschaft zur Biogasge-
1034 winnung für die dezentrale Strom- und Wärmeherzeugung erschließen, um auch die
1035 positiven Klimaschutzeffekte für den Gewässer- und Emissionsschutz zu aktivieren.
1036 Bis 2030 sollen mindestens 65% aller in Rheinland-Pfalz anfallenden landwirtschaftli-
1037 chen Wirtschaftsdünger aus Betrieben mit mehr als 200 Großvieheinheiten energe-
1038 tisch-stofflich genutzt werden.

1039 Wir streben die flächendeckende Nutzung einer Biotonne für den anfallenden organi-
1040 schen Abfall an.

1041 **Wärme**

1042 Wir wollen Anreize schaffen zu einer deutlichen Erhöhung der energetischen Sanie-
1043 rungsquote von Gebäuden zur Energieeinsparung von heute 0,8% auf 3% bis 2030.
1044 Ein wesentlicher Schlüssel dazu liegt bei den Kommunen im Land, die wir im Rahmen
1045 eines „Kommunalen-Klima-Paktes“ bei der Umsetzung von nachhaltigen Quartierslö-
1046 sungen, energetischen Sanierungskonzepten und erneuerbaren Energieversorgungs-
1047 modellen auch mit Fokus auf die regionale Wertschöpfung unterstützen möchten.

1048 Dafür werden wir die Kumulierungsmöglichkeiten der Bundesförderung für effiziente
1049 Gebäude (BEG) durch Ausweitung des Landesförderprogramms „Verringerung der
1050 CO₂-Emissionen und Ressourcenschutz“ ausschöpfen und die Möglichkeit, Förderpro-
1051 gramme zu kumulieren, erhöhen. Wir begrüßen auch kommunale und regionale Finan-
1052 zierungs- und Betreibermodelle, z.B. im Contracting- oder Genossenschaftsansatz.

1053 Wir wollen Klimaschutz und Energieeffizienz im Gebäudebereich, in Wohnquartieren
1054 und innerörtlichen Kernbereichen erhöhen und setzen hierzu v.a. auf die dezentrale
1055 Nutzung hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in Kombination mit Erneuerba-
1056 ren Energien und Power-to-Heat (PtH) sowie von Abwärme, regionaler Biomasse, So-
1057 larthermie und oberflächennaher Geothermie. Wir werden hierzu die Landesförderpro-
1058 gramme (z.B. „Zukunftsfähige Energieinfrastruktur“) erweitern sowie auch mit Blick auf
1059 vergabe- und beihilferechtliche Fragen vereinfachen.

1060 Wir streben eine möglichst hohe und schnelle Durchdringung des Wärmesektors mit
1061 Erneuerbaren Energien an, vorrangig mit effizienten Wärmepumpen und Kalter Nah-
1062 wärme, die ihren elektrischen Strom aus Erneuerbaren Energien beziehen sowie mit
1063 Solarthermie-, Holzpelletanlagen und industrieller Abwärme. Die Förderung von Pho-
1064 tovoltaikanlagen mit Batteriespeichern wollen wir fortführen und ausbauen. Um den
1065 Ausbau von Nahwärmenetzen im ländlichen Raum zu fördern, wollen wir die Wärme-
1066 erzeugung aus Waldrestholz, Landschaftspflegeholz und Sägewerkresten regionaler
1067 Wertschöpfung unterstützen.

1068 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Einkopplung Erneuerbarer
1069 Energien aus der volatilen Wind- und PV-Stromerzeugung in Strom- und Wärmespei-
1070 cher sowie in Wärmenetzinfrastrukturen von Umlagen und Abgaben auf netzdienliche
1071 Systemdienstleistungen befreit werden.

1072 Mit einer neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG)-Durchführungsverordnung wollen wir
1073 den Vollzug dieses Gesetzes regeln.

1074 **Energieeinsparung/Energieeffizienz**

1075 Energieeinsparung und Energieeffizienz sind wesentliche Stellhebel in Richtung Kli-
1076 maneutralität. Wir wollen diese Stellhebel insbesondere

1077 - durch eine flächendeckende kommunale Beratung zu Bauleitplanung,
1078 Sanierungsfahrplänen, Energiemanagement und Förderkulissen durch die
1079 Energieagentur

1080 - durch eine strukturelle Ausweitung der EffCheck Beratungen für KMUs sowie

1081 - durch eine Stärkung der Verbraucherzentrale bei der Bürger:innen-
1082 Energieberatung

1083 aktivieren.

1084 Darüber hinaus fördern wir im Bereich der Energieeffizienz eine Reduzierung der
1085 „Grauen Energie“ und Lebenszykluskosten in der Bauwirtschaft durch den Einsatz
1086 nachhaltiger Baumaterialien, Verfahren und Standards.

1087 **Sektorenkopplung**

1088 Wir streben auf Bundesebene eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
1089 zur technologieoffenen Befreiung der Sektorenkopplung bei der Nutzung Erneuerbarer
1090 Energien bezüglich der EEG-Umlage und ihrer Anerkennung der Netzdienlichkeit mit
1091 damit verbundener Befreiung von Netzentgelten sowie des Eigenstromprivilegs an.

1092 Wir werden ein Energieregionen-Konzept für Rheinland-Pfalz erstellen und seine Um-
1093 setzung mit dem Ziel fördern, möglichst energieautarke regionale Verbünde zu schaf-
1094 fen, deren Bilanzkreise sich erneuerbar und hocheffizient über die Verbrauchssektoren
1095 mengenmäßig und zeitlich ausgleichen. Hierbei sollen Modellprojekte Wegweiser für
1096 eine möglichst flächendeckende Etablierung von Energieregionen sein.

1097 Wir wollen den Ausbau hocheffizienter, grüner Kraft-Wärme-Kopplung in Verbindung
1098 mit Speicher- und Regelkraftwerken auf der Grundlage von Batterien, P2X, Wärme-
1099 speichern, Pumpspeichern, Bioenergieanlagen etc. für die Ausregelung der volatilen
1100 Wind- und PV-Stromerzeugung zum Erhalt der Versorgungssicherheit forcieren.

1101 Wir werden die Sektorenkopplung kraftvoll in die E-Mobilität hinein entwickeln. Hierzu
1102 ist es unser Ziel, eine bürger:innenfreundliche Ladeinfrastruktur zu etablieren.

1103 Wir werden kommunale Versorgungsunternehmen bei der Entwicklung und Umset-
1104 zung von Künstlicher Intelligenz zur Planung und Steuerung von Sektorenkopplung
1105 und energetischen Bilanzkreisen, inklusive der Entwicklung anwendungsorientierter
1106 Geschäftsmodelle, fördern.

1107 Wir werden uns auf Bundesebene für notwendige Investitionen in den Ausbau und die
1108 Entwicklung der regionalen Verteilnetze in Rheinland-Pfalz – im Sinne der zukünftigen
1109 Sektorenkopplung – sowie für eine planbare Festlegung der Netzentgelte durch die
1110 Regulierungsbehörden für die Verteilnetzbetreiber einsetzen.

1111 **Wasserstoff**

1112 Wasserstoff ist eine zukunftsweisende Technologie, auf die wir setzen. Wir wollen
1113 Rheinland-Pfalz zu einer Modellregion für Wasserstofftechnologie machen, indem wir
1114 insbesondere unsere energieintensive Industrie bei der Nutzung von Wasserstoff, der
1115 durch Erneuerbare Energien emissionsfrei erzeugt wird, unterstützen. Grünen Was-
1116 serstoff aus Stromüberschüssen der volatilen Erneuerbaren Energien zu erzeugen,
1117 statt Wind- und Solaranlagen abzuregeln, hat für uns hohe Priorität insbesondere mit
1118 Blick auf die erforderliche Ausgleichsfunktion, wenn diese Erneuerbaren zur Bedarfs-
1119 deckung nicht ausreichen. Da bei der Erzeugung von Wasserstoff Abwärme entsteht,
1120 wollen wir besonders auch Wasserstoff-Projekte in Verbindung mit regionalen Wärme-
1121 netzen unterstützen. Dort, wo eine Elektrifizierung des Verkehrsbereiches nicht mög-
1122 lich ist, streben wir auf grünem Wasserstoff basierende Transportsysteme an. Hierzu
1123 wollen wir die Forschung und Entwicklung fördern.

1124 **PV-Baupflicht**

1125 Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass bei Gewerbeneubauten und für neue
1126 Parkplatzflächen mit mindestens 50 Stellplätzen, für die ab 2022 ein Antrag auf Bau-
1127 genehmigung gestellt wird, eine Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen ge-
1128 setzlich vorgeschrieben wird. Bei Stellplätzen ist dieser über dem Parkraum anzubrin-
1129 gen. Hierzu werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen zügig schaffen.

1130 **Förderprogramme PV verstetigen und ausweiten**

1131 Die erfolgreichen Förderprogramme für Photovoltaikanlagen mit Solarspeicher und E-
1132 Ladestationen wollen wir ausbauen und stärken sowie auf Solaranlagen für Carports
1133 ausweiten. Die Kommunen wollen wir bei der Erstellung von Freiflächenkatastern für
1134 PV-Freiflächenanlagen unterstützen. Mit einem Förderprogramm für Agro-PV wollen
1135 wir Projekte für die geplante Innovationsausschreibung unterstützen.

1136 **Freiflächen-Photovoltaikanlagen**

1137 Freiflächen-Photovoltaikanlagen können einen wichtigen Beitrag für die dezentrale
1138 Energieerzeugung leisten. Im Außenbereich dürfen sie nur errichtet werden, wenn mit-
1139 tels kommunaler Bauleitplanung Baurecht geschaffen wurde.

1140 Deshalb kommt es entscheidend darauf an, welche Rahmenbedingungen in der Regi-
1141 onalplanung, im Energierecht und im Naturschutzrecht gesetzt werden.

1142 **Landesplanerische Vorgaben für Freiflächen-Photovoltaikanlagen**

1143 Wir wollen in der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms einen verbindli-
1144 chen Handlungsauftrag an die Planungsgemeinschaften verankern, dass im Zuge ei-
1145 ner raumordnungsrechtlichen Angebotsplanung zumindest Vorbehaltsgebiete für Frei-
1146 flächen-Photovoltaikanlagen ausgewiesen werden. Dies gilt insbesondere entlang von
1147 linienförmigen Infrastrukturtrassen, auf bereits großflächig versiegelten Flächen (Kon-
1148 version) und auf ertragsschwachen Grünland- und Ackerflächen.

1149 **Fortschreibung der PV-Freiflächenverordnung**

1150 Wir wollen die Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auch nach 2021 fort-
1151 schreiben und auf ertragsarmen Grünland- und ertragsarmen Ackerflächen ermögli-
1152 chen. Die Höchstgrenze soll auf 200 Megawatt pro Jahr erweitert werden.

1153 **PV-Freiflächen außerhalb des EEGs**

1154 Um die wirtschaftliche Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe angemessen zu be-
1155 rücksichtigen, soll der Bau von PV-Freiflächenanlagen nur auf vergleichbar ertrags-
1156 schwächeren landwirtschaftlichen Flächen erfolgen. Als Kenngröße ist hierzu die Er-
1157 tragsmesszahl (EMZ) heranzuziehen. Den Kommunen wird empfohlen, den Bau von
1158 PV-Anlagen außerhalb des EEGs auf Ackerflächen lediglich mit einer durchschnittli-
1159 chen EMZ von max. 35 zu ermöglichen. Landesweit soll die Nutzung von Ackerflächen
1160 für den Bau von PV-Anlagen im Außenbereich auf 2% im LEP begrenzt werden. Die
1161 Verbandsgemeinden werden vom Land bei den Planungen für PV-Freiflächen auf der
1162 Ebene der Flächennutzungsplanung unterstützt.

1163 **PV-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Flächen-Ausgleichsbedarf**

1164 Aktuelle Studien zeigen, dass Freiflächenanlagen die Biodiversität positiv beeinflus-
1165 sen. So können sich im Schatten der Module und rund um die Anlagen zahlreiche
1166 Pflanzen- und Tierarten ansiedeln und gedeihen, die bei einer rein landwirtschaftlichen
1167 Nutzung der Flächen keine Chance hätten. Wir wollen ökologische Ausgleichsmaß-
1168 nahmen künftig innerhalb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen ermöglichen. Durch die
1169 Reduktion des ökologischen Ausgleichsbedarfes für die Errichtung von PV-Freiflä-
1170 chenanlagen entlasten wir zudem den Flächendruck auf landwirtschaftliche Nutzflä-
1171 chen.

1172 **Fossile/atomare Forderungen und Forderungen auf Bundesebene**

1173 Viele Weichen für das Gelingen der Energiewende und einen wirksamen Klimaschutz
1174 werden auf Bundesebene gestellt. Die Koalition wird sich daher dafür einsetzen, dass
1175 alle wesentlichen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst

1176 werden, um den notwendigen Zubau von Erneuerbaren Energien zu begünstigen und
1177 weitere Maßnahmen für Klimaschutz anzuregen. Wir wollen eine Länderöffnungsklau-
1178 sel erreichen, damit wir ein ambitioniertes Landeswärmegesetz auflegen können. Kon-
1179 sequenter Klimaschutz bedeutet auch die Beendigung des Abbaus fossiler Ressour-
1180 cen. Weiter setzt sich die Koalition für eine entsprechende Novellierung des Berg-
1181 rechts ein, die auch mehr Bürger:innenbeteiligung und Transparenz ermöglicht. Die
1182 Erweiterung des Tanklagers in Mertert in Luxemburg lehnen wir ab.

1183 Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für eine Abschaltung der grenznahen Risiko-
1184 reaktoren sowie eine Vermeidung von Zwischenlagern einsetzen. Zudem wollen wir,
1185 dass auch die Bundesregierung alle dafür erforderlichen Maßnahmen ergreift und sich
1186 zudem für eine transparente Endlagersuche der europäischen Nachbarn mit allen Be-
1187 teiligungsrechten der rheinland-pfälzischen Bevölkerung einsetzt.

1188 **Naturschutz**

1189 Wir sind uns unserer Verantwortung für den Schutz und Erhalt der rheinland-pfälzi-
1190 schen Artenvielfalt bewusst und werden durch die umfassende Weiterentwicklung un-
1191 serer vielseitigen Natur- und Artenschutzprogramme sowie eine flächendeckende Bi-
1192 otopenvnetzung die europäischen und nationalen Biodiversitätsziele erfüllen. Gemein-
1193 sam mit allen Akteur:innen in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus werden wir das Ar-
1194 tensterben stoppen, indem wir unsere blühenden Wiesen, Weiden, Bäche, Moore so-
1195 wie Straßen- und Wegränder miteinander verbinden und dauerhaft aufwerten. Dazu
1196 werden wir sowohl unsere Naturschutzverwaltung, die umfangreichen Agrarumwelt-
1197 programme, den zielgenauen Vertragsnaturschutz als auch unsere erfolgreichen Pro-
1198 gramme des Natur- und Gewässerschutzes, die „Aktion Grün“ und „Aktion Blau Plus“,
1199 im Sinne des ganzheitlichen Naturschutzes in die Lage versetzen, die aktuellen
1200 Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit effizient zu bewältigen.

1201 **Moderne, effiziente Naturschutzverwaltung**

1202 Um den wachsenden Anforderungen der EU und des Bundes zum Schutz der Bio-
1203 diversität sowie der wichtigen Rolle des Artenschutzes beim Ausbau der Erneuerbaren
1204 Energien und an der Schnittstelle Naturschutz und Landwirtschaft nachzukommen,
1205 müssen wir die Naturschutzverwaltung in die Lage versetzen, diese Ziele erfüllen zu
1206 können.

1207 Durch die Erstellung einer IT-Strategie in der Naturschutzverwaltung Rheinland-Pfalz
1208 können Effizienzsteigerungen durch die Potenzialnutzung von neuesten Algorithmen,
1209 Künstlicher Intelligenz und moderner IT-Infrastruktur geschaffen werden.

1210 Das rheinland-pfälzische Umweltministerium ist mit der Federführung bei der Digitali-
1211 sierung der Umweltverwaltung in Deutschland beauftragt und soll somit eine Vorreiter-
1212 rolle bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes einnehmen. Daneben werden wir
1213 durch eine engere Zusammenarbeit der Naturschutzverwaltung mit unseren Hoch-
1214 schulen einen umfassenden Wissenstransfer zu aktuellen Forschungsergebnissen
1215 herstellen und dadurch unsere Arten- und Naturschutzmaßnahmen zielgerichteter ein-
1216 setzen.

1217 **Klimaschutz/Klimawandelfolgen im nachgeordneten Bereich verankern**

1218 Die Bedeutung von Klimaschutz und dem Schutz der Biodiversität hat in den letzten
1219 Jahren stark zugenommen. Damit verbunden ist auch ein gestiegener Informations-
1220 und Beratungsbedarf in diesen Bereichen. Klimaschutz und Klimawandelanpassung
1221 müssen darum als übergeordnete Aufgaben in der Umweltverwaltung fest verankert
1222 werden.

1223 **Biodiversitätsstrategie weiterentwickeln**

1224 Der Schutz der Biodiversität ist ein wichtiges Ziel internationaler Übereinkommen, der
1225 EU-Biodiversitätsstrategie 2030 sowie des Bundes. Rheinland-Pfalz hat mit seiner Bio-
1226 diversitätsstrategie, die seit 2015 die Grundlage für Projekte und Maßnahmen des Na-
1227 tur- und Artenschutzes darstellt, bereits wichtige Ziele erreicht. Auf dieser Basis wer-
1228 den wir uns auch weiterhin für den Schutz der Natur und für eine Verbesserung des
1229 ökologischen Zustandes unserer Naturräume einsetzen. Die Programme „Aktion Grün“
1230 sowie „Aktion Blau Plus“ zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmen der Biodiversitäts-
1231 strategie des Landes Rheinland-Pfalz werden fortgeführt.

1232 Ein wesentlicher Baustein zur Stärkung des Artenschutzes ist die Umsetzung der Na-
1233 tura 2000-Bewirtschaftungspläne. Nur durch die Umsetzung der Maßnahmenpläne
1234 können wir den Anforderungen der EU zur Zielerreichung des Bewirtschaftungsmana-
1235 gements der Natura 2000-Gebiete gerecht werden.

1236 **Etablierung von Naturschutzstationen**

1237 Wir werden den Natur- und Artenschutz durch die Etablierung und bedarfsgerechte
1238 Finanzierung von regionalen Naturschutzstationen auf regionaler Ebene stärken und
1239 ausbauen, um den zahlreichen Herausforderungen und neuen Aufgaben für unsere
1240 Naturschutzverwaltung in der Zukunft wirkungsvoll begegnen zu können. Dazu zählen
1241 unter anderem die flächendeckende Umsetzung der Natura 2000-Bewirtschaftungs-
1242 pläne sowie die Stärkung der Artenhilfsprogramme, wie zum Beispiel für Leitarten der
1243 extensiven Wiesen, etwa das Braunkehlchen.

1244 Gemeinsam mit den regionalen Akteuren der Umwelt- und Landwirtschaftsverbände
1245 und unseren Kommunen werden wir regional angepasste Natur- und Artenschutzpro-
1246 jekte im Rahmen des Vertragsnaturschutzes und des Biotopmanagements umsetzen
1247 sowie das Monitoring unserer Schutzgebiete und eine gezielte Umweltforschung durch
1248 die umfangreiche Kooperation fördern. Die Naturschutzstationen sollen darüber hin-
1249 aus zur Entlastung und Effizienzsteigerung der Naturschutzverwaltung beitragen und
1250 die Umweltbildung im Rahmen des ehrenamtlichen Naturschutzes verbessern.

1251 Dabei streben wir die konzeptionelle Erstellung und Erprobung in Modellregionen bis
1252 2024 an. Auf der Grundlage erfolgt anschließend eine Evaluierung. Es sollen keine
1253 Doppelstrukturen entstehen und bestehende Ressourcen bestmöglich eingebunden
1254 werden.

1255 **Artenschutzprojekte und Monitoringprojekte ausweiten**

1256 Ein zentrales Instrument zur Überprüfung der Wirksamkeit von Naturschutzmaßnah-
1257 men, u.a. im Sinne der EU-Vorgaben, sind Monitoringprogramme und deren Auswer-

1258 tung. Diese Monitoringprogramme werden wir verstetigen und dem Biodiversitätszent-
1259 rum des Bundes Daten über den Zustand der Arten und Lebensräume auf Grundlage
1260 eines kontinuierlichen Monitorings liefern.

1261 Aufgrund der Erweiterung der Anforderungen der EU-Vogelschutz-Richtlinie wird in
1262 Rheinland-Pfalz das Monitoring in Vogelschutzgebieten weiter ausgebaut.

1263 Entsprechend dieser Verpflichtungen und zur fachlichen Unterstützung im Bereich Ar-
1264 tenschutz und Ausbau der Erneuerbaren Energien richten wir eine Vogelschutzwarte
1265 beim Landesamt für Umwelt ein.

1266 **Invasive Pflanzen**

1267 Invasive Pflanzen bedrohen immer mehr natürliche Lebensräume, daher leisten wir
1268 unseren Beitrag zur Belebung der individuellen Artenvielfalt in den Regionen von
1269 Rheinland-Pfalz.

1270 **Grünlanderhaltungsstrategie**

1271 Dauergrünland leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Biodiversität und Klima.
1272 Insbesondere langfristig extensiv bewirtschaftete Dauergrünlandbestände weisen eine
1273 hohe Artenvielfalt auf – sowohl in floristischer wie faunistischer Hinsicht. Darüber hin-
1274 aus weist Grünland im Vergleich zu Ackerland sehr hohe Humusgehalte auf. Zum Er-
1275 halt des artenreichen Grünlandes in Rheinland-Pfalz wird eine flächendeckende Grün-
1276 landerhaltungsstrategie entwickelt, die die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen
1277 auch unter Berücksichtigung der Tierhaltung mit dem Schutz der Biodiversität in Ein-
1278 klang bringt. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit den Tierhalter:innen in Rheinland-
1279 Pfalz.

1280 **Moorschutzprogramm**

1281 Moore sind wichtige Kohlenstoffspeicher und Lebensraum für besonders empfindliche
1282 und seltene Pflanzen und Tiere. Sie können den Wasserabfluss verzögern und die
1283 Auswirkungen von Dürreperioden abmildern. Entwässerung, Torfabbau und Auffors-
1284 tungen führten zu erheblichen Veränderungen, teilweise zum Verlust der Moore in
1285 Rheinland-Pfalz. Unsere Moore sollen aufgewertet und renaturiert werden. Hierzu wird
1286 ein Moorkataster erstellt und ein Moorschutzprogramm etabliert.

1287 **Agrarumweltprogramme und Vertragsnaturschutz verstetigen**

1288 Wesentliche Ursache beim Verlust der Artenvielfalt ist der Verlust extensiv genutzter
1289 Agrarbiotope und reich strukturierter Landschaftsräume. Wir wollen gemeinsam mit
1290 Landwirtschaft und Umwelt Lösungen erarbeiten, um den Schutz der Vielfalt in der
1291 Agrarlandschaft zu verbessern und gleichzeitig die Existenz landwirtschaftlicher Be-
1292 triebe nachhaltig zu sichern.

1293 Als Beitrag zu unseren europäischen und nationalen Biodiversitätszielen sind in und
1294 um unsere Schutzgebiete – insbesondere Natura 2000-Gebiete – naturverträgliche
1295 Bewirtschaftungs- und biologische Pflanzenschutzverfahren bevorzugt und entspre-
1296 chend über Agrarumweltprogramme unterstützt in die Anwendung zu bringen. Über
1297 entsprechende Förderprogramme wollen wir Anreize setzen, um in unseren Natur-
1298 schutzgebieten bis 2025 ausschließlich ökologische Bewirtschaftung zu erreichen. Die

1299 schrittweise Umsetzung werden wir durch ein umfangreiches Beratungsangebot für
1300 unsere Betriebe und im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) at-
1301 traktiv fördern.

1302 Eines der wichtigsten und erfolgreichsten Instrumente ist der kooperative Naturschutz.
1303 Rheinland-Pfalz will den Vertragsnaturschutz weiter ausbauen mit dem Ziel, praxisge-
1304 rechte, betriebsintegrierte und standortangepasste Maßnahmen zu entwickeln, mit de-
1305 nen sowohl die Artenvielfalt gefördert als auch landwirtschaftliche Betriebe ausrei-
1306 chend honoriert werden. Bei der Gestaltung der Förderprogramme sollen die Ergeb-
1307 nisse bereits laufender erfolgreicher kooperativer Projekte berücksichtigt werden. Ziel
1308 ist es, die Fläche im Vertragsnaturschutz wie in der Vergangenheit weiter zu steigern.

1309 **Biotopverbund**

1310 Biotopvernetzung ist ein wesentlicher Baustein für den Artenschutz und übergeordnete
1311 Aufgabe. Eine wichtige Ursache für den Verlust der Artenvielfalt ist die Zerschneidung
1312 und Verinselung von Lebensräumen. Rheinland-Pfalz wird die Biotopvernetzung zu
1313 einem Biotopverbund „Die grüne Achse Rheinland-Pfalz“ weiter ausbauen und hierzu
1314 wichtige Gebiete wie z.B. die Rheinauen, den Nationalpark, das Biosphärenreservat,
1315 Naturparke und den Grünen Wall im Westen miteinander verbinden. Insbesondere die
1316 Ruinen des ehemaligen Westwalls werden als Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere
1317 zu einem Biotopverbund entwickelt. Das Land will Naturschutz, Denkmalschutz und
1318 politische Bildung am ehemaligen Westwall weiter ausbauen.

1319 Gemeinsam mit unseren landwirtschaftlichen Betrieben werden wir dafür Sorge tra-
1320 gen, dass die Biotopvernetzung voranschreitet und vorhandene Biotope erhalten blei-
1321 ben.

1322 **Zusammenarbeit von Naturschutzverwaltung und LBM**

1323 Die oberste Naturschutzbehörde erarbeitet mit der obersten Straßenbaubehörde eine
1324 Vereinbarung über die Zusammenarbeit der oberen Naturschutzbehörden mit dem
1325 Landesbetrieb Mobilität in Fragen der Verkehrsbegleitflächen.

1326 In dieser Vereinbarung sollen einerseits die Möglichkeiten von Verfahrensvereinfachungen
1327 und andererseits Empfehlungen für naturnahe Verkehrsbegleitflächen darge-
1328 legt werden.

1329 Verfahrensvereinfachungen sollen insbesondere bei der Handhabung von natur-
1330 schutzrechtlichen Eingriffsregelungen nach dem Bundesnaturschutzgesetz und bei
1331 Abstimmungsverfahren nach dem Landesnaturschutzgesetz angestrebt werden. Ge-
1332 genstand der Regelung sollen nur Maßnahmen mit geringfügigen Beeinträchtigungen
1333 von Natur und Landschaft außerhalb von Schutzgebieten, Naturparkkernzonen und
1334 gesetzlich pauschal geschützten Flächen sein; artenschutzrechtliche Prüfungen blei-
1335 ben unberührt.

1336 Empfehlungen für naturnahe Verkehrsbegleitflächen (Leitfäden) sollen einem multi-
1337 funktionalen Ansatz folgen und die Pflege so steuern, dass ein Beitrag zur Vernetzung
1338 von Lebensräumen und zum Erhalt von Arten erreicht wird. Verkehrsbegleitflächen
1339 haben eine erhebliche Ausdehnung in der Fläche und sind als Biotope von großer
1340 Bedeutung.

1341 **Urbaner Naturschutz und Klimawandelfolgenanpassung**

1342 In unseren Städten und Dörfern sind die Auswirkungen der Klimakrise mit Extremwet-
1343 tern wie Trockenheit, Hitze oder Tropennächten besonders spürbar. Daher setzt sich
1344 die Koalition für eine konsequente Klimawandelanpassung in unseren Städten und
1345 Dörfern ein, um die Auswirkungen der Klimakrise abzumildern. Hierzu zählen ausrei-
1346 chend Grünflächen, Dach- und Fassadenbegrünung sowie das Freihalten von Kaltluft-
1347 tentstehungsgebieten und Frischluftschneisen.

1348 Wir möchten lebenswerte Innenstädte und Dorfkerne gestalten, die „Aktion Grün“ und
1349 die „Aktion Blau Plus“ hierfür verstärkt nutzen und so die vorhandenen grünen und
1350 blauen Oasen im besiedelten Bereich aufwerten. Durch Regenrückhaltmaßnahmen,
1351 Versickerungskonzepte und Entsiegelung in Quartieren wollen wir den innerörtlichen
1352 Wasserrückhalt verbessern. Das stadtplanerische Konzept „Stadt als Schwamm“ bie-
1353 tet verschiedene Möglichkeiten, Wasser in der Stadt zu halten und für Verbrauch und
1354 Abkühlung zu nutzen. Zusätzlich werden wir die Installation von Nisthilfen für unsere
1355 Vögel und Insekten sowie Fassaden- und Dachbegrünung an allen öffentlichen Ge-
1356 bäuden prüfen.

1357 **Grenzüberschreitender Umwelt- und Klimaschutz**

1358 Umwelt- und Klimaschutz darf vor nationalen Grenzen nicht Halt machen. Wir wollen
1359 gemeinsam mit unseren Partnern in Europa unter Einbindung der Wirtschaft, Wissen-
1360 schaft und Forschung sowie der Zivilgesellschaft Projekte anstoßen und entwickeln.
1361 Dadurch möchten wir nicht nur die Kooperation in der Großregion und in der Trinatio-
1362 nalen Metropolregion Oberrhein (TMO) verstetigen, sondern auch an der INTERREG-
1363 Förderung partizipieren. Der Klima- und Ressourcenschutz ist in der neuen Förderpe-
1364 riode 2021 bis 2027 als Schwerpunkt ausgebildet.

1365 **Wasser**

1366 Die Klimawandelfolgen sind vor allem in der Wasserwirtschaft spürbar, die Grundwas-
1367 serneubildung geht zurück, die Häufigkeit von Extremwetterlagen wie Dürren, Starkre-
1368 genereignissen und Hochwasser nimmt zu. Der Schutz der Wasserressourcen für die
1369 Trinkwassergewinnung, als wertvoller Lebensraum, für Landwirtschaft und Industrie
1370 und die Anpassung der Wasserinfrastruktur ist von großer Bedeutung. Vor diesem
1371 Hintergrund wollen wir einen „Zukunftsplan Wasser“ entwickeln, der die notwendigen
1372 Schritte zur Anpassung an die Klimawandelfolgen aufzeigt. Wir werden neue Wasser-
1373 versorgungspläne erstellen, bestehende fortschreiben (Klimawandelcheck) und zu-
1374 sätzliche Trinkwasserreserven sichern. Ein besonderes Augenmerk gilt dem nachhal-
1375 tigen Grundwassermanagement – der Eintrag von Schadstoffen muss reduziert wer-
1376 den, die Entnahme von Grundwasser darf dessen Neubildung nicht überschreiten. Um
1377 die Belastung unseres Wassers mit Spurenstoffen zu minimieren beteiligen wir uns an
1378 der Umsetzung der bundesweiten Spurenstoffstrategie.

1379 Die Umsetzung der EU-Wasserrahmen-Richtlinie bis zur EU-Frist im Jahr 2027 mög-
1380 lichst viele Wasserkörper in einen guten Zustand zu überführen, genießt oberste Prio-
1381 rität. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir das erfolgreiche Programm „Aktion
1382 Blau Plus“ fortsetzen, um eine Renaturierung der Gewässer und Auen zu erreichen
1383 sowie ihre Durchgängigkeit für Wanderfische.

1384 Wir wollen die kommunalen Wasser- und Abwasserwerke bei ihren Anstrengungen für
1385 eine klimaneutrale Wasserwirtschaft und bei der Bewältigung der Folgen des Klima-
1386 wandels unterstützen.

1387 Die Klimawandelfolgen sind auch in der Landwirtschaft spürbar. Extremwetterlagen
1388 erfordern eine Anpassung über Sortenauswahl, Fruchtfolgen sowie bodenschonende
1389 Bewirtschaftung und machen eine Bewässerung in vielen Bereichen unverzichtbar.
1390 Wir werden ein Konzept für eine nachhaltige Nutzung von Oberflächen- und Grund-
1391 wasser für landwirtschaftliche Beregnungszwecke erarbeiten. Dabei kommen Wasser-
1392 rückhaltungen, digitale Mengenerfassung und witterungsgesteuerte Beregnungstech-
1393 niken zum Einsatz, um den Wasserverbrauch zu reduzieren. Verbundlösungen auf
1394 Wasserverbandsebene werden nach Möglichkeit mit Mitteln der EU, des Bundes und
1395 des Landes unterstützt. Im Hinblick auf die landwirtschaftliche Grundwassernutzung
1396 bedarf es zukünftig der steuernden Wirkung durch das Instrument des Wasserentnah-
1397 meentgelts. Die landwirtschaftliche Nutzung von Oberflächenwasser wird nicht mit ei-
1398 nem Entnahmeentgelt belegt. Um eine angemessene Relation von Aufwand und Er-
1399 trag zu erzielen, erfolgt die Erhebung erst bei einer Überschreitung von 10.000 Kubik-
1400 meter Grundwasser pro Jahr und Entgeltpflichtigem. Die im Bereich der landwirtschaft-
1401 lichen Nutzung vereinnahmten Gelder müssen zweckgebunden für ressourcenscho-
1402 nende Bewässerungsprojekte zum Einsatz kommen.

1403 Wir werden weiterhin die Ausarbeitung und Umsetzung von örtlichen Hochwasser- und
1404 Starkregenvorsorgekonzepten fördern und damit das Hochwasserrisikomanagement
1405 stärken. Wir stehen zu den nationalen und internationalen Verpflichtungen zum Hoch-
1406 wasserschutz, um das vertraglich vereinbarte Schutzniveau erreichen zu können.

1407 **Ernährung, Ökologischer Landbau, Lebensmittelüberwachung**

1408 **Nachhaltige Ernährung durch „Rheinland-Pfalz isst besser“**

1409 Die Landesinitiative für eine nachhaltige und gesundheitsfördernde Ernährung „Rhein-
1410 land-Pfalz isst besser“ werden wir fortführen und die Gemeinschaftsverpflegung weiter
1411 auf den Einsatz regionaler Lebensmittel sowie eine gesundheitsfördernde Ausrichtung
1412 des Verpflegungsangebots umstellen und weitere Träger über die Ausweitung des Mo-
1413 dellprojekts „Pilotregionen Rheinland-Pfalz: Gemeinsam nachhaltig und gesundheits-
1414 fördernd essen in Kita, Schule und Mensa“ ansprechen.

1415 Daneben schaffen wir ein „Iss-besser-Kantinen-Programm“ und werden schrittweise
1416 die Außer-Haus-Verpflegung in unseren Universitäten, Krankenhäusern, Verwaltun-
1417 gen und Unternehmen auf saisonale, regionale und ökologisch produzierte Produkte
1418 umstellen. Wir wissen dabei um unsere Vorbildfunktion als Land und werden beson-
1419 ders auf die frische Zubereitung, vollwertige, vegetarische und vegane Verpflegungs-
1420 angebote, die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und Verpackungsmüll
1421 achten und wollen auch die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung
1422 (DGE) in allen öffentlichen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung einführen.
1423 Dazu müssen auch unsere Rahmenlehrpläne die Ausbildung von Köch:innen an die
1424 sich verändernden gesellschaftlichen Bedürfnisse angepasst werden.

1425 **Ökoaktionsplan ausbauen**

1426 Der Ökoaktionsplan bündelt eine Vielzahl von Maßnahmen, die dazu dienen, den öko-
1427 logischen Landbau in Rheinland-Pfalz auszubauen. Es gilt die steigende Nachfrage im

1428 Handel sowie in der Gemeinschaftsverpflegung nach regionalen, ökologischen Le-
1429 bensmitteln durch unsere Betriebe vor Ort zu decken, auch um von diesem steigenden
1430 Marktanteil zu profitieren. Gleichzeitig wollen wir Unternehmen bei der Optimierung
1431 und dem Aufbau von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen unter-
1432 stützen. Wir wollen bis zum Jahr 2030 durch den weiteren Ausbau des Ökoaktions-
1433 plans für Rheinland-Pfalz das EU-Ziel von 25% erreichen. So werden wir gleichzeitig
1434 den umfassenden Schutz unserer wertvollen Grünlandflächen, als HotSpots der Ar-
1435 tenvielfalt mit einer nachhaltigen Strategie für eine tierwohlorientierte Tierhaltung und
1436 einer verbesserten regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur wie Mühlen-,
1437 Molkerei-, Most- oder sonstige Verarbeitungs-Genossenschaften unterstützen.

1438 **Tierschutz**

1439
1440 Tierschutz hat in Rheinland-Pfalz eine herausragende Bedeutung und daher einen fes-
1441 ten Platz in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung. Die Mitwirkungsrechte und
1442 das Verbandsklagerecht sind gesetzlich fest verankert, um anerkannten Tierschutz-
1443 vereinen die Möglichkeit zu geben, gegen tierschutzrechtliche Anordnungen vorzuge-
1444 hen. Zudem berät der Tierschutzbeirat die Landesregierung in allen relevanten Fragen
1445 zum Tierschutz. Dies unterstreicht, dass der Tierschutz von persönlichem Einsatz und
1446 ehrenamtlichem Engagement lebt. Die Koalition wird auch in Zukunft dieses ehrenamt-
1447 liche Gremium mit seiner großen fachlichen Expertise in alle relevanten Entschei-
1448 dungen zu tierschutzrelevanten Fragestellungen einbinden. Der Tierschutzbericht der Lan-
1449 desregierung ist ein wichtiges Instrument, um Erfolge und Handlungsbedarfe beim
1450 Tierschutz darzustellen. Deswegen werden wir ihn fortführen. Vorbildliche Projekte im
1451 beruflichen oder privaten Umgang mit Tieren sowie der besondere Einsatz werden
1452 auch zukünftig durch die Vergabe des Tierschutzpreises gewürdigt. Auch Ersatzme-
1453 thoden für Tierversuche werden wir weiterhin unterstützen und fördern.

1454 1455 **Demonstrationsprogramm „Partnerbetrieb Tierwohl“**

1456 Wir wollen die Einführung eines Demonstrationsprogramms „Partnerbetrieb Tierwohl“
1457 gemeinsam mit den DLRs prüfen.

1458 **Gefährliche Wildtiere in Privathand**

1459 Die Haltung von gefährlichen Tieren wildlebender Arten in Privathaushalten birgt Risi-
1460 ken – sowohl für die Tiere selbst als auch für die Bevölkerung. Dies gilt insbesondere
1461 dann, wenn Halter:innen nicht über die erforderliche Sachkunde verfügen, die Tiere
1462 nicht artgerecht gehalten und gesichert werden. Hier sehen wir Regelungsbedarf.

1463 **Tiertransporte**

1464 Es ist gut, dass Rheinland-Pfalz den Transport von Tieren über lange Strecken ge-
1465 stoppt hat. Es braucht aber noch deutlich mehr Anstrengungen, um die Zahl der Tier-
1466 transporte weiter zu reduzieren und für mehr Tierwohl zu sorgen. Wir werden uns ge-
1467 genüber der Bundesregierung und im Bundesrat weiterhin für eine EU-weite Regelung
1468 einsetzen, die sicherstellt, dass keine tierwohlgefährdenden Transporte mehr stattfin-
1469 den.

1470 **Tierheime**

1471 Zur Verbesserung des Wohls der Tiere in unseren Tierheimen werden wir diese bei
1472 Investitionen in die bauliche Situation weiter unterstützen und außerdem gezielte Maß-
1473 nahmen zur Steigerung des Tierwohls und für die Präventionsarbeit im Tierschutz er-
1474 greifen.

1475 Wir setzen uns mit Blick auf den öffentlichen Verkauf von Hunden und Katzen mittels
1476 Verkaufsanzeigen auch weiterhin für eine EU- und bundesweite Registrierungspflicht
1477 ein.

1478 **Zoos und Tierparks**

1479 Unsere Zoos, Tierparks, Wildparks und Tierhilfeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz leis-
1480 ten einen entscheidenden Beitrag für den Erhalt bedrohter Arten. Außerdem bieten sie
1481 die Grundlage für unverzichtbare Umweltbildungsangebote für Kinder und Jugendli-
1482 che. Sie können sich auch in Zukunft unserer Unterstützung sicher sein.

1483 **Wald**

1484
1485 Unsere Wälder leisten einen entscheidenden Beitrag zum Schutz unseres Klimas.
1486 Zugleich sind die Waldökosysteme in Rheinland-Pfalz massiv und negativ vom Kli-
1487 mawandel betroffen. Das damit verbundene Artensterben und der damit einherge-
1488 hende Verlust an biologischer Vielfalt sind zentrale Probleme unserer Zeit.
1489 Unser Ziel bleiben stabile und artenreiche Mischwälder, die alle Waldfunktionen erfül-
1490 len. Wir wollen unsere Wälder und ihre Funktionen für zukünftige Generationen
1491 schützen und erhalten. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen unserer gemeinsamen
1492 Politik, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu begrenzen. Die Koalitions-
1493 partner bekennen sich daher zum umfassenden Walderhalt und werden diesem – ori-
1494 entiert an den natürlichen Waldgesellschaften von Rheinland-Pfalz – äußerste Priori-
1495 tät einräumen. Wir bekennen uns zur gemeinsamen Erklärung der Landesregierung
1496 mit den Waldverbänden „Klimaschutz für den Wald – unser Wald für den Klima-
1497 schutz“ und werden diese im Sinne der ökologischen Waldwirtschaft weiterentwi-
1498 ckeln.

1499 **Waldbau und Waldklimaprämie**

1501 Die schwierige wirtschaftliche Lage der Forstwirtschaft erfordert gezielte Unterstüt-
1502 zung. Ziel ist es die Ökosystemdienstleistungen des Waldes mit Hilfe einer bundesein-
1503 heitlichen Waldklimaprämie zu honorieren. Damit möchten wir den klimaresilienten
1504 und naturnahen Umbau des Waldes in Rheinland-Pfalz sicherstellen.

1505 Wir werden kommunale und private Forstbetriebe angesichts der Herausforderungen
1506 des Klimawandels unterstützen. Bei der Waldklimaprämie lehnen wir eine reine Flä-
1507 chenprämie ab. Die Förderung der Waldbesitzer:innen ist an hohe Qualitätsstandards
1508 zu koppeln. Wir legen dabei insbesondere Wert auf Maßnahmen zur Klimaanpassung.
1509 Unser Ziel ist es, dass neben Staatsforst viele kommunale und private Wälder in Rhein-
1510 land-Pfalz nach FSC zertifiziert werden. Dabei werden Landesforsten und FAWF Kom-
1511 munen und private Waldbesitzer:innen beraten und fördern.

1512 Eine bodenschonende, naturnahe Bewirtschaftung unserer Wälder gewährleistet da-
1513 bei den Erhalt des Waldinnenklimas zur Vermeidung von Trockenschäden.

1514 Um allen Waldfunktionen in unserem Staatswald gerecht zu werden, werden wir die
1515 Leistungsfähigkeit unseres Landesbetriebs Landesforsten stärken.

1516 Die Zusammenarbeit mit der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft
1517 (FAWF) und unseren Hochschulen wollen wir weiter ausbauen. Im Projekt „Klimawald
1518 2100“ erforschen wir Zukunftswälder sowie natur- und klimaangepasste Arten der Be-
1519 wirtschaftung im Vergleich miteinander. Dabei erstellen wir verlässliche Öko- und
1520 CO₂- Bilanzen für die unterschiedlichen Bewirtschaftungsweisen sowie entspre-
1521 chende Empfehlungen und Leitlinien.

1522 **Prozessschutz und Wildnis**

1523 Darüber hinaus wollen wir unsere Wälder als wertvolle Naturräume weiterentwickeln,
1524 indem wir das Vertragsnaturschutzprogramm „Naturschutz im Wald“ ausweiten und
1525 eine flächendeckende Umsetzung der „Biotop-Altbaum-Totholz-Konzepte“ im Sinne
1526 der nationalen Wildnisstrategie fördern.

1527 Das nationale Wald-Wildnisziel von 5% wollen wir in Kombination mit flächendecken-
1528 den „Biotop-Altbaum-Totholz-Konzepten“ und Waldvertragsnaturschutzmaßnahmen
1529 in unseren Wäldern übertreffen.

1530 Wir werden Waldschutzkalkungen unterstützen, wo sie für die Ökologie und den jewei-
1531 ligen Standort notwendig und sinnvoll sind.

1532 **Holzwirtschaft**

1533 Wir wollen Holz als nachwachsenden ökologischen Rohstoff und als wichtige Grund-
1534 lage für regionale Wertschöpfung in den ländlichen Regionen unseres Landes erhal-
1535 ten. Mit über 50.000 Beschäftigten im Bereich Forsten ist der Wald ein bedeutender
1536 Wirtschaftsfaktor in Rheinland-Pfalz.

1537 Unsere Holzindustrie befindet sich wie viele andere Branchen in einem Umbruch. Wir
1538 wollen unsere Holzindustrie bei diesen Entwicklungsschritten mit gezielten Unterstüt-
1539 zungsmaßnahmen begleiten, zum Beispiel im Rahmen des Holzbaclusters Rhein-
1540 land-Pfalz. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Entwicklung neuer Metho-
1541 den zur nachhaltigen, stofflichen Verwertung und langlebigen Nutzung fördern.

1542 **Nationalpark**

1543 Die Koalitionspartner bekennen sich zur Weiterentwicklung des Erfolgsprojekts Natio-
1544 nalpark Hunsrück-Hochwald. Mit den Instrumenten der Runden Tische verbessern wir
1545 die Kooperation der Nationalpark-Kommunen mit dem Ziel, den Nationalpark zu erwei-
1546 tern und stärken die Zusammenarbeit mit den Hochschulen.

1547 Mit einem intelligenten, länderübergreifenden Verkehrslenkungskonzept sowie einer
1548 verbesserten Betreuung der Nationalparktore in kooperativen Trägerstrukturen und ei-
1549 ner Aufwertung der Wanderparkplätze verbessern wir die touristische Attraktivität des
1550 Nationalparks.

1551 Unser Nationalpark, das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Pfälzerwald und
1552 die weiteren Naturparke im Land sind Juwelen für den naturnahen Tourismus. Wir wol-
1553 len Regionalentwicklung, Klima- und Naturschutz besser mit der touristischen Nutzung

1554 vernetzen. Dafür fördern wir Leuchtturmprojekte, wie die Ausbildung von Kindern und
1555 Jugendlichen zu Junior-Ranger:innen.

1556 Mit den „Bändern des Lebens“ sorgen wir für überregionale Biotopvernetzung zwi-
1557 schen unserem Nationalpark, den Schutzgebieten und den benachbarten Naturparks,
1558 wie zum Beispiel zwischen Hunsrück-Saar und Soonwald-Nahe. Unverzichtbar ist hier
1559 die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern.

1560 **Forstliches Bildungszentrum**

1561 Unser Wald im Klimawandel steht vor vielfältigen Herausforderungen. Diese lassen
1562 sich nur bewältigen, wenn wir ein ganzheitliches Waldmanagement betreiben. Dazu
1563 zählt auch die Vermittlung von Kompetenzen und neuen Bildungsinhalten, die alle be-
1564 troffenen Zielgruppen (Forstleute, Waldbesitzende, Naturschutz und Jäger:innen) wei-
1565 ter qualifiziert und so für die enorm gestiegenen Anforderungen befähigt. Das Kompe-
1566 tenzzentrum für forstliche Bildung (Forstliches Bildungszentrum Rheinland-Pfalz) lei-
1567 tet hierzu bereits in den Bereichen Ausbildung, Fortbildung und berufliche Weiterbil-
1568 dung für Rheinland-Pfalz und das Saarland einen großen Beitrag. Wir werden das
1569 Kompetenzzentrum für forstliche Bildung so stärken, dass die Qualifizierung der Ver-
1570 antwortungsträger:innen für unseren Wald erfolgreich fortgesetzt werden kann.

1571 **Jagd**

1572 Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Jagdgesetze und Verordnungen zu evalu-
1573 ieren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dies erfolgt im Dialog mit den Verbän-
1574 den. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung von Wildschäden in Wald-
1575 und Forstgebieten eine maßgebliche Bedeutung einnehmen. Auch streben wir eine
1576 Vereinfachung der Wildschadenabwicklung an. Das (quantitative/effektive) Manage-
1577 ment von Wildbeständen nimmt beim Schutz bestehender Forstgebiete sowie beim
1578 Erfolg von Wiederaufforstungen eine zentrale Rolle ein.

1579 Darüber hinaus streben wir Veränderungen in den sogenannten rotwildfreien Gebieten
1580 in Rheinland-Pfalz an, um den Grundstückseigentümern mehr Mitspracherecht zu er-
1581 möglichen. Die Erfüllung der Abschusspläne ist erforderlich, um eine naturnahe Wald-
1582 bewirtschaftung (Kalamitätsschäden/Naturverjüngung) durch die untere Jagdbehörde
1583 konsequent umzusetzen.

1584 Die unteren Jagdbehörden werden angehalten, die Umsetzung der getroffenen Jagd-
1585 vereinbarungen zu gewährleisten. Die Jagdgenossenschaften erhalten mehr Mitspra-
1586 cherecht bei Jagdzielen und Jagderfüllung. Die Wildbretvermarktung soll im zukünfti-
1587 gen System der Vermarktungsketten einen höheren Stellenwert einnehmen. Im Hin-
1588 blick auf die Gefahren der Afrikanischen Schweinepest werden wir unser kontinuierli-
1589 ches Engagement ausbauen. Die Jagd ist ein wirkungsvolles Instrument des Wildtier-
1590 managements.

1591 **Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschutz und Umwelttechnologie**

1592 **Reduzierung des Müllaufkommens – Kampagne „Müll nicht rum“ ausbauen**

1593 Die Koalition will die Kampagne „Müll nicht rum“ stärken und ausbauen, um Unterneh-
1594 men und Kommunen bei der Reduzierung des Müllaufkommens zu unterstützen, u.a.
1595 auch im Bereich „Food-to-go“.

1596 Das Bewusstsein der Verbraucher:innen für nachhaltiges Einkaufen wächst. Unver-
1597 packt-Läden, wo loses Obst und Gemüse sowie weitere Produkte ohne Verpackung
1598 erworben werden können, sind eine wichtige umweltbewusste Alternative.

1599 **Abgabe abgelaufener Lebensmittel an Foodsharing und Initiativen**

1600 Die Koalition setzt sich entschieden gegen massive Lebensmittelverschwendung ein.
1601 Wir wollen Supermärkte dazu anhalten, noch genießbare Lebensmittel an Hilfsorgani-
1602 sationen oder Initiativen weiterzugeben.

1603 **Ressourcenschonendes Wirtschaften**

1604 Die Koalition setzt sich auf Bundesebene für eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft ein,
1605 u.a. durch die Verbesserung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Wir wollen die Wirt-
1606 schaft darin bestärken, auf ressourcenschonende, schadstofffreie Verfahren und Ver-
1607 packungen umzustellen. Die Koalition setzt sich außerdem für die Vermeidung des
1608 Carbon Leakage sowie für das Prinzip „Reparieren statt Wegwerfen“ ein, u.a. für Re-
1609 pair-Cafés.

1610 **Abfallwirtschaft**

1611 Die Koalition wird die Abfallwirtschaftspläne aktualisieren. Ein Ziel ist die Erhöhung der
1612 Recyclingquote von Kunststoffen und Verpackungen. Wir wollen flächendeckende
1613 Sortieranalysen an den einzelnen Verwertungsstandorten durchführen. Durch eine
1614 Verordnung wollen wir die Mikroplastikeinträge durch Folien, Gummis und Bindemittel
1615 in Klärschlamm, Komposten und Vergärungsanlagen verringern.

1616 Auch auf Bundesebene setzen wir uns für eine verbesserte Recyclingquote und Res-
1617 sourceneffizienz ein, v.a. durch eine Reform des Dualen Systems, eine Ressourcenab-
1618 gabe und verbindliche Sanktionsmöglichkeiten in Abfallwirtschaftsplänen.

1619 Die Koalition bekennt sich dazu, ausreichend Entsorgungskapazitäten für nicht recyc-
1620 lingfähige Bau- und Abbruchabfälle sicherzustellen. Die Deponiestudie des Landes hat
1621 gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Wir unterstützen daher, in den Bereichen, in
1622 denen es regional Engpässe gibt, die Anstrengungen, Deponiekapazitäten auszuwei-
1623 ten. Die Koalition wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass auch im Bau zuneh-
1624 mend Recyclingbaustoffe zum Einsatz kommen.

1625 **Bodenschutz/Altbergbau/PFC/Flächenschutz**

1626 Wir wollen die Altlastensanierung weiter vorantreiben. Die orientierenden Untersu-
1627 chungen und die systematische Erfassung von Altstandorten müssen mit erhöhtem
1628 Ressourceneinsatz fortgesetzt werden. Die Sanierung von Böden, die mit per- und
1629 polyfluorierten Chemikalien (PFC) verunreinigt wurden, stellt die Sanierungsverant-
1630 wortlichen (v.a. die Grundstückseigentümer:innen) vor große Herausforderungen. In
1631 Rheinland-Pfalz ist eine nennenswerte Anzahl von gewerblich und militärisch genutz-
1632 ten oder in Konversion befindlichen Flächen betroffen. Der Umwelt- und Gesundheits-
1633 schutz gebietet es, möglichst rasch die erforderlichen Untersuchungen anzustellen
1634 und Sanierungspläne zu erstellen. Den unteren und oberen Bodenschutzbehörden
1635 kommt hierbei eine wichtige Rolle als Überwachungs- und Genehmigungsbehörden
1636 zu.

1637 Um das Ziel Netto-Null Flächenverbrauch bis 2050 zu erreichen, muss der tägliche
1638 „Verbrauch“ (Neuinanspruchnahme) dauerhaft unter 1 Hektar liegen. Um die Flä-
1639 chenentsiegelung und ökologische Neugestaltung in den Kommunen zu fördern, wol-
1640 len wir diese beratend bei der Erstellung von Entsiegelungskatastern sowie konkreten
1641 Entsiegelungsprojekte unterstützen.

1642 Anwachsenden Risiken aus dem Altbergbau wollen wir systematisch, vorausschauend
1643 und vor allem effizient begegnen. Deswegen wollen wir ineffiziente Doppelstrukturen
1644 abbauen, stattdessen Kompetenzen des Landesamts für Geologie und Bergbau weiter
1645 stärken und dort die Zuständigkeit für den Altbergbau bündeln.

1646 **Bürger:innenfreundliche Müllentsorgung**

1647 Wir setzen uns für eine ökologisch nachhaltige und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirt-
1648 schaftspolitik ein. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung und
1649 Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Neben der Abfallvermeidung wol-
1650 len wir den bisher erreichten technischen Standard bei der Müllverwertung weiterent-
1651 wickeln. Darüber hinaus sollen technische Weiterentwicklungen und Effizienzsteige-
1652 rungen im Bereich der Müllverwertung auch dafür genutzt werden, die Entsorgungs-
1653 gebühren auf einem stabilen Niveau zu halten.

1654 Grundsätzlich sollen die Kommunen selbst über ihre Müllentsorgungssysteme ent-
1655 scheiden können. Dabei muss allerdings auf die Bürger:innenfreundlichkeit und die
1656 Akzeptanz der Systeme vor Ort und deren Verwertungsquoten geachtet werden.

1657 Gleichzeitig geben wir ein klares Bekenntnis für die bewährte Biotonne und das damit
1658 verbundene Abholssystem ab. Es hat sich gezeigt, dass dieses System in der Bevölke-
1659 rung ein hohes Maß an Zuspruch erfährt.

1660 Wir werden die regionale Verwertung biologischer Abfälle vorrangig in Biogasanlagen
1661 mit anschließender Kompostierung ausbauen.

1662 **Umwelttechnologien für den Klima- und Umweltschutz stärken**

1663 Rheinland-Pfalz ist Pionier-Land in Umwelttechnologien. Der Umweltcampus in Bir-
1664 kenfeld ist mit seiner herausragenden Expertise in den Bereichen Umwelttechnik und
1665 Umweltwirtschaft eine Erfolgsgeschichte in Rheinland-Pfalz mit bundesweiter Strahl-
1666 kraft. Wir werden seine Weiterentwicklung als international renommierter Campus in
1667 Sachen Nachhaltigkeit weiterhin positiv unterstützen.

1668 Mit dem Ecoliance Rheinland-Pfalz e.V. wurde eine einzigartige Kooperationsplattform
1669 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft geschaffen. Damit soll der Wissens- und Tech-
1670 nologietransfer in der Klima-, Energie- und Mobilitätswende sowie beim Ausbau der
1671 intelligenten Sektorkopplung gestärkt werden. Dies wollen wir im Einklang mit den För-
1672 derinstrumenten des „European Green Deal“ gestalten.

1673 **Immissionsschutz**

1674 **Gewerbeaufsicht**

1675 Die aktuelle Corona-Pandemie hat den Bedarf an einer funktionierenden Gewerbeauf-
1676 sicht im Land nochmals verdeutlicht. Wir setzen die gesetzlichen Anforderungen des
1677 Bundes und der EU beim Arbeits- und Umweltschutz um.

1678 Um die entsprechenden Prozesse möglichst effizient für Unternehmen und Aufsichts-
1679 behörden auszugestalten sowie den Wissenstransfer von erfahrenen zu neuen Mitar-
1680 beiter:innen im Rahmen eines strukturierten Nachfolgemanagements zu unterstützen,
1681 soll ein Pilotprojekt zur Digitalisierung und datenbankbasierten Schnittstellenentwick-
1682 lung unter Einbindung von Industrie- und Branchenverbänden sowie Gewerkschaften
1683 initiiert werden.

1684 Vor dem Hintergrund der Bundes- und EU-rechtlichen Anforderungen muss das Land
1685 zukünftig eine einheitliche Zulassung und Marktüberwachung für Non-Food-Produkte
1686 auch im Onlinehandel sicherstellen. Die Notwendigkeit dazu wurde zuletzt beim Onli-
1687 nevertrieb von Atemschutzmasken besonders deutlich. Im Rahmen eines Prüfauftrags
1688 sollen die erforderlichen Strukturanpassungen ressortübergreifend erarbeitet werden.

1689 **Vorsorgender Umweltschutz**

1690 Die Koalitionäre bekennen sich zu dem Prinzip des „Vorsorgenden Umweltschutzes“.
1691 Dies bedeutet konkret, dass wir im Sinne der gemeinsamen Interessen proaktiv die
1692 entsprechenden Handlungsfelder im Immissions- und Arbeitsschutz transparent und
1693 verlässlich planbar für Bürger:innen, Kommunen, Verwaltungen und Wirtschaft gestal-
1694 ten wollen.

1695 **Umsetzung Lärmschutz**

1696 Mit dem Ziel, dass für alle Kommunen in Rheinland-Pfalz eine einheitliche Lärmmin-
1697 derungsplanung erfolgen kann, streben wir in Ergänzung zur Lärmkartierung nach EU-
1698 Umgebungslärmrichtlinie die Erstellung eines „Lärmatlas Rheinland-Pfalz“ als kon-
1699 krete Planungsgrundlage für unsere Kommunen an.

1700 Die Koalitionäre setzen sich auf Bundesebene dafür ein, dass das Mittelrheintal im
1701 Zusammenhang mit der Bundesgartenschau zum Pilotgebiet für weitere Maßnahmen
1702 des Bundes zur Reduzierung des Schienenverkehrslärms und zur Entwicklung sowie
1703 Umsetzung verbindlicher Grenzwerte für Bestandsstrecken erklärt werden soll.

1704 Um die Lärmbelastung der Bevölkerung in der Nähe von Flughäfen transparent zu
1705 machen und entsprechende Lärmschutzmaßnahmen gezielt umsetzen zu können, soll
1706 eine kontinuierliche Lärmkartierung in den entsprechenden Gebieten erfolgen. Dabei
1707 soll auch unter wissenschaftlicher Begleitung die Wirkung des Fluglärms in Kumulation
1708 mit weiteren etablierten Lärmquellen bewertet werden.

1709 **Luftreinhaltung**

1710 Im Rahmen des „European Green Deal“ wird die EU-Kommission die Luftqualitätsstan-
1711 dards stärker an den Vorgaben der WHO ausrichten. Um die Luftqualität diesbezüglich
1712 weiter verbessern zu können, planen wir den zukunftsfähigen und effizienten Ausbau

1713 unseres ZIMEN-Messnetzes, z.B. durch die Installation von sogenannten NO2-Pas-
1714 sivalsammlern nach BImSchV.

1715 **Ultrafeinstaubbelastung**

1716 Insbesondere im Einzugsbereich des Frankfurter Flughafens besteht ein substanziell-
1717 ler Bedarf, die Realbelastung durch Ultrafeinstaub für die Anwohner:innen transparent
1718 zu machen. Da aktuell keine gesetzlich definierten Grenzwerte und Messverfahren für
1719 Ultrafeinstaub vorliegen, unterstützen wir den Ansatz, eine Kooperation mit der ent-
1720 sprechenden hessischen Initiative des hessischen Landesamtes für Naturschutz an-
1721 zustreben, um die dortige Belastungsstudie auf die angrenzenden rheinland-pfälzi-
1722 schen Gebiete auszuweiten.

1723 **Immissionsschutz**

1724 Die Koalitionäre streben bei der Umsetzung des Immissionsschutzes effiziente, trans-
1725 parente und planungssichere Genehmigungsprozesse an. Dafür sind einheitlich ver-
1726 bindliche und unter Einbindung der betroffenen Behörden, Fachexpert:innen und Ver-
1727 bände erstellte Leitfäden ein wesentliches Instrument. Zu deren Erarbeitung und kon-
1728 tinuierlichen Weiterentwicklung sollen regelmäßig tagende Runde Tische für landes-
1729 weit relevante Genehmigungstatbestände eingerichtet werden. Bei diesen sollen Rah-
1730 menbedingungen, Bearbeitungs- und Verlaufszeiten, Ablehnungsgründe, Umset-
1731 zungshemmnisse und Optimierungsoptionen transparent erörtert werden.

1732 **Kerosinablass – Bund muss tätig werden!**

1733 Rheinland-Pfalz ist vom Fuel-Dumping in besonderem Maße betroffen, vor allem über
1734 der Pfalz und dem Biosphärenreservat Pfälzerwald wurde häufig Kerosin abgelassen.
1735 Um den Umwelt- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten, sind vorsorgende Maß-
1736 nahmen zwingend erforderlich. Auf Drängen des Landes Rheinland-Pfalz wurde das
1737 Umweltbundesamt mit der Erstellung einer umfassenden wissenschaftlichen Bewer-
1738 tung beauftragt, die kürzlich vorgelegt wurde. Darin werden konkrete Vorschläge un-
1739 terbreitet, wie die flugverkehrsrechtlichen Anweisungen überarbeitet werden sollten:
1740 Durch die Zuweisung alternierender Lufträume und die Erhöhung der Flughöhe für den
1741 Ablass von bisher 6.000 auf 10.000 Fuß könnten rasch Verbesserungen erzielt wer-
1742 den. Da das Bundesverkehrsministerium sich bislang weigert, diesem Expert:innenrat
1743 nachzukommen, werden wir den politischen Druck aufrechterhalten.

1744 **3. Innovationsvorreiter Rheinland-Pfalz**

1745 **Wirtschaft**

1747 **Nachhaltig, stark, sozial gerecht – Wir machen Rheinland-Pfalz zum Ge-** 1748 **winner der Transformation**

1749 Die Unternehmen, das Handwerk, die Selbstständigen sowie die Arbeitnehmer:innen
1750 in Rheinland-Pfalz legen die Grundlage unseres Wohlstands. Wir wollen mit einer star-
1751 ken Sozialpartnerschaft dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz ein nachhaltiges Indust-
1752 rieland mit Zukunft bleibt und die vielfältigen Transformationsprozesse gut gestaltet.
1753 Wir wissen um die Stärken unseres Mittelstands und unseres Handwerks. Kleine und
1754 mittelständische Unternehmen stellen den größten Teil der Arbeitsplätze in Rheinland-
1755 Pfalz. Wir werden die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen weiter verbessern
1756 und ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen, damit diese auch in Zukunft erfolgreich
1757 sein können. Gemeinsam werden wir den Wandel zu innovativen Produkten und kli-
1758 maneutralen Wirtschaftsweisen gestalten. Dabei formulieren wir einen klaren An-
1759 spruch: Unsere Wirtschaft ist Vorreiter bei Zukunftstechnologien.

1760 **Sozial-ökologische Transformation – Innovationskraft und Sicherheit in Zeiten** 1761 **des Wandels**

1762 Wir wollen die rheinland-pfälzischen Unternehmen und ihre Beschäftigten zu den Ge-
1763 winner:innen der Transformation in unserer Sozialen Marktwirtschaft machen und da-
1764 bei auch unserer ökologischen Verantwortung gerecht werden. Wir bekennen uns klar
1765 zum Erhalt des Industriestandortes Rheinland-Pfalz und erachten die Wirtschaft als
1766 wichtigen Partner auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir unterstützen sie und ihren
1767 Einsatz durch weitreichende Maßnahmen und Innovationsimpulse, da die internatio-
1768 nale Wettbewerbsfähigkeit rheinland-pfälzischer Unternehmen in hohem Maße durch
1769 deren Innovationskraft bestimmt wird. Von daher gilt es, die Instrumente der Innovati-
1770 ons- und Technologiepolitik des Landes weiter auszubauen und entsprechend den
1771 Bedarfen der rheinland-pfälzischen Unternehmen – und hier insbesondere der KMU –
1772 qualitativ und quantitativ auszurichten.

1773 Wir wollen das innovations- und forschungsfreundliche Umfeld in Rheinland-Pfalz aus-
1774 bauen. Dabei sollen die Chancen neuer Technologien für die Gesellschaft noch stärker
1775 in den Vordergrund gerückt werden. Gerade die schnellen Erfolge in Rheinland-Pfalz
1776 bei der Entwicklung eines Impfstoffs gegen COVID-19 zeigen eindrucksvoll, was For-
1777 schung und Entwicklung zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten. Es
1778 handelt sich hierbei um eine umfassende und gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft,
1779 Wissenschaft und Bildung.

1780 Rheinland-Pfalz verfügt mit dem Transformationsrat bereits über ein wichtiges Gre-
1781 mium zur Gestaltung des Wandels, das wir weiter stark nutzen wollen. Unter Einbe-
1782 ziehung des Rats wollen wir Weiterbildung, Forschung und Förderprogramme in un-
1783 serem Land konsequent auf die Herausforderungen der Transformation ausrichten.

1784 Zur gezielten Unterstützung der rheinland-pfälzischen Unternehmen in der Transfor-
1785 mation planen wir eine Innovations- und Transformationsagentur Rheinland-Pfalz als

1786 operatives innovationspolitisches Umsetzungsorgan. Fokussiert auf die technologi-
1787 schen Bedarfe und Herausforderungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, insbe-
1788 sondere der KMU, wird diese Agentur als gemeinsame Einrichtung der Landesregie-
1789 rung erste Anlaufstelle, Impulsgeber sowie Innovations- und Transferplattform sein.
1790 Durch die Innovations- und Transformationsagentur erhalten Unternehmen in industri-
1791 ellen Leitbranchen des Landes einen verbesserten Zugang zu Forschungsergebnis-
1792 sen. Die Agentur leistet somit einen Beitrag zur Stärkung der Innovationskraft des
1793 Standorts und sichert zukünftige Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz.

1794 **Unterstützung von Schlüsselbranchen und Wertschöpfungsnetzwerken**

1795 Wir wollen uns der nachhaltigen Unterstützung von Schlüsselbranchen und Wert-
1796 schöpfungsnetzwerken der Innovation widmen. Die für Rheinland-Pfalz essentiellen
1797 Wirtschaftsbereiche Automobil- und Nutzfahrzeugindustrie, Chemie, Biotechnologie,
1798 Maschinenbau und Industrie 4.0 im Rahmen der Smart Factory, Medizin und Pharma
1799 sollen in ihrer Innovationskraft weiter gestärkt werden. Zukunftstechnologien wie
1800 Künstliche Intelligenz, 3D/4D-Druck, die Fortführung der 5G-Mobilfunkforschung, Um-
1801 welttechnologie und Campusnetze sowie Quantentechnologie werden hier eine we-
1802 sentliche Rolle spielen. Unsere Innovations- und Technologiepolitik wird weiterhin dem
1803 Grundsatz der Branchenoffenheit und Technologieneutralität folgen.

1804 Im Einklang mit den Handlungsfeldern und Clusterschwerpunkten der regionalen In-
1805 novationsstrategie (RIS) unterstützen wir einen ambitionierten Ansatz zur Weiterent-
1806 wicklung der Standortfaktoren und Sicherung der Attraktivität der rheinland-pfälzischen
1807 Innovationslandschaft, indem ein neuartiges Zentrum zur Förderung von Unterneh-
1808 mensgründungen und des Wissens- und Technologietransfers zwischen Wirtschaft
1809 und Wissenschaft am Standort Kaiserslautern geschaffen wird.

1810 **Schnittstellen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstituten** 1811 **weiterentwickeln**

1812 Um in der Transformation an der Spitze zu bleiben, müssen Unternehmen aller Bran-
1813 chen und Größenklassen Zugang zum neuesten Stand der Forschung haben. Dazu
1814 braucht es die passenden Schnittstellen zwischen Unternehmen, Hochschulen und
1815 Forschungsinstituten. Die wollen wir umfassend weiterentwickeln und neue Möglich-
1816 keiten schaffen, um in Forschungsk Kooperationen Wissenstransfer auch für kleine Be-
1817 triebe niedrigschwellig zu ermöglichen. Hier wollen wir mit „Forschungsgutscheinen“
1818 wichtige Impulse setzen. Um den Wissenstransfer weiter zu optimieren, werden wir die
1819 bestehende Cluster-Landschaft mit dem Ziel der Stärkung von Schlüsseltechnologien
1820 unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrages zur Transformation evaluieren und bedarfs-
1821 gerecht neu ausrichten. Das erfolgreiche Zusammenwirken des Kompetenzzentrums
1822 Mittelstand 4.0, der Smart Factory, dem Institut für Technologie und Arbeit (ITA) an der
1823 TU Kaiserslautern und der dort ansässigen Forschungsinstitute wollen wir weiter stär-
1824 ken. Mit diesen Einrichtungen sind wir deutschlandweit Wegbereiter und Vorreiter in
1825 Sachen Industrie 4.0.

1826 **Gute Bedingungen für Start-ups**

1827 Technologieorientierte Unternehmen und Start-ups sollen sich unter hervorragenden
1828 Standortbedingungen weiter gut entwickeln können und den digitalen Wandel nicht nur
1829 bewältigen, sondern gestärkt mit neuen Geschäftsfeldern und Wachstumsimpulsen
1830 daraus hervorgehen. Die Ausstattung der Unternehmen mit Wagniskapital wird hierzu

1831 ebenso verbessert und ausgeweitet wie die einzelbetriebliche Innovations- und Tech-
1832 nologieförderung. Ebenso werden wir Unternehmen in der Phase der Transformation
1833 unterstützen und begleiten.

1834 Wir werden in Ergänzung zum Innovationsfonds Rheinland-Pfalz I und II einen Wachs-
1835 tumsfonds Rheinland-Pfalz auflegen, in dem neben dem Land auch private Investor:in-
1836 nen Kapital für Start-ups in der Wachstumsphase bereitstellen.

1837 Start-ups steht eine hervorragende Infrastruktur in den Technologiezentren des Lan-
1838 des zur Verfügung, deren Profilbildung geschärft und durch inhaltliche Schwerpunkt-
1839 setzungen gestärkt werden soll. Damit wollen wir gleichzeitig die Unterstützung tech-
1840 nologieorientierter Netzwerke und Cluster sowie der Digital Hubs in Rheinland-Pfalz
1841 intensivieren, um den Prozess der digitalen Transformation in der Wirtschaft weiter
1842 begleiten zu können. Unser Ziel besteht darin, die Erfolgsgeschichte von Start-ups und
1843 erfolgreich wachsenden Unternehmen weiter fortzuschreiben.

1844 In diesem Zusammenhang wollen wir erfolgreiche Programme wie den „DigiBoost“, die
1845 rheinland-pfälzische KMU in der digitalen Transformation unterstützen, beibehalten
1846 und die Förderkulisse branchenübergreifend ausgestalten.

1847 Ebenso sollen in enger Abstimmung mit den Kammern die Digitalisierungsberater ins-
1848 besondere kleinen und mittelständischen Unternehmen Chancen der Digitalisierung
1849 aufzeigen und Unterstützung bei der Umsetzung digitaler Strukturen bieten.

1850 **Zügige Genehmigungen und aktive Ansiedlungspolitik**

1851 Besonders unsere Industriebetriebe sind auf zügige Genehmigungsverfahren ange-
1852 wiesen. Im Sinne einer aktiven Ansiedlungspolitik sind die Verkürzung von Bearbei-
1853 tungszeiten von Förderanträgen und die Beschleunigung von Genehmigungsprozes-
1854 sen wichtige Hebel. Hier wollen wir eine neue Initiative auf Bundesebene ergreifen. Im
1855 Gestaltungsbereich des Landes wollen wir vermeidbare bürokratische Hürden insbe-
1856 sondere in Fragen der Standorterweiterung weiter abbauen. Bürokratieabbau gerade
1857 für kleine und mittlere Unternehmen bleibt eine Daueraufgabe für die Landesregierung.

1858 **Biotechnologiestandort Mainz**

1859 Zudem wollen wir den Biotechnologiestandort Mainz mit dem Aufbau geeigneter
1860 Räumlichkeiten für Gründer:innen unterstützen und damit die bereits vorhandenen
1861 Kompetenzen und die weltweit wahrgenommene Wirtschaftskraft nutzen, um den Bio-
1862 tech-Standort zu stärken. Zu diesem Zweck streben wir an, das Technologiezentrum
1863 Mainz zu einem Zentrum für Start-ups aus der Biotechnologie weiterzuentwickeln.

1864 **Klimaschutz und Versorgungssicherheit – Wasserstoff für Nutzfahrzeuge und** 1865 **Industrie strategisch nutzen**

1866 Energieversorgung und Verkehrssektor sind wichtige Hebel zur Dekarbonisierung der
1867 Wirtschaft. Gleichzeitig ist Versorgungssicherheit unerlässlich. Auf dem Weg zur CO2-
1868 neutralen Wirtschaft gelten für uns daher zwei Prinzipien: Planungssicherheit durch
1869 verbindliche, transparente Vorgaben sowie Offenheit bei der Förderung klimafreundli-
1870 cher Technologien.

- 1871 Vor diesem Hintergrund wollen wir Wasserstoff als sektorenübergreifenden Energie-
1872 träger im Rahmen einer rheinland-pfälzischen H2-Strategie in allen Wirtschaftsberei-
1873 chen voranbringen. Unser Ziel ist die ausschließliche Nutzung von CO2-freiem Was-
1874 serstoff.
- 1875 Es ist unser Ziel, Unternehmen für den Standort Rheinland-Pfalz zu gewinnen. An-
1876 knüpfend an die bereits in Gang gebrachte Entwicklung im Bereich der Nutzfahrzeug-
1877 technologie sehen wir einen Entwicklungsstrang im Bereich der Antriebe für Lasttrans-
1878 porte auf der Straße, der Schiene, dem Wasser oder in der Luft. Hier muss die natür-
1879 liche Schnittstelle zum Bereich der batterieelektrischen Antriebe genutzt werden.
- 1880 Auch in anderen Bereichen wollen wir das bestehende technologische Knowhow und
1881 die vorhandenen Aktivitäten von Unternehmen und Forschungseinrichtungen am
1882 Standort Rheinland-Pfalz heben und alle sich ergebenden Synergien systematisch
1883 nutzen. Wir werden daher eine Landeswasserstoffstrategie entwickeln, die nicht nur
1884 die Eigenerzeugung von grünem Wasserstoff voranbringt, sondern auch die verschie-
1885 denen relevanten Nutzungsfelder in den Fokus nimmt.
- 1886 Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der Batteriezellproduktion für Rhein-
1887 land-Pfalz wollen wir die Potenziale des Batteriezellrecyclings als Zukunftstechnologie
1888 gemeinsam mit der Branche prüfen.
- 1889 **Wachstumsmärkte Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und Games**
- 1890 Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat sich zu einem dynamischen und wachsenden
1891 Wirtschaftszweig entwickelt. Zusammen mit der digitalen und Gameswirtschaft ist sie
1892 ein Schwerpunkt unserer Mittelstandspolitik und stark von technologischen Entwick-
1893 lungen getrieben.
- 1894 Wir unterstützen die Kultur-, Kreativ- und Gameswirtschaft bei der digitalen Transfor-
1895 mation durch Zugänge zu Fördertöpfen und nichtstaatlicher Finanzierung, sowie durch
1896 Unterstützung beim Aufbau eines „Kreativnetzwerks Rheinland-Pfalz“ zur Förderung
1897 gegenseitigen Wissenstransfers innerhalb der Branche. Auf europäischer Ebene wol-
1898 len wir uns für die Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen im Zeitalter
1899 der Digitalisierung im Sinne der Kreativwirtschaft einsetzen und so ein modernes, aber
1900 gleichzeitig schützendes Urheberrecht ermöglichen.
- 1901 **Games-Branche als Säule des wirtschaftlichen Wachstums**
- 1902 Computer- und Videospiele sind Kulturgut, Innovationstreiber, Wirtschaftsfaktor und
1903 Bildungsbeschleuniger mit enormen Wachstums- und Umsatzraten. Technologien und
1904 Mechanismen der Gameswirtschaft finden heute weit über den Kultur- und Unterhal-
1905 tungssektor hinaus Anwendung, beispielsweise in der Automobilindustrie, bei Banken,
1906 Versicherungen, der Pharmaindustrie und im Gesundheitswesen.
- 1907 Rheinland-Pfalz ist mit zahlreichen gamesbezogenen Studiengängen ein führender
1908 Hochschul- und damit Ausbildungsstandort für Berufe rund um die Gamesbranche.
1909 Renommierete Unternehmen der Branche sind hier tätig. Diese Bedeutung wollen wir
1910 noch konsequenter in der Wirtschaftspolitik abbilden.

1911 Das Software-/Gamesforum „GameUP! Rheinland-Pfalz“, das Designforum
1912 „DESCOM“ und das „Film- und Medienforum Rheinland-Pfalz“ fördern wir daher wei-
1913 terhin.

1914 **Aufenthaltsqualität und Wertschöpfung – Innenstädte und Handel in unseren Or-**
1915 **ten unterstützen**

1916 Ausgelöst durch die Digitalisierung und einen Wandel unseres Einkaufsverhaltens und
1917 beschleunigt durch die Corona-Pandemie, stehen Innenstädte sowie auch Innenberei-
1918 che kleinerer Kommunen, Gastronomie und stationärer Einzelhandel massiv unter
1919 Druck. Dies macht zügige Maßnahmen zur Stärkung erforderlich. Die Koalition eint das
1920 Ziel, unsere Innenstädte und innerörtlichen Bereiche gestärkt aus der aktuellen Phase
1921 der Krise hervorgehen zulassen.

1922 Daher wollen wir Innenstädte mit ihrem Einzelhandel, ihrer Gastronomie, ihren Dienst-
1923 leistungsbetrieben und ihren Kulturschaffenden sowohl mit dem Instrument der Städ-
1924 tebauförderung als auch mit Wirtschaftsförderungsmitteln gezielt und entschlossen in
1925 ihrem Wandel unterstützen und sie ermutigen, neue Wege zu gehen.

1926 Eine gute Aufenthaltsqualität im Umfeld von Geschäften und Gastronomie soll unsere
1927 Innenstädte zu beliebten Treffpunkten machen.

1928 Mit dem novellierten LEAPG wurden in der letzten Legislaturperiode die Vorausset-
1929 zungen geschaffen, nun auch in Rheinland-Pfalz erfolgreich Business Improvement
1930 District-Projekte umzusetzen. In enger Abstimmung mit den Kammern und den kom-
1931 munalen Spitzenverbänden sollen derartige Projekte begleitet und flankierende För-
1932 dertatbestände geprüft werden.

1933 **Faire Vergabe und Beschaffung**

1934 Als großer Auftraggeber hat das Land Rheinland-Pfalz eine Vorbildfunktion bei der
1935 Vergabe und Beschaffung öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

1936 Wir wollen das öffentliche Vergaberecht modernisieren, sozial, regional und ökolo-
1937 gisch.

1938 **Gründungen und Unternehmensnachfolge**

1939 Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Spitzenland für Unternehmensgründungen machen.
1940 Dafür werden wir Gründer:innen verstärkt unterstützen und die Voraussetzungen für
1941 ihren Erfolg schaffen. Eine lebendige Gründungskultur schafft Innovation und bringt
1942 berufliche Perspektiven sowie regionale Entwicklung und Wertschöpfung. Insbeson-
1943 dere wollen wir den globalen Megatrends der Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Mobilität
1944 sowie dem demografischen Wandel gezielt begegnen.

1945 Wir wollen Gründer:innen die Unterstützung geben, die sie brauchen. Mit der Entwick-
1946 lung von Accelerator-Programmen (u.a. Coachings, Mentorings, Finanzierung und
1947 Netzwerkentwicklung) werden wir diesen Beitrag leisten. Mit der Start-up-Initiative
1948 „Produktion“ werden wir Spin-offs oder Neugründungen im Bereich der innovativen In-
1949 dustrieproduktion stärken. Im Rahmen bestehender Förderprogramme wollen wir be-
1950 sonders Start-ups mit dem Fokus auf Umwelt- und Zukunftstechnologien fördern, um

- 1951 somit den globalen Herausforderungen durch Umwelt- und Klimafolgeschäden zu be-
1952 gegnen.
- 1953 Durch die bereits geplante Einrichtung einer Gründungsleitstelle sollen Gründer:innen
1954 noch gezielter unterstützt werden. Vor allem gilt es dabei, das Gründungspotenzial von
1955 Frauen zu heben und sie über Qualifizierungsangebote, spezielle Förderungen und
1956 Vernetzungsstellen umfassender zu informieren.
- 1957 Wer Gründungen fördern will, muss auch die Menschen hinter den Gründungen mit
1958 Blick auf existenzielle und wirtschaftliche Risiken entlasten. Wir wollen daher die Ent-
1959 wicklung eines Stipendienprogramms für Gründer:innen fortführen, durch das sie fi-
1960 nanziell und beratend über den Zeitraum eines Jahres unterstützt werden sollen.
- 1961 Das Förderprogramm „Start-up innovativ“ hat sich nach einer zweijährigen Pilotphase
1962 in der Gründungslandschaft etabliert. Aufbauend auf die erfolgreiche Entwicklung der
1963 geförderten Start-ups und als wirkungsvolle Begleitung zwischen Gründungsstipen-
1964 dium und Wagniskapital wie dem Innovationsfonds II, wollen wir „Start-up innovativ“
1965 dauerhaft im Förderangebot verankern.
- 1966 **Weiterentwicklung des Innovationsfonds**
- 1967 Für die Rekrutierung von privatem Wagniskapital und Geldern von privaten Venture
1968 Capital-Gesellschaften werden wir gezielt Netzwerkaktivitäten verstärken.
- 1969 Um den großen Bedarf an niederschweligen Finanzierungsangeboten in der Inkuba-
1970 tionsphase zu decken und Gründungsvorhaben mit deutlichen Potenzialen beschleu-
1971 nigt zu ermöglichen, werden wir die Weiterentwicklung des Innovationsfonds II hin zu
1972 einem gemischten Wagniskapitalfonds prüfen, in den neben öffentlichen auch private
1973 Mittel einfließen können. Damit sollen die Finanzierung der frühen Phase sowie Akti-
1974 vitäten der Business Angels gestärkt werden. Die Koalitionspartner wollen hierzu ge-
1975 zielt Akteur:innen aus der rheinland-pfälzischen Industrie und dem Mittelstand (u.a.
1976 aus den Bereichen der Umwelttechnologie, Games, Gesundheit und Biotechnologie)
1977 gewinnen und an der Entwicklung beteiligen.
- 1978 Das Beratungsangebot des rheinland-pfälzischen Mittelstandslotsen soll fortgesetzt
1979 werden.
- 1980 Nicht jede Idee funktioniert beim ersten Versuch und so manches Leuchtturmprojekt
1981 führt erst über Umwege zum Erfolg. Deshalb braucht es faire Spielregeln bei einem
1982 Misserfolg, eine Gründungskultur der zweiten und dritten Chance und keine Stigmati-
1983 sierung.
- 1984 **Frauen als Gründerinnen – Entrepreneurship-Preis**
- 1985 Wir wollen Frauen ermutigen und unterstützen, die neue Unternehmen und Start-ups
1986 gründen. Mit einem Entrepreneurship-Preis des Landes wollen wir erfolgreiche Grün-
1987 derinnen gesellschaftlich stärker in den Fokus rücken und so Lust auf eigene Grün-
1988 dungen machen. Beratungsprogramme, Förderangebote und vor allem auch Finanzie-
1989 rungsinstrumente sollen so ausgestaltet werden, dass sie Gründerinnen gezielt unter-
1990 stützen.

1991 **Außenwirtschaft und Standortmarketing**

1992 Wir sind uns des wichtigen Erfolgsfaktors Außenwirtschaft für den Wohlstand und die
1993 Beschäftigung in Rheinland-Pfalz bewusst. Das hohe Niveau der rheinland-pfälzi-
1994 schen Aktivitäten in diesem Bereich, auch vor dem Hintergrund neuer Technologien
1995 beispielsweise aus den Bereichen Biotechnologie, Umwelttechnik und Ressourceneff-
1996izienz, wollen wir fortführen und unterstützen.

1997 Wir werden die etablierten Maßnahmen der Außenwirtschaft, wie Wirtschaftsreisen,
1998 Messebeteiligungen und Fachseminare im Ausland, die gerade für exportorientierte
1999 kleine und mittlere Unternehmen aus Rheinland-Pfalz von außerordentlich großer Be-
2000 deutung sind, weiterentwickeln. Die Wirtschaftsrepräsentanzen haben sich für die Un-
2001 terstützung des Markteintritts bewährt und werden zukunftsorientiert ausgebaut. Ge-
2002 rade für die Zeit in und nach der Corona-Pandemie werden wir so Unternehmen auf
2003 den Auslandsmärkten verstärkt unterstützen und dabei neben den etablierten Prä-
2004 senzformaten bereits erfolgreich praktizierte, virtuelle Möglichkeiten zukunftsorientiert
2005 nutzen.

2006 Investitionen aus dem In- und Ausland sind ein bedeutender Faktor für Wachstum,
2007 Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in Rheinland-Pfalz. Um die Position des
2008 Landes im nationalen und internationalen Wettbewerb weiter zu verbessern, werden
2009 wir die Wirtschaftsstandortmarke „Rheinland-Pfalz.Gold“ fortführen und weiterentwi-
2010 ckeln. Ziel ist es, das Image von Rheinland-Pfalz als innovativem, nachhaltigkeitsori-
2011 entiertem und attraktivem Wirtschaftsstandort zu schärfen und Investor:innen und
2012 Fachkräfte zu gewinnen.

2013 **Gesundheitswirtschaft**

2014 Wir sehen die Gesundheitswirtschaft als einen bedeutsamen Wachstumsfaktor für
2015 Rheinland-Pfalz. Hierbei bestehen nicht nur große Potentiale in den Kernbereichen der
2016 ambulanten und stationären Versorgung, sondern auch in direkten Bereichen wie dem
2017 Gesundheitshandwerk, der Medizintechnik oder der medizinischen Biotechnologie.
2018 Die Gesundheitswirtschaft orientiert sich an den konkreten Bedürfnissen der Men-
2019 schen. Deshalb sollen auch künftig Projekte zum Anschub von technischen Innovatio-
2020 nen zum längeren Leben im eigenen Zuhause, dem Gesundheitstourismus und in den
2021 Bereichen Sport und Ernährung gestaltet werden.

2022 **Innovative Rohstoffwirtschaft**

2023 Bei der Rohstoffwirtschaft wollen wir den fairen Interessensausgleich im Rahmen des
2024 Rohstoffdialogs weiter fortführen, um langfristige, innovative, nachhaltige und kons-
2025 sensfähige Rohstoffabbau und -sicherung zu gestalten.

2026 **Fachkräfte im Handwerk stärken**

2027 Das Handwerk ist für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz mit all seinen Facetten
2028 von besonderer Bedeutung. Wir wollen in den kommenden Jahren Handwerk, Unter-
2029 nehmer:innen und Beschäftigten gute Rahmenbedingungen bieten, um deren Anpas-
2030 sungs- und Innovationsfähigkeit weiter zu stärken.

2031 Kleine und mittlere Handwerksbetriebe tragen darüber hinaus zu einer nachhaltigen und
2032 regionalen Wertschöpfung bei. Die Koalitionspartner wollen das Handwerk als bedeut-
2033 samen Wirtschaftszweig und volkswirtschaftlich stabilisierenden Faktor sichern sowie
2034 seine Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch Ausgleich von betriebsgrößenbe-
2035 dingten Nachteilen und Abbau von bürokratischen Belastungen, erhalten. Sie stärken
2036 die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft der Handwerksbetriebe und unterstüt-
2037 zen insbesondere das Handwerk durch einen entsprechenden Ordnungsrahmen, wirt-
2038 schaftsfreundliche Rahmenbedingungen sowie eine bedarfsgerechte passgenaue
2039 Förderkulisse. Die Wertschätzung des Handwerks mit seiner Bedeutung in der Region
2040 und für die Region stehen im Zentrum der Wirtschaftspolitik.

2041 Die erfolgreiche Einführung des Aufstiegsbonus in Rheinland-Pfalz, mit dem die Leis-
2042 tung von Meister:innen sowie Absolvent:innen anderer Fortbildungsabschlüsse hono-
2043 riert wird, wollen wir konsequent in Korrelation mit der Fortentwicklung des Aufstiegs-
2044 fortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) weiterentwickeln.

2045 **Digitalisierung im Handwerk**

2046 Der digitale Wandel stellt große Herausforderungen für Handwerksbetriebe dar. Sie
2047 weiterhin bei dem notwendigen Innovationstransfer zu unterstützen, ist Ziel der Koali-
2048 tion. Sie setzt ihre Bemühungen fort, die Attraktivität der handwerklichen Berufe der
2049 breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Arbeit der Meister:innen, die Ausbildung
2050 und das Know-how der Fachkräfte sowie der große Einsatz der Betriebsinhaber:innen
2051 garantieren hochwertige Qualitätsarbeit „Made in Rheinland-Pfalz“.

2052 Um die Rahmenbedingungen des Handwerks weiter zu verbessern, will die Koalition
2053 mit dem „HandwerksDialog“ den Austausch intensivieren. Im Dialog sollten die Zu-
2054 kunftsthemen Fachkräftesicherung, Digitalisierung und Innovationstransfer, Klimawan-
2055 del, Wasser- und Energieversorgung erörtert und Lösungsansätze entwickelt werden,
2056 um den Stellenwert und den Beitrag von Handwerksbetrieben in der Gesellschaft zu
2057 verbessern. Die Erkenntnisse des Kompetenzzentrums Digitales Handwerk sind dabei
2058 für den Bereich der Digitalisierung und des Innovationstransfers von besonderer Be-
2059 deutung.

2060 Wir wollen in den kommenden Jahren dem Mittelstand in Rheinland-Pfalz und damit
2061 dem Handwerk ein innovatives Umfeld bereiten, um Wertschöpfungsnetzwerke zu er-
2062 möglichen und neue Wege der Kooperation zu gehen. Das „Internet of Things“ sowie
2063 die Künstliche Intelligenz werden die Entwicklung der Prozesse im Handwerk weiterhin
2064 vorantreiben.

2065 Die exzellenten beruflichen Bildungsstätten bieten hier einen Anshub für die notwen-
2066 dige Transformation in die Unternehmen. Dies gewährleistet hochqualifiziertes Perso-
2067 nal in den Unternehmen und sichert ein nachhaltiges Wirtschaften.

2068 Die Digitalisierungsberater:innen der Kammern werden als Schnittstelle zu den Betrie-
2069 ben weiterhin einen wichtigen Beitrag bei dieser Transformation leisten, damit ein ab-
2070 gestimmtes System des koordinierten Wissenstransfers unterstützt wird.

2071 **Duales Ausbildungssystem als Standortvorteil**

2072 Das duale Ausbildungssystem ist unser Standortvorteil und von zentraler Bedeutung
2073 für die Fachkräftegewinnung. Gemeinsam mit allen Partner:innen investieren wir in die

2074 Qualität der beruflichen Bildung an allen Lernorten. Dazu gehören die bedarfsgerechte
 2075 Förderung der technischen Ausstattung der Berufsschulen und der überbetrieblichen
 2076 Bildungsstätten genauso wie die kontinuierliche Qualifizierung von Berufsschullehr-
 2077 kräften sowie Ausbilder:innen in den Betrieben und in den überbetrieblichen Bildungs-
 2078 stätten. Wir stehen auch kreativen zeitgemäßen Modellen bei der dualen Ausbildung
 2079 offen gegenüber und wollen die Chancen daraus nutzen.

2080 Die Transformation, die Verknüpfung von Innovation, Digitalisierung, modernsten
 2081 Technologien, Nachhaltigkeit und attraktiven Arbeitsbedingungen in der Arbeitswelt
 2082 gelingt nur durch das Zusammenwirken verschiedener Partner in der beruflichen Aus-
 2083 und Weiterbildung.

2084 Beste Voraussetzung hierfür bietet die intensivere Vernetzung der Lernorte. Das Zu-
 2085 sammenwirken der Ausbildung im Betrieb, mit den Berufsschulen und den überbe-
 2086 trieblichen Berufsbildungsstätten soll im Rahmen von Lernortkooperationen vor dem
 2087 Hintergrund des effizienten Einsatzes von Ressourcen gestärkt und weiterentwickelt
 2088 werden.

2089 Die berufsbildenden Schulen und vor allem die Berufsschule als ihr Kernbildungsgang
 2090 sind zentraler Partner in der dualen Ausbildung. Um die Berufsschule demografiefest
 2091 weiterzuentwickeln und Fachklassen in der Fläche zu sichern, werden wir die Innova-
 2092 tionsmöglichkeiten der Digitalisierung des Berufsschulunterrichtes konsequent weiter-
 2093 entwickeln. Im Bereich der beruflichen Bildung ermöglichen digitale Bildungsangebote
 2094 eine hoch qualifizierte Ausbildung vor Ort statt langer Wege zu zentralisierten Fach-
 2095 klassen.

2096 Wir streben über verstärkte Anreize, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit einen Aus-
 2097 gleich von Ausbildungsangebot und -nachfrage an und wollen die duale Ausbildung
 2098 landesweit stärken. Dazu wollen wir es durch konsequente Berufsorientierung vor al-
 2099 lem in Schulen und Betrieben sowie durch frühzeitige individuelle Förderung schaffen,
 2100 dass möglichst jeder junge Mensch einen Schulabschluss und eine berufsqualifizie-
 2101 rende Berufsausbildung erreicht. Gleichmaßen wollen wir zusammen mit den Kam-
 2102 mern und den Agenturen für Arbeit die Zahl der ausbildungsaktiven Betriebe erhöhen
 2103 und die Ausbildungsbetriebe dabei unterstützen, ihre Ausbildungsplätze mit passen-
 2104 den Bewerber:innen zu besetzen. Hierfür wollen wir die Instrumentarien noch besser
 2105 aufeinander abstimmen und gezielt optimieren. Förderinstrumente und Initiativen sol-
 2106 len einen Anreiz zum Ausgleich von Ausbildungsangebot und -nachfrage schaffen und
 2107 die Attraktivität der dualen Bildung steigern.

2108 In der Berufs- und Studienorientierung wollen wir zwei zusätzliche Schwerpunkte set-
 2109 zen: Wir wollen zum einen mehr junge Frauen für gewerblich-technische Ausbildungs-
 2110 berufe und naturwissenschaftliche Studiengänge gewinnen und die Aktivitäten hierfür
 2111 übergreifend intensivieren. Wir verstehen dies auch als einen Beitrag gegen den Gen-
 2112 der-Pay-Gap, weil in diesen zukunftssträchtigen Berufen besonders gute Verdienst-
 2113 möglichkeiten bestehen. Zum anderen informieren wir Eltern als wichtige Entschei-
 2114 dungsbegleiter ihrer Kinder über die verschiedenen Bildungsoptionen nach der allge-
 2115 meinbildenden Schule, insbesondere über die Vorteile des dualen Berufsbildungs-
 2116 wegs.

2117 **Fort- und Weiterbildung mit der Innovationsförderung verzahnen**

2118 Hervorragend qualifizierte Mitarbeiter:innen sind die Grundlage für unternehmerischen
2119 Erfolg. Wir wollen über die Mindestanforderungen der Ausbildungsverordnungen hin-
2120 aus zusätzliche dem unternehmensspezifischen Bedarf entsprechende Qualifizie-
2121 rungsmöglichkeiten für Auszubildende erreichen. Zudem wollen wir die Fort- und Wei-
2122 terbildung frühzeitig mit dem technologischen Wandel und der Innovationsförderung
2123 verzahnen.

2124 Dabei setzen wir auf die Kompetenz der Hochschulen, der Kammern und weiterer
2125 Partner in der Berufsbildung.

2126 Um die Fachkräftebedarfe sichern zu können, muss an vielen Stellen gleichzeitig an-
2127 gesetzt werden. Dabei ist ein strukturiertes und aufeinander abgestimmtes Vorgehen
2128 von entscheidender Bedeutung. Die Koalition will ihren Beitrag leisten, damit die Ar-
2129 beitgeber:innen die notwendigen qualifizierten Fachkräfte finden und die Erwerbstätigen
2130 über die notwendigen Voraussetzungen verfügen, um sich erfolgreich im Arbeits-
2131 markt bewegen zu können. Wir setzen dabei auf gute Voraussetzungen zur Entfaltung
2132 der Potentiale unter anderem von Frauen, Menschen mit Behinderungen sowie älteren
2133 Erwerbstätigen. Wir wollen im zunehmenden demografischen Wandel die Anstrengun-
2134 gen erhöhen, um den Arbeitsort Rheinland-Pfalz für Fachkräfte aus anderen Bundes-
2135 ländern und anderen Staaten attraktiver zu machen. Wir wollen interessierten Fach-
2136 kräften aus dem In- und Ausland, ihren Familien sowie deren künftigen Arbeitgeber:in-
2137 nen umfassende Unterstützung bieten, um Rheinland-Pfalz als Wirtschafts- und Le-
2138 bensstandort interessant zu machen. Den Wettbewerb um gut ausgebildete und qua-
2139 lifizierte Fachkräfte wollen wir mit einer gelebten Willkommenskultur und optimalen Be-
2140 ratungs- und Begleitungsangeboten insbesondere über die Welcome Center Rhein-
2141 land-Pfalz gewinnen. Die zahlreichen Aktivitäten von öffentlichen und privaten Trägern
2142 in diesem Bereich sollen noch effektiver vernetzt werden.

2143 Die Grundlagen für eine gute Gründungskultur können bereits in der Schule gelegt
2144 werden. Dies unterstützen wir mit Maßnahmen im Rahmen der Berufsorientierung, die
2145 die diversen Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit, ob in einer abhängigen oder selbst-
2146 ständigen Beschäftigung, vermitteln. Weil es für den weiteren Lebensweg junger Men-
2147 schen wichtig ist, möchten wir die Vermittlung von Wirtschaftswissen als Teil der All-
2148 gemeinbildung in Schulen deutlich verbessern. Um den Schulen ein einfach handhab-
2149 bares Angebot zur Stärkung des Wirtschaftswissens und der beruflichen Orientierung
2150 mit der Perspektive der eigenen Selbstständigkeit an die Hand zu geben, brauchen wir
2151 auf Grund der Vielzahl der Akteur:innen und Initiativen eine gemeinsame zentrale An-
2152 laufstelle, die die Schulen individuell und bedarfsgerecht über die bestehenden Ange-
2153 bote unterrichtet und die erforderlichen Kontakte herstellt. Dazu sollen die bestehen-
2154 den Bildungsangebote verschiedener Einrichtungen in einer leistungsstarken Einrich-
2155 tung gebündelt werden und so in ihrer Wirksamkeit gestärkt werden.

2156 **Industrie- und Gewerbeflächen**

2157 Attraktive, verkehrsgünstig gelegene Industrieflächen mit moderner Erschließung sind
2158 für die Weiterentwicklung und Neuansiedlung von Unternehmen von ausschlaggeben-
2159 der standortpolitischer Bedeutung. Diese Bedeutung für den Erhalt und den Ausbau
2160 von Wertschöpfung und Beschäftigung wächst angesichts der Transformation der
2161 Wirtschaft und ihrer Veränderungsprozesse.

2162 Mittlerweile hat sich in fast allen Regionen des Landes ein Mangel und insbesondere
2163 in den ballungsnahen Landesteilen eine eklatante Unterversorgung an Gewerbe- und
2164 Industrieflächen eingestellt.

2165 Vor diesem Hintergrund führen das Wirtschaftsministerium und das Innenministerium
2166 seit dem Jahr 2019 eine landesweite Bestands- und Potenzialanalyse durch und un-
2167 terstützen die Landkreise bei der Erstellung regionaler Studien. Das abgestimmte Leit-
2168 konzept für Rheinland-Pfalz wird voraussichtlich Ende 2021 vorliegen.

2169 Eine auf dieser Grundlage basierende nachhaltige Gewerbe- und Industrieflächenstra-
2170 tegie im Lichte einer zukunftsorientierten Landesentwicklungsplanung sowie eine Wei-
2171 terentwicklung und Intensivierung der Unterstützung für Kommunen bei der konzertier-
2172 ten, flächensparenden Neuausweisung und bedarfsgerechten Erschließung von Are-
2173 alen bzw. einem intelligenten Flächenrecycling von Konversionsflächen sowie einer
2174 Revitalisierung von Brachflächen ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Kommunen
2175 können die zusätzlichen Aufgaben nicht alleine leisten. Die Förderung des Landes für
2176 die Kommunen wird an den Bedarfen orientiert weiterentwickelt.

2177 **Tourismus**

2178
2179 Rheinland-Pfalz zieht mit seiner Vielfältigkeit an touristischen Angeboten Menschen
2180 aus nah und fern und aus aller Welt an. Bei uns ist alles möglich: Wandern, Radfahren,
2181 Reiten, Wein, Kultur und Kulinarik, spannende Städtetouren sowie Wellness- und Ge-
2182 sundheitserlebnisse. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Reichtums
2183 des Landes, der Natur, der Landschaften und Kulturstätten sind von zentraler Bedeu-
2184 tung. Dabei stellen wir alle Akteur:innen des Tourismus in den Mittelpunkt unseres
2185 Handelns, sowohl unsere vielen inhaber:innengeführten und mittelständischen Be-
2186 triebe aber auch die Touristiker:innen auf allen Ebenen.

2187 Tourismus ist eine Querschnittsbranche. Sie zeichnet sich durch harte und weiche
2188 Standortfaktoren im Wettbewerb um Gäste, Einwohner:innen, Fachkräfte und Unter-
2189 nehmen aus. Mit einem Bruttoumsatz von über 7 Milliarden Euro und rund 150.000
2190 Arbeitsplätzen zählt er zu den wichtigsten Wirtschaftsbranchen des Landes. Die
2191 Corona-Pandemie hat das wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche und touristische
2192 Leben verändert. Sie hat eindrucksvoll die Verflechtungen des Tourismus mit anderen
2193 Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt und deutlich gemacht, welche
2194 Bedeutung der Tourismus in Rheinland-Pfalz aufweist. Gleichzeitig erwächst mit die-
2195 ser Erkenntnis die Verantwortung, die sich daraus ergebenden Chancen für den Tou-
2196 rismus in Rheinland-Pfalz zu identifizieren.

2197 Wachsende Bedeutung erfahren naturnahe Angebote. Daher wollen wir weiter die Ent-
2198 wicklung unseres Nationalparks Hunsrück-Hochwald, das einzigartige UNESCO-Bio-
2199 sphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen und die Naturparke und Naturschutzge-
2200 biete unterstützen. Umweltverträglichkeit, Regionalität, Barrierefreiheit und Familien-
2201 freundlichkeit sind dabei Leitlinien. Wir werden Modelle wie die Einführung von Gäste-
2202 Mobil-Cards, wie schon in der Pfalz eingeführt, beratend begleiten.

2203 Die Tourismusstrategie 2025, die gemeinsam mit den touristischen Partnern des Lan-
2204 des erarbeitet und vorgelegt wurde, setzt zusammen mit den Hinweisen aus dem End-
2205 bericht der Enquete-Kommission des Landtages wichtige Eckpunkte für die Fortent-
2206 wicklung des Tourismus und der Tourismuspolitik in unserem Land. Die Touris-
2207 musstrategie 2025 umzusetzen und fortzuentwickeln, bleibt unser gemeinsames Ziel.

- 2208 Gerade angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für den gesam-
2209 ten touristischen Bereich wird das Land seine Anstrengungen zur Unterstützung des
2210 Tourismus auch finanziell weiter zu begleiten.
- 2211 Besondere Bedeutung hat die zielgerechte Ausgestaltung der Zusammenarbeit und
2212 Aufgabenteilung der öffentlichen touristischen Partner (System Tourismus) in Rhein-
2213 land-Pfalz, um die vorhandenen Ressourcen auf allen Ebenen noch effizienter einzu-
2214 setzen und den Tourismus in unserem Land bestmöglich zu fördern. Das Land setzt
2215 seine Bestrebungen fort, das System Tourismus gemeinsam mit den Partnern auf der
2216 Basis der Tourismusstrategie weiterzuentwickeln und effizienter auszugestalten. Da-
2217 bei gilt es, die Möglichkeiten der Digitalisierung im System Tourismus entschlossen zu
2218 nutzen und die Digitalkompetenzen auszubauen.
- 2219 Die zentrale Position bei der Umsetzung der Tourismusstrategie 2025 und bei der Ko-
2220 ordinierung im Prozess der Digitalisierung liegt bei der Rheinland-Pfalz Tourismus
2221 GmbH (RPT) als Landesmarketingorganisation. Um der Bedeutung einer Landesmar-
2222 ketingorganisation für die Tourismuspolitik des Landes Rechnung zu tragen, strebt das
2223 Land die strukturelle Fortentwicklung dieser an. Die für die Umsetzung der Ziele der
2224 Tourismusstrategie, der Digitalisierung und der entschlossenen Nutzung von Markt-
2225 chancen für die rheinland-pfälzische Tourismuswirtschaft zur Verfügung gestellten fi-
2226 nanziellen Mittel werden gezielt verstärkt und verstetigt.

2227 **Landwirtschaft und Weinbau**

2228 Landwirtschaft und Weinbau haben in Rheinland-Pfalz gute Zukunftsperspektiven: wir
2229 unterstützen sie dabei, den Strukturwandel erfolgreich zu meistern. Wir wollen weiter-
2230 hin die Rahmenbedingungen so setzen, dass landwirtschaftliche Betriebe und damit
2231 auch Traditionen erhalten und fortgeführt werden können. Dafür bedarf es auch in Zu-
2232 kunft einer zielgerichteten Förderung von Investitionen in die Modernisierung von Be-
2233 trieben und ökologischer Landwirtschaft.

2234 **Unser Leitbild für die Landwirtschaft**

2235 Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist geprägt von einer großen Vielfalt. Gleich-
2236 zeitig sind die agrarwirtschaftlichen Strukturen kleinteilig und bestehen überwiegend
2237 aus familiengeführten Betrieben. Diese bewährten und identitätsstiftenden Gegeben-
2238 heiten wollen wir erhalten und unterstützen. Auch unsere Nebenerwerbslandwirt:innen
2239 leisten dabei einen nicht zu unterschätzenden Beitrag.

2240 Dabei sehen wir keine Widersprüche zwischen ökologischer und konventioneller Land-
2241 wirtschaft. Beide Formen der Bewirtschaftung haben einen gleichberechtigten Platz in
2242 unserem Agrarsystem. Die Koalition eint, dass wir keine Bewirtschaftungsform bevor-
2243 zugen oder benachteiligen. Landwirt:innen und Winzer:innen sollen auch zukünftig
2244 selbst entscheiden können, welche Anbauform sie bevorzugen.

2245 Wir setzen auf ein Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft.
2246 Beide müssen sich unserem Anspruch auf nachhaltige und klimaschonende Bewirt-
2247 schaftung stellen.

2248 Wir wollen eine auf dieser Vielfalt aufbauende, regionale Wirtschaftskreisläufe för-
2249 dernde Landwirtschaft, die aus der Perspektive der bäuerlich-familiären Landwirtschaft
2250 auch mittelständisch-unternehmerische Strukturen im Blick hat.

2251 Die Landwirtschaft muss sowohl Hofnachfolger:innen aus bäuerlichen Familien eine
2252 sichere Zukunftsperspektive ermöglichen können als auch Seiteneinsteiger:innen,
2253 Umsteiger:innen und Gründer:innen Chancen bieten.

2254 **Weinbauland Rheinland-Pfalz – Weine mit höchster Qualität**

2255 Rheinland-Pfalz bleibt das Weinbauland Nr. 1 in Deutschland und der Weinbau in sei-
2256 ner Bedeutung für unser Land ökonomisch, ökologisch und sozial sowie kulturell und
2257 touristisch herausragend. Die rheinland-pfälzischen Winzer:innen und ihre Weine lie-
2258 gen mit höchster Qualität und Produktion auf internationalem Spitzenniveau. Wir be-
2259 grüßen, dass immer mehr junge, innovative Winzer und auch in zunehmender Zahl
2260 Winzerinnen den Weg in den Weinbau finden.

2261 Die Koalitionspartner sind sich der Verantwortung des Landes für den Weinbau be-
2262 wusst und werden unvermindert eine führende Rolle bei der Gestaltung der Wein-
2263 marktpolitik und der Weingesetzgebung auf EU- und Bundesebene einnehmen.

2264 Wir unterstützen weiterhin das Herkunftsmodell „je kleiner die geografische Einheit,
2265 desto höher die Qualitätsanforderungen“ und werden gemeinsam mit der Weinwirt-
2266 schaft unser Weinrecht modernisieren und enger an international geltende Kriterien
2267 anpassen.

- 2268 Das Festhalten am qualitätsorientierten Herkunftsversprechen prägt unser Handeln
2269 und bietet Verbraucher:innen Orientierung und Sicherheit. Wir werden dieses in For-
2270 schung, Lehre, Ausbildung und Beratung weiterhin verfolgen.
- 2271 Der Klimawandel macht auch vor dem Weinbau nicht halt, fehlende Niederschläge,
2272 Extremwetterlagen und Temperaturanstiege verändern die Anbaubedingungen und
2273 Entwicklung der Weinreben. Für eine nachhaltige und erfolgreiche Zukunft des rhein-
2274 land-pfälzischen Weinbaus wollen wir daher mit den Winzer:innen lokale Maßnahmen
2275 wie etwa Bewässerungsanlagen aus Regenwasserspeichern, vorbehaltlich der Auf-
2276 rechterhaltung einer GAK-Kofinanzierung förderrechtlich prüfen.
- 2277 Um die besonders anspruchsvolle Bewirtschaftung der Steil- und Steilstlagen zu un-
2278 terstützen, werden wir eine Förderung des Einsatzes von Drohnen bei der Ausbrin-
2279 gung von Pflanzenschutzmitteln auf den Weg bringen. So kann vor allem die Menge
2280 der ausgebrachten Schutzmittel reduziert und Lärmbelästigung durch die sonst einge-
2281 setzten Hubschrauber verringert werden. Dazu werden wir nun ein Genehmigungsver-
2282 fahren gemäß aktuell geltendem Pflanzenschutz- und Luftfahrtrecht etablieren.
- 2283 Wir sehen im Einsatz von Drohnen großes Potential, auch bei der Steigerung von
2284 Produktivität und Rentabilität im Steil- und Steilstlagenweinbau, den wir dadurch für
2285 Winzer:innen attraktiver machen können. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung in
2286 diesem Zusammenhang werden wir den Erhalt und die Sanierung von
2287 Weinbergsmauern weiter fördern.
- 2288 Diese Anbauform prägt zudem unser Landschaftsbild und den Weinbau in Rheinland-
2289 Pfalz. Um diese Besonderheit weiter zu stärken, werden wir den Steil- und
2290 Steilstlagenweinbau darüber hinaus weiterhin mit dem bewährten Instrumentarium
2291 unterstützen.
- 2292 Die Schutzgemeinschaften wollen wir stärken und als Partner beim Thema
2293 Herkunftsbezeichnung intensiv einbinden.
- 2294 Das Lehr- und Versuchsweingut Bad Kreuznach ist von großer Bedeutung für die Wei-
2295 terentwicklung des ökologischen Weinbaus. Wir wollen die Bedingungen für eine Teil-
2296 umstellung auf ein Ökoweingut prüfen.
- 2297 Den Studiengang (MA und BA) Önologie am Weincampus Neustadt wollen wir in For-
2298 schung und Lehre weiter unterstützen.
- 2299 **Düngung**
- 2300 Wir wollen die Ziele des Gewässer- und Bodenschutzes und die Belange der Land-
2301 wirtschaft in Einklang bringen und vor diesem Hintergrund auf die praxisgerechte Fort-
2302 entwicklung des Düngerechts ein großes Augenmerk richten.
- 2303 Aufgrund strenger europäischer und bundesrechtlicher Vorgaben und Fristen musste
2304 in den letzten Monaten im Eiltempo eine Landesdüngeverordnung auf den Weg ge-
2305 bracht werden. Es ist uns gelungen, unter Präzisierung der Darstellung der einzelnen
2306 Nitratbelastungen die Zahl der „roten Gebiete“ merklich einzugrenzen, indem die pau-
2307 schale Definition der vorausgegangenen Bundesverordnung durch eine verbesserte
2308 Feinausweisung im Rahmen einer Nährstoffüberschuss-Modellierung abgelöst wurde.

2309 Im Sinne weiterer Verfahrenserleichterungen für die Praxis wollen wir uns zeitnah der
 2310 Weiterentwicklung der Gebietsausweisung nach § 13a DüV in Verbindung mit der AVV
 2311 GeA (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Gebietsausweisung) widmen.

2312 Damit soll die aktuelle Ausweisung der mit Nitrat belasteten Gebiete zum Ende des
 2313 Jahres 2021 weiter optimiert werden (beispielsweise durch die Berücksichtigung von
 2314 Menge und Verwertung organischer Dünger aus größeren Tierhaltungen und Biogas-
 2315 anlagen über Ortsgemeinden hinweg oder die Disaggregation der N-Salden inner-
 2316 halb der Ortsgemeinden auf Ebene der Hauptnutzungsrichtungen).

2317 Darüber hinaus wollen wir zur weiteren Präzisierung der Belastungen das Messstel-
 2318 lennetz verdichten und neue Messstellen einrichten. Die Auswahl repräsentativer
 2319 Standorte werden wir im Dialog mit der Agrar- und Wasserwirtschaftsverwaltung und
 2320 mit dem Berufsstand vornehmen (in Gestalt eines Praktiker:innenkreises), um eine
 2321 hohe Akzeptanz sowie wissenschaftliche Belastbarkeit zu erreichen. Das Messstellen-
 2322 portal erhalten wir aufrecht, um größtmögliche Transparenz und Interaktion auch in
 2323 Detailfragen beibehalten zu können.

2324 Auch die Ausweisung mit Phosphat eutrophierter Gebiete unter Einbeziehung von Bo-
 2325 den-P-Gehalten des LGB werden wir in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum
 2326 Jülich präzisieren.

2327 Wir wollen zum Ende des Jahres 2024 eine turnusmäßige Neuberechnung aller belas-
 2328 teten Gebiete aufgrund der Vorgaben der AVV GeA vorgenommen haben.

2329 Wir wirken zudem engagiert bei der Entwicklung eines bundesweiten Monitorings zur
 2330 Düngeverordnung mit und wollen Monitoring-Modellregion werden.

2331 Wir wollen ein umsetzungsfähiges Konzept zur Erhebung von Realdaten für die Be-
 2332 richtspflichten an die EU zur Wirkung der DüV, aber auch für eine verbesserte Ge-
 2333 bietsausweisung nach der AVV GeA entwickeln.

2334 Ziel dieser Präzisierung ist es, so schnell wie möglich noch mehr dem Vorsorge- und
 2335 Verursacherprinzip durch eine möglichst echt- und betriebsdatenbezogene Ermittlung
 2336 von Nährstoffsalden Rechnung tragen und damit auch dem berechtigten Wunsch der
 2337 Landwirt:innen nach Planungssicherheit nachkommen zu können (Messen statt Rech-
 2338 nen). Darüber hinaus werden wir die Praxis weiter mit Beratungsangeboten (Dünge-
 2339 beratung, Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft) und einer auf diesen Prob-
 2340 lemkreis ausgerichteten digitalen Infrastruktur dabei unterstützen, die Belastung unse-
 2341 res Grundwassers mit Nitrat zu reduzieren.

2342 Neben der Verbesserung dieser Rechtssituation setzen wir auf die bewährten Agra-
 2343 rumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM), mit denen wir weiterhin eine umweltscho-
 2344 nende und nachhaltige Bewirtschaftung fördern wollen.

2345 Wir sehen das Problem ungeregelter Importe von Wirtschaftsdüngern und wollen dies
 2346 abstellen. Einige Bundesländer haben hier eigene Modelle entwickelt und auch Ver-
 2347 träge mit EU-Nachbarstaaten abgeschlossen. Weitere Bundesländer sind in der Prü-
 2348 fung, ob und inwieweit sie sich diesem Verfahren anschließen wollen. Wir setzen uns
 2349 für eine 1:1 europaweite Umsetzung ein. Wir wollen ein mit den anderen Bundeslän-
 2350 dern abgestimmtes Verfahren zur fristgerechten Meldung von Wirtschaftsdüngerimp-
 2351 orten und deren Verwertung nach und innerhalb von Rheinland-Pfalz einführen. Sollte

2352 die auf Bundesebene in Arbeit befindliche Monitoring-Verordnung etwaige Regelungs-
2353 lücken aufweisen, werden wir ergänzende Regelungen in Angriff nehmen.

2354 **Integrierter Pflanzenschutz/ Pflanzengesundheit**

2355 Wir stehen zum bedarfsgerechten, integrierten Pflanzenschutz im Sinne der Ertrags-
2356 sicherung und der Nachhaltigkeit. Wir wollen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln
2357 in Landwirtschaft und Weinbau auf das notwendige Mindestmaß verringern.

2358 Wir wollen den Pflanzenschutz in Rheinland-Pfalz optimieren und den aktuellen Her-
2359 ausforderungen wie dem Klimawandel und dem Artensterben durch eine optimierte
2360 Fruchtfolgeanpassung, resistente Sortenauswahl und zunehmend alternative Pflan-
2361 zenschutzverfahren sowie zielgerichtete und bedarfsoptimierte Ausbringungstechni-
2362 ken nachhaltig begegnen.

2363 Ebenso werden wir weiter an der Unterstützung der Entwicklung pilzresistenter Züch-
2364 tungen („PiWis“) und dem erfolgreichen Einsatz von Pheromonen zur Vermeidung von
2365 Insektiziden festhalten.

2366 Zur Bandbreite des integrierten Pflanzenschutzes zählen wir auch moderne und digi-
2367 tale Anwendungen.

2368 Wir rechnen im Laufe des Jahres mit der Verabschiedung des „Insektenschutzpakets“
2369 des Bundes. Im Zuge dessen werden wir prüfen, ob und in welchem Umfang von so-
2370 genannten Länderöffnungsklauseln Gebrauch zu machen ist, um insbesondere lokale
2371 partnerschaftliche Modelle zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu protegierten.
2372 Dies kann auch der Förderung lokaler Klimaschutzstrategien dienen.

2373 Bei der zu erwartenden Neufassung des Pflanzenschutzgesetzes werden wir uns im
2374 Sinne des Nationalen Aktionsplanes Pflanzenschutz (NAP) verhalten und dabei
2375 unsere Ausrichtung auf alternative Pflanzenschutzmethoden genauso im Blick
2376 behalten wie den Rückgang an Behandlungsmitteln.

2377 **Digitalisierung in der Landwirtschaft**

2378 Wir haben in Rheinland-Pfalz die Agrar-Digitalisierung entscheidend vorangebracht.
2379 Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir werden die GeoBox -Infrastruktur weiter aus-
2380 bauen, die Einsatzmöglichkeiten des GeoBox-Messengers erweitern und länderüber-
2381 greifende Kooperationen fortführen.

2382 Der GeoBox-Viewer wird insbesondere durch eine verbesserte Ausweisung von Ge-
2383 wässerabständen zur Umsetzung des neuen Düngerechtes überarbeitet.

2384 Die Digitalisierung in der amtlichen (Pflanzenschutz-)Beratung wird vorangetrieben
2385 und eine weitere Verzahnung der GeoBox-Infrastruktur mit ZEPP und ISIP angelegt.
2386 Als bedeutende Komponente des landwirtschaftlichen Wissens- und Informations- so-
2387 wie Beratungssystems (AKIS) werden wir das Beratungswesen in das Digitale Agrar-
2388 portal auf Basis der GeoBox-Infrastruktur implementieren.

2389 Das Angebot von Prognosemodellen (u.a. Wetter, Klima, Frost) soll erweitert werden
2390 und vorhandene IT-Meldeportale (Sachkunde, FAREKOS, Düngportal etc.) sind für
2391 das OZG vorzubereiten.

2392 Die Weinbegleitdokumentation werden wir weiter digitalisieren und damit auch die
2393 Weinkontrolle für die Winzer:innen entbürokratisieren.

2394 Wir sind ein bedeutender Standort für das Smart Farming. Unsere Netzwerke mit Un-
2395 ternehmen im Bereich des Nutzfahrzeugsektors, der Künstlichen Intelligenz und der
2396 Forschung (Fraunhofer etc.) werden wir gezielt nutzen, um auch in wirtschaftspoliti-
2397 scher Hinsicht weitere innovations- und investitionsfördernde Schnittstellen zu schaf-
2398 fen und Potentiale zu heben, auch im Sinne einer nachhaltigen und klimaresilienten
2399 Landwirtschaft. Dies gilt sowohl für die Landtechnik, aber im weiteren Sinne auch für
2400 die Ernährungs-, Tourismus und Softwarebranche.

2401 Unser Ziel ist es, die GeoBox zu einer zentralen und resilienten Datendrehscheibe zur
2402 Vernetzung aller Akteure im Agrarsektor auszubauen.

2403 In dieser Legislaturperiode streben wir an, die Fördermaßnahmen auch im investiven
2404 Bereich von der Beantragung bis zur Bescheidung ausschließlich elektronisch
2405 abzuwickeln.

2406 Bürokratische Hemmnisse für landwirtschaftliche Betriebe wollen wir abbauen und
2407 werden sie im Sinne einer Entbürokratisierung durch eine digitalisierte Daten- und
2408 Berichtspflege sowie Antragstellung weiter reduzieren.

2409 **Smart Farming – Ansätze vernetzen**

2410 Rheinland-Pfalz verfügt über eine Vielzahl leistungsfähiger Unternehmen – global auf-
2411 gestellte Konzerne wie auch KMU – im Bereich des Digital Farmings. Die Unterneh-
2412 men arbeiten gezielt daran, den Ressourcenverbrauch in der Landwirtschaft nachhal-
2413 tig zu reduzieren, die Landwirtschaft klimaoptimiert aufzustellen und die Nachverfolg-
2414 barkeit der qualitativ hochwertigen Nahrungsmittel und damit auch den Verbraucher-
2415 schutz zu steigern. Stärken unseres Standortes sind hierbei die vielen Kompetenzen,
2416 welche insbesondere in Kaiserslautern angesiedelt sind, wie die TU Kaiserslautern
2417 oder der FDF e.V. Wir wollen in diesem Kontext insbesondere die Zusammenarbeit
2418 mit dem „Förderverein Digital Farming (FDF) e.V.“ weiter intensivieren. In diesem Ver-
2419 ein, mit Sitz in Kaiserslautern, sind führende Unternehmen entlang der gesamten Wert-
2420 schöpfungskette des Digital Farmings, also landwirtschaftliche Betriebe, Landmaschi-
2421 nenhersteller, Unternehmen der Agrarchemie, die Lebensmittelindustrie und der Han-
2422 del vertreten, um sich zu vernetzen und entsprechende Projekte und Vorhaben und
2423 damit die Wirtschaft, zu fördern. Hierbei bedarf es intelligenter Schnittstellen zwischen
2424 Wirtschaft und Landwirtschaft aus einer Hand, um diese Kooperation gezielt über den
2425 Commercial Vehicle Cluster (CVC) und dessen Expertise im Bereich der Nutzfahrzeu-
2426 gindustrie und hier speziell der Landmaschinenindustrie sowie dem dazugehörigen
2427 Unternehmensnetzwerk, auszubauen.

2428 **Partnerland Ruanda**

2429 Wir wollen auch im Agrarbereich unsere Partnerschaft mit Ruanda auf Augenhöhe
2430 leben.

2431 Im September 2019 haben das rheinland-pfälzische und das ruandische
2432 Landwirtschaftsministerium im Bereich der Digitalisierung und dem Weinbau eine
2433 Zusammenarbeit vereinbart. Darauf aufbauend werden wir nun gemeinsam mit den
2434 ruandischen Freund:innen ein Projekt zur Digitalisierung der Agrarmeteorologie in

- 2435 Ruanda als eine Grundlage für eine nachhaltige Landbewirtschaftung erarbeiten.
- 2436 Darüber hinaus wollen wir auf dem Gebiet des Weinbaus eine Machbarkeitsstudie zum
2437 Anbau von Weintrauben und Möglichkeiten zur Verarbeitung sowie Vermarktung von
2438 Traubenprodukten, insbesondere auch Tafeltrauben, beauftragen.
- 2439 Diese beiden Projekte sollen im Jahr 2021 starten und über drei Jahre laufen.
- 2440 **Europäisches Tierwohllabel**
- 2441 Wir setzen uns für ein verpflichtendes europäisches Tierwohlkennzeichen ein und wol-
2442 len dazu eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen.
- 2443 **Maschinenringe und Lohnunternehmen**
- 2444 Die Maschinenringe leisten einen Beitrag zur Wettbewerbssicherung, zur sozio-öko-
2445 nomischen Sicherung der Betriebe in Härtefällen und zum gezielten Einsatz moderner
2446 Agrartechnik für landwirtschaftliche Betriebe, die nicht über das Potenzial für die ent-
2447 sprechenden Investitionen verfügen. Die Fortführung der Unterstützung ermöglicht die
2448 Einflussnahme auf die inhaltliche und damit schnellere Implementierung von landes-
2449 politisch relevanten Themen in die landwirtschaftliche Praxis, wie z.B. Einsatz der Di-
2450 gitalisierung, Erhaltung der Biodiversität oder Hilfestellung bei der Umsetzung der
2451 Maßgaben der Düngeverordnung und der Wasserrahmenrichtlinie.
- 2452 Eine ähnliche Funktion kommt den landwirtschaftlichen Lohnunternehmen zu, die wir
2453 auch aus diesen Gründen im Kreis möglicher Förderadressaten halten wollen.
- 2454 **Gemeinsam für eine nachhaltige Landwirtschaft und attraktive ländliche Räume**
- 2455 Ziel bleibt auch weiterhin, eine leistungsfähige, flächendeckende, nachhaltige
2456 bäuerliche Landwirtschaft und den Weinbau sowie die Versorgung der Bevölkerung
2457 mit guten und hochwertigen Lebensmitteln zu sichern, wie auch den bäuerlichen
2458 Familien einen auskömmlichen Verdienst zu ermöglichen.
- 2459 Die nachhaltige Entwicklung unserer Landwirtschaft unter ökologischen und ressour-
2460 ceneffizienten Gesichtspunkten werden wir gemeinsam mit allen Akteur:innen sowie
2461 Verbänden ausbauen. Orientierung sind uns dabei auch die Ziele der rheinland-pfälzi-
2462 schen Biodiversitätsstrategie.
- 2463 Die Mittel der ersten Säule der europäischen Agrarpolitik (GAP) sollen einerseits an
2464 gemeinwohlorientierten Kriterien anknüpfen, andererseits honorieren sie die gesamt-
2465 gesellschaftlichen Leistungen der Landwirt:innen im Sinne einer ausreichenden Ein-
2466 kommensstützung.
- 2467 Leistungen, die für öffentliche Güter, wie den Schutz der Umwelt, die Pflege von Kul-
2468 turlandschaften sowie zuvorderst natürlich die Versorgung der Bevölkerung mit hoch-
2469 wertigen Lebensmitteln erbracht werden, müssen auch zukünftig noch deutlich um-
2470 fangreicher honoriert werden.
- 2471 Landwirtschaft findet im ständigen Austausch mit Umwelt und Natur statt. Wir werden
2472 daher das rheinland-pfälzische Programm zur Ausgestaltung des Europäischen Land-

2473 wirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gemeinsam mit al-
2474 len Akteur:innen und Verbänden im zugehörigen Begleitausschuss in guter Partner-
2475 schaft weiterentwickeln.

2476 Ziele hierbei sind der Erhalt und die Stärkung unserer Agrarstruktur, die Unterstützung
2477 landwirtschaftlicher Betriebe bei der Entwicklung von Veredelungs- und Vermarktungs-
2478 strukturen sowie die Etablierung zukunftsfähiger, umwelt- und klimagerechter Wirt-
2479 schaftsweisen.

2480 Im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) werden wir weiterhin
2481 Förderprogramme zu integrierten Arten-, Natur- und Umweltschutzmaßnahmen
2482 anbieten. Wir werden die erfolgreichen Zuwächse von teilnehmenden Betrieben an
2483 den landeseigenen Vertragsnaturschutzprogrammen der letzten Jahre durch eine
2484 Aktualisierung und Anpassung der Konzepte fortsetzen.

2485 Wir wollen die Programme rheinland-pfälzischen Landwirt:innen weiter zugänglich
2486 machen und dabei den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich halten. In
2487 diesem Rahmen wollen wir prüfen, den Partnerbetrieb Naturschutz auszuweiten.

2488 Zur Sicherung der ökologisch wertvollen Grünlandflächen auf den Mittelgebirgsstan-
2489 dorten ist eine standort- und tierschutzgerechte Tierhaltung einschließlich einer leis-
2490 tungsfähigen Milchviehhaltung zur Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung unver-
2491 zichtbar. Angesichts der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU-
2492 Förderperiode 2021 bis 2027 auf mehr Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutz sind
2493 auch sind auch die flankierenden flächenbezogenen Maßnahmen der 2. Säule der
2494 GAP in unserem neuen ländlichen Entwicklungsprogramm entsprechend auszurich-
2495 ten. Wir haben das Ziel, eine Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten einzu-
2496 führen, um zur Einkommens- und Resilienzstärkung der bäuerlichen tierhaltenden Be-
2497 triebe auf den Mittelgebirgsstandorten beizutragen. Die Weidetierprämie von Landes-
2498 seite halten wir bis zur Ablösung durch die gekoppelte Direktzahlung der ersten Säule
2499 der GAP 2023 aufrecht.

2500 **Wettbewerbs- und Innovationsoffensive in Landwirtschaft und Weinbau**

2501 Die Bewältigung der vielfältigen an die Landwirtschaft und die ländlichen Räume
2502 gestellten Herausforderungen ist nur leistungsfähigen, modern ausgestatteten und
2503 nachhaltig wirtschaftenden Betrieben möglich.

2504 Eine angemessene Finanzausstattung und möglichst gute Konditionen der
2505 Maßnahmen stellen wir sicher. Nach dem Auslaufen des Investitions- und
2506 Zukunftsprogramms Landwirtschaft des Bundes haben wir das Ziel, mit einem
2507 Landesprogramm einen wichtigen Beitrag zur investiven Planungssicherheit für die
2508 Betriebe zu leisten.

2509 **Natürlich gut beraten**

2510 An der Einheit von Lehre, Beratung und Versuchswesen an den DLR halten wir fest,
2511 um in Verbindung mit gezielt geförderten privaten Beratungsangeboten dem steigen-
2512 den Beratungsbedarf sowie der gleichwertigen Vermittlung von aktuellsten Lehrinhal-
2513 ten der ökologischen und konventionellen Landwirtschaft an unseren Bildungsstätten
2514 gerecht zu werden. Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei der digitalen Infrastruktur
2515 und digitalen Formaten der Lehre und der Beratung

2516 Auf regions- und branchenangepassten Demonstrationsbetrieben werden wir die Mög-
2517 lichkeiten von integrierten Arten- und Naturschutzmaßnahmen lehren und entspre-
2518 chende Fortbildungsangebote dauerhaft etablieren.

2519 Wir wollen die Umstiegsberatung für die ökologische Landwirtschaft über alle Bera-
2520 tungsstrukturen hinweg stärker unterstützen.

2521 Wir wollen Existenzgründungen und den Quereinstieg in die Landwirtschaft und die
2522 Hofübernahme durch ein gezieltes Beratungsangebot weiter unterstützen.

2523 Wir wissen, dass es zunehmend schwerer wird, Nachfolger:innen zu finden, die einen
2524 Hof oder einen Betrieb weiterführen. Dies betrifft die Landwirtschaft wie den Weinbau
2525 gleichermaßen. Um Betriebsübernahmen attraktiver zu machen, werden wir eine Hof-
2526 übernahme- und Existenzgründungsprämie einführen.

2527 **Regionale Produktion und Vermarktung stärken**

2528 Die steigende Nachfrage im Handel sowie in der Gemeinschaftsverpflegung nach re-
2529 gionalen sowie ökologischen Lebensmitteln wollen wir durch den Ausbau des Ökoak-
2530 tionsplans und die Stärkung unserer heimischen wirtschaftenden Landwirtschaft be-
2531 wältigen. So können wir gleichzeitig den umfassenden Schutz unserer wertvollen
2532 Grünlandflächen mit einer nachhaltigen Strategie für eine tierwohlorientierte Tierhal-
2533 tung und einer verbesserten regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur wie
2534 Mühlen-, Molkerei-, Most- oder sonstige Verarbeitungs-Genossenschaften unterstüt-
2535 zen.

2536 Wir wollen bis zum Jahr 2030 durch den weiteren Ausbau des Ökoaktionsplans für
2537 Rheinland-Pfalz das EU-Ziel von 25% erreichen. Sowohl unsere kleinstrukturierte, viel-
2538 fältige Landwirtschaft als auch den Weinbau werden wir in unserer Kulturlandschaft
2539 und unseren Dorfbildern langfristig sichern, indem wir den landschaftsprägenden Steil-
2540 und Steilstlagenweinbau weiterhin unterstützen.

2541 Rheinland-Pfalz bietet ein sehr gutes Ausbildungsangebot im Bereich der Grünen Be-
2542 rufe. Die hohe Qualität der Schulstandorte und der Stätten für die überbetriebliche
2543 Ausbildung ist wichtig, um weiterhin hochqualifizierte Fachkräfte in Landwirtschaft und
2544 Weinbau hervorzubringen. Die Gleichberechtigung von konventioneller und ökologi-
2545 scher Wirtschaftsweisen ist auch hier unser Ziel.

2546 Um den vielfältigen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen in diesem
2547 Bereich begegnen zu können, müssen sich auch Lehrpläne mitentwickeln. Auch hier
2548 wird die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen. Neuere, teilweise noch in der Ent-
2549 wicklung befindliche, Wirtschafts- und Vermarktungsformen (z. B. Agroforst und So-
2550 LaWi) sollen ebenfalls thematisiert werden.

2551 **Klimaanpassung und Ressourcenschutz durch Innovationskraft**

2552 Die Auswirkungen des Klimawandels sind längst spürbar. Die Anpassung der Land-
2553 wirtschaft, etwa an Dürren und Starkregenereignisse, ist für uns ein wichtiges Ziel.

2554 Die betroffenen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum und die landeseigenen Ge-
2555 sellschaften passen sich in Organisationsstruktur und hinsichtlich Lehre, Versuchswe-
2556 sen, Forschung und Beratung insoweit den sich ständig verändernden Aufgaben zur
2557 Bewältigung des Klimawandels an.

2558 Unsere erfolgreichen Programme wie „Gewässerschonende Landwirtschaft“ werden
2559 wir insbesondere in besonders gefährdeten Erosionsgebieten und im Rahmen von
2560 Hochwasser- bzw. Starkregenvorsorgekonzepten fortführen.

2561 Bei der Erstellung solcher Konzepte werden die bewirtschaftenden Landwirt:innen ver-
2562 bindlich beteiligt.

2563 Den Folgen von Trockenheit und Dürre begegnen wir durch neue Forschungsansätze
2564 in dem Themenbereich und einer optimierten Fruchtfolgeanpassung und Sortenaus-
2565 wahl.

2566 Wir werden alternative, naturverträgliche Verfahren durch innovative Forschungsan-
2567 sätze in Kooperation mit unseren Hochschulen sowie dem Dienstleistungszentrum
2568 Ländlicher Raum unterstützen und auf unseren Demonstrationsbetrieben erproben,
2569 um Möglichkeiten der Pestizidreduzierung zu erforschen.

2570 **Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK)**

2571 Auf Bundesebene treten wir weiter in den zuständigen Gremien im Hinblick auf die
2572 „Gemeinschaftsaufgabe Agrar und Küstenschutz“ (GAK) dafür ein, die Anzahl der viel-
2573 fältigen GAK-Sonderrahmenpläne einzuschränken. Außerdem fordern wir, die Mittel
2574 für Bewässerungsanlagen und für Gewässerschutzmaßnahmen zu entfristen, die
2575 haushalterischen Vorgaben hinsichtlich der GAK-Mittel zu flexibilisieren und auf eine
2576 ausreichende Sicherstellung der zugehörigen Mittel zur Kofinanzierung im Sinne einer
2577 vollständigen Kompatibilität mit den EU-GAP-Mitteln hinzuwirken.

2578 **Flächenverbrauch**

2579 Vorhandene landwirtschaftliche Fläche ist kostbar. Nutzungs- und Interessenkonflikte
2580 bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen gilt es daher frühzeitig zu erkennen und im
2581 Ausgleich zu lösen. Wir werden vermehrt „produktionsintegrierte Kompensationsmaß-
2582 nahmen“ (PIK) oder die Aufwertung von Waldflächen nutzen, so dass im Falle natur-
2583 schutzrechtlich gebotener Ausgleichsmaßnahmen landwirtschaftliche Flächen in der
2584 Praxis weniger häufig aus der Nutzung genommen werden.

2585 **Vegane und vegetarische Ernährung**

2586 Vegetarische und vegane Ernährungsformen werden immer beliebter und die Nach-
2587 frage nach entsprechenden Produkten steigt. Wir wollen diese Chance für unsere
2588 Landwirtschaft und lebensmittelverarbeitenden Unternehmen nutzen und den nach-
2589 haltigen Anbau für vegetarische und vegane Produkte stärken.

2590 **Wirtschaftswegbau und Flurbereinigung**

2591 Die ländliche Bodenordnung und die damit verbundenen Maßnahmen der Flurbereini-
2592 gung leisten wichtige Beiträge für eine integrierte, nachhaltige Landentwicklung. Sie

2593 sichern die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft und bieten enorme Entwick-
2594 lungschancen für unsere Gemeinden. Eine starke Ausstattung der DLRs, um diese
2595 entsprechend umzusetzen, ist unerlässlich. Landwirtschaftliche Infrastruktur wird da-
2596 bei immer häufiger mit zusätzlichen Nutzungen versehen, etwa im Kontext des Rad-
2597 wegenetzes. Angesichts des so stattfindenden Wandels des Wirtschaftswegenetzes
2598 zu einer multifunktional genutzten Wegeinfrastruktur, ist es unser Ziel, zur Weiterent-
2599 wicklung dieser wertvollen Infrastruktur mit Blick auf die Wirtschaftsmittel außerhalb
2600 der Flurbereinigung Zugänge zur Förderung zu verbreitern.

2601 **Landesgartenschau**

2602 An dem bewährten Format der Präsentation einer Kommune bzw. eines regionalen
2603 Verbundes im Wege einer Landesgartenschau wie auch der damit verbundenen ge-
2604 stalterischen und investiven Effekte halten wir fest: Damit ermöglichen wir innovative
2605 modellhafte Lösungen für Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und
2606 dem Klimawandel sowie für die Standortentwicklung in Rheinland-Pfalz. Wir erwarten
2607 Impulse für einen nachhaltigen Städtebau und die Infrastruktur.

2608 **Tierkörperbeseitigung**

2609 Für die Beseitigung gefallener, toter und verendeter Tiere (Tierkörper) sowie von
2610 Schlachtabfällen bzw. tierischen Nebenprodukten (Konfiskate) setzen wir uns dafür
2611 ein, das EU-Beihilferecht dahingehend zu ändern, dass die strukturell nachteiligen Un-
2612 terschiede in Rheinland-Pfalz ausgeglichen werden. Die Rahmenbedingungen der
2613 Vieh- und Fleischwirtschaft in Rheinland-Pfalz werden wir zukunftsorientiert ausgestal-
2614 ten und wettbewerbsfähig halten sowie für die Sicherstellung der Beseitigung gefalle-
2615 ner Tiere die sogenannte „Drittellösung“ gemäß den Vorgaben in § 4 des Landesge-
2616 setzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (AGTier-
2617 NebG) fortführen. Diese Änderungen erfolgen in enger Abstimmung mit allen beteilig-
2618 ten Akteur:innen. Überprüft werden die Entsorgungsmöglichkeiten in anderen Bundes-
2619 ländern und/oder in EU-angrenzten Ländern.

2620 **Verkehr/Infrastruktur**

2621 **Mobilität für alle – Infrastruktur sichern – Klimaschutz verwirklichen – ver-** 2622 **netzte Angebote ausbauen**

2623 Ziel unserer Mobilitätspolitik ist, dass die moderne Verkehrswelt erschwinglich und für
2624 alle zugänglich, klimaneutral, schnell und komfortabel ist – unabhängig, ob die Men-
2625 schen in ländlichen oder in urbanen Räumen leben. Dafür bieten wir passgenaue und
2626 attraktive Angebote für alle Menschen durch die unterschiedlichen Verkehrsträger an.
2627 Wir wollen unsere Verkehrsinfrastruktur weiter konsequent modernisieren. Wir nutzen
2628 intelligente Technologien und machen unser Land zum Mobilitätsvorreiter.

2629 **Gleichberechtigte Teilhabe aller Verkehrsteilnehmenden**

2630 Die Koalitionspartner verpflichten sich dem Leitgedanken „Vision Zero“ mit dem Ziel
2631 eines sicheren Straßenverkehrs für alle Verkehrsteilnehmer:innen, zu Fuß, mit dem
2632 Rad oder motorisiert unterwegs, in dem kein Mensch mehr sein Leben verliert. Dabei
2633 gilt der Leitsatz aus der Straßenverkehrsordnung, dass die Teilnahme am Straßenver-
2634 kehr stets gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer:innen erfordert.
2635 Dazu gehört aber auch die Ausgestaltung sicherer, barrierefreier Wege und eine an-
2636 gemessene Aufteilung des öffentlichen Raums. Schon bei der Planung von Verkehr,
2637 ist daher bereits zu Beginn auch der Fuß- und Radverkehr mit zu berücksichtigen. Die
2638 Kommunen sollen weiter beratend dabei unterstützt werden, Pilotprojekte zu sicheren
2639 Schulwegen in Anlehnung an die „beispielbare Stadt“ ebenso wie „Shared Spaces“,
2640 verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzonen bis hin zu autofreien Innenstädten und
2641 Tempo-30-Strecken auf klassifizierten Straßen innerorts auf den Weg zu bringen.

2642 **Vernetzte Verkehrsangebote, nachhaltige Mobilität**

2643 Mobilität ermöglicht Freiheit und Teilhabe, sie ist ein Grundbedürfnis. Dem Nahverkehr
2644 kommt dabei in Zukunft noch mehr als heute schon eine Schlüsselfunktion zu. Daher
2645 wollen wir die Angebote des Nahverkehrs stärken und den ÖPNV im Sinne einer sozial
2646 und ökologisch gerechten Mobilitätskultur ausgestalten. Dafür gilt es, die in Gang ge-
2647 setzten Maßnahmen fortzuführen und weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist, dass der Mo-
2648 dal-Split-Anteil des Nahverkehrs an allen zurückgelegten Kilometern bis zum Jahr
2649 2030 deutlich steigt.

2650 **Eindeutige Standards mit dem Landesnahverkehrsplan**

2651 Auf Grundlage des neuen, richtungsweisenden Nahverkehrsgesetzes werden wir zü-
2652 gig einen Landesnahverkehrsplan entwickeln und so die im Gesetz definierten Ansprü-
2653 che an Mobilität erfüllen. Das Erfolgsmodell des Rheinland-Pfalz-Takts schreiben wir
2654 dabei mit dem Zeithorizont 2030 darin fort und überwinden die Trennung von Bus und
2655 Bahn. Vorbild sind hier die bereits umgesetzten ÖPNV-Konzepte im Norden des Lan-
2656 des bzw. das in Umsetzung befindliche ÖPNV-Konzept im RNN.

2657 Für uns gilt: Stadt, Stadt-Umland-Beziehungen und ländliche Räume müssen nach der
2658 im Rahmen des ersten Nahverkehrsplans beabsichtigten Angebotsausweitung auf je-
2659 weils angemessene Weise profitieren.

2660 Mit dem Landesweiten E-Ticket wollen wir die Möglichkeit schaffen, in einer durchgän-
2661 gigen Reisekette zwischen den Verkehrsmitteln wechseln zu können. Das Ticket soll

2662 dabei auch für Fähren, Leihfahrräder, Seilbahnen oder flexible (on-Demand-)Angebote
2663 gelten.

2664 Mit dem neuen Nahverkehrsgesetz haben wir uns entschieden: Der Nahverkehr wurde
2665 zur kommunalen Pflichtaufgabe, die die Kommunen in den Grenzen ihrer finanziellen
2666 Leistungsfähigkeit erfüllen. Im Nahverkehrsplan werden wir Mindeststandards festle-
2667 gen. So stellen wir den Nahverkehr auf ein solides und zukunftsfestes finanzielles Fun-
2668 dament. Es ist unser Anspruch, den Bedürfnissen aller Regionen mit ihren jeweiligen
2669 Anforderungen gerecht zu werden.

2670 Wir sehen auch den Bund in der Pflicht und setzen uns weiterhin für eine ausreichende
2671 Mittelausstattung ein, das heißt neben einer Erhöhung/Dynamisierung der Regionali-
2672 sierungsmittel auch die anteilige Finanzierung des ÖPNV-Rettungsschirms in bisheri-
2673 ger Form bezogen auf die Jahre 2020/2021.

2674 Die Möglichkeiten des neuen NVG zur Förderung der Angebotsqualität bei Service und
2675 Material, innovativer Technologien, alternativer Antriebe sowie zur Stärkung guter Be-
2676 schäftigungsbedingungen wollen wir aktiv nutzen.

2677 Im Rahmen einer Überarbeitung der bestehenden Förderkulisse wie auch im Rahmen
2678 der Konzeptionierung der Ausschreibungsbedingungen auf Grundlage des NVG, sol-
2679 len innovative Modelle und Projekte, neue Mobilitätsformen, alternative Antriebe, Maß-
2680 nahmen zur Qualitätsverbesserung, wie die Bereitstellung von WLAN als Anforderung
2681 bei Neuausschreibungen, sowie Tarifmaßnahmen unterstützt werden. Stadt und Land
2682 sollen dabei ausgewogen berücksichtigt und alle Maßnahmen gemeinsam und aufei-
2683 nander abgestimmt im Rahmen des Landesnahverkehrsplan entwickelt werden.

2684 Die Echtzeit-Initiative mit barrierefreien Informationsmöglichkeiten wird fortgeführt.

2685 **Vernetzte Mobilität weiterentwickeln – innovative Verkehrsformen konsequent**
2686 **umsetzen**

2687 Die vernetzte Mobilität werden wir stärken, indem wir landesweit Umsteigepunkte ent-
2688 wickeln, an denen ÖPNV, Radverleihsysteme, (E-)Carsharing, Bike&Ride, Fahr-
2689 radparkhäuser und Park&Ride gebündelt werden und Menschen so leichter auf klima-
2690 freundliche Verkehrsmittel umsteigen können.

2691 Bürgerbusse bieten außerhalb des ÖPNV als Sozialverkehre sinnvolle Ergänzungen
2692 an. Wir wollen diese Form der Teilhabe und Solidarität im ländlichen Raum weiter un-
2693 terstützen und möglichst in jeder Verbandsgemeinde ein Bürgerbus-Angebot ermögli-
2694 chen.

2695 Auch die Einrichtung eines Carsharing-Angebots, möglichst in Form von E-Carsharing,
2696 wollen wir im Rahmen der bestehenden Förderkulisse unterstützen.

2697 Wir wollen Möglichkeiten prüfen, den Erwerb von Jobtickets zu erleichtern, so dass
2698 landesweit alle Arbeitnehmer:innen kostengünstiger in Busse und Bahnen umsteigen
2699 können. Hierzu werden im Zuge des Gutachtens zu den rheinland-pfälzischen Tarifen
2700 mit dem Ziel eines späteren Landestarifs (verbundübergreifender Tarif inkl. Nachbar-
2701 gebiete) durch das Land und die Verkehrsinstitutionen im Land Modelle geprüft, die
2702 auch Arbeitnehmer:innen von Betrieben, die nur wenige Mitarbeiter:innen beschäfti-
2703 gen, den niederschweligen Zugang zu Jobtickets ermöglichen.

2704 **Landesstraßen**

2705 Im Bereich des Straßenbaus halten wir an dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ fest.
2706 Wir investieren weiter in eine Straßeninfrastruktur, die den Anforderungen einer mo-
2707 dernen und klimafreundlichen Mobilität gerecht wird.

2708 Wir werden das Landesstraßen- und das Radwegebauprogramm insgesamt auf ho-
2709 hem Niveau fortschreiben. Bereits in den vergangenen Jahren hat der Radwegbau
2710 zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dem wollen wir in Zukunft weiter Rechnung tra-
2711 gen.

2712 Dabei soll der ländliche Raum bei Sanierungsmaßnahmen besondere Unterstützung
2713 erhalten.

2714 Wir werden die Systematik sowie die Bewertungskriterien des IP und BP zeitnah über-
2715 arbeiten und so anpassen, dass der ländliche Raum zukünftig besser von Sanierungen
2716 profitiert.

2717 Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) ist der zentrale Mobilitätsdienstleister in Rheinland-
2718 Pfalz. Damit er den hohen Anforderungen beim Straßen- und Radwegbau gerecht
2719 werden kann, werden wir ihn weiterhin sachgerecht ausstatten.

2720 Um einem Sanierungsstau vorzubeugen, werden wir das Planungsverfahren weiter-
2721 entwickeln und auch eine Vorratsplanung bei Verkehrsprojekten – Straßenbau, Rad-
2722 verkehr und ÖPNV integrieren. So schaffen wir mehr Effizienz und eine zügige Umset-
2723 zung.

2724 Wir werden eine Veränderung des Landesstraßengesetzes entlang unserer Ziele einer
2725 leistungsfähigen, nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität prüfen.

2726 **Bundesverkehrswegeplan**

2727 Der Bund sieht in seinen Bedarfsplangesetzen (Bundesverkehrswegeplan) Projekte in
2728 Rheinland-Pfalz vor, die insgesamt umgesetzt werden sollen.

2729 Das Land setzt diese Projekte durch den Landesbetrieb Mobilität im Rahmen der Auf-
2730 tragsverwaltung um.

2731 Inhaltlich divergieren die Positionen der Koalitionspartner zu einzelnen Projekten des
2732 Bundesverkehrswegeplans.

2733 Grundsätzlich gilt es, bei allen Projekten des Bundesverkehrswegeplans auch die Ver-
2734 kehrssicherheit und den Lärm- und Naturschutz zu berücksichtigen.

2735 Darüber hinaus wollen wir weiter gegen die Belastung von Anwohner:innen durch
2736 Mautumfahrungen durch LKW vorgehen.

2737 **Mittelrheinbrücke**

2738 Die Planung einer Mittelrheinbrücke als welterbeverträgliches, kommunales Ver-
2739 kehrsprojekt wird weitergeführt.

2740 **365-Euro-Ticket für junge Menschen**

2741 Wir werden in dieser Legislaturperiode mit dem Einstieg in ein 365-Euro-Ticket für
2742 junge Menschen starten.

2743 **Starke Schiene**

2744 Wir sehen in der Schiene einen zentralen Träger im Mobilitätsmix. Die Koalitions-
2745 partner bekennen sich zum Ziel, die Schiene als klimafreundlichen Verkehrsträger im
2746 Personen- und Güter-, im Nah- und im Fernverkehr zu stärken.

2747 Um die Umweltbilanz immer weiter zu verbessern, treiben wir die Elektrifizierung des
2748 gesamten Schienennetzes voran.

2749 Bei der Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken nimmt Rheinland-Pfalz einen
2750 bundesweiten Spitzenplatz ein. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten und auf be-
2751 reits erzielten Fortschritten aufbauen. So wollen wir die Verlängerung der S-Bahn von
2752 Homburg nach Zweibrücken sowie die Reaktivierung der Weststrecke bei Trier zügig
2753 umsetzen. Die Reaktivierung der Eifelquerbahn zwischen Gerolstein und Kaisersesch,
2754 der Aartalbahn zwischen Diez und Wiesbaden sowie der Strecken Landau – Germers-
2755 heim, und Landau – Herxheim und der beiden noch vorhandenen Abschnitte der Glan-
2756 talbahn (Altenglan – Lauterecken sowie Lauterecken – Staudernheim) werden wir auf
2757 Basis neuer Bewertungskriterien vorantreiben.

2758 Die Koalitionspartner befürworten ausdrücklich die geplante Überarbeitung der stan-
2759 dardisierten Bewertung mit einer stärkeren Betrachtung von insbesondere klimarele-
2760 vanten Aspekten und erwarten einen zügigen Vorschlag des Bundesverkehrsministe-
2761 riums.

2762 Die Förderrichtlinie für Investitionen in die Reaktivierung bzw. Ertüchtigung von nicht-
2763 bundeseigenen öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen in Rheinland-Pfalz außerhalb
2764 des Rheinland-Pfalz-Taktes (VV NE-Bahnen) bietet einen guten und erprobten Rah-
2765 men für die Reaktivierung bzw. Ertüchtigung. Dieses Instrument wollen wir weiter in-
2766 tensiv nutzen und für entsprechende kommunale Initiativen werben. Dies betrifft neben
2767 der Zellertalbahn, und der Wieslauterbahn ebenso die Brexbachtalbahn, Kasbachtal-
2768 bahn sowie die Hochwaldbahn.

2769 Im Übrigen gilt weiterhin der Grundsatz „Trassensicherung vor Entwidmung“.

2770 Die Stationsoffensive der DB Station und Service nutzen wir, um die Zugangssituation
2771 zum SPNV zu verbessern. Wir unterstützen die zügige Errichtung eines Bahnhalte-
2772 punkts am Schottwerk in Mainz als überregional bedeutsamen neuen Umsteigebahn-
2773 hof.

2774 Um die Anbindung der Hunsrückregion zu verbessern halten wir daran fest, die Huns-
2775 rückquerbahn zu reaktivieren. Hierzu wird das durch das Eisenbahnbundesamt lau-
2776 fende Planfeststellungsverfahren bis zu Erlangung des Baurechts abgeschlossen und
2777 ggf. ein in Stufen wirkendes Konzept zur Inbetriebnahme als regionale Erschließungs-
2778 achse entwickelt.

2779 Das Land wird mit der Deutschen Bahn AG in Gespräche eintreten mit dem Ziel, im
2780 Rahmen der grundgesetzlich verankerten Verantwortung des Bundes die Anbindung

2781 der rheinland-pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr wiederherzustellen (Trier)
2782 bzw. zu sichern und zu verbessern (Koblenz, Mainz, Ludwigshafen und Kaiserslau-
2783 tern).

2784 Eine gute Anbindung von Industrie- und Gewerbeflächen an das Schienennetz stärkt
2785 die Position der Schiene im Gütertransport. Für den Ausbau entsprechender An-
2786 schluss-Infrastruktur besteht eine umfangreiche Förderkulisse seitens des Bundes.
2787 Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz hiervon verstärkt profitiert und werden Wege prüfen,
2788 wie diese Mittel der Industrie, dem Gewerbe und den Kommunen in der Breite optimal
2789 zugänglich zu machen sind.

2790 **Binnenschifffahrt für eine umweltfreundliche Gütermobilität**

2791 Der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und seine exportorientierten Unternehmen
2792 sind auf eine leistungsfähige Wasserstraßeninfrastruktur angewiesen. Im Sinne des
2793 Klimaschutzes braucht es eine noch stärkere Verlagerung von Güterverkehren auf Bin-
2794 nenschiffe. Es ist vor diesem Hintergrund im Interesse des Landes und seiner Unter-
2795 nehmen, die bestehenden guten Rahmenbedingungen bei Wasserstraßen und Häfen
2796 zu erhalten und weiter auszubauen.

2797 Dazu gehört für uns auch eine verbindliche Flächensicherung zugunsten der als „lan-
2798 desbedeutsam“ eingestuften Häfen. Die Vertiefung der Fahrrinne des Rheins zwischen
2799 Mainz und St. Goar unter Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange wird
2800 daher ebenso unterstützt wie die Forderung nach einem möglichst raschen Ausbau
2801 der Moselschleusen um jeweils eine 2. Schleusenkommer. Wir fordern weiter die Ab-
2802 schaffung der Schifffahrtsabgaben auf der Mosel.

2803 Wir setzen uns unvermindert für die Aufstockung der personellen Ressourcen bei der
2804 Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie für eine intensive För-
2805 derung im Bereich der Flottenmodernisierung seitens des Bundes ein. Die landessei-
2806 tige Förderung von Landstromanlagen für Schiffe setzen wir fort und prüfen, inwieweit
2807 im Land vorhandene Kompetenzen im Bereich des automatisierten und vernetzten
2808 Fahrens für die Binnenschifffahrt nutzbar gemacht werden können.

2809 **Flugverkehr**

2810 Mit Blick auf eine funktionierende Flughafeninfrastruktur für ein exportorientiertes Bun-
2811 desland bleibt der Flughafen Frankfurt-Hahn von Bedeutung.

2812 Um den Flugverkehr möglichst CO₂-arm und klimafreundlich zu gestalten, sollen zu-
2813 dem Möglichkeiten auf Bundesebene unterstützt werden, um Forschung und Entwick-
2814 lung bei alternativen Treibstoffen und Antriebstechnologien für den Luftverkehr sowie
2815 die Nutzung der rheinland-pfälzischen Flugplätze als Testfelder zur CO₂-Einsparung-
2816 und -kompensation voranzubringen.

2817 **Nahmobilität und Radverkehr stärken**

2818 Der Radverkehr hat in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt. Diesen wollen wir
2819 voranbringen und den Radverkehr weiter stärken, um ein verstärktes Umsteigen vom
2820 Auto zu erreichen.

2821 Wir halten an unserem mehrsäuligen Ansatz fest: Der Radverkehr soll gerade im All-
 2822 tagsverkehr deutlich ausgebaut werden. Aber wir fördern den Radverkehr auch aus
 2823 dem Blickpunkt der Entwicklung ländlicher Räume und aus touristischer Perspektive
 2824 heraus. Wir werden daher weiterhin alle Fördermaßnahmen auch außerhalb des Lan-
 2825 deshaushaltes zur Verbesserung des Modal Split in Richtung Radverkehr benutzen.

2826 Die Pendlerradrouten (PRR) als attraktive Radschnellverbindungen sind für uns zent-
 2827 ral. Sie können eine wichtige Funktion bei der Bündelung und Beschleunigung des
 2828 Alltagsradverkehrs übernehmen und damit auch einen Beitrag zur Reduzierung des
 2829 motorisierten Individualverkehrs leisten.

2830 Wir wollen die bereits laufenden sieben Projekte der rheinland-pfälzischen Pendler-
 2831 radrouten möglichst zügig mit den Kommunen umsetzen. Die Routen sollen einheitli-
 2832 che Standards vorweisen, entsprechend beschildert sein, möglichst kreuzungsfrei und
 2833 durchgängig verlaufen. Bis 2026 sollen alle sieben bislang projektierten Routen in Bau
 2834 oder fertiggestellt sein.

2835 Eine Beschleunigung für die Planung und den Bau sowie die Übertragung der überört-
 2836 lichen Radinfrastruktur durch die Übertragung der Baulasträgerschaft auf das Land
 2837 werden wir ergebnisoffen prüfen.

2838 Wir streben an, die Instandhaltung und die Verkehrssicherungspflicht für PRR gemein-
 2839 sam mit den Kommunen durch Wartungs- und Verkehrssicherungsverträge bzw. Nut-
 2840 zungsvereinbarungen zu sichern.

2841 Bei jeder Landesstraßenbaumaßnahme, die im Wege des Landesstraßenbaupro-
 2842 gramms umgesetzt wird, soll zukünftig geprüft werden, ob unter Einbeziehung der
 2843 Radverkehrsnetze in der Zuständigkeit der jeweiligen Gebietskörperschaften eine ge-
 2844 eignete Führung des Radverkehrs besteht oder geplant werden sollte. Im Falle des
 2845 Verzichts auf eine getrennte Führung des Radverkehrs ist dies zu begründen.

2846 Die Stärkung des Radverkehrs werden wir auch beim LBM weiter fortsetzen. Um Kom-
 2847 munen noch besser zu Fördermöglichkeiten beraten zu können, werden wir bei jedem
 2848 regionalen LBM jeweils ein eigenes Radverkehrsteam einrichten, um den Ausbau von
 2849 Radwegen und Radverkehrsanlagen schrittweise beschleunigen zu können.

2850 In den kommenden Haushalten wollen wir die entsprechenden Mittel für den Radwe-
 2851 gebau bereitstellen.

2852 Für das Land Rheinland-Pfalz soll zudem eine Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundli-
 2853 che Kommune (AGFK-RLP) eingerichtet werden. Die Interessenverbände werden bei
 2854 der Gründung der AGFK-RLP eingebunden.

2855 Wir wollen einen digitalen Mängelmelder für Radverkehrsanlagen umsetzen.

2856 Die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) sollen bei neuen Radverkehrsanla-
 2857 gen Grundlage der Planung werden, um die Qualität im Radwegebau zu steigern.

2858 Das bestehende Radwegenetz wollen wir im Laufe der Legislaturperiode im Hinblick
 2859 auf die vorhandenen Standards untersuchen und gegebenenfalls vorhandene Bedarfe
 2860 ermitteln.

2861 Wir wollen – wo geeignet – spezielle Ampelschaltungen mit Radverkehrsvorrang prü-
2862 fen und einen verstärkten Ausbauschub bei Umsteigepunkten erreichen, indem wir
2863 mehr Fahrradpark-, -verwahr- und -ladegelegenheiten schaffen bzw. fördern.

2864 Die Mitnahme von Fahrrädern im öffentlichen Nahverkehr soll durchgehend und kos-
2865 tenfrei möglich sein (Ausnahme touristische Radbusse).

2866 Die Maßnahmenvorschläge des Radverkehrs-Entwicklungsplan Rheinland-Pfalz
2867 (RVEP-RLP 2030) machen wir zur Grundlage unserer Radverkehrsstrategie. Sie soll
2868 konsequent umgesetzt werden. Wir werden alle zwei Jahre zur Begleitung der Umset-
2869 zung des RVEP an wechselnden Orten Jahresradverkehrskonferenzen organisieren
2870 und uns um die Durchführung des Nationalen Radverkehrskongresses 2023 bewer-
2871 ben.

2872 Für Fahrrad-Schutzstreifen außerorts werden wir Pilotprojekte durchführen.

2873 Die Koalition bekennt sich zu einer guten und möglichst einheitlichen Qualität für den
2874 Radverkehr. Daher werden wir einen Leitfaden entwickeln, der etwa eine einheitliche
2875 Handhabung von Fahrradstraßen und -zonen empfehlen wird, solange der Bund hier-
2876 für keine einheitlichen Vorgaben gemacht hat.

2877 **Autonomes Fahren weiterentwickeln**

2878 Autonomes Fahren wird Verkehr und Logistik in Zukunft entscheidend prägen. Wir
2879 wollen autonomes Fahren auf Land- und Wasserwegen weiterhin erproben mit dem
2880 Ziel der Vernetzung und Steuerung aller Verkehrsteilnehmer:innen durch eine einheit-
2881 liche Schnittstelle und des Einsatzes im Alltagsverkehr.

2882 **Verkehrslärm wirksam minimieren**

2883 Lärm beeinträchtigt die Lebensqualität der Menschen. Die Koalitionspartner bekennen
2884 sich dazu, aus Gründen des Gesundheitsschutzes dem Lärmschutz verkehrsmittel-
2885 übergreifend eine besondere Rolle zukommen zu lassen. Deshalb wollen wir innerhalb
2886 der Landesregierung eine Stabsstelle schaffen, in der die Maßnahmen zur Reduktion
2887 von Lärmemissionen und die politischen Aktivitäten für besseren Lärmschutz gebün-
2888 delt werden.

2889 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass jeglicher Verkehrslärm – Auto-, Bahn- und
2890 Fluglärm – eine erhebliche Beeinträchtigung darstellt. Wir respektieren die Entschei-
2891 dungen der Kommunen über Geschwindigkeitsbegrenzungen im Rahmen der gesetz-
2892 lichen Möglichkeiten, um mehr Lärmschutz zu erzielen. Dazu werden wir den Kommu-
2893 nen weiter beratend mit der „Handreichung Tempo 30“ zur Seite stehen. Auf Bundes-
2894 ebene werden wir uns für mehr eigenständige Kompetenzen der Kommunen bei der
2895 Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf klassifizierten Straßen einsetzen.

2896 Wenn nach der Corona-Pandemie die Flugbewegungen wieder steigen, ist klar, dass
2897 ein Neuaufbau des Luftverkehrs unter der Herausforderung des Klimaschutzes stehen
2898 wird. Vor der Corona-Pandemie war der Fluglärm des Frankfurter Flughafens durch
2899 eine Zunahme der Flugbewegungen bis weit nach Rheinland-Pfalz hinein kontinuier-
2900 lich angewachsen. Auf dieses Niveau und darüber hinaus darf die Lärmbelastung nicht
2901 wieder ansteigen. Die Koalitionäre versichern, dass sie weiterhin auf der Seite der Bür-

2902 ger:inneninitiativen in der Region stehen. Leider hat die Evaluation des Fluglärmschutzgesetzes nicht die Verbesserung für die Region gebracht, die nötig gewesen
2903 wäre, um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten.
2904

2905 Dringend erforderlich ist eine bundesgesetzliche Regelung, die die gesetzliche Nachtruhe fest schreibt und die Luftfahrtbehörden und die Flugsicherungsorganisation zu einer Aufwertung des Schutzes vor Fluglärm insbesondere bei der Festlegung und wesentlichen Änderung von Flugrouten verpflichtet. Der Bund soll die Anstrengungen zur Verbesserung des Lärmschutzes an der Quelle verstärken, insbesondere auf die Auflegung von Incentivierungsmodellen zur Weiterentwicklung der Antriebstechnologien für leiseres Großfluggerät hinwirken sowie sich bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) für eine Überprüfung der aktuellen Lärmgrenzwerte mit der Zielsetzung einer Verschärfung der Grenzwerte einsetzen. Das Land Rheinland-Pfalz wird die Bundesratsinitiative zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm wieder aufrufen.
2914

2915 **Schienenlärm reduzieren**

2916 Die Koalitionspartner setzen sich auf Bundesebene dafür ein, das Maßnahmenpaket des Beirats Leiseres Mittelrheintal gegen Bahnlärm umzusetzen. Das Bundesgesetz zum Verbot von lauten Güterwagen gilt seit Ende 2020 auf dem deutschen Schienennetz. Auf dieser Grundlage erwarten wir vom Bund, dass Verstöße der gesetzlichen Verpflichtung folgend sanktioniert und alle Möglichkeiten zur Lärminderung (u.a. die Flüsterbremse) ausgeschöpft werden. Als langfristige Maßnahme unterstützen wir die Forderung nach einer alternativen Güterverkehrsstrecke im Mittelrheintal zwischen Troisdorf und Bischofsheim.
2923

2924 Darüber hinaus treten wir gegenüber dem Bund dafür ein, dass das Mittelrheintal im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau zum Pilotgebiet für weitere Maßnahmen des Bundes zur Reduzierung des Schienenverkehrslärms und zur Entwicklung sowie Umsetzung verbindlicher Grenzwerte für Bestandsstrecken erklärt werden soll. Wir werden uns des Weiteren für ein stärkeres Monitoring seitens der Deutschen Bahn einsetzen, um Schadensfälle durch Erschütterungen frühzeitig zu begegnen. Ebenso werden wir uns für mehr Lärmschutz und ein entsprechendes Erschütterungs-Monitoring für die Moselstrecke einsetzen.
2931

2932 **Arbeit**

2933

2934 Wir wollen die Veränderungen in unserer Arbeitswelt so gestalten, dass sie Teilhabe
2935 und Zukunftschancen für alle Menschen ermöglichen. Dazu gehört auch, Sicherheit im
2936 Wandel zu schaffen und allen Menschen Zugang zu Weiterbildungen und Qualifizie-
2937 rungen zu ermöglichen. Bei der Gestaltung aller Veränderungen setzen wir auch in
2938 Zukunft auf unsere starke Sozialpartnerschaft mit Kammern, Verbänden und Gewerk-
2939 schaften. Und klar ist für uns auch: die Arbeit der Zukunft muss gute Arbeit sein. Wir
2940 setzen uns daher nachdrücklich für gute Arbeitsbedingungen mit guten Löhnen ein,
2941 dabei fördern wir ganz besonders die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Er-
2942 werbsleben.

2943 **Sozialpartnerschaft aktiv leben**

2944 Vertrauensvoll gelebte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber:innen, Betriebsrät:in-
2945 nen und Gewerkschaften ist in Rheinland-Pfalz Tradition. Wir pflegen diese und sind
2946 dankbar für unsere gute Partnerschaft auf Augenhöhe. Eine starke Sozialpartnerschaft
2947 mit Kammern, Verbänden und starken Gewerkschaften sowie eine aktiv gestaltende
2948 Landespolitik, die für gute Standortbedingungen sorgt, tragen zum Erfolg unseres Wirt-
2949 schäftsstandorts bei.

2950 **Gesetzlichen Mindestlohn weiterentwickeln**

2951 Der gesetzliche Mindestlohn schützt die Arbeitnehmer:innen. Wir unterstützen die Min-
2952 destlohnkommission bei dem Ziel, perspektivisch den Mindestlohn weiterzuentwickeln.
2953 Der Mindestlohn kann immer nur eine Untergrenze sein.

2954 **Starke Tarifbindung, gute Löhne**

2955 Die Stärkung der Tarifbindung ist erforderlich, um oberhalb des Mindestlohns eine bes-
2956 sere Bezahlung von Arbeitnehmer:innen zu erreichen. Nicht zuletzt vor dem Hinter-
2957 grund der Corona-Pandemie zeigt sich, wie wichtig dies für die Sicherung der Fach-
2958 kräftesituation in den systemrelevanten Bereichen ist. Wir setzen uns mit Nachdruck
2959 dafür ein, dass es einen einheitlichen und auskömmlichen Mindestlohn in allen Pflege-
2960 Bereichen geben muss, der deutlich höher sein muss als bisher. Die Finanzierung darf
2961 nicht zulasten der Eigenanteile der Beitragszahler:innen gehen.

2962 **Stärkung des Landestariftreuegesetzes**

2963 Rheinland-Pfalz setzt sich seit Jahren im Rahmen des Landestariftreuegesetzes für
2964 Tariftreue und Mindestentgelte bei öffentlichen Aufträgen ein. Dort, wo keine Tariftreue
2965 gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen dazu
2966 verpflichten, ihre Beschäftigten nach dem jeweils aktuell geltenden Mindestlohn zu be-
2967 zahlen. Für öffentliche Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Per-
2968 sonenverkehrs auf Straße und Schiene in Rheinland-Pfalz gibt es besondere Rege-
2969 lungen zum Arbeitnehmerschutz (Tariftreue, Beschäftigtenübergang bei Betreiber-
2970 wechsel).

2971 Wir wollen das Landestariftreuegesetz mit sozialen und ökologischen Aspekten fort-
2972 entwickeln. Themen könnten die Förderung von Auszubildenden, die Beschäftigungs-
2973 förderung im Rahmen der Diversity und Nachhaltigkeitsaspekte sein. Bei der Überprü-
2974 fung von neuen Kriterien sollen verzichtbare Ausnahmen mit überprüft und bei Bedarf

2975 gestrichen werden. Zudem sollen individuelle Interessen und Belange von Branchen
2976 und Betrieben (Branchenzugehörigkeit, Betriebsgröße, Möglichkeiten der Beschäfti-
2977 gungsförderung) berücksichtigt werden.

2978 Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen soll verbindlicher geregelt sowie konse-
2979 quent kontrolliert und sanktioniert werden. Die Kontrollen durch Einbeziehung der Ser-
2980 vicestelle zum LTTG werden wir verstärken. Dafür werden die personellen Ressourcen
2981 der Servicestelle im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ausge-
2982 baut.

2983 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein effektives Lieferkettengesetz ein und stehen
2984 zu den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen.

2985 **Stärkung des Arbeitsschutzes**

2986 Arbeit darf nicht krankmachen. Dazu gehört ein starker Arbeitsschutz. Dafür tragen in
2987 erster Linie die Arbeitgeber:innen die Verantwortung. Die Stärkung der Beratung und
2988 Überwachung durch die Arbeitsschutzbehörden muss jedoch damit einhergehen.

2989 **Arbeitsbedingungen in speziellen Branchen verbessern**

2990 Der Arbeitsschutz in Branchen mit zum Teil schwierigen oder gar prekären Arbeitsbe-
2991 dingungen bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Die Digitalisierung der Aufsichtsbehör-
2992 den muss vorangebracht werden, damit diese vor Ort im Außendienst effizient beraten
2993 und bei Bedarf auch aufsichtsrechtlich tätig werden können. Die unzureichenden oder
2994 gar fehlenden Arbeitsschutzmaßnahmen von manchen Beschäftigten, u.a. in der
2995 Fleischindustrie, in der Paketbranche oder der Saisonsarbeitskräfte in der Landwirt-
2996 schaft, muss mit einer effektiven und konsequenten Arbeitsschutzaufsicht entgegen-
2997 gewirkt werden.

2998 Bei der Fortentwicklung des Arbeitsschutzes werden wir Kontrollmechanismen weiter-
2999 entwickeln und eine Koordinierungsstelle bei den Arbeitsschutzbehörden einrichten.
3000 Wir wollen eine Anlaufstelle für mobile Arbeitnehmer:innen aus dem Ausland (z.B.
3001 LKW-Fahrer:innen und Fernbusfahrer:innen) schaffen, an die sie sich wenden können,
3002 wenn Schwierigkeiten bei ihren Arbeitsbedingungen bestehen.

3003 **Ladenöffnungsgesetz RLP rechtssicher gestalten**

3004 Die Koalition bekennt sich zum Sonntagsschutz und zum Ladenschluss. Ausnahmen
3005 sollen nur gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft, Kommunen und Kirchen
3006 rechtssicher ermöglicht werden. Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, streben wir für
3007 die bisher vier zulässigen verkaufsoffenen Sonntage in Abstimmung mit Handel, Ge-
3008 werkschaften und Kirchen die Schaffung von praktikablen Regelungen für einen An-
3009 lassbezug an.

3010 **Arbeitszeiten selbst gestalten**

3011 Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt für die Beschäftigten verändert. Das ortsunab-
3012 hängige Erledigen der Arbeiten im Homeoffice ist gerade in der Corona-Krise in vielen
3013 Betrieben Realität geworden. Diesen Fortschritt möchten wir weiter begleiten und den
3014 Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen Möglichkeiten der Weiterentwicklung auf-
3015 zeigen.

3016 Unter Beachtung der gesetzlichen Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen, wollen
3017 wir mobiles Arbeiten und Homeoffice dort ermöglichen, wo die Sozialtarifpartner prak-
3018 tikable Lösungen finden. Konkrete Anreize und mögliche gesetzliche Rahmenbedin-
3019 gungen werden wir prüfen. Diese sollen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen
3020 nicht über Gebühr bürokratisch belasten.

3021 **Weichen für eine moderne Arbeitswelt stellen**

3022 Um die Potenziale der Digitalisierung für nachhaltige wirtschaftliche und soziale Inno-
3023 vationen zu erschließen, müssen die Beschäftigten über die Betriebsräte und Interes-
3024 senvertretungen an den betrieblichen Veränderungsprozessen beteiligt werden und
3025 ihre Arbeitsbedingungen besser mitgestalten können. Wir sprechen uns daher für eine
3026 Fortentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes aus.

3027 Intelligente, innovative und flexibel anpassbare Arbeitszeitmodelle sind wichtige Mittel,
3028 um die sozialen Bedürfnisse von Arbeitnehmer:innen mit gesellschaftlichen und be-
3029 trieblichen Notwendigkeiten auszutariieren. Auch in kleinen und mittelständischen Un-
3030 ternehmen ist der Vereinbarung von Familie und Beruf Rechnung zu tragen. Mit einer
3031 flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie innerhalb
3032 eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit aussieht, wollen wir die
3033 Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern, genauso mit einer Pflegezeit,
3034 die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu ver-
3035 einbaren. Branchen- und betriebspezifische Regelungen werden im Rahmen der Ta-
3036 rif- und Sozialpartnerschaft getroffen.

3037 Eine Verlängerung der täglichen Höchstarbeitszeit schließen wir aus.

3038 **Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) und psychische Gesundheit**

3039 Die zunehmenden und veränderten Anforderungen in einer digitalisierten Arbeitswelt
3040 führen bei Beschäftigten auch zu steigenden psychischen Belastungen. Ein starkes
3041 betriebliches Gesundheitsmanagement ist daher unerlässlich. Wir streben eine Wei-
3042 terentwicklung der bestehenden Landesstrategie an.

3043 Der in den letzten Jahren aufgebaute Informations- und Wissenstransfer BGM soll wei-
3044 terentwickelt werden. Es sollen innovative und nachhaltig ausgerichtete Projekte ge-
3045 fördert werden, die Betriebliches Gesundheitsmanagement und Klimaschutz zusam-
3046 mendenken.

3047 **Stärkung der Gesundheitsfachberufe**

3048 Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig gut ausgebildetes Pflegeperso-
3049 nal ist. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene für verbindliche Personalbemes-
3050 sungsinstrumente in der Pflege und eine bessere Vergütung der Pflegeberufe einset-
3051 zen. Insgesamt setzen wir uns für mehr Pflegestellen ein, um die Arbeitssituation zu
3052 verbessern. Parallel zu den steigenden Gehältern müssen auch die Vergütungen für
3053 die Pflegedienste angehoben werden.

3054 Gleichzeitig ist der Bedarf besonders an qualifiziertem Gesundheitsfachpersonal nach
3055 wie vor hoch und wird zukünftig noch steigen. Deswegen wollen wir die Gesundheits-
3056 fachberufe für junge Menschen durch verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingun-
3057 gen attraktiver machen. Die Kapazität wollen wir bedarfsgerecht erhöhen.

3058 Wir streben in dieser Wahlperiode die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in allen Ge-
3059 sundheitsfachberufen, auch der Heilmittelerbringer:innen, an. Wir bemühen uns weiter
3060 um die strukturelle Integration in das System der Krankenhausbetriebskostenfinanzie-
3061 rung.

3062 **Heute die Fachkräfte von morgen für die Gesundheitsfachberufe sichern**

3063 Die Sicherung der Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich ist eine der größten
3064 Herausforderungen unserer Gesellschaft. Bessere Löhne sind für die Attraktivität der
3065 Pflegeberufe ein wesentlicher Faktor. An dem Ziel eines allgemeinverbindlichen Tarif-
3066 vertrags in der Altenpflege – alternativ einer Anhebung der Lohnuntergrenzen – halten
3067 wir fest.

3068 In der Fachkräfteinitiative Pflege 2.0 gestalten wir mit unseren Partner:innen im Ge-
3069 sundheitswesen und der Pflege die Zukunft. Wir steigern die Ausbildungskapazitäten
3070 und gestalten aktiv die Versorgungsstrukturen und Rahmenbedingungen in der Pflege.
3071 Wir verbessern die Beschäftigungsbedingungen und die Führungs- und Unterneh-
3072 menskultur in den Gesundheitsfachberufen.

3073 Wir erleichtern nach einer Auszeit die Rückkehr in den Pflegeberuf.

3074 Wir stehen als Koalition dafür ein, dass die akademische und die berufliche Ausbildung
3075 der Pflegeberufe gleichermaßen wertgeschätzt werden.

3076 Das Image der Ausbildung und der Gesundheitsfachberufe verbessern wir durch wei-
3077 tere mit der Praxis abgestimmte Öffentlichkeitskampagnen auch an den allgemeinbil-
3078 denden Schulen.

3079 Wir steigern die Ausbildungszahlen in den Gesundheitsfachberufen bedarfsgerecht
3080 und regionenbezogen und gestalten die Ausbildungs- und Qualitätsstandards einheit-
3081 lich und hochwertig.

3082 **Akademisierung der Gesundheitsberufe**

3083 Die akademische Ausbildung von Fachkräften in den Gesundheitsberufen leistet einen
3084 wichtigen Beitrag für die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz. Wir haben bereits
3085 entsprechende Strukturen aufgebaut u.a. mit Pflegewissenschaften an der Universität
3086 Trier, Pflege- und Hebammenwissenschaften an der Hochschule Ludwigshafen sowie
3087 der Psychotherapie an den Universitätsstandorten für Psychologie in Mainz, Trier und
3088 Landau. Dazu gehören auch die Ausbildungen in der Physiotherapie, Logopädie und
3089 Ergotherapie. Die bestehenden Angebote von Studienplätzen in der Pflege, des pfl-
3090 gepädagogischen Studienangebotes für Berufsschullehrer:innen sowie bei der Heb-
3091 ammenausbildung wollen wir perspektivisch weiterentwickeln. Die Qualifizierung und
3092 Reglementierung in diesen Feldern ist eine nationale Aufgabe, deren Finanzierung mit
3093 durch den Bund sicherzustellen ist.

3094 **Unterstützung der Schulen und Einrichtung bei der weiteren Einführung der ge- 3095 neralistischen Pflegeausbildung**

3096 Rheinland-Pfalz hat zum 1. Januar 2020 erfolgreich die generalistische Pflegeausbil-
3097 dung umgesetzt. Wir werden die Umsetzung als Kernstück der Qualitätsoffensive

3098 Pflege weiter intensiv begleiten. Wir werden weiter zusätzliche Unterstützungsmaß-
3099 nahmen für Pflegeschulen, Träger der praktischen Ausbildung und Orte der prakti-
3100 schen Ausbildung bereitstellen. Pflegestudiengänge wollen wir ausbauen. Auch unter-
3101 stützen wir die Hauswirtschaftskräfte in der Pflege, denn hauswirtschaftliche Berufe
3102 haben in vielen Einrichtungen unverzichtbare Schlüsselfunktionen.

3103 **Aufwertung der Helfer:innenausbildung**

3104 Wir streben eine Aufwertung der Helfer:innen- bzw. Assistenzberufe in der Pflege auf
3105 der Basis von zwischen Bund und Ländern abgestimmten, landesrechtlichen Regelun-
3106 gen an. Die neuen Helfer:innen- bzw. Assistenzausbildungen sollen durch eine modu-
3107 lare Ausbildung und eine Weiterqualifizierung eine Anschlussfähigkeit an die genera-
3108 listische Pflegeausbildung garantieren und den Absolventen den Einstieg in die Fach-
3109 kraftausbildung erleichtern.

3110 **Rheinland-Pfalz – attraktiv für ausländische Pflegekräfte**

3111 Aufgrund des demografischen Wandels ist mit einem wachsenden Bedarf an Pflege-
3112 kräften zu rechnen. Umso wichtiger ist es, Verfahren zur Anerkennung ausländischer
3113 Berufsqualifikationen zu beschleunigen und die Sprachqualifizierung spezifisch auf die
3114 Berufsgruppe zuzuschneiden. Hierzu ist eine verbesserte Personalausstattung in den
3115 Anerkennungsbehörden notwendig. Ausländischen Pflegekräften wollen wir durch ein
3116 Netzwerk von Anpassungsmaßnahmen sowie geförderten Integrationsprogrammen
3117 sowohl die Möglichkeit bieten, zeitnah beruflich in Rheinland-Pfalz tätig zu werden, als
3118 auch sich dauerhaft im Berufsleben zu integrieren. Wir stehen in der Verantwortung,
3119 mit unserer Politik für ausländische Pflegekräfte nicht zu negativen Folgen für die Her-
3120 kunftsländer beizutragen. Deshalb wollen wir nicht aktiv ausländische Fachkräfte aus
3121 außereuropäischen Ländern anwerben, in denen selbst ein Fachkräftemangel besteht
3122 und eine Abwanderung dort Lücken in die Versorgung reißen würde.

3123 **Transformation der Arbeitswelt mit unseren Partnern gestalten**

3124 Die Corona-Pandemie hat die Transformation der Arbeitswelt zusätzlich beschleunigt.
3125 Wir wollen, dass sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte gestärkt aus diesem Pro-
3126 zess hervorgehen. Gemeinsam mit unseren Partner:innen gestalten wir daher die ge-
3127 samtwirtschaftliche Transformation in einem fortlaufenden und konstruktiven Aus-
3128 tausch, so etwa im Transformationsrat oder am Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin.
3129 Die Landesstrategie zur Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz werden wir mit unse-
3130 ren Partner:innen weiterentwickeln und an die Herausforderung der Transformation
3131 fortlaufend anpassen. Der Dialog soll im neu gegründeten Beschäftigungsbeirat fort-
3132 gesetzt werden.

3133 Auch in dem Bestreben, dass Rheinland-Pfalz klimaneutral wird, werden wir Unterneh-
3134 men und Arbeitnehmer:innen unterstützen. Bereits existierende Förderansätze in un-
3135 serer Arbeitsmarktpolitik, wie das Bedarfsgemeinschaftscoaching, „Perspektiven eröff-
3136 nen“ und unsere Projekte für Frauen, werden um Digitalisierungsmodule ergänzt. Auf
3137 Bundesebene wollen wir das Kurzarbeitergeld weiterentwickeln und mit einer zielfüh-
3138 renden Qualifizierung für die ökologische und digitale Transformation verknüpfen.

3139 **Transformationsakademie und Fachkräftestrategie**

3140 Wir gründen eine Transformationsakademie unter deren Dach Maßnahmen gebündelt
3141 sind, die Unternehmen und Organisationen benötigen, um die Veränderungen im Wirt-
3142 schäfts- und Arbeitsleben gemeinsam mit ihren Mitarbeiter:innen zu gestalten. Die
3143 Akademie richtet sich insbesondere an Mitarbeiter:innen von kleinen und mittelständi-
3144 schen Unternehmen und leistet Unterstützung in den Veränderungsprozessen.

3145 Die Fachkräftestrategie des Landes setzen wir mit einem neuen Schwerpunkt auf der
3146 Weiterbildung fort. Eine abgeschlossene Ausbildung ist eine wichtige Voraussetzung
3147 für einen erfolgreichen Berufseinstieg, ein existenzsicherndes Einkommen sowie gute
3148 berufliche Perspektiven. In Zeiten des beschleunigten Strukturwandels ist aber eine
3149 verstärkte berufsbegleitende Weiterbildung in Schulen und Hochschulen sowie Betrie-
3150 ben von zunehmender Bedeutung. Wir wollen daher eine Weiterbildungskultur, die die
3151 Chancen in den Blick nimmt, etablieren und die Rahmenbedingungen für lebenslanges
3152 Lernen im Zeitalter der Digitalisierung noch weiter verbessern.

3153 **Weiterbildung und Qualifizierung weiter stärken**

3154 Im Zuge der Transformation gewinnt die berufliche Weiterbildung nochmals erheblich
3155 an Bedeutung. Unser neuer Förderansatz „Betriebliche Weiterbildung“ sowie der er-
3156 weiterte „Qualischeck“ haben sich bewährt, um Beschäftigte bei der Anpassung an die
3157 Transformation zu stärken, und werden daher fortgeführt.

3158 Wir werden unseren erfolgreichen Förderansatz „Zukunftsfähige Arbeit“ zu einem An-
3159 gebot zur Unterstützung von Erwerbstätigen in Transformationsprozessen weiterent-
3160 wickeln. Inhaltliche Schwerpunkte sollen hierbei auf den Themen „Digitalisierung“ und
3161 „Künstliche Intelligenz“ liegen.

3162 Wir setzen uns auf Bundesebene weiterhin für die möglichst rasche Einführung eines
3163 Bildungsregisters einschließlich einer Verlaufsstatistik in der beruflichen Bildung ein.
3164 Es ist wichtig, dass trotz der Corona-Pandemie in zukünftige Fachkräfte investiert wird.
3165 Deshalb unterstützen wir die stark betroffenen Branchen und machen dies zu einem
3166 Schwerpunktthema im Branchendialog.

3167 **Übergänge von der Schule in den Beruf vereinfachen**

3168 Wir wollen Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen. Des-
3169 halb wollen wir mehr Jugendberufsagenturen mit echter Hilfe aus einer Hand auf-
3170 bauen. Das in Modellprojekten erprobte Konzept der „Jugendberufsagentur Plus“ wer-
3171 den wir nun flächendeckend zur Verfügung stellen.

3172 Mit dem neuen Förderprogramm „Job Action“ werden wir verstärkt besonders arbeits-
3173 marktferne junge Menschen ohne Berufsabschluss unterstützen. Wir wollen ihnen die
3174 Möglichkeit geben, auf ihren Fähigkeiten etwa in den Bereichen Kultur, Handwerk,
3175 Umwelt oder Sport aufzubauen, so dass sie über einen persönlichen Förderplan
3176 schrittweise an eine Ausbildung herangeführt werden können.

3177 **Soziale Absicherung von Solo-Selbstständigen**

3178
3179 Besonders für (Solo-)Selbstständige ist die Corona-Pandemie mit erheblichen und
3180 existenzgefährdenden wirtschaftlichen Einbußen verbunden. (Solo-) Selbstständige

3181 benötigen eine bessere soziale Absicherung. Wir setzen uns weiterhin auf Bundes-
3182 ebene für eine attraktive Arbeitslosenversicherung für Selbstständige und neue Siche-
3183 rungsmodelle ein, die innerhalb der Sozialversicherung den Eintritt in die Gesundheits-
3184 und Rentenversicherung erleichtern.

3185
3186 **Vermittlung in den Arbeitsmarkt verbessern – SGB II zukunftsfest machen**

3187 Auf Bundesebene unterstützen wir eine grundlegende und zukunftsste Reform der
3188 Grundsicherung (SGB II-Reform), die vor Armut schützt, soziale Teilhabe garantiert,
3189 für den Arbeitsmarkt der Zukunft qualifiziert und dem Prinzip „Hilfen aus einer Hand“
3190 folgt.

3191 Wir setzen uns für die Einführung eines Gesamtbudgets für die Jobcenter ein. Um
3192 Planungssicherheit zu gewährleisten, sollten bekannte Mehrbedarfe, insbesondere
3193 aufgrund von Tarifierhöhungen durch eine entsprechende Dynamisierung der Haus-
3194 haltsansätze berücksichtigt werden. Wir wollen dafür werben, dass in den Kreisen und
3195 kreisfreien Städten Modellversuche für Grundsicherungsservicebüros, die alle Grund-
3196 sicherungsleistungen der Kommune bündeln, eröffnet werden. Jobcenter sollen ein-
3197 geladen werden, sich daran zu beteiligen.

3198 **Verstetigung des sozialen Arbeitsmarktes**

3199 Seit der Einführung des sozialen Arbeitsmarktes 2019 haben darüber 52.000 langzeit-
3200 arbeitslose Menschen einen Arbeitsplatz erlangt. Nach aktueller Gesetzeslage ist die
3201 Förderung bis 31.12.2024 befristet. Wir fordern eine Verstetigung des sozialen Arbeits-
3202 marktes als Regelinstrument und setzen uns auf Bundesebene für die Bereitstellung
3203 der dazu erforderlichen finanziellen Ressourcen ein.

3204 Zur Bekämpfung des Langzeitleistungsbezuges setzen wir Schwerpunkte, um Men-
3205 schen mit multiplen Vermittlungshemmnissen auf eine Beschäftigung auf dem Arbeits-
3206 markt vorzubereiten.

3207 **Inklusiver Arbeitsmarkt**

3208 Dass Menschen mit und ohne Behinderungen im selben Betrieb ihrer Tätigkeit nach-
3209 gehen, soll zur Selbstverständlichkeit werden. Daher wollen wir die Beschäftigung von
3210 Menschen mit Behinderungen in die Fachkräftestrategie des Landes aufnehmen.

3211 Mit dem Budget für Arbeit fördern wir die Eingliederung von Menschen mit Behinde-
3212 rungen, die zuvor in Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt waren, in den
3213 regulären Arbeitsmarkt. Wir wollen Unternehmen dazu ermutigen vom Budget für Ar-
3214 beit mehr Gebrauch zu machen. Rheinland-Pfalz wird sich zudem für einen Ausbau
3215 des im Januar 2020 eingeführten Budgets für Ausbildung stark machen. Dabei soll
3216 Menschen mit Behinderungen von Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit an eine reguläre
3217 Berufsausbildung ermöglicht werden. Wir unterstützen den Ansatz eines „Budget für
3218 Inklusion“ und prüfen die Möglichkeit zur modellhaften Erprobung. Mit einem Beschäf-
3219 tigungsanteil von mindestens 30% schwerbehinderter Menschen nehmen die rhein-
3220 land-pfälzischen Inklusionsbetriebe eine Vorreiterrolle ein. Wir unterstützen den Auf-
3221 bau, die Erweiterung, die Modernisierung und die Ausstattung von neu zu gründenden
3222 und bereits bestehenden Inklusionsbetrieben. Die Anzahl regulärer Arbeitsplätze für
3223 Menschen mit Behinderungen in Inklusionsbetrieben im Land werden wir nach Mög-

3224 lichkeit verdoppeln. Für die Behindertenwerkstätten wollen wir auch weiterhin, gemein-
3225 sam mit deren Vertreter:innen, rechtssichere und praktikable Anordnungs-, Prüfungs-
3226 und Vergütungsrichtlinien sicherstellen.

3227 Das Land wird den Weg fortsetzen, inklusiver Arbeitgeber zu werden. Wir bekennen
3228 uns zu dem Ziel einer Beschäftigungsquote von mindestens 6% von Menschen mit
3229 Behinderungen im Landesdienst.

3230 Wir prüfen hierzu neue Maßnahmen, unter anderem auch die Möglichkeit, „Budget für
3231 Arbeit“-Stellen im Landesdienst zu schaffen und in den Ressorts mit verbindlichen Zie-
3232 len zu hinterlegen. Wir wollen Inklusionsbetriebe und -abteilungen in der Landesver-
3233 waltung schaffen.

3234 Für Menschen mit Behinderungen wollen wir das Budget für Arbeit modellhaft um ein
3235 „Budget für Mobilität“ ergänzen, damit auch Menschen mit Behinderungen, die auf dem
3236 allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt sind, ihre Arbeitsstätte erreichen können.

3237 **Verhinderung von Armut im Alter**

3238 Für immer mehr Menschen reicht die Rente nicht mehr für ein auskömmliches Leben
3239 im Ruhestand aus – das Risiko der Altersarmut nimmt zu. Diese Entwicklung betrach-
3240 ten wir mit Sorge.

3241 Wir setzen uns auf Bundesebene weiter dafür ein, dass die Altersversorgung in
3242 Deutschland auch für die Zukunft nachhaltig und sicher gestaltet wird. Wir unterstützen
3243 die Einführung einer gründerfreundlich ausgestalteten Altersvorsorgepflicht für Selbst-
3244 ständige, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

3245 **Wissenschaft**

3246 Forschung und Wissenschaft sind das Fundament für technischen, wirtschaftlichen
3247 und gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Bundesland. In diesem Bereich werden
3248 die Grundlagen dafür gelegt, dass Rheinland-Pfalz gestärkt aus dem bevorstehenden
3249 Jahrzehnt hervorgeht. Unser Ziel ist es, gleichwertige Lebensbedingungen und ein gu-
3250 tes, nachhaltiges Leben für alle Menschen zu erreichen. Die Weichen, die wir in den
3251 nächsten Jahren stellen – sei es mit Blick auf die Auswirkungen der Klimakrise, der
3252 Digitalisierung, der Corona-Pandemie, die Stärkung unserer Demokratie, die Zukunft
3253 als erfolgreiches Bildungsland, die Innovationskraft unserer Wirtschaft oder die Zukunft
3254 unserer Industrie – werden im Bereich Wissenschaft, Forschung und Innovationen vor-
3255 gedacht.

3256 **Forschung und Innovation**

3257 Gemeinsam mit allen Akteur:innen wollen wir die Vorteile unserer Wissenschaftsland-
3258 schaft weiterhin stärken – unsere Wissenschaft prägt die zentralen gesellschaftlichen
3259 Zukunftsthemen.

3260 Um den gesellschaftlichen Wandel und die Festigung der Demokratie, die die Voraus-
3261 setzung für unser freies und friedvolles Zusammenleben ist, zu begleiten und voran-
3262 zutreiben, werden wir zudem den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften an den
3263 Hochschulen in unserem Land weiter einen hohen Stellenwert beimessen. Um die
3264 Geistes- und Gesellschaftswissenschaften weiter zu stärken, muss es auch darum ge-
3265 hen, strategische Kooperationen in diesen Bereichen aufzubauen, dafür ist die Allianz
3266 für Spitzenforschung für Antike zwischen Römisch-Germanischem-Zentralmuseum
3267 (RGZM), Universität Trier und der GDKE ein sehr gutes Vorbild. Unsere Innovations-
3268 politik ist darauf ausgerichtet, die Umsetzung neuen Wissens in innovative und nach-
3269 haltige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu fördern und damit die Wettbe-
3270 werbsfähigkeit unserer Unternehmen zu erhalten und zu steigern. Wir wollen, dass
3271 auch in Zukunft auf internationalen Märkten von „Innovation made in Rheinland-Pfalz“
3272 die Rede ist. Hochschulen, Forschungsinstitute sowie Ausgründungen aus der Wis-
3273 senschaft sichern die Teilhabe unserer Regionen an globalen Entwicklungen. Grund-
3274 lagenforschung und Anwendung sind dabei untrennbar verbunden, deshalb werden
3275 wir beides, ebenso wie unsere vielfältige Ausgründungskultur, im Land unterstützen
3276 und dafür sorgen, dass rheinland-pfälzische Forschung ein Vorbild mit nationaler und
3277 internationaler Strahlkraft bleibt.

3278 Wir unterstützen die Vernetzung der bereits existierenden Forschung zum Schwer-
3279 punkt Sexualisierte Gewalt.

3280 **Lebenswissenschaften stärken und Rheinland-Pfalz zu einem weltweit führen-** 3281 **den Standort für Biotechnologie ausbauen**

3282 Wir wollen das Momentum der weltweiten Sichtbarkeit des Wissenschafts- und Bio-
3283 technologiestandortes Mainz insbesondere durch die Erfolge der Firma BioNTech nut-
3284 zen, schnell und zielgerichtet handeln und die gesamte Wertschöpfungskette am
3285 Standort dauerhaft sichern und erweitern. Rheinland-Pfalz soll so zum führenden
3286 Standort für Biotechnologie ausgebaut werden. Gemeinsam mit der Stadt Mainz, der
3287 Universität Mainz, der Unimedizin und weiteren Akteur:innen werden wir die verschie-

3288 denen Maßnahmen bündeln. Ein:e Koordinator:in der Landesregierung für Biotechno-
3289 logie wird zentraler Ansprechpartner für alle Akteur:innen sein. Die Erfolge der vergan-
3290 genen Jahre im Umfeld des Wissenschaftsstandorts Mainz bieten dazu eine hervorra-
3291 gende Grundlage, auf der wir mit verschiedenen Säulen aufbauen:

3292 Wir werden die Grundlagenforschung stärken. Dazu gehören beispielsweise die Be-
3293 reiche der Erforschung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der psychischen Ge-
3294 sundheit sowie der Krebsforschung im Schulterschluss zwischen Hochschulen und
3295 außeruniversitären Forschungseinrichtungen (wie u.a. TRON, HI-TRON, IMB).

3296 Wir werden die Gesundheitsforschung von der Grundlagenforschung bis zur Entwick-
3297 lung von Therapien für drängende Probleme einer alternden Gesellschaft stärken und
3298 die Forschung für Gesundes Altern zu einem Schwerpunkt der Gesundheitsforschung
3299 in Rheinland-Pfalz ausbauen.

3300 Wir werden in Mainz die Standortbedingungen für Biotechnologieunternehmen weiter-
3301 entwickeln und ein attraktives Umfeld für ansiedlungswillige Unternehmen in diesem
3302 Bereich schaffen. Wir werden das Technologiezentrum Mainz zum Gründerzentrum in
3303 diesem Bereich ausbauen und weiterentwickeln.

3304 **Zukunftsthema „Künstliche Intelligenz“**

3305 Rheinland-Pfalz ist schon heute ein Vorreiter in der Erforschung und Anwendung
3306 Künstlicher Intelligenz. Daher ist es von zentraler Bedeutung, die bereits vorhandenen
3307 Kompetenzen der Forschung im KI-Bereich weiter voranzutreiben. Die rheinland-pfäl-
3308 zische Wissenschaftslandschaft ist mit ihrer Forschung im Bereich der Künstlichen In-
3309 telligenz breit und differenziert aufgestellt. Insbesondere mit dem Deutschen For-
3310 schungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern, den einschlägigen
3311 Aktivitäten der Universitäten und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften
3312 sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wie dem Fraunhofer-Institut für
3313 Techno- und Wirtschaftsmathematik (ITWM) und dem Fraunhofer-Institut für Experi-
3314 mentelles Software Engineering (IESE) verfügt das Land über Einrichtungen, die sich
3315 mit Aspekten der Erforschung von KI in den unterschiedlichen Wissenschaftsfeldern
3316 und der Anwendung von KI in der Wirtschaft beschäftigen. Im Rahmen der KI-Agenda
3317 werden wir unsere Aktivitäten zur Stärkung der rheinland-pfälzischen Wissenschafts-
3318 landschaft im Bereich KI deutlich stärken. Dazu zählt unter anderem die Gründung der
3319 KI-Allianz, die Ernennung von KI-Botschafter:innen und KI-Lots:innen und die Einrich-
3320 tung neuer Professuren. Bei der Erforschung und Anwendung künstlicher Intelligenz
3321 sollen ethische Fragestellungen, gesellschaftliche Wechselwirkungen und die nach-
3322 haltige Entwicklung beachtet und abgewogen werden.

3323 **Strategie zur Stärkung von Forschung und Innovation**

3324 Mit einer Strategie zur Stärkung von Forschung und Innovation begleiten wir die Hoch-
3325 schulen bei der Profilbildung in der Forschung sowie bei überregionalen Forschungs-
3326 kooperationen. Wir wollen neue Ideen, neues Wissen und neue Technologien aus der
3327 Wissenschaft schnell und zielgerichtet als Innovationen in die Wirtschaft und Gesell-
3328 schaft bringen. Modelle für eigene Gestaltungsmöglichkeiten der Hochschulen sollen
3329 weiter erprobt und Fördermöglichkeiten weiterentwickelt werden. Wir werden unsere
3330 Hochschulen bei erfolversprechenden strategischen Bewerbungen im Rahmen von

3331 bundesweiten Wettbewerbsverfahren sowie bei strategischen Berufungs- und Bleibe-
3332 verfahren unterstützen. Wir unterstützen eine Forschungs- und Innovationslandschaft,
3333 die geprägt ist von Humanität und der Freiheit der Wissenschaft.

3334 Wir werden die Strukturen der gemeinsamen Nachwuchsförderung zwischen den
3335 Hochschulen und den regionalen und überregionalen außeruniversitären Forschungs-
3336 einrichtungen weiterentwickeln, um für junge Wissenschaftler:innen attraktive Ausbil-
3337 dungs- und Qualifizierungsbedingungen zu schaffen.

3338 Wir werden die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Forschung zu ak-
3339 tuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen gezielt unterstützen, um
3340 so den Beitrag der rheinland-pfälzischen Forschung zu den großen gesellschaftlichen
3341 Herausforderungen national und international beispielsweise in den Feldern Künstli-
3342 che Intelligenz, Quantentechnologien, Wasserstofftechnologie, in der Gesundheitsfor-
3343 schung sowie bei den Querschnittsthemen Nachhaltigkeit und Digitalisierung sichtba-
3344 rer zu machen. Dabei unterstützen wir Ausgründungen wie wissenschaftsbasierte
3345 Start-ups und fördern die Vernetzung zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirt-
3346 schaft. Wir fördern die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtun-
3347 gen auch in der regionalen Kooperation und entwickeln diese weiter. Neue Ideen,
3348 neues Wissen und neue Technologien sollen so aus der Wissenschaft schnell und
3349 zielgerichtet als Innovationen in die Wirtschaft und Gesellschaft gebracht werden. Wir
3350 werden den Technologie- und Wissenstransfer gezielt weiterentwickeln. Dafür werden
3351 wir Innovationen in rheinland-pfälzischen Unternehmen durch innovative Formen des
3352 Wissenstransfers z. B. über anwendungs- und praxisorientierte Promotionsvorhaben
3353 direkt voranbringen. Wir wollen über neue Formen von Unterstützungsformaten, Bera-
3354 tung und Vermittlung von Kooperationspartnern oder den Aufbau von Plattformen In-
3355 novationen befördern. Dies beinhaltet auch den Auf- und Ausbau von technologischen
3356 und technologieorientierten Kompetenzen sowie von Netzwerk- und Clusterstrukturen
3357 in Zukunftsfeldern wie Quanten- und Wasserstofftechnologien, die wir aktiv vorantrei-
3358 ben wollen.

3359 **Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz stärken**

3360 Studierende erhalten an unseren Hochschulen nicht nur eine hochwertige Ausbildung,
3361 um ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen zu können. Die Vermittlung des wissen-
3362 schaftlichen Anspruchs, unsere Welt verstehen und zum besseren verändern zu wol-
3363 len, ist eine Säule für eine innovative und nachhaltige Entwicklung unserer Gesell-
3364 schaft.

3365 Damit diese Entwicklung auch in Zukunft gelingt, müssen Hochschulen in Forschung
3366 und Lehre Freiräume bieten und auf eine langfristige finanzielle Sicherheit bauen kön-
3367 nen.

3368 Dabei können die Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf eine solide Finanzbasis auf-
3369 bauen und sich weiterentwickeln. Wir werden die Stärkung der Grundfinanzierung kon-
3370 sequent fortsetzen. Unser Ziel bleibt dabei, dass den Hochschulen Planungssicherheit
3371 verschafft wird.

3372 Die Hochschulstrukturreform wurde auf der Basis des Hochschulzukunftsprogramms
3373 für Rheinland-Pfalz initiiert. Das Zukunftsprogramm beinhaltet über die Reform der
3374 Strukturen und Standorte hinaus eine Vielzahl an weiteren Empfehlungen. Den damit
3375 begonnenen Dialog wollen wir fortsetzen.

3376 **Hochschulstrukturreform erfolgreich voranbringen**

3377 Wir werden die Hochschulstrukturreform erfolgreich voranbringen und starke Univer-
3378 sitätsstandorte Koblenz sowie Kaiserslautern und Landau schaffen, die fest in ihren
3379 Regionen verankert und international sichtbar sind. Die Schwerpunkte liegen dabei in
3380 Koblenz auf den Bereichen Informatik/Data Intelligence, Wasser und Bildungswissen-
3381 schaften. In Kaiserslautern und Landau entsteht eine Universität mit dem Profil einer
3382 Technischen Universität, für die sich aus der Kooperation Potentiale insbesondere in
3383 den Bereichen Lehramt, Nachhaltigkeit und Digitalisierung ergeben. Mit dem beschlos-
3384 senen Neustrukturierungsgesetz ist festgelegt, dass zum 1. Januar 2023 in Koblenz
3385 eine eigene Universität entsteht und der Campus Landau gemeinsam mit der TU Kai-
3386 serslautern zur Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität zusammengeführt
3387 wird. Damit können die jeweiligen Universitätsstandorte ihre Profile schärfen, ihre Stär-
3388 ken kombinieren, ihre Einbettung in ihre Regionen stärken und tragen damit zur Ent-
3389 wicklung der jeweiligen Regionen bei. Wir werden die neu entstehenden Universitäten
3390 auf ihrem Weg begleiten und unterstützen, damit sie ihre Forschungsprofile innovativ
3391 und zukunftsweisend ausbilden können.

3392 **Offene Hochschule und flexible Studienformate**

3393 In Rheinland-Pfalz setzen wir schon seit vielen Jahren auf die Gleichwertigkeit und die
3394 Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Wir werden den Weg
3395 der „Offenen Hochschule“ fortsetzen und ausbauen.

3396 Wir werden die Hochschulen unterstützen, die neuen rechtlichen Rahmenbedingun-
3397 gen des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes für den Ausbau von flexiblen Studi-
3398 enformaten und modularen Studienangeboten zu nutzen. Dazu gehört auch, dass
3399 mehr Angebote für ein Teilzeitstudium geschaffen werden und verstärkt digitale For-
3400 mate genutzt werden. Damit wollen wir einer heterogenen Studierendenschaft und der
3401 Vielfalt in unserer Gesellschaft Rechnung tragen.

3402 Im Rahmen des lebenslangen Lernens und der Kultur der Chancen werden wir weiter-
3403 hin die Hochschulen dabei unterstützen, flexible und bedarfsgerechte Angebote der
3404 hochschulischen Weiterbildung auszubauen.

3405 Zugleich sollen duale Studiengänge nachfragegerecht ausgebaut werden. Da die Un-
3406 ternehmen sowohl ausbildungsintegrierte als auch praxisintegrierte Studiengänge zur
3407 Personalgewinnung nutzen, unterstützen wir den Ausbau beider Varianten. Gemein-
3408 sam mit den Hochschulen und Praxispartnern werden wir den dualen Qualifizierungs-
3409 weg durch die Einrichtung dualer Masterstudiengänge ausbauen. Die Rolle der Dualen
3410 Hochschule als Ansprechpartnerin und Beraterin sowie als Schnittstelle zwischen Wis-
3411 senschaft und Wirtschaft soll entsprechend gestärkt werden.

3412 **Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in Rheinland-Pfalz**

3413 Für eine zukunftsorientierte Hochschulentwicklung schafft Rheinland-Pfalz die Rah-
3414 menbedingungen, um gute Arbeit und gute Lehre an den Hochschulen auch weiterhin
3415 zu gewährleisten. Zentraler Baustein ist die Hochschulinitiative für gute Lehre und gu-
3416 tes Studium. Mit der Hochschulinitiative können die Hochschulen die aufgebauten Stu-
3417 dienplätze flächendeckend und dauerhaft erhalten. Wir werden unsere Hochschulen
3418 dabei unterstützen, weiter Zulassungsbeschränkungen abzubauen und ihre Lehr- und
3419 Forschungsprofile weiter zu entwickeln.

3420 Beim Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte und Personen ohne Abitur sollen bei
3421 Universitäten und Fachhochschule (HAW) dieselben Kriterien angelegt werden.

3422 Mit den Zielvereinbarungen im Rahmen der Hochschulinitiative, die bis 2026 abge-
3423 schlossen wurden, haben sich die Hochschulen mit dem Land darauf verständigt, ihre
3424 Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung weiterzuführen und bei der Besetzung
3425 von Stellen Frauen angemessen zu berücksichtigen. Zudem werden die Belange
3426 schwerbehinderter Beschäftigter besonders berücksichtigt.

3427 Im Rahmen der Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen haben sich die
3428 Hochschulen unter anderem dazu verpflichtet, ihr Studienangebot zu erhalten, eigene
3429 Profilbereiche zu stärken und die Qualität von Studium und Lehre zu steigern.

3430 Mit den neuen Beteiligungsformen des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes ha-
3431 ben wir die demokratische Mitwirkung aller Statusgruppen am Hochschulgeschehen
3432 gestärkt. Diesen Weg gehen wir weiter.

3433 Neben dem Fokus auf der Forschungsstärke unserer Hochschulen, wollen wir die
3434 deutschlandweite Profilierung des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz zusätzlich
3435 durch die Entwicklung einer qualitativ herausragenden Lehre vorantreiben. Gerade die
3436 Corona-Pandemie hat die Bedeutung innovativer Lehrangebote hervorgehoben. Des-
3437 wegen sollen alle Wissenschaftler:innen ein hochschuldidaktisches und erwachsenen-
3438 pädagogisches Fortbildungsprogramm durchlaufen und auch im Laufe ihrer Karriere
3439 weitere Fortbildungsangebote in Anspruch nehmen.

3440 **Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses**

3441 Die Möglichkeiten des Hochschulgesetzes, andere Karrierewege in Forschung und
3442 Lehre zu ermöglichen (Juniorprofessuren, Tandemprofessuren, „Dual Career“-Pro-
3443 gramme) wollen wir weiter stärken. Wir werden die Hochschulinitiative für gutes Stu-
3444 dium und gute Lehre in den nächsten Jahren entsprechend unserer Leitlinien für gute
3445 Arbeit umsetzen und durch die vorgesehenen Stellenentfristungen mehr Sicherheit
3446 und Planbarkeit für die Beschäftigten erreichen.

3447 Studierende tragen häufig eine enorme finanzielle Belastung. Das BAföG hat als zent-
3448 rales Steuerungsinstrument, um vor allem jungen Menschen aus Nichtakademiker:in-
3449 nenhaushalten den Zugang zu Hochschulen zu ermöglichen, über die letzten Jahr-
3450 zehnte bedauerlicherweise stark an Bedeutung verloren. Wir setzen uns deshalb auf
3451 Bundesebene für eine weitgehende Reform des BAföG ein, um das Versprechen von
3452 Chancengleichheit und Aufstieg einzulösen.

3453 Wir werden die Zweitstudiengebühren abschaffen.

3454 **Weiterentwicklung der Studierendenwerke**

3455 Unsere Studierendenwerke sind wichtige Partner, um Bildung in unseren Hochschulen
3456 allen zugänglich zu machen. Das Studium verändert sich, auch durch die digitale Ent-
3457 wicklung, was auch Auswirkungen auf die Studierendenwerke hat. Wir werden einen
3458 Prozess beginnen, um „unser Studiwerk von morgen“ gemeinsam zu erarbeiten.

3459 **Nachhaltigkeit und Green Offices**

3460 Nachhaltigkeitsbestrebungen an den Universitäten, wie z.B. Green Offices, begrüßen
3461 wir und unterstützen deren Ausbau.

3462 **Digitalisierung der Lehre**

3463 Die Corona-Pandemie hat zugleich die Chancen und die Erfordernisse der Digitalisie-
3464 rung für das Lernen und Lehren sowie für die Forschung deutlich gemacht, aber auch
3465 die Notwendigkeit der beschleunigten Digitalisierung an Hochschulen aufgezeigt.
3466 Diese bietet neue Möglichkeiten für individuelles, effizienteres und vernetztes Lehren
3467 und Lehren. Wir werden die Digitalisierung der Hochschulen in den kommenden Jah-
3468 ren weiter vorantreiben. Wir werden die Entwicklung neuer Lehr- und Lernformate an
3469 den Hochschulen unterstützen und Qualifizierungsangebote für Lehrende im Hinblick
3470 auf die Nutzung digitaler Lehr- und Lernmethoden weiter ausbauen.

3471 Zudem wollen wir weiter daran arbeiten, dass Verwaltungsleistungen, Studierenden-
3472 services und die Bibliotheken an den Hochschulen stärker digital nutzbar sind. Die
3473 digitalen Infrastrukturen an den Hochschulen werden wir weiter ausbauen und die Zu-
3474 sammenarbeit der Rechenzentren und die Weiterentwicklung ihrer lokalen Servicepro-
3475 file unterstützen.

3476 **Repräsentation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb stärken**

3477 Die Repräsentation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb ist uns ein wichtiges Anlie-
3478 gen. Wir wollen Wissenschaftlerinnen gezielt fördern. Hierzu werden wir die bestehen-
3479 den Förderprogramme stärken und ausbauen, um die Karrieremöglichkeit von Frauen
3480 an unseren Hochschulen zu verbessern. Zudem begleiten wir die Umsetzung der
3481 Gleichstellungsaspekte im Rahmen des neuen Hochschulgesetzes.

3482 **Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftskommunikation stärken**

3483 Die Freiheit der Wissenschaft ist ein unschätzbares Gut – sei es im Kampf gegen
3484 Krankheiten, den Klimawandel, zur Beantwortung von aktuellen Gesellschaftsfragen
3485 oder für mehr Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das heißt, dass
3486 wir sie vor den Feind:innen der Wissenschaft, seien es Verschwörungsideolog:innen
3487 oder Klimaskeptiker:innen, schützen müssen. Wir wollen der erste Ansprechpartner
3488 sein, wenn sich Wissenschaftler:innen in ihrer Freiheit und in ihrem Diskurs bedroht
3489 fühlen. Wir stehen an der Seite unserer Forscher:innen und nehmen sie und ihre Er-
3490 kenntnisse ernst.

3491 Eine intensive Wissenschaftskommunikation ist uns sehr wichtig. Wissenschaftskom-
3492 munikation heißt für uns nicht nur, dass die Ergebnisse unserer Wissenschaftler:innen
3493 sichtbar sind, sondern auch, dass der Prozess des wissenschaftlichen Arbeitens ver-
3494 standen werden kann und es einen gegenseitigen fruchtbaren und konstruktiven Aus-
3495 tausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gibt, in dem alle Beteiligten voneinan-
3496 der und miteinander lernen. Um die Hochschulen gezielt bei dieser wichtigen gesell-
3497 schaftlichen Transferaufgabe zu unterstützen, prüfen wir die Einrichtung von Plattfor-
3498 men für Wissenschaftskommunikation.

3499 Wir werden die Arbeitsweisen der Offenen Wissenschaft stärken.

3500 Wir werden Wissenschaftler:innen und Hochschulen dabei unterstützen, Forschungs-
3501 daten und andere Forschungsprozesse frei zugänglich zu machen. Gleichzeitig möch-
3502 ten wir die Kooperation und Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit inten-
3503 sivieren.

3504 **Internationalisierung der Hochschulen und Hochschulverbünde**

3505 Eine attraktive Hochschullandschaft ist nicht nur regional, sondern auch international
3506 vernetzt. Die Hochschulen des Landes sind dank ihrer guten Kooperation mit wissen-
3507 schaftlichen und außerhochschulischen Partnern in der Lage, viele ausländische Wis-
3508 senschaftler:innen sowie Studierende anzuziehen. Ein herausragendes Beispiel für
3509 europäische Kooperationen ist dabei die Forthem Alliance, der die Johannes Guten-
3510 berg-Universität angehört. Auch bei Kooperationen mit den unmittelbar benachbarten
3511 Regionen wurden bereits viele Erfolge erzielt. Beispielhaft sind hier die Universität der
3512 Großregion mit Beteiligung der Universität Trier und der Technischen Universität Kai-
3513 serslautern und der Verbund RMU, in dem sich die drei Universitäten aus Mainz,
3514 Frankfurt und Darmstadt zusammengeschlossen haben. Wir werden daher die gezielte
3515 Weiterentwicklung von Internationalisierungsstrategien in Forschung, Lehre und beim
3516 Studierendenaustausch unterstützen.

3517 **Inklusion und Barrierefreiheit**

3518 Unsere Hochschulen sind für alle da. Deswegen setzen wir unseren Weg fort, Barrie-
3519 refreiheit und Unterstützung für Studierende mit Behinderung und chronischen Krank-
3520 heiten zu gewährleisten. Den Weg der Inklusion und der weiteren Öffnungen, der im
3521 Hochschulgesetz vorgesehen ist, werden wir entschlossen weitergehen.

3522 **Hochschulbau**

3523 Wir werden den Hochschulbau in Abstimmung mit den Hochschulstandorten zukunfts-
3524 fähig gestalten. Den Weg, Hochschulen im Bereich der Zuständigkeiten im Hochschul-
3525 bau modellhaft eigene Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, setzen wir fort.

3526 **Universitätsmedizin Mainz**

3527 Die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist der herausra-
3528 gende Standort für medizinische Forschung, Ausbildung und Versorgung in Rheinland-
3529 Pfalz.

3530 Wir werden den engen Dialog und die gute Zusammenarbeit mit der Universitätsme-
3531 dizin fortsetzen. Wir werden auf der unterzeichneten Zielvereinbarung für die Jahre
3532 2021 bis 2023 aufbauen und die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben der Universi-
3533 tätsmedizin dauerhaft sichern.

3534 Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode die Zahl der Medizinstudienplätze im
3535 Land um ca. 15% erhöht. Wir wollen das erreichte Niveau von ca. 450 Studienanfän-
3536 ger:innen erhalten und gemeinsam mit der Universitätsmedizin und der Universität die
3537 hierfür notwendige Infrastruktur ausbauen.

3538 Wir freuen uns über die gestartete Ausbildung am Medizincampus Trier. Wir werden
3539 das Projekt in der kommenden Legislaturperiode evaluieren und das Konzept des Me-
3540 dizincampus Trier weiterentwickeln.

3541 Mit der Beauftragung eines Standortentwicklungskonzepts für die Universitätsmedizin
3542 wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer strukturellen Erneuerung des Unikli-
3543 nik-Campus gemacht. Auf Basis dieses Zielkonzepts werden wir die Weichen für die
3544 bauliche Erneuerung stellen.

3545 Den Prozess zur Erarbeitung eines Memorandums zwischen Landesregierung, Uni-
3546 versitätsmedizin und Johannes Gutenberg-Universität werden wir fortsetzen und so
3547 eine gemeinsame und umsetzbare Vision unserer Uniklinik formulieren.

Weiterbildung

Die Stärkung der Weiterbildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung des anstehenden Jahrzehnts der Transformation. Klimawandel, Digitalisierung, technologischer Wandel, Demografie und gesellschaftlicher Wertewandel verändern unser Leben und auch die Anforderungen an unsere Arbeit. Wissen und Können bleiben der Schlüssel sowohl für ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe als auch für unseren wirtschaftlichen Erfolg und zukunftsfähige Beschäftigung insgesamt. Wir setzen daher starke Akzente im Bereich der Weiterbildung.

Allgemeine Weiterbildung ausbauen

Bildung und lebenslanges Lernen sind die Voraussetzung für Chancengleichheit und Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben und für die Verwirklichung von Lebenszielen. Die in Rheinland-Pfalz bestehende plurale Weiterbildungslandschaft mit den Volkshochschulen in ihrer kommunalen Verankerung und den anerkannten Weiterbildungsorganisationen mit ihrem zivilgesellschaftlichen Hintergrund ermöglichen lebenslanges Lernen durch ein flächendeckendes, hochwertiges und niederschwelliges Weiterbildungsangebot. Diese Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen und prüfen, wie wir diese intensivieren und die Grund- und Angebotsförderung insgesamt und unter anderem auch in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung und Demokratie stärken können. Wir streben an, die bestehenden Antrags- und Förderverfahren zu vereinfachen. Auf der Bundesebene setzen wir uns für einen Transformations- bzw. Digitalpakt Weiterbildung ein.

Wir wollen die Möglichkeiten der Freistellung bekannter machen, damit mehr Berufstätige bezahlten Bildungsurlaub in Anspruch nehmen.

Wir werden – auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie – den Aspekt der „Guten Arbeit“ in der Weiterbildung noch stärker in den Blick nehmen.

Die verschiedenen Akteur:innen und Angebote der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung wollen wir über alle Qualifizierungsarten hinweg noch stärker vernetzen, damit sie voneinander lernen und profitieren können.

Ehrenamt in der Bildungsfreistellung

Die Ausübung eines Ehrenamtes soll für Beschäftigte in Rheinland-Pfalz attraktiver gemacht werden, indem künftig auch Bildungsfreistellung für Weiterbildungsmaßnahmen zugelassen wird, wenn diese zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten qualifizieren. Dafür wollen wir die rechtlichen Grundlagen schaffen.

Bildungsfreistellung Online

Wir wollen die Möglichkeit, Bildungsfreistellungsveranstaltungen online durchführen zu können, nicht nur auf den Corona-Zeitraum beschränken, sondern Bildungsfreistellung für digitale Weiterbildungsangebote dauerhaft nutzbar machen und dafür die rechtlichen Voraussetzungen in der Durchführungsverordnung zum Bildungsfreistellungs-gesetz schaffen.

3589 Digitale Formate sind vor allem für die berufliche Weiterbildung von starkem Interesse,
3590 kommen aber auch zunehmend bei anderen Weiterbildungsveranstaltungen, so auch
3591 in der politischen Erwachsenenbildung, mit Erfolg zum Einsatz.

3592 **Alphabetisierung und Grundbildung**

3593 Rheinland-Pfalz ist das Land der zweiten und dritten Chance. Zentrale Bausteine dafür
3594 sind die Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung sowie die Vorbereitungskur-
3595urse zum Nachholen eines Schulabschlusses. Die Lernangebote im Bereich Alpha-
3596betisierung und Grundbildung werden wir verstetigen, niedrighschwellige Angebote
3597ausbauen und dabei insbesondere im Bereich Grundbildung verstärkt auch die Ver-
3598mittlung digitaler Kompetenzen unterstützen. Die Qualifizierung von Kursleitenden soll
3599weiter unterstützt und dieser Weg fortgeführt werden.

3600 **Vorbereitungskurse zum Nachholen eines Schulabschlusses**

3601 Wir wollen auch weiterhin, dass alle Bürger:innen auch zu einem späteren Zeitpunkt
3602 ihres Lebens einen Schulabschluss nachholen können. Dazu gehört, dass wir gemein-
3603sam mit den Anbieter:innen von Schulabschlusskursen gute Rahmenbedingungen
3604schaffen und ein flächendeckendes, teilnehmer:innenorientiertes und für Anbieter:in-
3605nen rechtssicheres Angebot an Schulabschlusskursen machen. Diesen erfolgreichen
3606Weg der vergangenen Jahre wollen wir fortführen.

3607 **Digitalisierung**

3608 Der Digitalisierungsprozess in den Weiterbildungseinrichtungen soll weiter unterstützt
3609werden. Die Förderung von Digitalbeauftragten in den Geschäftsstellen des Verban-
3610des der Volkshochschulen und der ankernannten Landesorganisationen der Weiterbil-
3611dung soll verstetigt werden. Insbesondere die Entwicklung und Verbreitung von digita-
3612len Formaten und Angeboten zur Förderung der Medienkompetenz von Bürger:innen
3613soll verstärkt unterstützt werden, v.a. durch Beratung der Weiterbildungseinrichtungen
3614in den Regionen zum Beispiel durch medienpädagogische Fachkräfte, Qualifizierung
3615der Kursleitenden und die Förderung von Projekten.

3616 **Weiterbildungsportal**

3617 Mit dem Weiterbildungsportal wurde die Transparenz im Bereich der Weiterbildungs-
3618angebote deutlich erhöht und auch ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung ge-
3619leistet. Dieses bewährte Instrument zur Information für Weiterbildungsinteressierte und
3620zur Unterstützung bei der Weiterbildungsplanung werden wir weiterführen.

3621 **Digitales Leben in Rheinland-Pfalz**

3622
3623 Die Digitalisierung wird unsere Art zu arbeiten, zu wirtschaften und zu leben in den
3624 kommenden zehn Jahren stark verändern. Wir wollen die neuen Chancen mit starken
3625 Digitalisierungsinitiativen nutzbar machen, unser Land zum Gigabit-Land machen und
3626 die Teilhabe aller sichern. Dabei denken wir bei jedem Digitalisierungsschritt Fragen
3627 der Energie- und Ressourceneffizienz mit und sorgen für starke Bürger:innenrechte
3628 und digitale Souveränität.

3629 3630 **Digitale Verwaltung**

3631 Die Digitalisierung der Verwaltung werden wir weiter vorantreiben und modern und
3632 bürger:innenorientiert ausbauen. Dabei kennen wir die Risiken einer zunehmenden
3633 Digitalisierung und reagieren sachgerecht auf diese.

3634 Besonders wichtig ist uns, dass das Recht über die Verwendung der eigenen Daten
3635 bei den Bürger:innen bleibt und Behörden bei Nutzung und Speicherung von Daten
3636 einen klaren gesetzlichen Rahmen haben. Wir werden prüfen, inwiefern algorithmische
3637 Entscheidungssysteme einer Regulierung unterworfen werden müssen. Wir schaffen
3638 die transparente Verwaltung, nicht den:die gläserne:n Bürger:in. Digitale Produkte und
3639 Dienstleistungen sollen barrierefrei sein. Bei der Einführung neuer IT-Verfahren wer-
3640 den wir die digitale Barrierefreiheit sicherstellen und auch bestehende Verfahren hie-
3641 rauf überprüfen.

3642 **E-Government**

3643 Wir wollen, dass Verwaltungsdienstleistungen für Bürger:innen sowie Unternehmen
3644 zukünftig flächendeckend sicher und schnell auf digitalem Weg zur Verfügung stehen.
3645 Hierfür bauen wir im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes die IT-Inf-
3646 rastruktur der digitalen Verwaltung Rheinland-Pfalz weiter aus.

3647 Ein Großteil der Verwaltungsleistungen wird dabei von den Kommunen erbracht. Bei
3648 dieser Aufgabe werden wir die Kommunen unterstützen.

3649 Mit unserem E-Government-Gesetz haben wir moderne Rahmenbedingungen für die
3650 Digitalisierung der Verwaltung geschaffen. Diesen Weg werden wir fortsetzen und die
3651 Bürger:innen und Unternehmen in die Lage versetzen, ihre Verwaltungsanliegen rein
3652 digital abzuwickeln. Hierfür stellen wir für alle Verwaltungsebenen in Rheinland-Pfalz
3653 eine zentrale E-Government-Infrastruktur (Basisdienste) zur kostenfreien Nutzung zur
3654 Verfügung. Über ein zentrales Verwaltungsportal können Bürger:innen und Unterneh-
3655 men Verwaltungsleistungen aufrufen und von der Antragstellung bis hin zur Bezahlung
3656 vollständig digital abwickeln.

3657 **Einer für Alle/Once Only**

3658 Unser Ziel ist es, Verwaltungsleistungen einheitlich und zentral im Sinne von „Einer für
3659 Alle“ im bundes- und länderübergreifenden Kontext umzusetzen und damit sowohl die
3660 Wirtschaftlichkeit und Effizienz als auch die Bürger:innenfreundlichkeit zu steigern.
3661 Darüber hinaus wird durch das Konzept des Once-Only-Prinzips der Service für die
3662 Bürger:innen wesentlich verbessert. Nach diesem Prinzip müssen sich die Nutzer:in-
3663 nen einmal registrieren und können dann mit diesem Zugang alle Verwaltungsleistun-

3664 gen abfragen. Das Once-Only-Prinzip werden wir unter anderem durch die Moderni-
3665 sierung der Register, welche in enger Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für
3666 den Datenschutz und die Informationsfreiheit erfolgt, stützen. Die informationelle
3667 Selbstbestimmung und digitale Souveränität der Bürger:innen über ihre personenbe-
3668 zogenen Daten hat dabei höchste Priorität.

3669 **Verwaltungsmodernisierung/Green IT/E-Akte**

3670 Auch die Modernisierung der Landesverwaltung wollen wir vorantreiben. Hierfür bauen
3671 wir die zentrale IT-Infrastruktur der digitalen Verwaltung Rheinland-Pfalz zukunfts-
3672 sicher weiter aus. Dabei wollen wir das Thema „Green IT“ bei der Verwaltungsdigitali-
3673 sierung verstärkt in den Blick nehmen und bekennen uns zu einer verantwortungsvol-
3674 len Politik unter der Berücksichtigung von Klimaschutz, Energiewende und Ressour-
3675 censchonung. Gleichzeitig werden wir auch die verwaltungsinterne Digitalisierung der
3676 Prozesse weiter unterstützen, um soweit wie möglich vollständig digitalisierte Verwal-
3677 tungsprozesse zu schaffen. Dabei werden wir zur Effizienzsteigerung sicherstellen,
3678 dass organisatorische Voraussetzungen für die optimale Nutzung neuer IT-Verfahren
3679 geschaffen werden.

3680 Bei der Vergabe für Hard- und Software werden wir weiterhin die Energieeffizienz und
3681 geeignete Zertifizierungen berücksichtigen.

3682 Diesen Aspekt stützen wir, indem wir die E-Akte in allen geeigneten Bereichen der
3683 Landesverwaltung konsequent weiter einführen und damit den vollintegrierten digita-
3684 len Büroarbeitsplatz, flexibles Arbeiten in der Dienststelle bzw. im Homeoffice und ein
3685 digitales Dokumentenmanagement bzw. Langzeitarchivierung im Landesarchiv er-
3686 möglichen.

3687 Zudem werden wir den digitalen Beschaffungs- und Rechnungsprozess der öffentli-
3688 chen Verwaltung nachhaltig optimieren und für Unternehmen schnell und transparent
3689 gestalten. Wir werden prüfen, wie die Rechenzentren der Landesverwaltung im
3690 Schwerpunkt mit Erneuerbaren Energien versorgt werden können.

3691 Bei Endgeräten halten wir dort, wo es möglich ist, auch weiterhin an einer Rückführung
3692 in den Wirtschaftskreislauf fest.

3693 **Aus- und Fortbildung in der digitalen Verwaltung**

3694 Aus- und Fortbildung muss in der digitalen Verwaltung neu gedacht werden. Die stän-
3695 dige Digitalisierung ist für alle ein stetiger und herausfordernder Lernprozess. Kollabo-
3696 ration und vernetztes Arbeiten unterstützt die digitale Transformation. Wir begrüßen
3697 es, dass die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in ein Digitales Kom-
3698 petenzzentrum weiterentwickelt werden soll. Die Hochschule für Verwaltung in Mayen
3699 wird die digitale Verwaltung in den Fokus nehmen.

3700 **Open Source**

3701 Unser Ziel ist eine transparente und digital souveräne Verwaltung, die auf nachhaltige
3702 Technologien setzt. Dem Einsatz quelloffener Software (Open Source) kommt dabei
3703 eine Schlüsselfunktion zu. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Fokus der Ausschrei-
3704 bungen in allen geeigneten Bereichen auf der Einführung und Weiterentwicklung von

3705 Open Source-Software liegen. Wir setzen auf anwendungsfreundliche Open Source
3706 und wollen die Mitarbeiter:innen entsprechend schulen.

3707 Gleichzeitig werden wir uns gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, durch
3708 entsprechende zwischenstaatliche Abkommen, Datenschutzbedenken insbesondere
3709 gegenüber Unternehmen mit Sitz in den USA auszuräumen, um weiterhin auch auf
3710 marktübliche und performante kommerzielle Software zurückgreifen zu können.

3711 **Open Data**

3712 Das Land verfügt über große Mengen an Daten, die nicht sensibel oder personenbe-
3713 zogen sind. Sie stellen die Grundlage für Beteiligung, Wissen und Innovationen dar,
3714 ermöglichen neue Geschäftsmodelle und fördern gleichzeitig Transparenz und Offen-
3715 heit der Verwaltung.

3716 Wir wollen diese Daten kostenfrei und in standardisierter, maschinenlesbarer Form zur
3717 uneingeschränkten Weiterverwendung bereitstellen. Zur Erreichung dieser Ziele und
3718 zur Hebung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentiale – unter anderem
3719 auch der Entwicklung Künstlicher Intelligenz – misst die Koalition der Entwicklung und
3720 Umsetzung einer Open-Data-Strategie eine hohe Bedeutung bei. Hierbei steht das
3721 Leitbild der Verwaltung als Nutzerin und zuverlässige Bereitstellerin von qualitativ
3722 hochwertigen, aktuellen Daten im Zentrum.

3723 Außerdem sollen vorhandene Daten- und Informationsplattformen inhaltlich weiter
3724 ausgebaut und zu einem zentralen, nutzer:innenfreundlichen Angebot zusammenge-
3725 führt werden, das wenn möglich auch auf bundesweite Open-Data-Plattformen ein-
3726 speist. Mit einem solchen offenen System geben wir nicht nur wichtige Impulse für
3727 unsere Wirtschaft, sondern bauen auch das Vertrauen der Bürger:innen aus, indem
3728 wir staatliches Handeln transparent machen.

3729 **Green IT**

3730 Wir setzen uns für eine nachhaltige digitale Transformation der Landesverwaltung ein.
3731 Das bedeutet die Ausrichtung der IT-Infrastruktur sowie den technischen Betrieb auf
3732 ressourcenschonende, nachhaltige Technologien.

3733 **Organisation in der Digitalisierung**

3734 Um die Digitalisierung in allen Bereichen der Landesverwaltung effizient auszubauen
3735 und zu beschleunigen, wird auf ministerieller Ebene die vorhandene Planungsinstanz
3736 zur strategisch konzeptionellen Steuerung der Digitalisierung gebündelt und weiter
3737 ausgebaut. Gleichzeitig entwickeln wir die Umsetzungsebene weiter, stärken den Lan-
3738 desbetrieb Daten und Information durch den Ausbau zu einem Landesbetrieb Digita-
3739 les. Hierfür werden wir die Führungsebene, die Projektmanagementstrukturen sowie
3740 die Kostentransparenz des Landesbetriebs Digitales ausbauen und stärken. Um die
3741 zur personellen Verstärkung erforderlichen IT-Expert:innen gewinnen und halten zu
3742 können, werden wir geeignete Konzepte entwickeln. Der Landesbetrieb Digitales bie-
3743 tet allen Ressorts Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte an.
3744 Damit bündeln wir Kräfte und können neueste Entwicklungen schneller umsetzen. –
3745 Ein Paradigmenwechsel für eine digitale und zukunftsfähige Landesverwaltung.

3746 **Cyber- und Informationssicherheit**

3747 Die Sicherheit unserer digitalen Infrastruktur und unserer Daten steht auf drei Säulen:
3748 Prävention (wir wollen unsere IT und Daten vorbeugend schützen), Detektion (wir wol-
3749 len Gefährdungen und Angriffsversuche erkennen) und Reaktion (wir reagieren gezielt
3750 und zügig bei Vorfällen).

3751 Alle diese drei Säulen wollen wir weiter ausbauen und werden insbesondere unsere
3752 Reaktionsmöglichkeiten verstärken, indem wir ein landeseigenes mobiles Reaktions-
3753 team (Mobile Incident Response Team – MIRT-rlp) aufbauen sowie ein IT-Notfallma-
3754 nagementsystem einführen und in das bestehende Krisenmanagement integrieren.

3755 Dazu werden wir bis Ende der Legislaturperiode in allen Landesbehörden IT-Notfall-
3756 beauftragte ernannt und IT-Notfallkonzepte erarbeitet haben. Zudem werden wir un-
3757 sere zentralen Infrastrukturen für Cyber- und Informationssicherheit, u.a. das Compu-
3758 ter Emergency Response Team (CERT-rlp), personell weiter ausbauen.

3759 Zudem werden wir in allen Behörden der Landesverwaltung, dem jeweiligen Risiko
3760 entsprechend, eine:n Informationssicherheitsbeauftragte:n aufbauen. Wir wollen wei-
3761 terhin unsere Mitarbeiter:innen für IT-Risiken sensibilisieren (Awareness-Ansatz).

3762 Unser Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) werden wird weiter voran-
3763 treiben und die wichtigsten Mindeststandards und Regelungen für Informationssicher-
3764 heit nach BSI-Vorgaben effizient und nutzer:innenorientiert setzen.

3765 **Digitale Infrastrukturen**

3766 Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Hauptschlagader der Digitalisierung.
3767 Für die Menschen, Unternehmen und Kommunen in Rheinland-Pfalz ist die Internet-
3768 nutzung durch die Corona-Pandemie stark angewachsen.

3769 Wir wissen: Um das ganze Land flächendeckend mit schnellem Internet zu versorgen,
3770 dürfen Festnetz und Mobilfunknetz fortan nur gemeinsam betrachtet werden.

3771 Bei der mobilen Internetnutzung ist Rheinland-Pfalz nach dem Digital Index der neue
3772 Spitzenreiter mit 84%. Die Koalition begrüßt diese Zuwachsraten und will die Bemü-
3773 hungen für den Breitbandausbau und die Mobilfunkversorgung weiter verstärken. Des-
3774 halb werden wir den flächendeckenden Netzinfrastukturwechsel von der Kupferleitung
3775 zu Glasfaser bis ans Haus mit Hochdruck vorantreiben.

3776 **Breitbandausbau**

3777 Beim Breitbandausbau haben wir in den vergangenen Jahren mit intensiver Unterstüt-
3778 zung des Breitband-Kompetenzzentrums und Fördermitteln des Landes in allen Land-
3779 kreisen und vor allem im ländlichen Raum sowie ersten kreisfreien Städten Projekte
3780 auf den Weg gebracht. In allen Projekten wird ausschließlich Glasfaser gefördert aus-
3781 gebaut. Mit Blick auf einen flächendeckenden Netzinfrastukturwechsel bestehen so-
3782 wohl im ländlichen wie auch im städtischen Raum in den kommenden Jahren weiter
3783 Ausbaubedarfe. Bedarfsträger wie Schulen, Gewerbe oder institutionelle Nachfrage
3784 bleiben weiter im besonderen Fokus.

3785 Wir wollen, dass alle Landesbehörden und -ämter mit WLAN-Hotspots ausgestattet
3786 sind.

3787 **Netzbündnis**

3788 Für diese Aufgabe brauchen wir starke Partner im kommunalen Raum, in der Wirt-
3789 schaft und in deren Verbänden. Wir werden im Dialog und in Abstimmung mit ihnen im
3790 Netzbündnis für Rheinland-Pfalz und dem Runden Tisch Breitband gemeinsam für
3791 Rheinland-Pfalz erfolgreich sein. Der regelmäßige Austausch mit den Breitband-Koor-
3792 dinatoren der Landkreise und kreisfreien Städten ist hierbei ein wichtiges Instrument.

3793 **Breitband-Kompetenzzentrum**

3794 Die im Frühjahr 2020 verabschiedete Gigabit-Strategie für Rheinland-Pfalz bildet wei-
3795 terhin unsere Leitschnur. Wir schaffen die Voraussetzungen, um noch in diesem Jahr
3796 mit der ersten Stufe des Ausbaus in grauen-Flecken starten zu können. Entsprechend
3797 den Vorgaben der Europäischen Kommission werden wir bereit sein, um ab 2023 mit
3798 der zweiten Stufe des Ausbaus der grauen Flecken beginnen zu können. Bei all dem
3799 werden wir eine kluge Kombination verfügbarer Fördermittel und -programme sicher-
3800 stellen.

3801 Damit die Ziele und Maßnahmen der Gigabit-Strategie in den kommenden Jahren um-
3802 gesetzt werden können, werden wir das Breitband-Kompetenzzentrum stärken.

3803 Zukünftig sollen unter dem Dach des Breitband-Kompetenzzentrums neben der rein
3804 operativen Projektkoordinierung des geförderten Ausbaus auch Maßnahmen koordi-
3805 niert werden, die zu einer Beschleunigung des Ausbaus digitaler Infrastrukturen bei-
3806 tragen. Beispielsweise die Sicherstellung von Mitverlegung passiver Glasfaserinfra-
3807 strukturen bei allen durch das Land beauftragten, durchgeführten oder koordinierten
3808 (Straßen-)Baumaßnahmen. Wo dies unter Wirtschaftlichkeitsaspekten erforderlich ist,
3809 werden wir auch alternative Verlegemethoden anwenden.

3810 Um die Infrastrukturen für die Gigabit-Gesellschaft effizient ausbauen und Synergien
3811 frühzeitig identifizieren zu können, werden wir auf Grundlage flächendeckender Netz-
3812 detailplanungen alle für den Breitbandausbau erforderlichen Daten in einem Planungs-
3813 tool bündeln.

3814 Wir werden rechtliche und administrative Hindernisse identifizieren und abbauen und
3815 damit das Tempo beim Ausbau der Infrastrukturen für die Gigabit-Gesellschaft erhö-
3816 hen. Mit der Digitalisierung von Genehmigungsverfahren für den Breitbandausbau ha-
3817 ben wir im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes damit bereits begonnen.
3818 Durch eine Optimierung und Verschlinkung der Förderverfahren beim Bund sehen wir
3819 hier weitere Potentiale. Unser Ziel bleibt eine Förderung mit Infrastrukturziel statt star-
3820 rer Aufgreifschwelen.

3821 **Open Access**

3822 Bei der Förderung von Glasfaserausbau verfolgen wir eine Open Access-Strategie.

3823 **Verpflichtung zur Mitverlegung**

3824 Wir wollen in den Gemeinden bei jeder Tiefbaumaßnahme prüfen, ob Leerrohre für
3825 Glasfaserleitungen oder direkt eigene Glasfaserleitungen verlegt werden können.
3826 Ebenso soll geprüft werden, welche Möglichkeiten zur Mitverlegung bei anderen Infra-
3827 strukturen wie beispielsweise Abwasserleitungen bestehen.

3828 **Alternative Verlegemethoden**

3829 Wir werden die Rahmenbedingungen für alternative Verlegemethoden verbessern und
3830 erforderliche Genehmigungsprozesse bei Baumaßnahmen effizienter und einheitlicher
3831 gestaltet.

3832 **Gigabit-Grundbuch**

3833 Wir streben eine Bundesratsinitiative an, den Breitbandatlas zu einem Gigabit-Grund-
3834 buch weiterzuentwickeln. Darin sollen alle staatlichen, teilstaatlichen und privaten
3835 Glasfaserinfrastrukturen unabhängig des Anwendungsbereiches des Netzes verzeich-
3836 net und für alle Bedarfsträger einsehbar sein.

3837 **5G-Ausbau**

3838 Die Koalition hat die Weichen für den für den 5G Ausbau des Mobilfunks gestellt. Die
3839 5G Modellregion Kaiserslautern ist eine von sechs Regionen in Deutschland bei der
3840 Erprobung des neuen Mobilfunkstandards. Wir wollen mit dem Gigabit-Kompetenz-
3841 zentrum und einem Forschungshub den flächendeckenden Ausbau, aber auch die
3842 Nutzung und Anwendung des neuen Standards aktivieren. Die Einrichtung von Cam-
3843 pus-Netzen spielt dabei ebenso eine wichtige Rolle.

3844 **Digital Hubs**

3845 Die Koalition will mit Digital Hubs, IT-Netzwerken und Innovationslaboren die Innova-
3846 tionskraft unserer Regionen und Unternehmen weiter stärken. Die Gründer:innen- und
3847 Technologiezentren sollen die neuen Digital Hubs aktiv unterstützen, damit dort wei-
3848 terhin innovative technologische Lösungen für Produktion und Dienstleistungen entwi-
3849 ckelt werden können. Wir werden Co-Working-Spaces und Digitale Hubs auch im länd-
3850 lichen Raum mit den jeweiligen Branchenschwerpunkten unterstützen.

3851 **Medien**

3852 Digitale Teilhabe, mediale Vielfalt und kommunikative Chancengleichheit sind für uns
3853 von zentraler Bedeutung und wichtige Ziele unserer Medienpolitik. Unsere vielfältige
3854 Medienlandschaft mit einem leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk leistet ei-
3855 nen zentralen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung. Die Medienbranche in
3856 Rheinland-Pfalz ist mit einem breit gefächerten privaten und öffentlich-rechtlichen An-
3857 gebot, mit Zeitungsverlagen und etlichen Produktionsfirmen ein wichtiger Standortfak-
3858 tor, Arbeitgeber und zugleich Innovationsmotor in unserem Land. Wir wollen insbeson-
3859 dere unsere starke Rolle als digitaler Medienstandort in den nächsten Jahren weiter
3860 ausbauen.

3861 **Medienland Rheinland-Pfalz**

3862 Es ist unser gemeinsames politisches Ziel, gute und faire Bedingungen für freie und
3863 unabhängige, private und öffentlich-rechtliche Medien zu schaffen. Mit dem neuen Me-
3864 dienstaatsvertrag wurde hierfür ein fortschrittlicher Rahmen geschaffen, der sowohl
3865 Plattformen und Intermediäre aber auch die Online-Communities und die Kreativwirt-
3866 schaft in den Blick nimmt. In diesem Sinne werden wir auch die europäische Rechts-
3867 entwicklung mit dem Digital Services Act und dem European Democracy Action Plan
3868 begleiten. Transparenzgebote und Diskriminierungsverbote sind entscheidend.

3869 Die Netz- und Plattformökonomie internationaler Medienkonzerne begünstigt – auch
3870 mit Hilfe von Algorithmen – Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen und
3871 macht ein starkes Gegengewicht in der deutschen Medienlandschaft immer notwendi-
3872 ger. Die Reform des Medienkonzentrationsrechts werden wir unterstützen.

3873 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**

3874 Rheinland-Pfalz ist Vorsitzland der Rundfunkkommission der Länder und daher in be-
3875 sonderer Weise für die unions- und verfassungsrechtskonforme Weiterentwicklung der
3876 Medienordnung unter den Bedingungen der digitalen Welt verantwortlich. Die Koaliti-
3877 onspartner bekennen sich zu dieser gemeinsam wahrzunehmenden Verantwortung.

3878 Die Koalition arbeitet auf eine Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
3879 hin. In einer digitalen Mediengesellschaft müssen ARD, ZDF und Deutschlandradio
3880 mehr sein, als nur lineare Fernseh- und Radiosender, da verschiedene Medien mitei-
3881 nander verschmelzen. Wir brauchen online genauso wie offline Content mit öffentlich-
3882 rechtlichem Profil, der Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung klug kombiniert
3883 und überall dort präsent ist, wo sich Menschen ihre Meinung bilden. Wir müssen weg
3884 von einer durch die Brille der linearen Verbreitung vorgeprägten Sichtweise mit starren
3885 gesetzlichen Festlegungen bis hin zu den Namen der einzelnen Programme.

3886 Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihre
3887 Angebote stärker miteinander aber auch mit anderen Akteur:innen aus Wissenschaft,
3888 Bildung und Kultur vernetzen und ihre Mediatheken zu einer Plattform für den öffent-
3889 lich-rechtlichen Rundfunk weiterentwickeln. Deshalb muss den Sendern die Möglich-
3890 keit eingeräumt werden, eigen- und auftragsproduzierte Inhalte länger als bisher in den
3891 Mediatheken vorhalten zu können, sofern dafür die Rechte vorhanden sind und ange-
3892 messen vergütet werden. Vorschläge seitens der Sender zur Optimierung der Koope-
3893 ration, zum Abbau von Doppelstrukturen halten wir für erforderlich. Die Angebote müs-
3894 sen sich an der Vielfalt unserer Gesellschaft orientieren und auf den unterschiedlichen

3895 Ausspielwegen barrierefrei erreichbar sein. Die Koalition wird im Lichte der zu erwar-
3896 tenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Rundfunkbeitrag auch eine
3897 Weiterentwicklung des Systems der bedarfsgerechten Finanzierung unter Einbezie-
3898 hung der staatsfernen Expertenkommission KEF unterstützen.

3899 Die Koalition arbeitet auf eine Reform und Modernisierung des öffentlich-rechtlichen
3900 Rundfunks hin.

3901 **Regionalfenster**

3902 Im Rahmen der Rundfunkgesetzgebung werden wir auf den Erhalt der Meinungsviel-
3903 falt des privaten Rundfunks achten. Dazu leisten die bestehenden Regionalfenster und
3904 Drittsendezeiten einen unverzichtbaren Beitrag.

3905 **SWR-Staatsvertrag**

3906 Wir wollen auch den SWR-Staatsvertrag aus dem Jahre 1998 überprüfen. Mit der No-
3907 velle aus dem Jahre 2013 konnten erfolgreich die Zukunftsfähigkeit des SWR in einer
3908 sich ändernden Medienwelt gesichert und die Organisationsstrukturen des SWR flexi-
3909 bilisiert werden. Darauf wollen wir aufbauen und die programmlichen und technischen
3910 Entwicklungen im Medienbereich sowie Aspekte der Wirtschaftlichkeit durch Koopera-
3911 tionen in den Blick nehmen. Wir wollen den Auftrag des SWR modernisieren und im
3912 Wege der Stärkung der Selbstverwaltungsrechte des SWR weitere Vereinfachungen
3913 seiner komplexen Strukturen ermöglichen. In diesem Zusammenhang wollen wir die
3914 Gremienkompetenzen stärken. Für eine Novellierung des SWR-Staatsvertrags soll
3915 frühzeitig Kontakt mit dem Staatsvertragspartner Baden-Württemberg aufgenommen
3916 werden.

3917 **Jugendmedienschutz**

3918 Jugendmedienschutz muss den digitalen Medienwelten gerecht werden. Wir wollen
3919 diesen für alle Medien weiterentwickeln und insbesondere Interaktionsrisiken stärker
3920 in den Blick nehmen. Die Koalition setzt sich für einen kohärenten Jugendmedi-
3921 schutz ein, der nicht entlang der Medienart divergiert, der die Anbieter:innenverant-
3922 wortung stärker betont und die Kommission für Jugendmedienschutz, die freiwilligen
3923 Selbstkontrollen und jugendschutz.net langfristig sichert. Die Medienkompetenz von
3924 Kindern und Jugendlichen wollen wir stärken und Medienscouts ausbauen. Wir stre-
3925 ben eine stärkere wissenschaftliche Begleitung eines zeitgemäßen Kinder- und Ju-
3926 gendmedienschutzes durch rheinland-pfälzische Hochschulen an.

3927 **Medienstandort**

3928 Rheinland-Pfalz, vor allem unsere Landeshauptstadt Mainz, ist ein bedeutender Medi-
3929 enstandort in Deutschland. Mit dem ZDF als größtem öffentlich-rechtlichen Sender in
3930 der EU und dem SWR als zweitgrößter ARD-Sendeanstalt sowie den privaten Radios,
3931 den Antenne-Radios, den Zeitungsverlagen und etlichen Produktionsfirmen ist die Me-
3932 dienbranche ein wichtiger Standortfaktor, Arbeitgeber und zugleich Innovationsmotor
3933 in unserem Land, den wir auch in Zukunft unterstützen und stärken wollen.

3934 Der Medienstandort Mainz steht für innovative Formate und digitale Transformation.
3935 Zahlreiche kleine und mittelständische Produktionsfirmen sind in Rheinland-Pfalz an-
3936 sässig. ZDF digital, ARD online, FUNK, die Start-ups in der Gamesbranche oder die

3937 neuen Online-Publizisten produzieren die neuen digitalen Angebote im Kleinen wie im
3938 Großen und sind wichtige Akteure der digitalen Welt.

3939 Wir werden die Content Convention als zentrales Veranstaltungsformat für die Vernet-
3940 zung und Sichtbarkeit des Medienstandorts fortführen und weiterentwickeln.

3941 **Media & Games made in Rheinland-Pfalz**

3942 Zur Stärkung des Medienstandortes Rheinland-Pfalz und zur Bündelung der derzeiti-
3943 gen Medienförderungsmaßnahmen werden wir eine effiziente und zukunftsorientierte
3944 Medienförderung, unter anderem für Games, aufbauen. Wir wollen unsere Aktivitäten
3945 unter der Dachmarke medienförderung.rlp zusammenführen.

3946 Um der Zukunftsfähigkeit und Fortschrittsorientierung des Medienstandorts besonders
3947 Rechnung zu tragen, werden wir in diesem Förderrahmen auch erstmals eine rhein-
3948 land-pfälzische Gamesförderung etablieren. Computerspiele sind Kulturgut, Fort-
3949 schrittsbeschleuniger und Wirtschaftsfaktor in einem und seit vielen Jahren fester Be-
3950 standteil im Alltag von Millionen von Menschen. Ihre Technologien und Prozesse fin-
3951 den bereits heute weit über den Kultur- und Unterhaltungssektor hinaus Anwendung,
3952 zum Beispiel in der Automobilindustrie, der Landwirtschaft oder im Gesundheitswesen.
3953 Gerade Rheinland-Pfalz verfügt über eine heterogene Games-Branche, die sowohl
3954 aus international etablierten Unternehmen als auch jungen Start-ups besteht. Viele
3955 davon sind führend in der Entwicklung von wegweisenden Zukunftstechnologien – an-
3956 gefangen beim Megatrend „Künstliche Intelligenz“ über virtuelle Realitätswahrneh-
3957 mungen (VR/AR) bis hin zur Wissens- und Kompetenzvermittlung (Serious Games).
3958 Daneben werden schon seit einigen Jahren unterschiedliche Studiengänge mit unmit-
3959 telbarem Branchenbezug an mehreren Hochschulen in Rheinland-Pfalz angeboten.

3960 Die Medien- und Gamesförderung wird über ein Vergabeboard bei der Landesmedi-
3961 enanstalt Rheinland-Pfalz organisiert. Ziel dieser Förderung ist es, zur Entwicklung von
3962 qualitativ hochwertigen Inhalten aus Rheinland-Pfalz mit einem kulturellen oder pädä-
3963 gogischen Bezug beizutragen. Die Gamesförderung wird ergänzt durch eine Förde-
3964 rung von Entwicklung von Konzepten und Prototypen in Form von Zuschüssen durch
3965 die landeseigene ISB.

3966 Den Austausch mit verschiedenen Branchenvertreter:innen werden wir weiter stärken.
3967 Damit wird dazu beigetragen, den Games-Standort Rheinland-Pfalz noch wettbe-
3968 werbsfähiger und fortschrittsorientierter zu machen.

3969 **Medienanstalt Rheinland-Pfalz**

3970 Die Aufgaben der Medienanstalt Rheinland-Pfalz wachsen und verändern sich. Medi-
3971 ale Teilhabe für alle Bürger:innen in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, erfordert in den
3972 Kernbereichen Medienregulierung, Medienförderung, Medienkompetenz und Bür-
3973 ger:innenmedien neue digitale Wege und neue Instrumente. Wir wollen dazu im Lan-
3974 desmediengesetz den rechtlichen Rahmen schaffen. Die Unabhängigkeit der Medien-
3975 aufsicht wird durch die plurale Versammlung der Medienanstalt Rheinland-Pfalz ge-
3976 währleistet.

3977 **Offene Kanäle und Bürger:innenmedien**

3978 Die Medienlandschaft in Rheinland-Pfalz wird durch Bürger:innenmedien, unsere Of-
3979 fenen Kanäle (OK), bereichert. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben
3980 und die Offenen Kanäle zu Orten der digitalen Teilhabe machen. Der OK soll in den
3981 Innenstädten zum Begegnungs- und Vernetzungsort auch für das digitale Ehrenamt
3982 genutzt werden. Dort soll ein lokales und nichtkommerzielles Medienangebot, auch
3983 über Webvideo und andere Plattformen ausgespielt und produziert werden. Wir wer-
3984 den in ganz Rheinland-Pfalz solche digitalen Lernorte und digitalen Labore (Maker
3985 Spaces) entstehen lassen.

3986 **4. Neuen Zusammenhalt schaffen**

3987

3988 **Pflege und Soziales**

3989

3990 Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein soziales Land ist, in dem alle
3991 Menschen die Unterstützung erhalten, die sie in ihrer jeweiligen Lebensphase brau-
3992 chen. Dazu gehört, dass alle sich darauf verlassen können, dass sie im Alter eine gute
3993 Unterstützung und Pflege erhalten – wohnortnah und bezahlbar. Wir unterstützen ge-
3994 meinschaftliche Wohnformen, gerade auch für Ältere, weil wir wissen, dass Menschen
3995 in jedem Alter die Gemeinschaft mit anderen brauchen.

3996 Wir möchten Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft weiter voran-
3997 bringen. Wir wollen, dass auch Menschen mit Beeinträchtigungen von Anfang an in-
3998 mitten unserer Gesellschaft selbstbestimmt leben können. Wo es sie noch gibt, werden
3999 wir Barrieren weiterhin entschlossen abbauen und umfassende Teilhabe ermöglichen.
4000 Der Kampf gegen Armut bleibt eines unserer zentralen politischen Ziele. Wir wollen
4001 Teilhabe für alle sicherstellen und Menschen in schwierigen Lebenssituationen und in
4002 Armut bestmöglich unterstützen.

4003 **Pflegeinfrastruktur auf hohem Niveau weiterentwickeln**

4004

4005 Menschen sollen auch im Alter so lange wie möglich und so gut wie möglich in ihrem
4006 gewohnten Umfeld leben können. Rheinland-Pfalz wird auf die veränderten Bedürf-
4007 nisse reagieren und eine daran orientierte Pflegeinfrastruktur auf hohem Niveau ent-
4008 wickeln.

4009

4010 **Gleichwertige Lebensverhältnisse – Kommunale Pflegestrukturplanung**

4011 Für uns spielen die Kommunen bei der Daseinsvorsorge in der Pflege eine Schlüssel-
4012 rolle. Um frühzeitig auf veränderte pflegerische Angebotsstrukturen reagieren zu kön-
4013 nen, werden wir den Sicherstellungsauftrag zur Pflegestruktur durch die Kommunen
4014 konkretisieren und das Berichtswesen auf neue Füße stellen. Wir stärken die Umset-
4015 zung der Pflegestrukturplanung als Pflichtaufgabe. Wir werden die Kommunen unter-
4016 stützen und stellen einen landeseinheitlichen Musterpflegestrukturplan zur Verfügung.
4017 Um eine gute Pflege vor Ort zu gewährleisten, sollen die Kommunen künftig mehr
4018 Kompetenzen erhalten.

4019 Wir wollen, dass kommunale Pflegekonferenzen, an denen sich Bürger:innen, Ver-
4020 bände und Pflegekasse beteiligen, verpflichtend und regelmäßig abgehalten werden.
4021 Wir wollen eine größere Vielfalt ambulanter Pflegeangebote wie Pflegewohngemein-
4022 schaften und generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Be-
4023 darfsfall. Auch Angebote für pflegebedürftige Kinder und Jugendliche müssen geschaf-
4024 fen und Eltern so entlastet werden.

4025 Wir werden den Ausbau komplementärer Angebote fördern. „Pflege dort, wo ich hin-
4026 gehöre“, besteht nicht nur aus der fachpflegerischen Leistung. Komplementäre Ange-
4027 bote, die es ermöglichen den Haushalt aufrechtzuerhalten, Nachbarschaft und Ge-
4028 meinschaft zu bewahren, Vereinsamung zu verhindern, Ehrenamt zu fördern und vie-
4029 les andere mehr, müssen gestärkt und vermehrt werden.

4030 Mit den bereits heute über 135 vorhandenen Pflegestützpunkten, stellt Rheinland-Pfalz
4031 eine umfassende Pflegeberatung, beispielsweise durch die Pflegemanager:innen, zur
4032 Verfügung. Diese hat sich bewährt und wird in einer sozialräumlich angelegten Pflege-
4033 gelandschaft wichtiger denn je. Wir werden daher den Zuschnitt der Beratungs- und
4034 Koordinierungsstellen in den Pflegestützpunkten stärker anhand der aktuellen Bevölkerungsstrukturen ausrichten. Die Suche nach einem freien Platz für Pflegebedürftige
4035 wollen wir erheblich erleichtern. Zur Unterstützung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen setzen wir insbesondere auch auf digitale Lösungen, wie beispielsweise Apps.

4038 **GemeindeschwesterPlus flächendeckend ausweiten**

4039 Die rheinland-pfälzische GemeindeschwesterPlus ist ein Erfolgsprojekt, welches wir
4040 ausbauen und flächendeckend einführen. Wir werden einen stufenweisen Ausbau umsetzen. Wir streben an, den Ausbau dann mit 54 Gemeindeschwestern innerhalb der
4042 Legislaturperiode abzuschließen.

4044 **Pflege mitten im Leben**

4046 Die hohe und stetig wachsende Zahl der pflegebedürftigen Menschen, die in ihren eigenen vier Wänden leben, macht es erforderlich, die Pflegepolitik des Landes noch
4047 stärker auf diese Personengruppe auszurichten. Neben den Pflegebedürftigen sind es vor allem Angehörige und auch Freund:innen und Nachbar:innen, die wir gezielt in den
4049 Mittelpunkt rücken. Wir werden Modellprojekte prüfen, die zur Entlastung von pflegenden Angehörigen im Alltag beitragen.

4052 Wir wollen, dass sich Pflegeeinrichtungen, zu Pflegende und deren Angehörige auf Augenhöhe begegnen. Die Beratungs- und Prüfbehörde als Aufsicht über die Einrichtungen leistet hier große Unterstützung. Um Konflikte zwischen den Beteiligten frühzeitig lösen zu können, werden wir dort eine Ombudsstelle für die Pflege auf den Weg bringen.

4057 Tagespflegeeinrichtungen sind ein Schlüsselangebot in der häuslichen Pflege. Deshalb werden wir deren Ausbau gezielt unterstützen. Wir wollen ein Anerkennungsverfahren entwickeln und umsetzen, durch das die Präsenzkkräfte, die legal mit einer sogenannten A1-Bescheinigung in Deutschland arbeiten, eine Qualifizierung in Anspruch nehmen können. Nach Abschluss dieser Qualifizierung ist dann eine teilweise Finanzierung der Betreuungskosten durch die Pflegekassen möglich. Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung bei der Pflege in privaten Haushalten ein. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Stellung der 24-Stunden-Pflegekräfte, die oft aus den östlichen EU-Ländern kommen, klären.

4066 Wir wollen Modellprojekte zu digitalen Assistenzsystemen fördern, mit dem Ziel, die selbstbestimmte Assistenz zu erweitern und hierbei Fragen der Ethik sowie des Datenschutzes zu klären.

4069 **Wohnen und leben wie ich will**

4070 Wir wollen allen Menschen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land ein qualitativ hochwertiges, bedarfsgerechtes und wohnortnahes Angebot an fachlicher und guter Pflege ermöglichen. Zusätzlich werden wir die Ansiedlung der neuen Form von „Am-

4073 bulanten Betreuungsdiensten“ unterstützen. Zudem fördert Rheinland-Pfalz Modell-
4074 projekte im ländlichen Raum, die eine Gesamtversorgung aus medizinischer, pflegeri-
4075 scher und betreuerischer Sicht integrieren.

4076 Wir werden Ansätze des inklusiven Wohnens, die die Mehrgenerationenperspektive
4077 im Quartier und im ländlichen Raum beinhalten (z.B. Wohnpunkt.rlp.), unterstützen.

4078 Nach dem Grundsatz der Wahlfreiheit wollen wir dezentrale Wohnformen unterstützen
4079 und die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend überprüfen und wenn nötig
4080 anpassen.

4081 **Mitsprache und Mitwirkung auch im Alter**

4082 Auch im Rentenalter wollen und sollen sich Menschen am gesellschaftlichen Leben
4083 beteiligen, denn gerade bei älteren alleinstehenden Menschen besteht die Gefahr der
4084 Vereinsamung und Isolation. Deshalb bekennen wir uns zur Stärkung der Rechte von
4085 Senior:innenvertretungen in der Pflegestrukturplanung. Örtliche Altenhilfe- und Se-
4086 nior:innen-Angebote sichern soziale Teilhabe älterer Menschen. Wir unterstützen es,
4087 wenn diese Angebote in die kommunale Sozialplanung aufgenommen und abgesichert
4088 werden. Zudem wollen wir bezahlte Beschäftigungsangebote für Senior:innen in sozi-
4089 alen gemeindenahen Dienstleistungen fördern.

4090 **Digitale Teilhabe für alle**

4091 Die Corona-Pandemie hat die Notwendigkeit verstärkt, dass gerade ältere und behin-
4092 derte Menschen im Umgang mit den digitalen Medien begleitet und unterstützt werden.
4093 Denn dies ermöglicht ihnen zum einen digitale gesellschaftliche Teilhabe und zum an-
4094 deren digitale Kommunikation mit ihren Angehörigen. Unsere Ausstattungsförderung
4095 für Ehrenamtliche, die älteren Menschen digitale Teilhabe ermöglichen, ist eine wert-
4096 volle Hilfe und ein deutliches Zeichen der Wertschätzung für das digitale Ehrenamt.
4097 Wir werden Digitalbotschafter:innen dauerhaft in allen Kommunen etablieren.

4098 **Armut auf allen Ebenen bekämpfen**

4099 Armut hat viele Facetten. Im Rahmen unseres breit angelegten landesweiten Beteili-
4100 gungsprozesses „Armut begegnen – gemeinsam handeln“ und des ressortübergrei-
4101 fend erstellten Aktionsplans zur Armutsbekämpfung verfolgen wir das Ziel, Armutsbe-
4102 kämpfung mehrdimensional anzugehen und Armut durch niedrigschwellige Angebote
4103 frühzeitig vorzubeugen. Den Aktionsplan zur Armutsbekämpfung werden wir konse-
4104 quent umsetzen. Um das Erreichte zu konsolidieren und um eine gute Basis für die
4105 Weiterentwicklung der Projekte und Maßnahme auf Ebene der Kommunen und des
4106 Landes zu schaffen, werden wir eine zentrale Fachstelle zur Koordination und Unter-
4107 stützung aller Aktivitäten zur Armutsbekämpfung in Rheinland-Pfalz einrichten. Der
4108 partizipative Ansatz in der Armutsbekämpfung wird weiterverfolgt und in den Regionen
4109 vertieft. Hierzu wird der Beteiligungsprozess „Armut begegnen – gemeinsam handeln“
4110 als „Beteiligungsprozess 2.0“ fortgesetzt. Dieser wird Maßnahmen im Kontext von Le-
4111 benslagen entwickeln. Damit zielen wir auf eine Verbesserung der milieubezogenen
4112 Lebenslagen ab und entwickeln die rheinland-pfälzische Armutsbekämpfung weiter.
4113 Auf der lokalen Ebene sollen strukturelle Verbesserungen in der Armutsbekämpfung
4114 mit Hilfe von lokalen Servicestellen erreicht werden, die der Vernetzung von sozialen
4115 und zivilgesellschaftlichen Akteuren, der Entwicklung und Umsetzung lokaler Armuts-
4116 strategien und deren Einbindung in die kommunale Sozialplanung dienen. Diese sollen

4117 gemeinsam mit den jeweiligen Kommunen gezielt entwickelt und gefördert werden. Als
4118 Land wollen wir bei den Kreisen und Städten dafür werben, für Menschen, die Grund-
4119 sicherung beziehen, einen kommunalen Sozialpass unter Beteiligung der kommunalen
4120 Spitzenverbände einzuführen. Dieser soll dann von Institutionen und Verwaltungen
4121 ohne weitere bürokratische Prüfung gegenseitig anerkannt werden.

4122 Um eine erfolgreiche und nachhaltige Implementierung des Lebenslagenansatzes zu
4123 erreichen, werden wir die Bedingungen in den Sozialräumen gemeinsam mit den Be-
4124 wohner:innen verstärkt in den Blick nehmen. Die Lebensbedingungen in den Sozial-
4125 räumen werden wir durch Orte des Zusammenhalts und Gemeinwesenarbeit in sozial
4126 benachteiligten Stadtteilen kontinuierlich verbessern und insbesondere den Ausbau
4127 der Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort, im Quartier oder im Dorf fördern.

4128 Wir wollen, dass SGB-II-Leistungsbezieher:innen als Erstausrüstung Haushaltsgeräte
4129 einer hohen Energieeffizienzklasse erhalten.

4130 **Schuldner:innenberatung weiterentwickeln**

4131 Die soziale Schuldner:innen- und Insolvenzberatung ist ein wichtiger Baustein in der
4132 Armutsbekämpfung und erzielt bereits gute Erfolge bei der Bekämpfung von Armut.
4133 Das Angebot der Schuldner:innenberatung werden wir bedarfsgerecht weiterentwi-
4134 ckeln. Ein besonderer Fokus wird dabei auf der Reduzierung der Wartezeit liegen. Die
4135 Förderung wird an die Erfordernisse einer modernen Schuldner:innenberatung ange-
4136 passt und verlässlich ausgestaltet.

4137 **Kinderarmut bekämpfen**

4138 Gerade für Kinder und Jugendliche stellt Armut eine belastende Situation dar und ist
4139 häufig mit gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden. Wir werden das bestehende
4140 Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut verstetigen und An-
4141 sätze zu einer milieubezogenen Lebenslagenverbesserung von Kindern und Jugend-
4142 lichen fortführen. Zudem wird sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene für die zeitnahe
4143 Einführung einer Kindergrundsicherung einsetzen.

4144 Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Beantragung von staatlichen
4145 Transferleistungen, nach dem Vorbild „alles aus einer Hand“, übersichtlicher und ein-
4146 facher gestaltet wird.

4147 **Wohnungslosenhilfe modernisieren**

4148 Jeder Mensch soll ein Dach über dem Kopf haben. Der Modernisierungsprozess in der
4149 Wohnungslosenhilfe, der durch das Land mit der TAWO-Initiative und wichtigen Impul-
4150 sen zum Schnittstellenmanagement, durch die Einführung einer Wohnungsnotfallsta-
4151 tistik und durch das dezentrale stationäre Wohnen angestoßen wurde, werden wir zu-
4152 sammen mit unseren Partner:innen fortführen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf
4153 der Prävention gegen Wohnungslosigkeit und möglichst niedrigschwelligen Angeboten
4154 zur Wohnraumsicherung liegen. Mit den aus dem ersten Beteiligungsprozess ins Le-
4155 ben gerufenen Fachberatungsstellen zur Wohnraumsicherung unterstützen wir Kom-
4156 munen dabei, mit einer Anschubförderung niedrigschwellige Anlauf- und Beratungs-
4157 stellen einzurichten. Wir werden den Ausbau der Beratungsstellen zur Vermeidung von
4158 Wohnungslosigkeit fördern. Das Angebot der Wohnungslosenhilfe soll mit den Kom-
4159 munen weiterentwickelt und die Ansätze des Housing First und des Trainingswohnens

4160 sollen intensiviert werden. Wir werden auf ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen
4161 für Obdachlose in den Kommunen achten, insbesondere für Frauen. Daneben braucht
4162 es ausreichende Mittel zur Unterstützung der Kommunen und der Wohnungslosen-
4163 hilfe.

4164 **Clearingstellen ausbauen**

4165 Armut und Gesundheit bedingen einander. Jeder Mensch sollte möglichst unkompli-
4166 zierten Zugang zu gesundheitlichen Leistungen haben. Nach wie vor gibt es aber in
4167 Rheinland-Pfalz Menschen, die keine oder keine ausreichende Krankenversicherung
4168 besitzen. Diese Menschen wollen wir wieder in die gesetzliche Krankenversicherung
4169 eingliedern. Nach der Projektevaluation sollen die Clearingstellen ausgebaut werden.
4170 Leider gelingt es aber nicht immer sofort, Menschen in die Krankenversicherung zu-
4171 rückzuführen. Für die Betroffenen ist aus unserer Sicht ein bundesweiter Behand-
4172 lungsfonds notwendig. Solange dieser nicht umgesetzt ist, werden wir gemeinsam mit
4173 den relevanten Akteuren eine landesweite Lösung prüfen.

4174 **Inklusion von Anfang an gedacht**

4175 Rheinland-Pfalz setzt sich für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ein. Be-
4176 stehende Barrieren müssen hierfür auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen
4177 abgebaut werden. Inklusives Denken soll eine Selbstverständlichkeit sein.

4178 Mit dem Landesinklusionsgesetz stärken wir die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe
4179 von Menschen mit Behinderungen und setzen die UN-Behindertenrechtskonvention
4180 konsequent um. Wir setzen den Anspruch auf Kommunikation in Gebärdensprache in
4181 öffentlichen Stellen sowie in Schulen und Kitas um. Öffentliche Stellen sollen hierfür
4182 kostenlose Kommunikationshilfen zur Verfügung stellen. Mit dem Aufbau einer Lan-
4183 desfachstelle Barrierefreiheit streben wir die umfassende Barrierefreiheit aller öffentli-
4184 chen Einrichtungen an. Unser Ziel ist, dass bis 2030 sämtliche öffentlichen Gebäude
4185 der Landesverwaltung barrierefrei sind.

4186 Mit der Implementierung einer unabhängigen Monitoringstelle wird bestehendes und
4187 neues Landesrecht auf die Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention
4188 (UN-BRK) überprüft. Wenn nötig werden wir landesrechtliche Regelungen konsequent
4189 an die UN-BRK anpassen

4190 Nach dem Motto „Nicht über uns – ohne uns“ haben wir die Selbstvertretung von Men-
4191 schen mit Behinderungen gestärkt. Wir wollen den Aufbau der Selbstvertretung der
4192 Menschen mit Lernschwierigkeiten fördern.

4193 Inklusion gelingt vor Ort, in den Kommunen. Wir unterstützen es daher, dass immer
4194 mehr Kommunen Beauftragte für Menschen mit Behinderungen einrichten und sie
4195 stärken. Zusätzlich wollen wir die Psychiatriekkoordinator:innen zu Inklusionskoordi-
4196 nator:innen weiterentwickeln.

4197 Aufgrund der gestiegenen Aufgaben durch das Inklusionsgesetz wollen wir den Lan-
4198 desbeauftragten für Menschen mit Behinderungen deutlich stärken und bedarfsge-
4199 recht personell ausstatten. Den Landesaktionsplan werden wir zur Mitte der Wahlperi-
4200 ode novellieren.

- 4201 Wir wollen sicherstellen, dass bei der Umsetzung des Landesgesetzes zur Ausführung
4202 des Bundesteilhabegesetzes eine einheitliche Leistungsgewährung nach einheitlichen
4203 Verfahren (Gesamtplan, Gesamtkonferenz) flächendeckend gewährleistet werden
4204 kann, und die Etablierung von Planungsverbünden, in denen sich verschiedene kom-
4205 munale Träger der Eingliederungshilfe zusammenschließen, fördern und begünstigen.
4206 Wir wollen soziale Teilhabe durch verlässliche ambulante Leistungen stärken. Die
4207 Rahmenvereinbarungen sollen zügig abgeschlossen und umgesetzt werden. Dazu
4208 braucht das LSJV die notwendigen Ressourcen.
- 4209 Wir werden alternative Finanzierungsformen in der Eingliederungshilfe in evaluierten
4210 Modellen erproben und fördern.
- 4211 Das neue Teilhaberecht hat die Möglichkeit geschaffen, dass Einrichtungen der Ein-
4212 gliederungshilfe und das Land in Modellvorhaben neue Formen von Finanzierungen
4213 wie Trägerbudgets vereinbaren. Mit dieser Möglichkeit sollen vor allem Wege eröffnet
4214 werden, Innovationen einer partizipativen und personenorientierten Leistungserbrin-
4215 gung zu erproben. Wir werden solche Vereinbarungen offensiv angehen und damit
4216 Innovationen auf einer gesicherten leistungsrechtlichen Grundlage schaffen. Wir wer-
4217 den hierbei die Selbstvertretungen und Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit
4218 Behinderungen ausdrücklich beteiligen.
- 4219 Alternativen zur Tagesförderstätte werden wir weiterentwickeln.
- 4220 **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: Wohnen, wo ich will**
- 4221 Menschen mit Behinderungen brauchen einen ungehinderten Zugang zum Woh-
4222 nungsmarkt. Deshalb werden wir zusammen mit den Trägern der Eingliederungshilfe
4223 bei der Bedarfsermittlung und der Gesamtplanung konsequent auf der Einhaltung der
4224 gesetzlich verbrieften Wunsch- und Wahlrechte von Menschen mit Behinderungen be-
4225 stehen.
- 4226 Wir werden das Programm zur Dezentralisierung komplexer Wohneinrichtungen im
4227 Land weiterentwickeln und in ein neues Programm mit dem Schwerpunkt „Wohnen im
4228 Sozialraum“ überführen. Das schließt die Umgestaltung bisheriger Kerneinrichtungen
4229 zu so genannten „Sozialräumlichen Zentren“ ausdrücklich mit ein.
- 4230 **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: Zugang zu digitalen Welten ermög-
4231 lichen**
- 4232 Menschen mit Behinderungen digitale Teilhabe zu ermöglichen, ist eine zentrale Auf-
4233 gabe der Landes-Teilhabepolitik in den kommenden Jahren.
- 4234 Wir wollen das Kompetenzzentrum und -netzwerk für digitale Barrierefreiheit bedarfs-
4235 gerecht ausstatten, soweit die Aufgaben nicht durch die Überwachungs- und Durch-
4236 setzungsstelle nach der BITV RP wahrgenommen werden. Dieses Kompetenzzentrum
4237 soll Bestandteil der Landesfachstelle Barrierefreiheit sein.
- 4238 Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss umfassend barrierefrei werden (100%
4239 Untertitel, mehr Audiodeskription und mehr deutsche Gebärdensprache).

4240 Wir werden Bildungsformen unterstützen, in denen Menschen mit Behinderungen an
4241 die Anwendung und den adäquaten Umgang mit digitalen Medien herangeführt wer-
4242 den. Digitales Empowerment soll bereits in der inklusiven frühkindlichen Bildung und
4243 Erziehung einsetzen. Daher wollen wir auch entsprechende Fördermaßnahmen in
4244 Kitas und Schulen stärken.

4245 Wir werden dafür Sorge tragen, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen in den
4246 Einrichtungen der Eingliederungshilfe gefördert und ausgebaut werden.

4247 **Drogen- und Suchthilfe modernisieren**

4248 Wir wollen die niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter aus-
4249 bauen. In diesem Zusammenhang ist der Ausbau digitaler Beratungsangebote zwin-
4250 gend erforderlich.

4251 Der Konsum birgt Gefahren, denen wir mit Spritzentauschprogrammen, Drogenkon-
4252 sumräumen und Informationsmöglichkeiten entgegentreten wollen.

4253 Um Gesundheitsrisiken zu reduzieren, prüfen wir als ein Instrument der Schadensmi-
4254 nimierung die Einführung eines Modellprojektes „Substanzanalyse von Drogen“.

4255 Wir bekennen uns zur Förderung der Prävention von nichtstoffgebundenen Suchter-
4256 krankungen und werden die rheinland-pfälzische Suchtberatung modernisieren. Dazu
4257 werden wir ein Förderprogramm neuer Betreuungs- und Unterstützungsformen in der
4258 Teilhabe Suchterkrankter auf den Weg bringen.

4259 Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen
4260 wir stärken, insbesondere an Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen
4261 Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme
4262 begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

4263 Wir prüfen, als Land Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, die Ermittlungen der Fahrer-
4264 laubnisbehörden gegen THC-Konsument:innen den Regeln für Alkoholkonsum anzu-
4265 gleichen: Sie sollen erst ab einer gewissen Grenze möglich sein, und nur, wenn Kon-
4266 sument:innen am Straßenverkehr teilgenommen haben.

4267 **Aufbau von Trauma-Ambulanzen**

4268
4269 Um den Gewaltopferschutz weiter zu verbessern und der Intention des neuen Sozialen
4270 Entschädigungsrechts zu entsprechen, wird das Land Trauma-Ambulanzen für die Op-
4271 fer von Gewalttaten flächendeckend, wohnortnah und niedrigschwellig einführen und
4272 dabei ein hohes qualitatives Niveau in der Versorgung der Betroffenen sicherstellen.

4273 **Gesundheit**

4274

4275 Rheinland-Pfalz verfügt über ein verlässliches und krisenfestes Gesundheitssystem,
4276 das hat die Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt. Wir werden sicherstellen, dass
4277 sich alle Menschen – unabhängig von Wohnort und Einkommen – auch in Zukunft auf
4278 eine gute medizinische Versorgung verlassen können. Dafür werden wir unseren ein-
4279 geschlagenen Weg fortsetzen und alternative Versorgungskonzepte, medizinische
4280 Gesundheitszentren und Gesundheitsnetzwerke als Ergänzung zu niedergelassenen
4281 Hausärzt:innen und Krankenhäusern etablieren. Die Zukunft liegt in einer noch stärkeren
4282 Zusammenarbeit von Ärzt:innen, Pflege, Therapieeinrichtungen und Krankenhäu-
4283 sern – Hand in Hand, zum Wohle der Patient:innen.

4284 **Prävention und Gesundheitsförderung**

4285 Wir werden auch die Förderung von gesundheitsbezogener Selbsthilfe und Ehrenamt,
4286 der psychoonkologischen Beratung sowie der Initiative Organspende fortsetzen.

4287 Alle in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen haben Anspruch auf eine gut erreichbare,
4288 qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung. Die
4289 Zunahme chronischer und altersbedingter Erkrankungen erfordert mehr und mehr sek-
4290 torenübergreifende, interdisziplinäre, interprofessionelle und miteinander vernetzte
4291 Behandlungsmodelle. Für verbreitete chronische Erkrankungen wie Krebs, Diabetes
4292 oder Rheuma werden wir innovative Versorgungskonzepte entwickeln.

4293 Unser Ziel ist es, dass es 2030 keine Neuinfektionen mit HIV in Rheinland-Pfalz
4294 geben wird. Durch eine Sensibilisierung der Ärzt:innen wollen wir auch die Zugänge
4295 zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zum Schutz vor HIV und Aids erleichtern.

4296 In den Regionen in Rheinland-Pfalz, in denen laut Statistik, die Lebenserwartung eine
4297 der niedrigsten in Deutschland und die Raten häufiger Krankheiten besonders hoch
4298 sind, werden wir als Modellvorhaben auf Basis von wissenschaftlichen Untersuchun-
4299 gen in den einzelnen kommunalen Untergliederungen ein langfristig angelegtes Ge-
4300 sundheitsprojekt umsetzen und darauf aufbauend zielgenau Maßnahmen entwickeln.

4301 **Offener Umgang mit psychischen Erkrankungen**

4302 Wir werben für einen offenen Umgang mit psychischen Erkrankungen. Wir werden ei-
4303 nen ressortübergreifenden „Aktionsplan seelische Gesundheit“ erarbeiten. Ziel ist es,
4304 Unterstützungsangebote sichtbar zu machen und zu einer Enttabuisierung des The-
4305 mas in der Gesellschaft beizutragen. Wir wollen durch gezielte Aufklärungsarbeit und
4306 bessere Integration von chronisch psychisch Erkrankten die Stigmatisierung psychi-
4307 scher Erkrankungen durchbrechen.

4308 Psychisch erkrankte Menschen müssen schneller psychiatrische oder psychothera-
4309 peutische Behandlung bekommen. Dafür wollen wir die Versorgungsstruktur insbeson-
4310 dere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene weiter verbessern.

4311 **Gute Versorgung für alle**

4312 Wir werden die Qualität der Versorgung und die Patientensicherheit beobachten und
4313 durch gezielte Projekte stärken.

4314 Wir wollen vermeidbare Krankenhausaufenthalte von älteren Menschen abwenden.
4315 Wir werden Modelle fördern, durch die Krankenhauseinweisungen und Pflegebedürftigkeit
4316 vermieden werden können. Dazu gehört zum Beispiel eine verbesserte Qualität
4317 der Arzneimittelversorgung von Menschen in Alten- und Pflegeheimen.

4318 Im ländlichen Raum wollen wir möglichst in Gesundheitszentren angesiedelte und mit-
4319 einander kooperierende Angebote aus ambulanter, teil- und kurzzeitstationärer sowie
4320 pflegerischer Versorgung schaffen. Wo es geht, werden wir hierzu die Möglichkeiten
4321 des Krankenhausstrukturfonds nutzen.

4322 Häufig müssen Patient:innen zu weite Wege zu medizinischen Einrichtungen in Kauf
4323 nehmen. Deshalb wollen wir Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z.B. Therapietaxis)
4324 und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort unterstützen.

4325 Wir wollen die Medizinischen Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen
4326 (MZEB) ausbauen und mit Angeboten vor Ort vernetzen. Dazu gehört ein Kriseninter-
4327 ventionszentrum für erwachsene Menschen mit psychischen und geistigen Beeinträch-
4328 tigungen, angedockt an ein MZEB oder als eigenständige Einrichtung. Menschen mit
4329 Behinderung brauchen eine professionelle Begleitung im Krankenhaus. Auch dies ge-
4330 hört zum Spektrum ambulanter Dienstleistungen und muss verlässlich finanziert wer-
4331 den.

4332 **Förderung des medizinischen Nachwuchses – Ambulante Versorgung**

4333 Wir werden die Landarzttoffensive (u.a. die Landarztquote) und die Quote für den öf-
4334 fentlichen Gesundheitsdienst bei der Mediziner Ausbildung beibehalten. Den Master-
4335 plan zur Stärkung der ambulanten Versorgung in Rheinland-Pfalz wollen wir fortsetzen
4336 und ausbauen.

4337 Wir wollen außerdem die Beratung für Kommunen verbessern, die Medizinische Ver-
4338 sorgungszentren (MVZ) gründen wollen und befürworten die Gründungen von ver-
4339 tragsärztlichen Praxiskliniken.

4340 Soweit nicht landesrechtlich umsetzbar, werden wir uns auf Bundesebene für erwei-
4341 terte Möglichkeiten der sektorenübergreifenden Versorgung dort, wo es notwendig ist,
4342 einsetzen. Hierzu gehören insbesondere erweiterte Möglichkeiten ambulanter Lei-
4343 stungserbringung durch Krankenhäuser in unterversorgten oder von Unterversorgung
4344 bedrohten Gebieten. Teil- und kurzzeitstationäre Angebote sollen auch von niederge-
4345 lassenen Ärzt:innen, zum Beispiel in Praxiskliniken, erbracht werden dürfen.

4346 Sektorenübergreifende Versorgungsmodelle erfordern auch eine ganzheitliche Finan-
4347 zierung, etwa durch feste Globalbudgets. Die bestehenden bundesrechtlichen Mög-
4348 lichkeiten zur Umsetzung müssen, wie in der Psychiatrie bereits erprobt, deutlich er-
4349 weitert werden.

4350 **Geburtshilfe stärken**

4351 Für eine starke Geburtshilfe werden wir zur Sicherung der Strukturen womöglich auch
4352 gesetzgeberisch eingreifen. Die Geburtsstationen im Land sollen erhalten bleiben und
4353 ergänzend regional verteilt weitere Hebammenzentralen entstehen. Wir wollen Ge-
4354 burtshäuser in direkter Anbindung an Krankenhäuser unterstützen und (analog zur
4355 Hausärzteförderung) die Niederlassung von Hebammen fördern.

4356 Außerdem treten wir für eine bessere Personalbemessung in den Kreißsälen ein. Wir
4357 wollen mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Rheinland-Pfalz etablieren. Die Arbeit
4358 der Hebammen verdient mehr Wertschätzung, die sich auch im Geldbeutel zeigt. Auf
4359 Landesebene wollen wir ein Konzept erarbeiten, um den Kliniken ein Überleben der
4360 Geburtshilfe an den verbliebenen Standorten zu ermöglichen. Mit individuellen, regio-
4361 nalen Konzepten wollen wir sicherstellen, dass Standorte für Schwangere gut erreich-
4362 bar bleiben.

4363 Wir stehen dafür ein, dass die Hebammen mit akademischer und beruflicher Ausbil-
4364 dung gleichermaßen wertgeschätzt werden.

4365 **Aufbau einer Lehrkrankenhausstruktur**

4366 Wir setzen uns dafür ein, dass die Struktur der Lehrkrankenhäuser in Rheinland-Pfalz
4367 fortgeführt werden kann. Hierzu wollen wir die Partner:innen des Gesundheitswesens
4368 zusammenbringen, um eine mögliche Umsetzung zu definieren.

4369 **Strukturentwicklung der Krankenhäuser**

4370 Eine angemessene Grund- und Notfallversorgung sowie ausreichende Geburtshilfen
4371 und Abteilungen für Kinder- und Jugendmedizin müssen überall in erreichbarer Nähe
4372 gesichert sein. Grundlage hierfür bilden die Kriterien des Gemeinsamen Bundesaus-
4373 schusses. Die hiernach unverzichtbaren Standorte der Geburtshilfe und der Kinder-
4374 und Jugendmedizin werden wir schützen, indem wir die Kriterien für den „geringen
4375 Versorgungsbedarf“ deutlich anheben, um den betroffenen Abteilungen einen Sicher-
4376 stellungszuschlag zu ermöglichen. Die unverzichtbaren Krankenhausstandorte sollen
4377 zudem bei der Investitionsförderung vorrangig berücksichtigt werden. Kleine Kranken-
4378 häuser, die nicht mehr ausschließlich als Krankenhäuser betrieben werden können,
4379 unterstützen wir bei der Weiterentwicklung zu lokalen Gesundheitszentren.

4380 **Zuverlässige Gesundheitsnetzwerke**

4381 Um eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung in
4382 Rheinland-Pfalz sicherzustellen, nehmen wir die gesamte Versorgungskette in den
4383 Blick. Wir berücksichtigen sowohl ambulante als auch stationäre sowie rehabilitative
4384 Strukturen und setzen auf die Vernetzung der Akteur:innen. Dafür steht das Projekt
4385 „Zukunft Gesundheitsnetzwerke“ in Rheinland-Pfalz.

4386 Nach der theoretischen Ausarbeitung sind bereits Modellprojekte am Diakonie Kran-
4387 kenhaus in Kirn und am Kreiskrankenhaus Saarburg gestartet. Diese Modelle sollen
4388 in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungspartner:innen und mit externer Unter-
4389 stützung fortgesetzt und an weiteren geeigneten Standorten etabliert werden. Wo es
4390 in einer Region Kliniken mit identischen Versorgungsangeboten gibt, wirken wir darauf
4391 hin, dass eine Spezialisierung stattfindet. Krankenhäuser der Grund- und Regelversor-
4392 gung werden im jeweiligen Versorgungsgebiet verpflichtet, mit Kliniken der Schwer-
4393 punkt- und Maximalversorgung Netzwerkstrukturen zu etablieren.

4394 Wir wollen uns, gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung als Aufgabenträge-
4395 rin, dafür einsetzen, dass eine Anpassung der vertragsärztlichen Bedarfsplanung an
4396 die Versorgungsrealität in Stadt und Land umgesetzt wird.

4397 **Krankenhausfinanzierung auf hohem Niveau**

4398 Wir werden die Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser im den nächsten Jahren
4399 erhöhen. Die Notfall- und Intensivmedizin gehört zum Kernbereich staatlicher Gefah-
4400 renabwehr und Daseinsfürsorge und benötigt auch im Vergütungssystem der Kran-
4401 kenhäuser besondere Beachtung. Dies gilt insbesondere auch für die Universitätsme-
4402 dizin und die Maximalversorger. Dies gilt es auch bei der Investitionsförderung zu be-
4403 rücksichtigen.

4404 Wir werden das rheinland-pfälzische Krankenhausgesetz novellieren und Regelungen
4405 zu Qualität und Patientensicherheit aufnehmen. Die Koalition wird sich auf der Bun-
4406 desebene dafür einsetzen, das aktuelle Krankenhausfinanzierungssystem (DRG-Sys-
4407 tem) grundlegend zu reformieren. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass eine
4408 separate Kalkulation von kinderrelevanten Fallpauschalen gestaltet wird.

4409 Im Pflegepersonalbereich werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass ein neues
4410 Personalbemessungsinstrument eingeführt wird.

4411 **IT-Sicherheit in Krankenhäusern**

4412 Wir legen einen Schwerpunkt auf die Arbeit des Runden Tisches zur IT-Sicherheit in
4413 Krankenhäusern. Deshalb wollen wir die Digitalisierung in den Kliniken mit zusätzli-
4414 chen Mitteln fördern, insbesondere dort, wo das die Arbeitsabläufe vereinfachen kann
4415 und die IT-Sicherheit erhöht. Dafür setzen wir den Krankenzukunftsfonds ein.

4416 **Patient:innen- und Angehörigenrechte stärken**

4417 Wer erkrankt, ist oftmals mit einer Vielzahl an Fragen konfrontiert. Neben der Wahl
4418 zwischen verschiedenen Behandlungsoptionen, stellen sich unter anderem auch Fra-
4419 gen der Finanzierung von Arzneimitteln durch die Krankenkassen. Umso wichtiger ist
4420 es, dass die unabhängige Patient:innenberatung (UPD) Patient:innen in gesundheitli-
4421 chen sowie gesundheitsrechtlichen Fragen als Ansprechpartnerin unterstützend zur
4422 Verfügung steht. Rheinland-Pfalz setzt sich daher dafür ein, dass die Aufgaben der
4423 UPD langfristig sichergestellt und institutionalisiert werden. Dafür ist es notwendig,
4424 dass die UPD wieder in die Hände von zivilgesellschaftlichen und gemeinnützigen Or-
4425 ganisationen gelegt wird.

4426 Wir werden prüfen, ob und inwieweit bestehende Informationsdefizite (bezüglich Kran-
4427 kenhausaufenthalt oder auch Entlasssituation) im Rahmen der rechtlichen Möglichkei-
4428 ten behoben werden können.

4429 **Entlastung für unsere Ärzt:innen**

4430 Eine vernetzte, intersektorale Versorgung erfordert gerade im ländlichen Raum, auch
4431 zur Unterstützung der Hausärzt:innen, eine neue Aufgabenteilung zwischen ärztlicher
4432 und heilberuflicher Tätigkeit. Hierzu eignet sich das Berufsbild der „Physician As-
4433 sistants“, die Ärzt:innen in verschiedenen Bereichen entlasten können, soweit es sich
4434 nicht um ausschließlich von Ärzt:innen zu erbringende Tätigkeiten handelt. Wir setzen
4435 uns dafür ein, dass in Rheinland-Pfalz entsprechende Aus- und Weiterbildungsmög-
4436 lichkeiten geschaffen werden.

4437 **Gesundheitliche Versorgung in allen Lebensphasen**

4438 Mit Förderung des Landes sollen auf regionaler Ebene Gesundheitskonferenzen unter
4439 öffentlich-rechtlicher Leitung entstehen. Wir möchten, dass diese von einem oder meh-
4440 reren Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. Ergänzend soll die Lan-
4441 desgesundheitskonferenz koordinierende Aufgaben übernehmen.

4442 Die Förderung der ehrenamtlichen Hospizarbeit, insbesondere auch der Kinder- und
4443 Jugendhospizarbeit, wird auf mindestens dem heutigen Niveau fortgesetzt. Wir setzen
4444 uns für die flächendeckende Hospizversorgung ein und werden dort, wo erforderlich,
4445 die Etablierung teilstationärer und ambulanter Angebote unterstützen.

4446 **Sicherheit in der Arzneimittelversorgung**

4447 Auf Bundesebene fordern wir die systematische Erforschung der Ursachen von Lie-
4448 ferengpässen von Medikamenten beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinpro-
4449 dukte. Wir werden uns weiterhin für die Weiterentwicklung einer robusten Infrastruktur
4450 zur Produktion dringend benötigter Arzneimittel und Medizinprodukte vor Ort einset-
4451 zen.

4452 **Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken**

4453 Den öffentlichen Gesundheitsdienst werden wir auf allen Ebenen auf den Prüfstand
4454 stellen, um ihn für künftige Gesundheitslagen leistungsstark und effizient auszurichten.
4455 Hierzu werden wir den zwischen Bund, Ländern und Kommunen beschlossenen ÖGD-
4456 Pakt konsequent umsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine Tätigkeit im
4457 Öffentlichen Gesundheitsdienst attraktiver wird.

4458 Wir wollen nach dem Ende der Pandemie die Ursachen für den teilweise unterschied-
4459 lichen Verlauf in den Landkreisen und kreisfreien Städten unabhängig untersuchen
4460 lassen, wobei Faktoren wie Sozialstruktur und Gesundheitsstruktur zu berücksichtigen
4461 sind. Ziel ist es, dass Land und kommunale Körperschaften dadurch künftig in ver-
4462 gleichbaren Krisensituationen noch besser agieren und kommunizieren.

4463 Die Aus-, Fort- und Weiterbildung in Zusammenarbeit mit der Akademie für öffentliches
4464 Gesundheitswesen in Düsseldorf werden wir für alle Berufsgruppen im Öffentlichen
4465 Gesundheitswesen weiter ausbauen. Für alle ärztlichen Quereinsteiger sowie mittel-
4466 fristig die Absolventen der ÖGD-Quote bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen
4467 werden wir ein strukturiertes landesweit einheitliches Weiterbildungskonzept erstellen.
4468 Wir werden uns dafür einsetzen, dass bereits in der Ausbildung der Medizinstudieren-
4469 den das Öffentliche Gesundheitswesen eine stärkere Rolle spielt. Auch nach der
4470 Corona-Pandemie haben wir die Nachwuchssicherung für den Öffentlichen Gesund-
4471 heitsdienst im Blick. Das Weiterbildungskonzept für Ärzt:innen sieht regionale Ausbil-
4472 dungsgesundheitsämter mit spezifischen Qualifikationsbereichen vor, um das ge-
4473 samte Aufgabenspektrum abzudecken. Darüber hinaus werden an der Universitäts-
4474 medizin in Mainz und am Landesuntersuchungsamt spezielle Lerninhalte vermittelt.

4475 Wir werden das Landesgesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGdG), das
4476 Landesgesetz über die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Kreisverwaltungen,
4477 die Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes und die Lan-
4478 desverordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrich-
4479 tungen (MedHygVO) entsprechend novellieren.

4480 **Faire Arbeitsbedingungen für Heilmittelerbringer:innen**

4481 Auch den Heilmittelerbringer:innen wollen wir mehr Wert beimessen, da sie mit ihrer
4482 Arbeit sicherstellen, dass erkrankte Menschen länger selbstständig bleiben und Pflege-
4483 gebedürftigkeit aufgeschoben oder verhindert wird. Wir setzen uns deshalb auf Bundes-
4484 esebeine für eine faire Bezahlung sowie eine bessere Koordination zwischen Pflege-
4485 kräften, Therapeut:innen und Ärzt:innen unter Einbeziehung der Patient:innen und ihrer
4486 Angehörigen ein. Wir setzen uns dort auch für die Prüfung ein, wie ein Direktzugang
4487 zu Heilmittelerbringer:innen zu Lasten der Sozialversicherungen eröffnet werden kann,
4488 so dass es bei bestimmten Indikationen und Wiederholungsbehandlungen keines Re-
4489 zepts bedarf.

4490 **Digitalisierungsoffensive im Gesundheitswesen**

4491 Wo möglich wollen wir Prozesse digital vereinfachen und damit zur Entlastung des
4492 Pflegepersonals beitragen. Aus diesem Grund werden wir eine Landesinitiative zur
4493 Digitalisierung von Struktur-, Arbeits- und Organisationsprozessen in Einrichtungen
4494 und Diensten der Pflege starten.

4495 Zudem bringen wir ein Förderprogramm zur Einführung der Künstlichen Intelligenz mit
4496 dem Ziel der technologischen Unterstützung im Pflegeprozess auf den Weg.

4497 Des Weiteren unterstützen wir den Einsatz von Gesundheits-Apps, sofern diese den
4498 patienten- und datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechen.

4499 **Telemedizin im Gesundheitswesen ausbauen**

4500 Im ländlichen Raum müssen Hausärzt:innen oft größere Distanzen überwinden, um
4501 die medizinische Versorgung ihrer Patient:innen sicherzustellen. Durch das zunehmende
4502 Alter der Bevölkerung sinkt die Mobilität der Patient:innen, während gleichzeitig
4503 der Bedarf nach medizinischen Leistungen steigt.

4504 Deshalb unterstützt das Pilotprojekt „Telemedizinische Assistenz Rheinland-Pfalz
4505 (TMA)“ gezielt Hausarztpraxen im ländlichen Raum. Wir entwickeln das Projekt weiter
4506 mit dem Ziel die „Telemedizinische Assistenz“ landesweit einsetzen zu können.

4507 Zudem setzen wir uns für Investitionen in die digitale Prozessoptimierung in Krankenhäusern ein.
4508

Kultur

Die Corona-Pandemie hat schmerzlich bewusstgemacht, wie wichtig eine vielfältige Kulturszene für unsere Gesellschaft ist. Kultur ist Ausdruck und Bedürfnis des menschlichen Daseins und die menschliche Sehnsucht nach Kunst und Kultur ist stark. Diese kollektive Erfahrung bestärkt uns in unserem Streben, kulturellen Reichtum in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zu erhalten und allen Menschen in Rheinland-Pfalz den Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Dazu gehört in den nächsten Jahren insbesondere: unsere vielfältige Kulturlandschaft beim Wiederaufbau zu begleiten und unterstützen.

Kulturentwicklungsplan

Aufgabe der Kulturpolitik und der Kulturförderung ist es, gute und verlässliche Rahmenbedingungen für die Kulturschaffenden in unserem Land zu schaffen. Wir setzen auf eine dialogische Kulturpolitik, in der alle Akteure zu Wort kommen und an den Prozessen partizipieren können.

Im Rahmen einer Kulturentwicklungsplanung wollen wir auf der Grundlage des Kulturförderberichts, die Kulturförderung gemeinsam noch besser auf die Bedarfe der Künstler:innen und der Kulturschaffenden anpassen.

Kulturelle Teilhabe stärken

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kultur in allen Teilen unseres Landes, in den Städten und in den ländlichen Regionen, weiter verbessern. Breitenkultur bedeutet auch ehrenamtliches Engagement, vielfach in Vereinen, Theatern, Orchestern, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, in der freien Szene oder den soziokulturellen Zentren. Diese Strukturen wollen wir sichern und zukunftsfähig machen.

Wir sind stolz auf das vielfältige Kulturangebot in unserem Land mit seinen renommierten Orchestern, Theatern, Museen, Bibliotheken und Archiven, mit herausragenden Festivals und einer kreativen Freien Szene. Der Kultursommer ist eine etablierte Größe im kulturellen Angebot des Landes Rheinland-Pfalz und ein Alleinstellungsmerkmal, welches wir weiterführen wollen.

Wir wollen die, oftmals ehrenamtlichen, Kulturakteure in der Fläche professionell unterstützen. Dabei bauen wir auf bestehenden Programmen auf.

Die kulturelle Infrastruktur in der freien Szene und der Soziokultur wollen wir weiterentwickeln und zukunftsfest machen. Dabei überprüfen wir sowohl bestehende Chancemanagement-Angebote als auch die Möglichkeit überjähriger Förderungen.

Die finanzielle Förderung von Projekten, Initiativen und Akteuren im Bereich der kulturellen Bildung soll weiterhin ein Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Kulturpolitik sein. Die kulturelle Kinder- und Jugendbildung ist eine wichtige Säule unserer Kulturpolitik und wir werden sie zukunftsfest weiterentwickeln.

Die 42 kommunalen Musikschulen erfüllen eine wichtige Aufgabe in der musikalischen Bildung von Kindern und Erwachsenen und leisten hier hervorragende Arbeit. Diese Förderung werden wir fortsetzen und werden dabei den Aspekt der „Guten Arbeit“ stärker in den Blick nehmen.

4552 Wir unterstützen den bereits eingeleiteten Prozess für einen flächendeckenden Biblio-
4553 theksverbund in Rheinland-Pfalz mit einem integrierten Informations- und Lernportal
4554 als landesweit vernetzte digitale Infrastruktur als Teil der Digitalstrategie des Landes.
4555 Wir wollen dabei prüfen, inwieweit besonders gelungene Bibliothekskonzepte als Vor-
4556 bildcharakter hervorgehoben werden können.

4557 **Arbeitsbedingungen von Künstler:innen verbessern**

4558 Die Corona-Krise hat es deutlich gemacht. Die Arbeits- und Einkommenssituation vie-
4559 ler Kulturschaffender und Künstler:innen ist trotz der unbestrittenen Bedeutung der
4560 Kultur- und Kreativszene noch immer prekär.

4561 Wir wollen diese Arbeitsbedingungen grundlegend und nachhaltig verbessern. Dabei
4562 geht es zum einen um die Stärkung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten.
4563 Zum anderen geht es um die Arbeitsbedingungen von Künstler:innen. Dazu gehört,
4564 dass wir gemeinsam mit anderen Bundesländern die Strukturen der sozialen Absiche-
4565 rungssysteme für die Kultur auf Bundesebene überprüfen (insbesondere die Künstler-
4566 sozialkasse) und fortentwickeln wollen. Dazu gehört auch, dass wir gemeinsam mit
4567 den Verbänden und Kommunen Mindeststandards für Verträge und Vergütungen er-
4568 arbeiten wollen.

4569 **Digitalisierung und Klimaschutz im Kulturbereich gestalten**

4570 Der digitale Wandel beeinflusst den Kunst- und Kulturbereich in seiner Gesamtheit.
4571 Die digitale Präsentation und Vermittlung, wie auch die Ermöglichung von digitaler
4572 Kunst, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Durch die Corona-Pandemie wurde der
4573 Bedarf an digitaler Kommunikation und Vermittlung drastisch erhöht. Wir wollen die
4574 Kultureinrichtungen und die Künstler:innen bei der digitalen Transformation durch Wei-
4575 terbildungen und externes Know-how unterstützen.

4576 Wir setzen uns dafür ein, dass Kulturgenuß und Klimaschutz in Rheinland-Pfalz Hand
4577 in Hand gehen und werden entsprechende Projekte im Land weiter begleiten.

4578 **Kulturelles Erbe unseres Landes sichtbar machen**

4579 Rheinland-Pfalz verfügt über ein reiches historisches und kulturelles Erbe. Rheinland-
4580 Pfalz ist stolz auf seine UNESCO-Welterbestätten, wie dem Welterbe „Oberes Mittel-
4581 rheintal“ und die SchUM-Stätten Speyer, Worms und Mainz. Wir bewahren dieses kul-
4582 turelle Erbe, machen es für die Öffentlichkeit zugänglich und stärken Präsentation und
4583 Vermittlung.

4584 Wir wollen das Konzept der Landesausstellung im Zweijahresturnus mit großen histo-
4585 rischen Ausstellungen in den Standorten der Landesmuseen fortsetzen. Wir haben das
4586 für 2032 anstehende 200. Jubiläum des Hambacher Festes im Blick und werden in der
4587 aktuellen Wahlperiode entsprechende Strukturen, Grundlagen und Netzwerke schaf-
4588 fen.

4589 Das Erbe des großen Erfinders und Medienrevolutionärs Johannes Gutenberg strahlt
4590 weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus und ist bundesweit wie international
4591 von großer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund die Rolle des Guten-
4592 berg-Museums in Mainz angemessen berücksichtigt und es institutionell fördert. Auch

4593 das Land wird sich an der inhaltlichen und baulichen Weiterentwicklung des Museums
4594 finanziell beteiligen.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Kirchen in Rheinland-Pfalz prägen unsere Kultur und stehen unter dem besonderen Schutz unserer Verfassung. Die christlichen Kirchen sind für uns wichtige Partner, mit denen wir unseren ständigen Dialog in vielen wichtigen gesellschaftlichen Fragen fortsetzen werden. Wir würdigen besonders ihr Engagement in Caritas und Diakonie, in Bildung und Kultur sowie in der Seelsorge. Wir werden den engen Dialog und die gute Zusammenarbeit mit den Kirchen fortsetzen.

Jüdische Gemeinden stärken

Jüdisches Leben ist selbstverständlicher Teil unseres Zusammenlebens. Wir wollen auch weiterhin zeigen, wie facettenreich und bedeutend jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz war und ist. Wir werden die jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz nachhaltig stärken und den bestehenden Staatsvertrag fortentwickeln. Wir begleiten und unterstützen den Bau einer Synagoge in Koblenz.

Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften

Muslim:innen sind Teil der rheinland-pfälzischen Gesellschaft und gestalten sie mit. Wir streben einen einheitlichen Islamischen Religionsunterricht als reguläres Schulfach mit beim Land beschäftigten Lehrkräften, Lehrplänen und unter Aufsicht der staatlichen Schulaufsicht an. Dazu werden wir eine eigene Lehramtsqualifizierung aufbauen. Die hierfür notwendige Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften kann nur erfolgen, wenn diese die notwendigen Anforderungen zur Zusammenarbeit, wie Unabhängigkeit von politischen Eingriffen Dritter, ausreichend erfüllen, um umfassend als Religionsgemeinschaft im Sinne von Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz und Art. 34 der Landesverfassung gelten zu können. Bis dahin wollen wir den an 27 Schulen bereits laufenden Modellversuch zum Islamischen Religionsunterricht fortführen.

Zukunftssicher Bauen und Wohnen in Rheinland-Pfalz

Beim Wohnen geht es um mehr als nur vier Wände und ein Dach über dem Kopf – die Art, wie in unseren Dörfern und Städten gebaut wird, beeinflusst unser Zusammenleben insgesamt. Das Wohnen und Bauen der Zukunft ist energieeffizient, barrierefrei und gemeinschaftlich, deswegen schaffen wir bezahlbaren Mietwohnraum für Menschen aller Einkommensschichten, helfen bei der Finanzierung des Eigenheims, fördern gemeinschaftliches und studentisches Wohnen und modernisieren Mietwohnungen. Wir wollen, dass Wohnen für alle Menschen bezahlbar und lebenswert bleibt – in der Stadt und auf dem Land. Deswegen führen wir unsere soziale Wohnraumförderung entschlossen fort, entwickeln sie weiter und sorgen dafür, dass vor allem in den Ballungsgebieten bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum entstehen kann. Dabei wollen wir ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben.

Wohnraumoffensive – gemeinsam stark

Wohnungspolitik ist unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten eine Querschnittsaufgabe. Die Rheinland-Pfälzer:innen brauchen ausreichenden, guten und bezahlbaren Wohnraum sowohl zur Miete als auch im Eigentum. Es geht um nachhaltiges, ressourcenschonendes und klimagerechtes Bauen in Stadt und Land sowie um die zukunftsorientierte Sanierung bestehender Wohngebäude. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode eine Modernisierungsoffensive starten, bei der Klimafolgenanpassungen, Energieeinsparungen, barrierefreies Wohnen und bezahlbares Wohnen gleichermaßen in den Blick genommen werden.

Bezahlbares Wohnen: Soziale Wohnraumförderung

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist ein lebensnotwendiges Grundbedürfnis und eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben und dort leben können, wo sie es möchten. Insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sollen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum auch in den Ballungszentren behalten. Erstmals werden wir im Jahr 2021 einen Betrag von 375 Mio. Euro für die soziale Wohnraumförderung investieren. Dieses hohe Niveau werden wir verstetigen und über die gesamte kommende Legislaturperiode fortsetzen. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, neue Wohnungen in die Sozialbindung zu bringen und bestehende Wohnungen in der Sozialbindung zu halten. Insgesamt wollen wir unsere hervorragenden Programme weiterentwickeln, sie an die Entwicklung des Immobilienmarkts anpassen und unter Beachtung modernen bezahlbaren Bauens sowie der Anforderungen des Klimaschutzes fortschreiben.

Die Förderprogramme beziehen den Neubau und die Modernisierung von Mietwohnungen, den Erwerb von Belegungsrechten und die Förderung von Genossenschaften, Gemeinschaftswohnungen auch für Pflegebedürftige sowie von Studierendenwohnheimen ein. Gerade im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz mit seiner im Bundesvergleich sehr hohen Eigentumsquote kommt auch der sozialen Eigenheimförderung eine wichtige Rolle zu. Dabei wollen wir das Wohneigentum stärken und haben auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bauwilligen im Blick. Wir werden die Programme fortführen und wollen mit neuen Schwerpunkten wichtige Anreize für zusätzliche Investitionen setzen. Dabei setzen wir auf die Kooperation mit unseren Partnern im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen, gerade auch im Hinblick auf Innovation,

4666 Nachhaltigkeit, Klimaschutz, ökologische Baustoffe und die bedarfsgerechte Anpassung attraktiver Förderkonditionen.
4667

4668 **Modernes und soziales Wohnen**

4669 Für neue Baugebiete ist es essentiell, dass sie den gesamten Bedarf des Wohnens
4670 abbilden. Kernpunkt unserer sozialen Wohnraumförderung sind deshalb Baugebiete
4671 mit einer Sozialquote in sozial ausgewogenen Gebieten. Wir wollen mehr Kooperati-
4672 onsvereinbarungen mit Kommunen zur Stärkung des geförderten Wohnungsbaus ab-
4673 schließen. Bereits bisher unterstützen wir Kommunen, die eine Sozialquote in Bauge-
4674 bieten von mindestens 25% eingeführt haben und andere Verpflichtungen zur Schaf-
4675 fung bezahlbaren Wohnraums eingehen. Kommunen werden wir zudem stärker mit
4676 Blick auf die Einführung von Quoten für den sozialgeförderten Wohnungsbau beraten.
4677 Im Rahmen der Modernisierungsoffensive wollen wir zudem neue Kooperationsverein-
4678 barungen mit Kommunen auflegen, etwa mit einer neuen Zuschussförderung für ener-
4679 getische und klimafolgenangepasste Maßnahmen im Quartier.

4680 Die Teilhabe aller am sozialen Gut Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil unserer
4681 Förderprogramme. Hierzu gehört auch die Förderung der Barrierefreiheit sowie des
4682 altersgerechten und des gemeinschaftlichen Wohnens.

4683 **Genossenschaftliches Wohnen fördern**

4684 Wir wollen uns weiterhin verstärkt dem sehr breiten Spektrum an Wohnformen zuwen-
4685 den. Den bereits gut gelungenen Beispielen von Baugemeinschaften sollen neue Pro-
4686 jekte folgen. Wir wollen weiter genossenschaftliches Wohnen fördern. In diesem Be-
4687 reich konnten wir bereits viele einzelne Vorhaben umsetzen und wollen nun verstärkt
4688 über Moderationsförderung und Unterstützungsleistungen auch an Kommunen zum
4689 Gelingen weiterer Genossenschaften und anderer gemeinschaftlicher Bau- und Wohn-
4690 projekte beitragen. Auch der Erwerb von Genossenschaftsanteilen wird in diesem
4691 Sinne weiter gefördert.

4692 **Berücksichtigung neuer Arbeitsformen**

4693 Nicht zuletzt werden wir Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen, unter anderem im
4694 Hinblick darauf, wie das Zuhause beschaffen sein soll. Mehr Homeoffice und mobile
4695 Arbeitsformen verändern dauerhaft auch die Anforderungen an das Wohnen. Bei künf-
4696 tigen Projekten wollen wir den Ort des mobilen Arbeitens berücksichtigen, wissen-
4697 schaftliche Untersuchungen zu dieser Frage anstoßen, die gesellschaftliche Entwick-
4698 lung architektonisch begleiten sowie zum Beispiel in größeren Projekten Co-Home-
4699 office-Bereiche fördern.

4700 **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften**

4701 Wir wollen die Kommunen weiterhin darin begleiten, sich dort, wo es sinnvoll ist, an
4702 bestehenden Wohnungsbaugesellschaften zu beteiligen oder neue, auch auf Land-
4703 kreisebene, zu gründen.

4704 **Digitalisierung nutzen**

4705 Um gezielt Menschen mit den für sie geeigneten Wohnformen zusammenzubringen,
4706 wollen wir die Digitalisierung nutzen und so die örtliche Gemeinschaft stärken und Mo-
4707 delle für das Wohnen der Zukunft fördern. Im Zuge dessen gilt es gerade auch im
4708 ländlichen Bereich, weitere Beratungsleistungen in Bezug auf die Förderprogramme
4709 des Landes zur Verfügung zu stellen

4710 **Entwicklung und Erhalt attraktiver Orts- und Stadtkerne**

4711 Die Entwicklung und der Erhalt attraktiver Orts- und Stadtkerne und deren Anpassung
4712 an die weitreichenden Folgen der Klimakrise sowie die Umnutzung leerstehender ge-
4713 eigneter Immobilien für Wohnzwecke werden wir durch bedarfsgerechte Programme
4714 begleiten.

4715 **Bauforum bleibt wertvolle Kommunikationsplattform**

4716 Die Vermittlung, der Austausch und das Netzwerk unter Einbeziehung von Handwerk
4717 und mittelständischer Bauwirtschaft werden eine wichtige Stütze unserer Aktivitäten
4718 im Bereich des Bauens bleiben. Mit dem Bauforum verfügen wir über eine wertvolle
4719 Kommunikationsplattform, auf der Bau- und Immobilienwirtschaft, Planung, Politik und
4720 Wissenschaft den Austausch pflegen und neue Ideen entwickeln.

4721 **Bezahlbare Mieten**

4722 Wohnraum zu bezahlbaren Mieten gehört wie der leichte Zugang zu Wohneigentum
4723 zum Kernbereich der Daseinsvorsorge. In den letzten Jahren wurden die Landesver-
4724 ordnungen zur Kappungsgrenze und zur Mietpreisbremse erlassen, um bezahlbares
4725 Wohnen in angespannten Wohnungsmärkten zu unterstützen. Wir werden die Effekte
4726 dieser Maßnahmen evaluieren und in unsere weiteren Entscheidungen einbeziehen.

4727 Die Kappungsgrenzenverordnung läuft bis zum September 2024 und die Mietpreisbe-
4728 grenzungsverordnung bis zum Oktober 2025. Beide Instrumente wollen wir – unter
4729 Berücksichtigung der Evaluation – wie bisher sehr zielgenau und ortsbezogen einset-
4730 zen und unter der Voraussetzung, dass die bundesgesetzlichen Grundlagen geschaf-
4731 fen werden, weiterhin nutzen.

4732 **Aktivierung von Bauland**

4733 Bauland ist ein knappes Gut, und Flächen sind vor allem auch ein ökologischer Faktor.
4734 Zusätzliche nicht notwendige Flächenausdehnung gilt es zu vermeiden und primär das
4735 bestehende Potenzial von Altstandorten, Konversionsflächen und innenstädtischem
4736 Leerstand im Gewerbe- und Bürobereich auszuschöpfen. Insbesondere Konversions-
4737 flächen können genutzt werden, um nachhaltige Zukunftsquartiere entstehen zu las-
4738 sen. Wir möchten auch das Angebot einer Förderung des Erwerbs von Wohneigentum,
4739 insbesondere auch von Bestandsimmobilien, intensivieren.

4740 Die ressourcenschonende Aktivierung von Bauland im Innenbereich ist eine wesentli-
4741 che Voraussetzung für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums. Vorrang haben Innen-
4742 entwicklungspotenziale. Wir wollen in Zukunft verstärkt durch sogenannte Konzept-
4743 vergabeverfahren dazu beitragen, eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und sozial
4744 ausgewogene Baulandentwicklung in Kommunen zu unterstützen. Wir unterstützen

4745 und beraten Kommunen bei der Bodenbevorratung und einem nachhaltigen Bauland-
4746 management. Kommunen soll es erleichtert werden, Flächen anzukaufen, um Preis-
4747 spekulationen entgegenzutreten.

4748 Ergänzend setzen wir uns für eine Baulandinitiative ein, mit der wir die Kommunen bei
4749 der Aktivierung und Entwicklung neuer Wohnbauflächen unterstützen.

4750 Wir sind uns bewusst, dass der hohe Bedarf an neuem Wohnraum nur durch die starke
4751 Einbeziehung von privaten Investitionen gedeckt werden kann.

4752 Wir werden weiterhin die regionale Baukultur in Rheinland-Pfalz fördern und die enge
4753 und gute Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft und den Architekt:innen auch im Zent-
4754 rum für Baukultur fortsetzen.

4755 **Klimaziele im Wohnungsbau**

4756 Die Einhaltung der Klimaziele ist auch und gerade im Wohnungsbau eine wichtige Auf-
4757 gabe für die nächsten Jahre. Daher muss hier verstärkt im Neubau und in der Sanie-
4758 rung von Altbauten ein Schwerpunkt auf die Verwendung von langlebigen, nachhalti-
4759 gen und ressourceneffizienten Bauprodukten wie Holz oder Recyclingbeton aus regi-
4760 onalen Quellen gelegt werden. Mit der Landesinitiative „Klimabündnis Bauen – nach-
4761 wachsende und kreislaueffiziente Rohstoffe stärken“ wollen wir gemeinsam mit unse-
4762 ren Bündnispartnern einen strategischen Beitrag zu einem klimaneutralen Rheinland-
4763 Pfalz leisten. Das bereits bestehende Holzcluster Rheinland-Pfalz werden wir weiter-
4764 entwickeln.

4765 Das Bauordnungsrecht wollen wir, orientiert an der Musterbauordnung, an ökologi-
4766 schen Standards und an modernen Sicherheitsanforderungen fortentwickeln, um bun-
4767 desweit weitgehend einheitliche Anforderungen an das Bauen sicherzustellen.

4768 Wir fördern eine nachhaltige und klimafreundliche Mobilität und werden im Rahmen
4769 der Landesbauordnung weiterhin dafür Sorge tragen, zukünftig mehr sichere Stell-
4770 plätze für Fahrräder und E-Fahrräder einzuplanen. Ebenfalls werden wir dafür sorgen,
4771 dass bei Neubauten und umfangreichen Umbauten von Gebäuden grundsätzlich auf
4772 die Vorbereitung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu achten ist.

4773 Um den weiteren Artenverlust in und um unsere Kommunen zu stoppen und die wert-
4774 volle Funktionsfähigkeit der Böden zu erhalten, sind Freiflächen dauerhaft und natur-
4775 nah zu begrünen. Zur Erreichung dieses Ziels werden wir die bestehende Rechtsnorm
4776 in der LBauO stärker in den Blick nehmen, sodass Freiflächen grundsätzlich begrünt
4777 werden müssen. Weitere Maßnahmen zur Klimawandelfolgenanpassung wie Dach-
4778 und Fassadenbegrünungen sollen für Neubauten und im Rahmen von umfassenden
4779 Sanierungsarbeiten verstärkt berücksichtigt werden. Bei den landeseigenen Gebäu-
4780 den wird das Land als Vorbild vorangehen und Dach- und Fassadenbegrünung, wo
4781 dies technisch möglich ist, einsetzen.

4782 Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes wollen wir, dass der Digitale Bauan-
4783 trag ermöglicht werden soll. Dabei ist nicht nur die Einreichung von Unterlagen, son-
4784 dern die Digitalisierung des gesamten Prozesses das Ziel.

4785 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) hat ihre Berechtigung und
4786 gibt kleinen und mittleren Büros klare, verlässliche Rahmenbedingungen und soll bei

4787 der öffentlichen Vergabe von Aufträgen vor nicht auskömmlichen Angeboten schützen.
4788 Das Land wird sich zudem bei der Umsetzung der EU-Berufsqualifizierungsrichtlinie
4789 für die Einführung eines einheitlichen Berufsausübungsrechtes für alle am Bau betei-
4790 ligten Ingenieur:innen einsetzen.

4791 Wir werden die die Bauleitplanung so ausrichten, dass die Aspekte des Klimaschutzes
4792 sowie der Klimaanpassung, der Hochwasservorsorge, des Arten- und Biotopschutzes
4793 ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs- und Bebauungspläne integriert wer-
4794 den können.

4795 Regelungswerke und Förderprogramme müssen stets die Auswirkungen auf die Bau-
4796 und Lebenszykluskosten beachten, um bezahlbares Wohnen zu gewährleisten.

4797 **Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung**

4798 Die hohe fachliche Expertise der Mitarbeiter:innen des Landesbetriebs Liegenschafts-
4799 und Baubetreuung (LBB) ist unverändert gefordert, um die umfangreichen bestehen-
4800 den und ehrgeizigen zukünftigen Bauprogramme im Bereich des Landes- und Bun-
4801 desbaus zügig umzusetzen. Dabei wollen wir die Planungs- und Bauabläufe durch ein
4802 modernisiertes Verfahrensrecht beschleunigen. Der LBB soll weiter gestärkt und auch
4803 mit dem für die Qualitätssicherung und die Umsetzung der ehrgeizigen umweltpoliti-
4804 schen Ziele im Landesbau notwendigen Personal ausgestattet werden. Die Gewin-
4805 nung von qualifiziertem Fachpersonal wollen wir durch attraktive Ausbildungs- und
4806 Qualifizierungsangebote weiter voranbringen.

4807 Zur Steigerung des Bauvolumens wird verstärkt auf die Expertise von freiberuflichen
4808 Architekt:innen sowie Ingenieur:innen zurückgegriffen.

4809 **Nachhaltigkeit im Landesbau – flächeneffizient und ressourcenschonend**

4810 **Nachhaltigkeit bei neuen Bauprojekten**

4811 Im staatlichen Hochbau wollen wir die eingeschlagene Strategie für Nachhaltigkeit und
4812 Klimaneutralität weiter konsequent vorantreiben. Auf dieser Grundlage wollen wir das
4813 nachhaltige Bauen (gem. Bewertungssystem BNB inkl. Ökobilanzierung und Lebens-
4814 zyklusbetrachtung) und das gezielt verstärkte Sanieren in Verbindung mit konsequent
4815 energieeffizienten und optimierten Betriebslösungen sowie dem Einsatz regenerativer
4816 Energien weiter voranbringen. Für Neubauten gehen wir einen kräftigen Schritt voran
4817 und wollen dort den höchsten Standard Gold verwirklichen. Neue Standards und tech-
4818 nische Entwicklungen werden wir aufnehmen und in unsere Planungen miteinbezie-
4819 hen.

4820 Bei der Kalkulation von Bauprojekten im Hochbau des Landes wird ein CO₂-Schatten-
4821 preis in Höhe von 180 Euro pro Tonne zugrunde gelegt, um eine Entscheidungshilfe
4822 für die Investitionen zu geben.

4823 Zudem wollen wir im Landesbau und unserem Liegenschaftsmanagement den Aspek-
4824 ten des Flächensparens (Suffizienz) und des sorgsamsten Umgangs mit den vorhande-
4825 nen Ressourcen bei der Unterbringung der Landesbehörden ein noch stärkeres Ge-
4826 wicht geben. Im Bereich der allgemeinen Verwaltungsliegenschaften sollen zukünftig
4827 turnusmäßig Aktualisierungen der optimierten Nutzungsbedarfe erfolgen. Durch suffi-
4828 ziente Bedarfsplanung vor dem Start von Neubau und großen Sanierungsmaßnahmen

4829 wollen wir die Auswirkungen der Digitalisierung und des modernen Arbeitens auf den
4830 künftigen Liegenschaftsbedarf mitberücksichtigen. Der Landesbetrieb LBB soll bei Be-
4831 darfsplanungen und Musterlösungen verstärkt beratend tätig werden.

4832 Eine Privilegierung des Bauens im Bestand gegenüber Neubaumaßnahmen „auf der
4833 grünen Wiese“ bedeutet Ressourcenschonung. Daher möchten wir die bestehenden
4834 Potenziale unserer landeseigenen Gebäude hinsichtlich Baukultur, städtebaulicher
4835 Relevanz und Nachhaltigkeit weiter nutzen und aktivieren.

4836 **Nachhaltigkeit bei Sanierungen**

4837 Ressourcenschonung bedeutet auch: vorausschauender Umgang mit dem vorhande-
4838 nen Bestand. Ergänzend zu den bereits praxiserprobten Sanierungsstrategien und
4839 konkreten Sanierungsplänen wollen wir einen weitergehenden neuen und übergeord-
4840 neten Umsetzungs- und Realisierungsfahrplan des LBB erstellen. Wir wollen die Sa-
4841 nierungsmaßnahmen deutlich verstärken. Der Umsetzungs- und Realisierungsfahr-
4842 plan enthält auch Maßnahmen und Priorisierungen im Hinblick auf Funktionalität, Kos-
4843 teneffizienz und CO₂-Reduktion, um einen Beitrag zur klimaneutralen Landesverwal-
4844 tung bis zum Jahr 2030 zu leisten. Dieser durch den LBB implementierte Plan soll
4845 Grundlage für die strategische Verstärkung der Sanierungen der Landesliegenschaf-
4846 ten sein. Hierfür wollen wir noch im Jahr 2021 die Grundlagen schaffen und eine ex-
4847 terne Begutachtung in Auftrag geben. Die Digitalisierung im Bereich des öffentlichen
4848 Bauens soll in der gesamten Wertschöpfungskette – Planung, Bau und Betrieb von
4849 Gebäuden – weiter vorangetrieben werden. Building Information Modelling (BIM), da-
4850 tenbankbasiertes Arbeiten sowie eine zentrale und dynamische Datenerfassung sollen
4851 praxistauglich und verstärkt zum Einsatz gebracht werden, um so eine Grundlage für
4852 beschleunigte Bauprojekte zu schaffen.

4853 In diesem Rahmen wollen wir die Mittel für wirksame Maßnahmen zur Einsparung von
4854 Treibhausgasen bei den laufenden Instandhaltungen verstärken und so die Sanie-
4855 rungsquote unserer Landesliegenschaften steigern.

4856 Für klimagerechte und ressourcenschonende große Sanierungsprojekte im Landeslie-
4857 genschaftsbestand (Grundinstandsetzungen) müssen perspektivisch zusätzliche In-
4858 vestitionen erfolgen.

4859 **Hochschulbau**

4860 Wir bekennen uns auch aus baulicher Sicht zu einer attraktiven Hochschullandschaft
4861 durch neue Projekte und gezielte Schwerpunktssetzungen. Die Entwicklung übergeord-
4862 neter größerer langfristiger (Sanierungs-)Bauprogramme und Maßnahmenketten für
4863 große Hochschulstandorte schaffen Synergien und bauliche Planungssicherheit und
4864 lassen sich auf diese Weise auch wirtschaftlicher nach den Kriterien des Bewertungs-
4865 systems für Nachhaltiges Bauen abwickeln. Im Rahmen der Modernisierung der Ver-
4866 fahren durch die Novellierung der RL-Bau soll den Besonderheiten des Hochschulbaus
4867 durch die Möglichkeit der Beschleunigung einzelner Vorhaben und durch vereinfachte
4868 Planungs- und Vergabeverfahren Rechnung getragen werden.

Demokratie

Rheinland-Pfalz ist ein tolerantes und weltoffenes Land, in dem die Menschen gut miteinander leben. Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie lebt von der Beteiligung der Bürger:innen. Dazu gehört für uns eine gute Demokratiebildung in unseren Schulen, die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen oder die Unterstützung von aktiver Gedenkarbeit. Rheinland-Pfalz ist ein starkes Ehrenamtsland: Wir fördern das Engagement und die politische Teilhabe aller Menschen als zentrale Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie. Die Digitalisierung bietet vielfältige Möglichkeiten, ehrenamtliches Engagement weiterzuentwickeln und Engagierte zu unterstützen. Wir wollen diese Chancen für Rheinland-Pfalz bestmöglich nutzen und für Engagement und Zusammenhalt auch ein digitales Zuhause schaffen.

Wahlen

Junge Menschen wollen ihre Zukunft mitbestimmen. Wir wollen ihnen auch bei Wahlen eine Stimme geben. Daher setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunal- und Landtagswahlen ein.

Wir wollen beim Wahlrecht der EU-Bürger:innen auf Landesebene den nächsten Schritt gehen und prüfen, wie eine Teilnahme an Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz ermöglicht werden kann

Wir streben das kommunale Wahlrecht für Angehörige von Drittstaaten (Nicht-EU-Länder) mit verfestigtem legalem Aufenthalt in Deutschland an. Bis dahin gehören die Beiräte für Migration und Integration als Orte des Engagements und der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu wichtigen Akteur:innen der kommunalen Demokratie.

Auch zwischen den Wahltagen: Demokratie zum Mitgestalten

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie gehören neben Parlamenten und Räten zur vielfältigen Demokratie. Auf Landesebene streben wir an, die Zahl der nötigen Unterschriften für Volksbegehren zu senken sowie Abstimmungsquoten und das Beteiligungsalter zu überprüfen. Hierbei wollen wir die Ergebnisse der Enquete Bürgerbeteiligung berücksichtigen.

Wir wollen die Akzeptanz von Planungs- und Veränderungsprozessen auf allen Ebenen steigern. Dafür werden wir in Rheinland-Pfalz modellhaft Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger:innen an demokratischen Prozessen erproben, wie beispielsweise Bürger:innenräte oder Reformbegleitkreise, in denen zufällig ausgewählte Bürger:innen konkrete politische Vorhaben begleiten.

Für die Etablierung von entsprechenden Modellen der Bürger:innenbeteiligung auf kommunaler Ebene werden wir die Kommunen und ihre Spitzenverbände einbinden, um vergleichbare Elemente auch auf kommunaler Ebene verstärkt zu realisieren.

4908 **Für ein vielfältiges und demokratisches Rheinland-Pfalz**

4909 Rheinland-Pfalz ist weltoffen und vielfältig. Dadurch ergibt sich Raum für die Entfaltung
4910 unterschiedlichster individueller Identitäten, Lebensformen und Ausdrucksmöglichkei-
4911 ten. Diese Freiheit und Gleichwertigkeit ist ein zentrales Element unserer liberalen,
4912 pluralen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft.

4913 Die plurale Demokratie ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines
4914 friedlichen und gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Wir freuen uns, wenn sich
4915 Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so funktioniert unsere Gesell-
4916 schaft. Demokratie lebt vom Mitmachen, geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen,
4917 von Toleranz und Offenheit.

4918 Die Gefährdung der Demokratie ist eine wesentliche Herausforderung für die Gesell-
4919 schaft. Wir stellen uns entschieden allen Versuchen entgegen, den Rechtsstaat und
4920 unsere Bürgerrechte zu untergraben, öffentliche Meinung durch Fake News zu mani-
4921 pulieren und menschenfeindliche Gedanken sowie Hass zu verbreiten.

4922 **Starke Demokratie: Für alle Menschen und gegen Hass & Hetze**

4923 Unsere Aufgabe ist es, die Demokratie von innen zu stärken, zu schützen und die
4924 notwendigen Mittel sowie Rechtsgrundlagen bereitzustellen und anzuwenden.

4925 Die größte Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geht der-
4926 zeit von der extremen Rechten aus.

4927 Wir begrüßen die Idee eines Gesetzes zur Förderung der wehrhaften Demokratie (De-
4928 mokratieförderungsgesetz) auf Bundesebene.

4929 Wir brauchen seitens der Bundesebene die Sicherheit, dass die Demokratieförderung
4930 verstetigt und weiter ausgebaut wird. Wer im öffentlichen Dienst tätig ist, muss mit
4931 seinem gesamten Verhalten für die freiheitlich demokratische Grundordnung und de-
4932 ren Erhaltung eintreten. Extremist:innen dürfen keine Aufgabe im öffentlichen Dienst
4933 übernehmen. Wir werden zur Realisierung dieses Ziels konsequent handeln.

4934 **Unsere besondere Verantwortung: Gemeinsam gegen Antisemitismus**

4935 Jüdische Gemeinden mit ihrem vielfältigen religiösen und kulturellen Leben sind in vie-
4936 len Städten und Gemeinden wieder selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft ge-
4937 worden. Die Koalitionspartner sind hierfür dankbar.

4938 Das gegenwärtige kulturelle und religiöse Leben jüdischer Menschen zu unterstützen,
4939 und die Geschichte jüdischer Menschen auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz
4940 in Erinnerung zu halten, ist für uns staatspolitische Verantwortung und Selbstverständ-
4941 lichkeit

4942 Wir werden die Begegnung zwischen Schulen und jüdischen Gemeinden stärken.

4943 Wir wollen den Antisemitismus-Beauftragten in seiner Arbeit auch in Zukunft unter-
4944 stützen und seine Rechtsstellung gesetzlich verankern.

4945 **Zeitgemäße Demokratiebildung und Gedenkarbeit**

4946 Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, die Zusammenarbeit mit
4947 dem Demokratiezentrum, mit Akademien, Schulen, Hochschulen und anderen Einrich-
4948 tungen intensivieren. Durch einen einfachen Zugang zu diesen Einrichtungen wollen
4949 wir erreichen, dass Menschen jeden Alters die gleiche politische Bildung genießen
4950 können.

4951 Gegen die Ausbreitung von Verschwörungstheorien und Wissenschaftsfeindlichkeit
4952 setzen wir auch auf medienpädagogische politische Bildung. Wir wollen die Demokra-
4953 tiepädagogik in Kitas und Schulen fest etablieren. Die rheinland-pfälzischen Orte der
4954 „Straße der Demokratie“ wollen wir für Schulfahrten, bei Volkshochschulen und im
4955 Tourismuskonzept sichtbar machen.

4956 Die rheinland-pfälzischen Gedenkstätten und Gedenkort sind wichtige Wegmarken
4957 unserer Geschichte und Erinnerung. Nicht alle Facetten der NS-Zeit sind bereits wis-
4958 senschaftlich aufgearbeitet; gerade im Kontext lokaler Geschichte werden die Ausprä-
4959 gungen des Nazi-Regimes immer wieder für große Teile der Bevölkerung nachvoll-
4960 ziehbar. Auch das reiche demokratische Erbe in Rheinland-Pfalz muss gepflegt wer-
4961 den. Wir sind offen dafür, weitere Gedenkort von Gewicht zu erschließen.

4962 Eine wesentliche Säule unserer politischen Bildung ist Gedenkarbeit. Wir wollen eine
4963 gute Vernetzung zwischen Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten. Wir wollen dafür
4964 sorgen, dass alle Schüler:innen mindestens einmal während der Schullaufbahn eine
4965 Gedenkstätte wie die Gedenkstätte KZ Osthofen und die Gedenkstätte KZ Hinzert oder
4966 einen Ort der Demokratie besucht haben.

4967 **Politische Bildung**

4968 Unsere Demokratie steht angesichts von demokratiefeindlichen Tendenzen in unserer
4969 Gesellschaft vor ernststen Herausforderungen. Die Förderung von Demokratiebildung
4970 und einer demokratischen, weltoffenen Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz
4971 und ein friedliches Miteinander ist ein wichtiges Anliegen in der politischen Erwachse-
4972 nenbildung. Wir wollen deshalb die Förderung in diesem Bereich verstetigen, um auch
4973 in Zukunft innovative Formate in der gesellschaftspolitischen Erwachsenenbildung ent-
4974 wickeln und absichern zu können. Eine Weiterentwicklung und einen Ausbau dieses
4975 Bereichs werden wir prüfen. Die Landeszentrale für politische Bildung und die aner-
4976 kannten Weiterbildungsträger sind dabei die zentralen Ansprechpartner.

4977 Die Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz leistet und fördert seit vie-
4978 len Jahren die politische Bildung in unserem Land. Als unparteiische und überpartei-
4979 liche Einrichtung informiert sie die Bürger:innen über die Grundlagen der Politik und
4980 über aktuelle politische Entwicklungen. Wir wollen die wertvolle Arbeit der Landeszent-
4981 rale unterstützen, so dass sie sich weiterhin dafür einsetzen kann, demokratisches
4982 Bewusstsein in unserer Gesellschaft zu fördern.

4983 Weiterhin setzen wir auf eine gute Zusammenarbeit der Landeszentrale für politische
4984 Bildung mit der Friedensakademie, die für uns eine zentrale Forschungs- und Trans-
4985 ferstelle für friedenswissenschaftliche und friedenspädagogische Themen ist.

4986 Mit der finanziellen und organisatorischen Beteiligung an der Ausrichtung des jährlich
4987 stattfindenden Demokratietags wird die Bedeutung der Demokratie für unser Land
4988 ebenfalls unterstrichen und ein wichtiger Beitrag zur Demokratiebildung geleistet.

4989 Die Gedenkarbeit spielt für uns eine wichtige Rolle. Durch lokale und landesweite Ge-
4990 denkstätten wie das KZ Hinzert, das KZ Neustadt oder das KZ Osthofen wollen wir die
4991 Verbrechen der NS-Diktatur und ihre Auswirkungen in der Nachkriegszeit sichtbar ma-
4992 chen. Wir wollen auch in Zukunft Orte der Gedenkarbeit, die an die Opfer erinnern aber
4993 auch lebendige Orte jüdischen Lebens und Lebensorte anderer verfolgter Gruppen in
4994 Rheinland-Pfalz weiter fördern, um so Aufklärungsarbeit an originären und authenti-
4995 schen Orten erlebbar zu machen. Auch Stätten wie Soldatenfriedhöfe sind Orte des
4996 öffentlichen Gedenkens und wir begrüßen das Engagement von Organisationen wie
4997 dem Volksbund im Sinne einer lebendigen und vielfältigen Erinnerungskultur.

4998 Die Aufarbeitung des kolonialen Erbes ist eine Aufgabe, der sich viele europäische
4999 Staaten stellen müssen und erfreulicherweise auch zunehmend widmen. Auch wir in
5000 Rheinland-Pfalz sehen uns in der Verantwortung, zur Aufarbeitung des deutschen Ko-
5001 lonialerbes beizutragen.

5002 Politische Bildung stärkt die wehrhafte Demokratie und ist ein notwendiger Bestandteil
5003 für die freie und offene Gesellschaft. Gerade in Zeiten, in denen vormals politisch irre-
5004 levante Phänomene wie Verschwörungsmythen zu handlungsstiftenden Momenten
5005 politischer Mobilisierung von Extremist:innen werden, ist politische Bildung wichtiger
5006 denn je. Die Koalition wird im Bereich der Demokratieförderung und Antidiskriminie-
5007 rungsarbeit einen sichtbaren Akzent setzen.

5008

5009 **Stärkung der politischen Bildung von jungen Menschen**

5010 Wir wollen die politische Bildung stärken und somit junge Menschen befähigen Demo-
5011 kratie und Mitbestimmung zu erleben und zu gestalten. Junge Menschen sind oftmals
5012 ehrenamtlich engagiert und gestalten ihre Kommune oder ihren Verein mit. Mit diesem
5013 Engagement leisten sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Der Landes-
5014 jugendring als Zusammenschluss vieler Verbände ist hier ein gutes Fundament und
5015 wir wollen diesen auch in Zukunft weiter unterstützen. Angebote wie etwa vom Netz-
5016 werk für Demokratie und Courage (NDC), die junge Menschen dabei unterstützen, zu
5017 kritisch denkenden Individuen zu werden und Haltung zu zeigen gegen Hass und
5018 Hetze, wollen wir verstärkt in die Fläche tragen.

5019 **Mehr Transparenz**

5020 Korruption muss auf allen staatlichen Ebenen bekämpft werden. Dafür brauchen wir
5021 verbindliche Regeln. Die Antikorruptionsstrategie der Landesverwaltung werden wir
5022 extern bewerten lassen und gegebenenfalls anpassen. Den Kommunen werden wir
5023 eine Mustersatzung zur Korruptionsbekämpfung zur Verfügung stellen. Wir wollen zu-
5024 dem den Schutz von Hinweisgeber:innen weiter stärken. Die bestehende Einrichtung
5025 der Vertrauensanwält:innen als unabhängige Anlaufstellen muss bekannter gemacht
5026 werden.

5027 **Ehrenamt – praktizierte Demokratie**

5028

5029 Für unsere Demokratie ist ehrenamtliches Engagement essentiell.

5030 Rheinland-Pfalz ist das Land des Ehrenamtes, weil sich hier fast jede und jeder Zweite
5031 ehrenamtlich engagiert.

5032 Nicht nur mit Blick auf die Corona-Pandemie haben wir erlebt, wie wertvoll und bedeut-
5033 sam die gewachsenen ehrenamtlichen Netzwerke für das Gemeinwohl in unserem
5034 Land sind.

5035 Diese rheinland-pfälzische Säule des Zusammenhalts wollen wir in den kommenden
5036 Jahren weiter stärken, gute Rahmenbedingungen sichern und neue, zeitgemäße Im-
5037 pulse setzen. Wir werden qualitativ die Strukturen verbessern, die Menschen im Eh-
5038 renamt zusammenbringen, um noch mehr Bürger:innen für freiwilliges Engagement zu
5039 begeistern. Gleichzeitig haben wir auch die Vereine im Blick, die aufgrund der Corona-
5040 Pandemie von Mitgliederrückgängen betroffen sind.

5041 **Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung**

5042 Die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei bleibt weiterhin
5043 wichtige Koordinierungsinstanz und Service- und Ansprechpartnerin für Kommunen,
5044 Vereine, Verbände, Stiftungen, Initiativen und engagierte Bürger:innen. Sie wird ihre
5045 Angebote weiter ausbauen und dabei verstärkt auf digitale Maßnahmen setzen.

5046 Die Ehrenamtskarte und Jubiläums-Ehrenamtskarte für langjährig Engagierte wollen
5047 wir auf weitere Kommunen ausdehnen. Die Ehrenamtskarte verstehen wir als Teil der
5048 Anerkennungskultur, für die wir weitere Partner:innen gewinnen wollen. Zur Entbüro-
5049 kratisierung soll die Laufzeit künftig vier Jahre betragen. Wir wollen die Ehrenamts-
5050 karte auch digital zur Verfügung stellen.

5051 Den Ehrenamtstag werden wir fortsetzen und mit neuen Impulsen versehen; ebenso
5052 wird das Landesnetzwerk Ehrenamt auch digital weiter ausgebaut. Das wertvolle En-
5053 gagement im Bereich der Bürgermedien werden wir auch zukünftig sichern.

5054 Wir halten fest am Demokratietag, dem Jugend-Engagement-Wettbewerb Rheinland-
5055 Pfalz sowie am Brückenpreis der Ministerpräsidentin.

5056 **Digitales Ehrenamt**

5057 Ehrenamt ist digital und nutzt digitale Möglichkeiten. Wir würdigen dieses Engagement
5058 seit drei Jahren im Rahmen des Digitalforums mit dem digitalen Ehrenamtspreis. Die
5059 guten Erfahrungen aus dem ersten digitalen Ehrenamtstag 2020 werden wir auswerten
5060 und für die Zukunft nutzen. Die klassischen Formen ehrenamtlichen Engagements,
5061 wie Vereinsarbeit, werden zunehmend durch rein digitale Formen des Ehrenamts er-
5062 gänzt. Für die Koalition steht fest: Alle Formen des Ehrenamts sind wertvoll und unter-
5063 stützenswert. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die Anerkennung der Ge-
5064 meinnützigkeit von digitalem Ehrenamt ein.

5065 **Aktiv, digital, vernetzt – Die Digital-Werkstatt für das Ehrenamt in Rheinland-**
5066 **Pfalz**

5067 Ein neuer Meilenstein soll die Digital-Werkstatt für das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz
5068 werden. Sie bietet künftig online-basierte Fortbildungen zu Rechtsfragen im Ehrenamt
5069 sowie zu aktuellen Herausforderungen wie der Nachwuchsgewinnung. Ein digitaler
5070 Werkzeugkasten gibt unseren Vereinen eine praxisorientierte Zusammenstellung von
5071 digitalen Anwendungen und Programmen an die Hand, die bei der Vereinsverwaltung,
5072 der Öffentlichkeitsarbeit oder für digitale Gremiensitzungen genutzt werden können.
5073 Das Land prüft, ob es darin eine Plattform von geeigneterer Open-Source Software
5074 inklusive einer für Vereine und Ehrenamtliche kostenfreien Videokonferenzsoftware
5075 zur Verfügung stellen kann. Er wird begleitet von Online-Schulungen und fachkundiger
5076 Beratung. In der Digital-Werkstatt werden zudem innovative Beispiele aus der Praxis
5077 vorgestellt. Diese neuen Service-Angebote sollen schrittweise durch regionale und lo-
5078 kale Unterstützungsangebote ergänzt werden.

5079 **Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**

5080 Austausch, Beratung und Vernetzung sind im Feld der Ehrenamtsförderung entschei-
5081 dend für die Wirksamkeit von Maßnahmen und Programmen. Daher soll das Landes-
5082 netzwerk Bürgerschaftliches Engagement weiter gestärkt werden. Es ist zentraler Ort
5083 für den Dialog zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft und die gemeinsame
5084 Entwicklung einer nachhaltigen Engagementförderstrategie.

5085 **Bündnis „Demokratie gewinnt“**

5086 Engagementförderung ist immer auch Demokratieförderung. Unser Augenmerk richtet
5087 sich dabei in besonderer Weise auf Kinder und Jugendliche. Es ist unser Ziel, junge
5088 Menschen schon frühzeitig Erfahrungen im ehrenamtlichen Engagement und in gesell-
5089 schaftlicher Partizipation zu ermöglichen und die Beteiligungsmöglichkeiten in den
5090 Kommunen wie auf Landesebene, in Schulen und allen Lebensbereichen zu stärken.
5091 Die wichtige Arbeit des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ und den jährlichen Demo-
5092 kratietag wollen wir auch in der neuen Legislaturperiode gemeinsam absichern und
5093 fortführen.

5094 **Kinder, Jugend und Familie**

5095 **Kinder und Jugendliche stärken**

5096

5097 Rheinland-Pfalz ist ein kinder- und jugendfreundliches Land. Alle Kinder sollen fern
5098 von Armut und Gewalt gut aufwachsen können. Mit unserer Kinder- und Jugendpolitik
5099 wollen wir dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche das Leben in Rheinland-Pfalz
5100 noch stärker mitbestimmen und mitgestalten können. Wir wollen sie als Expert:innen
5101 für ihre eigenen Lebenswelten mit einbeziehen und ihnen auf Augenhöhe begegnen.

5102

5103 **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausbauen**

5104 Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz brauchen mehr Beteiligung und Mitbestim-
5105 mung. Sie zeigen gerade in den aktuellen sozialen Bewegungen, dass sie eine starke
5106 Meinung haben, politisch sind und aktiv ihre Zukunft in die Hand nehmen wollen und
5107 auch bereit sind, Verantwortung zu tragen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre sen-
5108 ken. Wir sind überzeugt: Dadurch werden wir dem Interesse von jungen Menschen an
5109 Politik gerecht und fördern ihre Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren.

5110 Wir wollen der Jugend eine Stimme geben, um ihre Anliegen zu vertreten, weil sie
5111 derzeit in der Politik oft nicht vertreten sind. Wir wollen die Jugend mit in die Landes-
5112 politik nehmen. Dafür unterstützen wir die Einrichtung eines Jugendbeirats auf Lan-
5113 desebene.

5114 Des Weiteren wollen wir die Jugendbeteiligung und die Beteiligungsrechte kommuna-
5115 ler Jugendvertretungen stärken und die Einrichtung kommunaler Jugendparlamente
5116 unterstützen. Wir wollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre
5117 Interessen berühren, in den politischen Entscheidungsprozess einbinden. Die nächste
5118 Veränderung der Gemeindeordnung nehmen wir zum Anlass, um gemeinsam mit den
5119 kommunalen Spitzenverbänden eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in die
5120 kommunale Politik zu erzielen. Hier werden wir auch in den Dialog mit Jugendvertre-
5121 ter:innen treten.

5122 Auch den Jugendhilferat, die Selbstvertretung der Kinder und Jugendlichen, die in Ein-
5123 richtungen der Kinder- und Jugendhilfe leben, werden wir weiter unterstützen.

5124 Um auf die Wünsche und Bedürfnisse eingehen zu können, fragen wir die Beteiligten
5125 selbst. Wir wollen eine Kinder- und Jugendrechtecharta für und mit Kindern und Ju-
5126 gendlichen entwickeln. In einem Beteiligungsprozess wollen wir Bedarfe und Notwen-
5127 digkeiten von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Po-
5128 litik oder Freizeit herausarbeiten.

5129 **Jugendarbeit stärken**

5130 Kinder und Jugendliche leiden unter der Corona-Pandemie ganz besonders. Jugend-
5131 liche befinden sich in einer Phase, in der Freundschaften außerhalb der Familie immer
5132 wichtiger werden. Gerade in dieser Phase Freund:innen nicht treffen zu können oder
5133 plötzlich außen vor zu sein, weil die Clique sich verkleinert, kann zu Einsamkeit und
5134 Identitätskrisen führen oder dazu, dass der Bildschirm kaum mehr verlassen wird. Da-
5135 her ist die Jugendarbeit derzeit ganz besonders wichtig für die Teilhabe von jungen
5136 Menschen, gerade auch, wenn diese sich in schwierigen Situationen befinden.

5137 Wir wollen die Jugendstrategie „Jung – eigenständig – stark“ (JES) fortschreiben und
5138 stärken. Insbesondere wollen wir Kommunen bei der Jugendarbeit sowie der aufsu-
5139 chenden Jugendsozialarbeit, den Projekten zur Jugendberufshilfe und die Häuser der
5140 Offenen Tür unterstützen. Dazu gehören auch Pat:innenprojekte, damit junge Men-
5141 schen, die durch die Corona-Pandemie drohen, abgehängt zu werden, eine besondere
5142 individuelle Unterstützung bekommen können.

5143 Unsere Jugendstrategie ist das zentrale Instrument unserer Jugendpolitik in Rhein-
5144 land-Pfalz. Jugendliche und ihre Belange sind von unseren politischen Entscheidun-
5145 gen individuell betroffen. Die Lebenswelten von jungen Menschen sind unterschiedlich
5146 und wir wollen den Weg von jungen Menschen bestmöglich unterstützen und sie durch
5147 eine konsequente Beteiligung einbeziehen.

5148 **Familienferienstätten unterstützen**

5149 Beherbergungsbetriebe, wie Jugendherbergen, Familienferienstätten oder Natur-
5150 freundehäuser, sind wichtige Orte der Bildung, der Begegnung und der Unterstützung
5151 von Familien, Kindern und Jugendlichen. Wir wollen sie im Rahmen der bestehenden
5152 Programme weiter begleiten.

5153 **Kinder und Jugendliche schützen**

5154 Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung hat für
5155 uns absolute Priorität. Wir werden einen Pakt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern
5156 und Jugendlichen schließen, um dauerhaft eine noch wirksamere Prävention und eine
5157 flächendeckende kindgerechte Intervention und Nachsorge in Fällen sexualisierter Ge-
5158 walt an Kindern zu gewährleisten. Diesen Pakt werden wir ressortübergreifend anle-
5159 gen und alle relevanten Akteur:innen einbeziehen, insbesondere Schulen, Vereine,
5160 Polizei und Justiz, Jugendämter und Fachberatungsstellen sowie auch Kinder, Ju-
5161 gendliche und Eltern. Die Beteiligung der von sexuellem Missbrauch betroffenen Men-
5162 schen ist dabei zentral. Dazu wird eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Der Pakt soll
5163 begleitet werden von einer Kommission zur Aufarbeitung und Prävention sexualisierter
5164 Gewalt, die sich insbesondere mit Verbesserungsmöglichkeiten bei der Prävention be-
5165 fasst und in die Betroffene entscheidend einbezogen werden.

5166 Um das Wissen in der Forschung zu Ursachen, Prävention und Hilfen bzgl. sexuali-
5167 sierter Gewalt breiter verfügbar zu machen, wollen wir als Teil des Pakts auch einen
5168 Kompetenzverbund für Kinderschutz an Universitäten und Hochschulen in Rheinland-
5169 Pfalz auf den Weg bringen.

5170 **Suchtberatung von jungen Menschen**

5171 Prävention und Beratung im Bereich Suchtverhalten von jungen Menschen sind uns
5172 sehr wichtig. Hier leisten die Beratungsstellen sehr gute Arbeit. Wir wollen prüfen, ob
5173 die bestehenden Angebote ausreichend sind.

5174 **Familienland Rheinland-Pfalz**

5175 Rheinland-Pfalz ist ein Familienland. Wir setzen uns gemeinsam auch in Zukunft dafür
5176 ein, dass Familien hier gut leben können und alle Kinder beste Bedingungen zum Auf-
5177 wachsen haben. Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung überneh-
5178 men. Wir erkennen die Vielfalt von Familienformen an.

5179 Familien haben unsere besondere Unterstützung

5180 Moderne Familienpolitik heißt für uns mehr Zeit und Raum für Familien. Gerade die
5181 aktuelle Corona-Pandemie hat Familien hierbei vor ganz besondere Herausforderun-
5182 gen gestellt. Wir wollen uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Familien Zeit fürei-
5183 nander haben. Dazu braucht es kluge Konzepte, wie Erwerbs- und Sorgearbeit gut
5184 verknüpft und partnerschaftlich aufgeteilt werden kann. Nicht nur die Vereinbarkeit von
5185 Familie und Beruf, sondern auch die Bedürfnisse von Familien, die ältere Angehörige
5186 pflegen, sind uns wichtig. Elternschaft oder auch die Pflege von Angehörigen darf nicht
5187 zu Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt führen. Kinderarmut bekämpfen und Chancen-
5188 gleichheit für alle unsere Kinder – das sind wichtige Leitlinien für uns.

5189 Wir möchten Eltern dabei unterstützen, erwerbstätig sein zu können. Wir wollen uns
5190 dafür einsetzen, Sorgearbeit künftig besser abzusichern. Den Landesbeirat für Famili-
5191 enpolitik werden wir fortführen. Familien brauchen Beratungsangebote für ihre ver-
5192 schiedenen Lebensphasen. Wir setzen uns auch weiterhin für ein gut erreichbares und
5193 wohnortnahes Beratungsangebot ein. Dies umfasst die Eltern-, Familien-, Schwange-
5194 ren- und Schwangerenkonfliktberatung.

5195 Wir stärken Familien, um soziale und gesellschaftliche Teilhabe unabhängig vom
5196 Geldbeutel zu ermöglichen. Mit unseren sehr gut ausgebauten Kindertagesstätten, der
5197 zukunftsgerichteten und durchlässigen Schullandschaft zeigen wir, dass unsere Fami-
5198 lien uns besonders am Herzen liegen. Deshalb bleibt Rheinland-Pfalz das Land der
5199 Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Das entlastet Familien und macht
5200 unser Bundesland besonders für junge Familien besonders attraktiv. Aber auch den
5201 digitalen Wandel wollen wir mit und für Familien gestalten. Wir wollen wichtige Ange-
5202 bote und Informationen für Familien aus einer Hand anbieten. Wir werden die bereits
5203 bestehenden digitalen Angebote wie etwa die Plattform „Ratgeber Familie“ noch be-
5204 kannter machen, damit sie für Eltern noch leichter zu finden sind. Dies erspart Eltern
5205 Zeit und bündelt unsere vielfältigen Angebote für Familien.

5206 Familienkarte für Rheinland-Pfalz

5207 Wir wollen allen Familien in Rheinland-Pfalz eine Familienkarte anbieten, die sie un-
5208 terstützt, entlastet, informiert und ihnen Impulse für ein nachhaltiges Leben gibt. Die
5209 Karte bietet viele Angebote und Vergünstigungen von Partner:innen aus den Modell-
5210 kommunen sowie über eine Webseite viele Informationen rund um Beratung und Hilfe,
5211 Engagement und Kultur sowie nachhaltiges Leben. So finden Familien schnell Antwor-
5212 ten auf ihre Fragen und erhalten zusätzlich Impulse, etwa für die Freizeitgestaltung
5213 oder Tipps zum nachhaltigen Konsum. Seit Ende 2020 wird die Familienkarte in den
5214 beiden Modellregionen Ludwigshafen und dem Landkreis Kaiserslautern erprobt, in
5215 denen bereits viele Familien die Karte nutzen. Zwei weitere Kommunen sollen noch
5216 2021 folgen. Ab 2022 wollen wir sukzessiv die Familienkarte in ganz Rheinland-Pfalz
5217 anbieten und weiterentwickeln und sie mit bestehenden Angeboten für Familien ver-
5218 knüpfen.

5219 Familieninstitutionen stärken

5220 Starke Familieninstitutionen sind ein wichtiger Baustein rheinland-pfälzischer Famili-
5221 enpolitik. Sie nehmen überall im Land wichtige, verbindende Aufgaben im Sinne einer
5222 funktionierenden Gemeinschaft wahr. Wir gehen auf die Akteur:innen zu und wollen

5223 die Arbeit unserer „Häuser der Familie“ als wichtige Anlaufstellen und Orte der Begeg-
5224 nung für alle Familien weiter unterstützen und nach Möglichkeit stärken.

5225 Die Corona-Pandemie trifft Kinder und Jugendliche in schwierigen sozialen Situationen
5226 ganz besonders stark. Umso wichtiger ist es, dass die Einrichtungen der Kinder-, Ju-
5227 gend- und Familienarbeit die Familien und die jungen Menschen auch mit digitalen
5228 Angeboten erreichen können.

5229 **Mehr Familienfreundlichkeit im Alltag**

5230 Auch die Familienfreundlichkeit im Alltag wollen wir verbessern. Um in Rheinland-Pfalz
5231 eine Bündelung der Leistungen aus einer Hand zu erproben, wollen wir auf die Bun-
5232 desagentur für Arbeit zugehen mit dem Ziel der Durchführung eines Modellprojekts mit
5233 einer städtischen und einer ländlichen Kommune.

5234 Des Weiteren wollen wir familienfreundliche öffentliche Gebäude, in denen ge-
5235 schlechtsneutral zugängliche Wickeltische vorgehalten werden und dort, wo es räum-
5236 lich möglich ist, auch Eltern-Kind-Räume eingerichtet werden.

5237 **Familien mit besonderen Bedarfen unterstützen**

5238 Alle Kinder und Jugendlichen haben das gleiche Recht auf Förderung und Teilhabe.
5239 Daher nehmen wir weiterhin besondere Problemlagen in den Blick und werden insbe-
5240 sondere die koordinierte Schaffung und Weiterentwicklung von Angeboten für Kinder
5241 psychisch und suchterkrankter Eltern unterstützen. Wir wollen zusätzliche Pflegefami-
5242 lien gewinnen und setzen uns für die Abschaffung der Kostenbeiträge bei Pflegekin-
5243 dern und in Heimen lebenden Kindern ein.

5244 Des Weiteren brauchen alle Kinder die gleiche Unterstützung, unabhängig davon, ob
5245 ein Kind eine Behinderung hat oder nicht und ob dies eine körperliche, seelische oder
5246 geistige Behinderung ist. Im Hinblick auf die zu erwartende Reform des SGB VIII wol-
5247 len wir möglichst frühzeitig Erfahrungen mit einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
5248 sammeln und hierzu auf interessierte Kommunen zugehen.

5249 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

5250 Familien mit jungen Kindern befinden sich in der „rush hour“ ihres Lebens. Sie wollen
5251 ihr Familien-Leben mit Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung Ehrenamt, Freizeit und All-
5252 tagsaufgaben verbinden. Für uns steht fest, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und
5253 Beruf weiter verbessern müssen. Wir setzen uns gemeinsam für familienfreundliche
5254 Arbeitszeitmodelle ein und wollen Arbeitgeber:innen dabei unterstützen den besonde-
5255 ren Herausforderungen von Familien Rechnung zu tragen. Vereinbarkeit in allen Le-
5256 benssituationen und die Umgestaltung der Arbeitswelt sind uns wichtig, damit Sorge-
5257 und Pflegearbeit in der Familie und die Erwerbstätigkeit partnerschaftlich aufgeteilt
5258 werden können. Hierzu gehören insbesondere flexible Arbeitszeitmodelle und die
5259 Etablierung von „Führung in Teilzeit“. Außerdem wollen wir uns für weitere Verbesse-
5260 rungen beim Elterngeld einsetzen. Auch über den Bundesrat wollen wir die bessere
5261 Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen. Das ElterngeldPlus und Initiativen
5262 zum Thema Familienarbeitszeit sehen wir als wichtig und richtig an.

5263 Familiäre Infrastrukturleistungen und familienfreundliche Strukturen sind mittlerweile
5264 ein Standortfaktor für Kommunen beim Zuzug junger Familien geworden. Wir wollen
5265 Kommunen in ihrer Familienzeitpolitik unterstützen.

5266 Aufgrund der Corona-Pandemie benötigen Familien gerade jetzt auch besondere Un-
5267 terstützung in den Ferien. Wir führen nicht nur die Ferienprogramme und Jugendfrei-
5268 zeiten fort, sondern wollen Angebote der Ferienbetreuung verbessern. Wir wollen die
5269 in der Corona-Pandemie geschaffenen Angebote des Familiensommers fortsetzen.

Frauen

Wir wollen, dass alle Mädchen und Frauen in Rheinland-Pfalz ein selbstbestimmtes und freies Leben führen können. Frauen müssen in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens in gleicher Weise teilhaben und mitbestimmen können wie Männer. Wir bekennen uns zu einer aktiven Gleichstellungspolitik, die Frauen gleiche Chancen eröffnet und ihnen berufliche Aufstiegsperspektiven bietet. Wir tun alles dafür, Mädchen und Frauen wirksam vor Gewalt zu schützen und stellen sicher, dass denjenigen, die Opfer werden, ein flächendeckendes Angebot an Hilfsstrukturen zur Verfügung steht.

Konsequente Gleichstellung

Bei der großen Aufgabe der Gleichberechtigung der Geschlechter wurde in den letzten Jahrzehnten vieles erreicht. Doch es gibt weiter ungleiche Verhältnisse in vielen Lebensbereichen. Die Corona-Krise hat bestehende Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht und vielfach weiter verstärkt. Wir wollen gleichberechtigte Gestaltungsmöglichkeiten der Geschlechter, statt in alte Rollenmuster zurückzufallen. Hierzu können auch der Girls-Day und der Boys-Day beitragen. Für uns ist die Gleichstellung der Geschlechter eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gender Mainstreaming als Querschnittsansatz und eine aktive Gleichstellungspolitik unterstützen wir deutlich. Das umfasst Gleichberechtigung im Arbeitsleben ebenso wie ein Leben frei von Gewalt. Gleichberechtigung ist auch eine Frage der Repräsentation. Wir streben eine stärkere Teilhabe von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung an. Hierzu werden wir insbesondere das Mentoring-Programm der Landesregierung „Mehr Frauen an die Spitze“ fortführen. Wir werden die wichtige, vielfach ehrenamtliche Arbeit der Frauenverbände in unserem Land auch in Zukunft unterstützen.

Eine Voraussetzung der Gleichberechtigung ist auch, dass staatliche Mittel den verschiedenen Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Hierzu werden wir Ansätze des Gender Budgeting bei geeigneten Förderungen erproben. Auch den Ansatz des Gender-Mainstreaming, bei dem bei allen Maßnahmen in den Blick genommen wird, ob diese unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter haben, werden wir fortsetzen.

Mehr Frauen in Politik und Parlamenten

Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen gilt auch für die politische Partizipation. Frauen sind u.a. in den Kommunalparlamenten deutlich unterrepräsentiert. Um dem entgegenzusteuern braucht es eine wirksame Frauenförderung. Wir wollen die Rahmenbedingungen für politisches Handeln um weitere Aspekte ergänzen, z.B. die Durchführung digitaler Sitzungen, hybride Sitzungsformate, familienfreundlichere Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und transparente Arbeitsformen. Wir wollen dadurch mehr Frauen für (Kommunal-)Politik begeistern und zusammen mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Frauen unter anderem über kommunale Mentoringprogramme ermutigen und unterstützen.

5313 **Gleichstellung in der Arbeitswelt**

5314 Wir wollen, dass Mädchen und junge Frauen früh erfahren, dass Technik und Unter-
5315 nehmensgründung eine Perspektive für sie sein können. Die Förderung von Gründe-
5316 rinnen und die bessere Sichtbarkeit als Vorbilder sind gute Beispiele hierfür. Wir setzen
5317 uns weiterhin für die Förderung von Frauen und Mädchen im naturwissenschaftlichen
5318 und technischen Bereich (MINT) ein. So wollen wir das Ada-Lovelace-Programm wei-
5319 ter fortführen. Den Girl's Day wollen wir modernisieren und weibliche Vorbilder nutzen,
5320 um noch mehr Mädchen für eher „untypische“ Berufe zu begeistern. Zudem unterstüt-
5321 zen wir Mentoring-Projekte an den Hochschulen. Wir wollen, dass Start-ups und Tech-
5322 Unternehmen auch von und mit Frauen aufgebaut werden und wollen sie hierin unter-
5323 stützen. Zudem wollen wir das Thema Gleichstellung auch in der Digitalisierungsstra-
5324 tegie des Landes stärker verankern.

5325 Wir wollen, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ überall gilt. Dies gilt
5326 vor allem für soziale Berufe. Zudem wollen wir mit einem Lohnatlas zeigen, wie sich
5327 die Lage in Rheinland-Pfalz darstellt. Das Projekt „Dialog Entgeltgleichheit“ wollen wir
5328 fortführen und somit Anreize setzen, die Lohnstruktur der Unternehmen auf den Prüf-
5329 stand zu stellen. Auch die Beratungsstellen „Neue Chancen“ leisten wichtige Unter-
5330 stützung beim Wiedereinstieg in die Arbeit. Die Vorschläge der EU-Kommission zur
5331 Lohntransparenz begrüßen und unterstützen wir.

5332 **Gewalt gegen Frauen bekämpfen**

5333 Fast jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Part-
5334 ner getötet. Gegen die Tötung von Frauen und jede Form von Gewalt in engen sozialen
5335 Beziehungen gehen wir entschieden vor.

5336 Wir werden die Istanbul-Konvention umsetzen und hierbei insbesondere Gewalt gegen
5337 Frauen und Kinder in den Blick nehmen. Hierzu wollen wir die nächsten Schritte mit
5338 einem Landesaktionsplan für mehr Schutz für Frauen gehen. Wir werden Frauenhäu-
5339 ser, Frauennotrufe, Interventionsstellen sowie Frauenhausberatungsstellen weiter
5340 strukturell und finanziell unterstützen und das Interventionsprojekt gegen Gewalt in
5341 engen sozialen Beziehungen (RIGG) ausweiten. Des Weiteren wollen wir Angebote
5342 für das zweite Wohnen (Second-Stage) schaffen, damit nicht mehr benötigte Frauen-
5343 hausplätze auch wieder frei werden. Auch die mitbetroffenen Kinder brauchen spezi-
5344 elle Unterstützung. Das Modellprojekt Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung
5345 werden wir ausbauen.

5346 Mit einer Strategie gegen Female Genital Mutilation (FGM) wollen wir Frauen und Mäd-
5347 chen vor dieser gravierenden Menschenrechtsverletzung schützen und Betroffene un-
5348 terstützen. Hierzu gehört auch die Fortführung des Netzwerks gegen weibliche Geni-
5349 talverstümmelung.

5350 **Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer**

5351 Gewalt in engen sozialen Beziehungen betrifft nicht nur Frauen. Auch wenn es sehr
5352 viel seltener ist, sind auch Männer hiervon betroffen. Daher werden wir auch eine An-
5353 laufstelle für Männer einrichten.

5354 **Schutz von sich prostituierenden Menschen**

5355 Es ist wichtig für sich prostituierende Menschen, dass sie Zugang zu Beratung haben,
5356 die Hilfestellung bei Behördengängen, finanziellen oder persönlichen Problemen, aber
5357 auch die Ausstiegsberatung leisten. Diese Beratung wollen wir ausbauen. Wir stellen
5358 uns in diesem Zusammenhang entschieden gegen Menschenhandel und Zwangspros-
5359 titution.

5360 **Beratungsangebote und Sicherstellung der Versorgung bei Schwangerschafts-**
5361 **abbrüchen**

5362 Die Schwangeren- und Familienberatung unterstützt Frauen und Paare bei Fragen
5363 rund um das Thema Schwangerschaft und Geburt. Wir sehen aber, dass es auch per-
5364 sönliche Lebens- und Konfliktsituationen geben kann, die eine andere Entscheidung
5365 hervorbringen. Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von
5366 Frauen an. Deshalb wollen wir diejenigen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch
5367 entscheiden nicht alleine lassen. Sie brauchen Zugang zu Informationen und einer
5368 wohnortnahen, guten medizinischen Versorgung.

5369 Wir setzen uns für eine Reform des Strafrechtsparagraphen 219a ein. Deren Ziel ist
5370 es, die sachliche Information über einen Schwangerschaftsabbruch im öffentlichen
5371 Raum grundsätzlich zu ermöglichen, während weiterhin das Verbot des Werbens in
5372 grob anstößiger Weise gilt. Die ausreichende Versorgung und ein sicherer sowie freier
5373 Zugang zu Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, ist eine
5374 notwendige Bedingung für Gesundheit, Leben und Würde von Frauen.

5375 Daher muss auch die Versorgung in Rheinland-Pfalz deutlich verbessert werden.
5376 Hierzu soll der Dialog mit den Akteur:innen intensiviert werden, insbesondere mit dem
5377 Ziel mehr Ärzt:innen zu gewinnen, die bereit sind, einen Schwangerschaftsabbruch
5378 durchzuführen und auch die entsprechenden Fähigkeiten in der gynäkologischen
5379 Ausbildung stärker zu vermitteln.

5380 **Hygieneartikel**

5381 Für viele Frauen ist der Zugang zu Frauenhygiene-Artikeln aus Kostengründen prob-
5382 lematisch. Hierzu wollen wir ein Modellprojekt erproben, in dem an bestimmten Orten,
5383 z.B. ausgewählten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, Frauen-Hygieneartikel in
5384 den Waschräumen zur Verfügung gestellt werden.

5385

5386

5387 Vielfalt

5388

5389 Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeind- 5390 lichkeit

5391 Rheinland-Pfalz ist weltoffen und vielfältig. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe
5392 aller Menschen in einer inklusiven Gesellschaft, die Menschen nicht nach Merkmalen
5393 wie Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, Behinderung, Hautfarbe, sozialem Status,
5394 sexueller Identität oder Orientierung sortiert, sondern die alle einbezieht.

5395 Wir haben in enger Zusammenarbeit mit vielfältigen zivilgesellschaftlichen, wirtschaft-
5396 lichen sowie staatlichen Akteur:innen einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und
5397 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickelt. Diesen Aktionsplan wollen wir
5398 nun weiterhin umsetzen.

5399 Dafür brauchen wir den Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen gruppen-
5400 bezogene Menschenfeindlichkeit und eine gute Zusammenarbeit mit der Zivilgesell-
5401 schaft. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) hat eine herausgehobene Rolle,
5402 um Diskriminierung erfolgreich zu bekämpfen. Wir möchten die gute Arbeit der LADS
5403 weiterhin finanziell und personell absichern und nach Möglichkeit stärken. Auch das
5404 Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz wollen wir fortführen und bei der Ver-
5405 einsgründung unterstützen.

5406 Wir werden die merkmalsübergreifende und intersektionale Bildungs- und Sensibilisie-
5407 rungsarbeit zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausweiten und finanziell för-
5408 dern, um damit präventive Ansätze zu stärken. Hierbei geht es darum, verschiedenste
5409 Merkmale möglicher Diskriminierung gleichzeitig in den Blick zu nehmen und auch zu
5410 berücksichtigen, dass beim Zusammenwirken von mehreren Diskriminierungsmerk-
5411 malen, eigene spezifische Diskriminierungserfahrungen entstehen können. Auch die
5412 Strategie Vielfalt werden wir fortführen.

5413 Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen die zunehmende Gefährdung der Demo-
5414 kratie und Gesellschaft durch den Rechtsextremismus und den Rechtspopulismus.
5415 Auch die rechts motivierte Gewaltbereitschaft, wie auch die ausgeübte Gewalt, haben
5416 zugenommen. Ein wichtiges Element, um Rechtsextremismus und Menschenfeindlich-
5417 keit zu begegnen, ist in Rheinland-Pfalz die Mobile Beratung gegen Rechtsextremis-
5418 mus. Die notwendige Umstrukturierung und Weiterentwicklung der Mobilen Beratung
5419 unterstützen wir.

5420 Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt

5421 Um ein vielfältiges und offenes Miteinander frei von Diskriminierung weiter zu stärken,
5422 wollen wir eine neue gesetzliche Grundlage schaffen. Damit setzen wir europäische
5423 Vorgaben zum Diskriminierungsschutz in Landesrecht um. Wir werden dabei insbe-
5424 sondere prüfen, ob wir längere Fristen für die Geltendmachung von Rechten vorsehen
5425 und eine Landesantidiskriminierungsstelle genauso wie das Diversity Mainstreaming
5426 in der Landesverwaltung darin verankern. Wir wollen das Gesetz in einem breiten Di-
5427 alogprozess diskutieren.

5428 **Extremismusprävention**

5429 Um die Skepsis gegenüber der Demokratie oder einzelnen demokratischen Elementen
5430 so gering wie möglich zu halten, ist es wichtig, den Zugang zu politischer Bildung,
5431 Demokratiebildung und Extremismusprävention so einfach wie möglich zu gestalten.
5432 Menschenfeindliche und antidemokratische Propaganda spielt sich heute stark in den
5433 sozialen Medien ab. Diesen Aktivitäten wollen wir wirksam begegnen.

5434 **Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen**

5435 In der letzten Wahlperiode haben wir große Fortschritte für die rechtliche Gleichstel-
5436 lung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten und intergeschlechtlichen Men-
5437 schen erreicht. Die Ehe für alle, zu der Rheinland-Pfalz den Gesetzentwurf über den
5438 Bundesrat eingebracht hatte, ist ein Meilenstein. Diesen Weg wollen wir weitergehen,
5439 um die vollständige rechtliche Gleichstellung und auch die Akzeptanz verschiedener
5440 sexueller und geschlechtlicher Identitäten zu erreichen. Hierzu werden wir den Akti-
5441 onsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen fortsetzen und auch erneut eine bzw.
5442 einen ehrenamtliche:n Landesbeauftragte:n für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
5443 und Geschlechtsidentität berufen.

5444 Auch die Aufarbeitung queerer Geschichte werden wir fortsetzen und ausbauen sowie
5445 einen Gedenkort in Mainz einrichten. Die Förderung von Selbstorganisationen wollen
5446 wir weiter unterstützen.

5447 Des Weiteren werden wir in den relevanten Ausbildungen wie der Lehrerausbildung
5448 und den pädagogischen und sozialen Berufen noch mehr Wissen zu geschlechtlichen
5449 und sexuellen Identitäten vermitteln und für das Thema sensibilisieren.

5450 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, das Transfusionsgesetz und die
5451 Richtlinie Hämotherapie der Bundesärztekammer so zu ändern, dass eine Diskriminie-
5452 rung potenzieller Blutspender:innen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ge-
5453 schlechtlichen Identität ausgeschlossen wird.

5454 **Volle rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ***

5455 Noch immer werden lesbische Eltern diskriminiert. Sie müssen ein belastendes Adop-
5456 tionsverfahren durchlaufen, in dem u.a. ihre finanzielle und Wohnsituation überprüft
5457 wird, bevor sie gemeinsam die Verantwortung für ein in die Beziehung geborenes Kind
5458 übernehmen können. Das wollen wir mit einer Reform des Abstammungsrechts än-
5459 dern.

5460 Besonders groß ist der Handlungsbedarf weiterhin in Bezug auf die Beseitigung von
5461 Diskriminierungen transidenter und intergeschlechtlicher Personen. Daher werden wir
5462 uns weiterhin über den Bundesrat dafür einsetzen, das Transsexuellengesetz durch
5463 ein Gesetz zur Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung zu ersetzen.

5464 Auch für ein Verbot von Operationen an den Genitalien intergeschlechtlicher Kinder
5465 und eine bessere Beratung für die Eltern werden wir uns weiterhin einsetzen. Die ge-
5466 sundheitliche Versorgung von transidenten und intergeschlechtlichen Menschen wol-
5467 len wir verbessern.

5468 **Gendergerechte Sprache**

5469 Basis einer erfolgreichen Gleichstellung, Sichtbarkeit und Akzeptanz ist auch eine
5470 sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter. Hierzu werden wir die Verwaltungs-
5471 vorschrift „Geschlechtsgerechte Amts- und Rechtssprache“ aus dem Jahr 1995 an die
5472 Erfordernisse des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum „dritten Geschlecht“ an-
5473 passen, um auch Menschen, die sich nicht den Kategorien Mann oder Frau zuordnen,
5474 in Formularen, Behördenschreiben und Gesetzen adäquat anzusprechen bzw. zu be-
5475 nennen.

5476

Integration

Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Miteinander ist die Grundlage für den Zusammenhalt unserer vielfältigen Gesellschaft. Unser Land ist schon seit Langem ein Einwanderungsland und profitiert davon. Menschen mit Migrationsgeschichte tragen entscheidend zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung unseres Landes bei. Wir werden uns auch in Zukunft gemeinsam für ein Rheinland-Pfalz einsetzen, in dem alle Menschen frei von jeder Diskriminierung dieselben Chancen und Möglichkeiten haben.

Einwanderungsgesetz stärken und Einbürgerung fördern

Rheinland-Pfalz und die Bundesrepublik Deutschland brauchen Zuwanderung nach klaren Regeln, die den Auswirkungen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels gerecht wird. Sämtliche Regelungen wollen wir in einem Einwanderungsgesetz auf Bundesebene bündeln. Wir werden dazu konkrete Vorschläge in einer Bundesratsinitiative einbringen. Wir wollen das Einwanderungsgesetz weiterentwickeln hin zu einem übersichtlichen, kriteriengeleiteten System. Insbesondere die vereinfachte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen ist uns ein wichtiges Anliegen. Grundsätzlich muss die Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz und in die Bundesrepublik nach klaren und nachfrageorientierten Kriterien fernab des Asylrechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention möglich sein. Für Menschen, die bei uns Asyl oder subsidiären Schutz genießen, muss der sogenannte „Spurwechsel“ hin zur Schiene der „Arbeitsmarkteinwanderung“ möglich sein.

Die vollständige politische Teilhabe wird erst mit einer Einbürgerung erreicht. Wir wollen mehr Menschen ermuntern, sich einbürgern zu lassen. Dabei setzen wir uns beim Bund dafür ein, durch die grundsätzliche Möglichkeit der Mehrstaatigkeit auch hier die Entscheidung leichter zu machen.

Fortsetzung der humanitär ausgerichteten Flüchtlingspolitik

Wir werden unsere humanitär ausgerichtete Flüchtlingspolitik fortsetzen. Familien gehören zusammen. Das gilt auch für Menschen mit Fluchtgeschichte. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit geflüchteten Menschen in Not zu helfen und ihnen Schutz zu bieten. Dazu gehört eine angemessene, möglichst dezentrale Unterbringung. Die Härtefallkommission werden wir fortsetzen, um auch weiterhin in außergewöhnlich gelagerten Einzelfällen eine humanitäre Lösung zu ermöglichen. Die Härtefallverordnung des Landes werden wir noch näher an die bundesrechtliche Regelung anpassen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Europäische Asylsystem zukunftsfähig aufgestellt wird. Zudem befürworten wir eine Reform des Dublin-Systems. Im Rahmen einer notwendigen europäischen Lösung wollen wir uns dafür einsetzen, dass Regelungen gefunden werden, die zu einer Verbesserung der katastrophalen humanitären Situation an den EU-Außengrenzen beitragen. Die Anwendung des Asylrechts auf europäischer Ebene muss humanitären Ansprüchen genügen. Weitere Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechts lehnen wir ab.

Die Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) des Landes sowie die Strukturen zur Fluchtaufnahme wollen wir zukunftsfähig aufstellen.

5521 Viele zu uns geflüchtete Menschen haben Traumatisierungen erlebt. Um die psycho-
5522 soziale und psychotherapeutische Versorgung geflüchteter Menschen weiter zu ver-
5523 bessern, wollen wir diese in den psychosozialen Zentren ausbauen. Insbesondere die
5524 Versorgung von Kindern und Jugendlichen wollen wir verbessern

5525 **Freiwillige Ausreise und Abschiebungen**

5526 Grundsätzlich setzen wir auf das Instrument der freiwilligen Ausreise, wobei die Rück-
5527 kehrberatung auch weiterhin bereits früh im Verfahren ermöglicht, aber auch nach dem
5528 Erhalt eines ablehnenden Bescheides erneut angeboten wird und die Reintegrations-
5529 beratung verstärkt wird.

5530 Abschiebungshaft ist immer der letzte Weg. Wir wollen in diesem Zusammenhang den
5531 Vollzug der Abschiebungshaft in einem Abschiebungshaftvollzugsgesetz regeln.

5532 **Engagement in der Fluchtaufnahme**

5533 Wir stehen weiter zu unserer Verantwortung und erneuern unsere Zusage, auch über
5534 den Verteilschlüssel der Bundesländer hinaus im Rahmen von Bundesaufnahme-
5535 programmen Flüchtlinge aufzunehmen. In diesem Sinne wollen wir uns auch weiterhin für
5536 ein Umdenken auf Bundesebene einsetzen. Bundesweit haben sich viele Kommunen
5537 der Initiative „Sichere Häfen“ angeschlossen und damit ihre Aufnahmebereitschaft sig-
5538 nalisiert. Auch in Rheinland-Pfalz haben sich viele Kommunen bereit erklärt, überquo-
5539 tal Menschen aus Griechenland aufzunehmen, wofür wir uns ganz ausdrücklich be-
5540 danken.

5541 **Landesaufnahmeprogramm**

5542 Rheinland-Pfalz wird darüber hinaus die Einführung eines Landesaufnahmepro-
5543 gramms prüfen, durch das besonders verletzte und schutzbedürftige Menschen auf-
5544 genommen werden könnten und das sich in das Gesamtkonzept humanitärer Aufnah-
5545 men seitens der EU sowie des Bundes einfügen müsste.

5546 **Integration und Teilhabe stärken**

5547 Rund ein Viertel der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz kann auf eine Einwanderungsge-
5548 schichte zurückblicken. Eine zentrale politische Aufgabe ist, die ressortübergreifende
5549 Integration und Teilhabe aller Menschen zu stärken. Hierzu gehört die weitere inter-
5550 kulturelle Öffnung unserer Institutionen auf allen Ebenen. Der weitere Dialog mit nati-
5551 onalen Minderheiten und die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe an der Ge-
5552 sellschaft sind für uns selbstverständlich.

5553 Gerade Menschen, die erst kurz in Deutschland leben, brauchen in vielen Bereichen
5554 besondere Unterstützung. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit wird seit Jahren in den Kom-
5555 munen geleistet. Für die haupt- und ehrenamtliche Arbeit der Akteur:innen sind wir
5556 dankbar. Wir wollen sie auch weiterhin bei den Anstrengungen unterstützen, lokale
5557 Migrations- und Integrationspolitik zu festigen und konzeptionell weiterzuentwickeln.

5558 **Ehrenamtliches Engagement unterstützen und Beteiligungsstrukturen fortset-**
5559 **zen**

5560 Auch ehrenamtliches Engagement trägt wesentlich mit dazu bei, dass die Integration
5561 und Teilhabe von zugewanderten Menschen gelingt. Wir bedanken uns für dieses
5562 großartige Engagement und wollen dies auch weiter unterstützen. Den Ehrenamtli-
5563 chen wollen wir weiterhin Möglichkeiten der Qualifizierung anbieten und unterstützen
5564 auch weiterhin kommunale Integrationsprojekte. Die Verzahnung mit den hauptamtli-
5565 chen Akteur:innen ist ebenso wichtig, denn hier können Informationen geteilt und Un-
5566 terstützung eingeholt werden. Die Koordinierungsstelle „Aktiv für Flüchtlinge RLP“ leis-
5567 tet hier einen wichtigen Beitrag. Dies wollen wir auch in Zukunft unterstützen.

5568 Menschen mit Migrationshintergrund tragen zur kulturellen und wirtschaftlichen Ent-
5569 wicklung unseres Landes bei. Wir begrüßen das vielfältige Engagement von Men-
5570 schen mit Migrationsgeschichte. Die Arbeit der Migrations- und Flüchtlingsbeiräte in
5571 unseren Kommunen leistet hier einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie.

5572 Bewährte Beteiligungsstrukturen wie der Landesbeirat für Migration und Integration
5573 werden fortgesetzt. Der Runde Tisch Islam ist seit 10 Jahren ein wichtiges Forum der
5574 Landesregierung zum gegenseitigen Austausch. Diesen werden wir fortsetzen. Wir
5575 befürworten auch Initiativen für interreligiöse Dialoge, die es in Rheinland-Pfalz in viel-
5576 fältiger Weise gibt.

5577 **Sprachförderung und Bildung stärken**

5578 Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Daher werden wir die Landeskurse „Sprach-
5579 ziel: Deutsch“ fortführen. Wir wollen Menschen unterstützen entlang der Bildungskette
5580 Deutsch zu lernen. Von Kindern bis hin zu Erwachsenen fördern wir die Sprachent-
5581 wicklung, auch besonders wenn es um die Integration in den Arbeitsmarkt geht. Wir
5582 fördern besonders die Teilhabe von Frauen an unserem gesellschaftlichen Leben.
5583 Auch hier liegt der Schlüssel liegt vor allem bei der Sprache. Deshalb werden wir auch
5584 weiterhin bei Deutschkursen die Möglichkeit der Kinderbetreuung anbieten. Auch Pro-
5585 jekte zur Förderung der Arbeitsmarktintegration und der individuellen Begleitung von
5586 Frauen mit Migrationshintergrund wollen wir fortführen.

5587 Gerade in der ersten Phase spielt darüber hinaus auch die Sprachmittlung eine zent-
5588 rale Rolle. Diese wollen wir weiterentwickeln.

5589 Auch die Arbeit ist zentral für die Teilhabe in der Gesellschaft. Damit alle die nötigen
5590 Voraussetzungen hierfür erreichen können, werden wir das Nachholen von Schulab-
5591 schlüssen erleichtern und Menschen ohne Schulabschluss oder Ausbildungsverhältnis
5592 die Beschulung bis zum 25. Lebensjahr ermöglichen. Auch berufsbegleitende
5593 Deutschkurse und Grundbildungsangebote sind wichtig, damit erfolgreiche Ausbildung-
5594 en nicht daran scheitern, dass die schulischen Anforderungen nicht bewältigt werden
5595 können.

5596 Um Integrationsangebote einfach zugänglich zu machen, bewerben wir die digitale
5597 Plattform „Integreat-Willkommen“ in verschiedenen Sprachen, damit Kommunen Infor-
5598 mationen und Angebote, lokale Schwerpunkte und Adressen gebündelt zur Verfügung
5599 stellen können.

Sportland Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz wird der Sport sehr aktiv gelebt; daher spüren wir die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ganz besonders. Wir stützen unsere Vereine und sorgen dafür, dass sie mit den Auswirkungen der Pandemie umgehen können, damit der Sport auch in Zukunft seiner großen sozialen Bedeutung nachkommen kann. Die vielen Ehrenamtlichen im Sport leisten dabei eine unschätzbare Arbeit, die weit über die Ausübung einer Sportart hinausgeht. Sie sichern die Gemeinschaft im Verein, tragen zur Gesundheitsprävention bei und leisten wertvolle Beiträge zur Integration und Inklusion.

Bewegungsangebote ausbauen und gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt schaffen

Wir bekennen uns zum Breitensport, Freizeitsport und Leistungssport gleichermaßen. Rund 6.000 – größtenteils vom Ehrenamt getragene – Vereine bilden die Grundlage für den Sport und einen starken Zusammenhalt in unserem Land. Ein Drittel der Rheinland-Pfälzer:innen ist Mitglied in einem Sportverein. Wir schätzen die Arbeit der Vereine, der Verbände und der Sportbünde und fördern diese. Bewegung und Sport stärken die Gesundheit, das Wohlbefinden, aber auch die Teilhabe.

Land in Bewegung

Diese Ziele verfolgt die Initiative „Rheinland-Pfalz – Land in Bewegung“. Landesweite Mitmach-Angebote sollen breite Teile der Bevölkerung zu mehr Sport und Bewegung motivieren und so einen gesunden Lebensstil fördern. Gerade nach der Corona-Pandemie ist Bewegung ganz wichtig. Aus diesem Grund soll die im letzten Jahr gestartete Landesinitiative weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Sportförderung

Wir werden die Sportförderung auf konstant hohem Niveau ausbauen und uns dabei auch am nachvollziehbaren Bedarf der Sportorganisationen orientieren. Ziel ist es, dabei insbesondere die Vereine und Verbände mit ihren ehrenamtlichen Strukturen zu stärken. Wir werden unsere Aktivitäten beim Bau und der Sanierung von Sportstätten intensivieren. Insbesondere die Erhaltung unserer Bäderstruktur ist als Daueraufgabe anzusehen. Daher wollen wir die Kommunen hierbei weiterhin intensiv unterstützen, um den vorhandenen Bäderbestand durch Neubauten sowie kontinuierliche Sanierung und Modernisierung zu sichern. Die Förderung der Organisationen (z.B. Schwimmvereine, DLRG und Hilfsorganisationen) im Bereich Kleinkinder-Schwimmen bauen wir aus.

Leistungssport

Wir werden den Landessportbund dabei unterstützen, die Leistungssportinitiative für Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln. Dabei muss insbesondere die leistungs- und zielorientierte sowie nachhaltige Förderung der Struktur des Nachwuchsleistungssports im Vordergrund stehen. Zudem werden wir den Kampf gegen Doping und die Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendbereich weiterführen.

5642 **Integration und Inklusion durch Sport**

5643 Alle Menschen in Rheinland-Pfalz sollen nach ihren individuellen Wünschen und Vo-
5644 raussetzungen an Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten selbstbestimmt und
5645 gleichberechtigt teilnehmen können. Der Behinderten- und Rehabilitationssportver-
5646 band sowie Special Olympics leisten dabei einen wichtigen und wertvollen Beitrag. Wir
5647 wollen diese Arbeit weiter auf hohem Niveau unterstützen und fördern.

5648 **E-Sport als gemeinnützig anerkennen und in den Sport integrieren**

5649 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft, nicht zuletzt forciert durch die Folgen der
5650 Corona-Pandemie, entwickelt sich dynamisch und stellt nicht nur den organisierten
5651 Sport mit seinen Vereinen und Verbänden vor neue Herausforderungen. Wir stellen
5652 uns dieser Aufgabe. Wir werden dafür werben, dass E-Sport in den Sport integriert und
5653 auf Bundesebene als gemeinnützig anerkannt wird. Dazu bedarf es eines Abbaus von
5654 Ressentiments, klarer Definition von Begriffen und einer offenen Herangehensweise.

Europa und Internationales

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Wir treten für die europäischen Werte wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Weltoffenheit, wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand ein. Unser Alltag ist davon geprägt, dass wir gemeinsam und über Grenzen hinweg reisen, arbeiten, lernen und leben. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter ausbauen, weil wir überzeugt sind, dass nur gemeinsames, solidarisches Handeln und gemeinsames Krisenmanagement zum Erfolg führen. Rheinland-Pfalz ist auch über Europa hinaus ein weltoffenes, international vernetztes Land mit hoher Exportquote – unsere vielfältigen Beziehungen zu Regionen und Ländern in aller Welt werden wir fortführen.

Die Zukunft Europas gestalten

Die Vorteile der europäischen, interregionalen und internationalen Zusammenarbeit für unser Land zu nutzen und zu vermitteln, ist dabei Aufgabe und Chance zugleich. Wir setzen uns für eine Stärkung des Europäischen Ausschuss der Regionen ein und werden uns auch gemeinsam mit den Regionen und Ländern an der „Konferenz zur Zukunft Europas“ beteiligen.

Gemeinsam mit den europäischen Partnern wollen wir die Herausforderungen und Chancen zur Gestaltung einer nachhaltigen und gerechten Zukunft annehmen und insbesondere der Klimakrise entschieden entgegenreten. Das Land Rheinland-Pfalz setzt sich für das Subsidiaritätsprinzip und den Abbau von Bürokratie-Hemmnissen ein. Dabei gilt der besondere Einsatz des Landes dem Erhalt des Schengen-Raums, offener Grenzen und der Weiterentwicklung des Binnenmarktes. Mit der regelmäßigen Fortschreibung des EuropaPlans werden wir unsere strategischen Ziele in der Europapolitik festlegen. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn wollen wir länderübergreifende Cluster schaffen, um Innovationen voranzutreiben und durch zukunftsweisende Technologien neue Impulse setzen.

Mit dem neuen EU-Haushalt für 2021-2027 wollen wir uns weiter für eine starke Strukturpolitik der EU mit den europäischen Strukturfonds einsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mittel auch weiterhin in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen. Diese wollen wir auch im Sinne des „European Green Deal“ sozial und ökologisch ausrichten. Wir werden ein gemeinsames Steuerungsgremium einsetzen, das unter Beachtung des Ressortprinzips Optimierungen für die Fondspolitik in Rheinland-Pfalz berät.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Wegen der vielfältigen grenzüberschreitenden Aktivitäten gilt Rheinland-Pfalz vielen Staaten als modellhafte Region. Die offenen Grenzen innerhalb der EU sind Ausdruck des europäischen Selbstverständnisses, das in Rheinland-Pfalz täglich gelebt wird.

Die bestehenden Vernetzungen etwa in den Gremien der Großregion, der Oberrheinkonferenz, dem Oberrheinrat, der IPR und dem GÜZ Ausschuss des Aachener Vertrages (AGZ) wollen wir weiter stärken und die bestehenden Kooperationen fortführen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit wollen wir ausbauen. Einen stärkeren Austausch wollen wir nach dem Vorbild der Freisener Gespräche im Polizeibereich auch in anderen Bereichen durch gegenseitige Hospitationen

5700 und Rotationen von rheinland-pfälzischen Verwaltungsmitarbeiter:innen mit Kolleg:in-
5701 nen aus äquivalenten Landes- und Kommunalbehörden in den Nachbarstaaten för-
5702 dern.

5703 Eine viel beachtete Kooperation stellt das „4er Netzwerk“ mit unseren Partnerregionen
5704 Burgund-Franche-Comté, Oppeln und Mittelböhmen in Frankreich, Polen und Tsche-
5705 chien dar. Wir werden die inhaltliche Zusammenarbeit in Feldern wie Innovation und
5706 Bildung vertiefen und die Kontakte durch Jugend- und Praktikant:innenaustausche
5707 intensivieren.

5708 **Europäische Bildungsarbeit**

5709 Mit aller Entschiedenheit werden wir für unsere gemeinsamen europäischen Werte
5710 und Haltungen auch in Zukunft offensiv eintreten und einen Schwerpunkt auf die De-
5711 mokratiebildung legen. Wir setzen uns weiterhin für die Förderung des Sprachunter-
5712 richts und der Sprachkenntnisse ein. Die europapolitische Bildung in der schulischen
5713 und außerschulischen Bildung werden wir weiter stärken und streben einen weiteren
5714 Ausbau der Projekte und Austauschprogramme an. Wir werden auch das Netzwerk
5715 der erfolgreichen Europaschulen noch weiter ausbauen und weitere europäische
5716 Schüler:innenbegegnungen, Schüler:innenfahrten z.B. nach Brüssel oder Straßburg
5717 fördern. Dies gilt auch für Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte.

5718 Wir werden unter Einbindung des „Europahaus Marienberg“ neue virtuelle Jugend-
5719 Zusammenkünfte unterstützen. Wir werden die Europawoche, die Unterstützung von
5720 Projekten ausweiten und den Europapreis erhalten.

5721 Mit den Europäischen Informationszentren und Multiplikator:innen zur Vermittlung des
5722 Europagedankens in Rheinland-Pfalz arbeiten wir eng zusammen und wollen in einer
5723 strukturierten Partnerschaft deren Erhalt und die flächendeckende Abdeckung des
5724 Landes mit dezentralen Maßnahmen der europäischen Öffentlichkeitsarbeit sicherstel-
5725 len.

5726 **Internationale Zusammenarbeit und Partnerschaften**

5727 Wir möchten bestehende Partnerschaften intensivieren. Wir werden uns weiter für die
5728 Unterstützung von Menschenrechts- und gesellschaftlichen Initiativen einsetzen und
5729 den Menschenrechtsdialog mit den Regierungen stärken.

5730 Wir wollen die gewachsenen und wichtigen Beziehungen zu Großbritannien im Bil-
5731 dungs-, Hochschul- und Forschungsbereich mit eigenen Aktivitäten erhalten und deren
5732 weiteren Ausbau ermöglichen.

5733 Ein Musterbeispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Europa und
5734 Afrika ist die Graswurzel-Partnerschaft von Rheinland-Pfalz und Ruanda, die im Jahre
5735 2022 ihr 40-jähriges Jubiläum feiern wird. Wir werden die Partnerschaft fortführen und
5736 nachhaltig stärken.

5737 Es ist unser erklärtes Ziel unseren Beitrag zur Stärkung der guten Beziehungen zwi-
5738 schen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

5739 Wir wollen gerade bei jungen Rheinland-Pfälzer:innen das Wissen über die Ge-
5740 schichte, die Kultur und die Gegenwart Israels und der palästinensischen Autonomie-
5741 gebiete weiterentwickeln und die Erinnerungsarbeit stärker fördern. Wir unterstützen
5742 daher die Bundesinitiative zur Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerkes.
5743 Wir wollen deutsch-israelische Schulpartnerschaften und die kulturelle Zusammenar-
5744 beit zwischen Institutionen in Israel und Rheinland-Pfalz fördern. Dabei wollen wir da-
5745 rauf achten, dass Israelis aus allen Bevölkerungsgruppen in den Austausch einbezo-
5746 gen werden. Wir werden das Engagement, das in vielen, teils ehrenamtlichen,
5747 deutsch-israelischen Initiativen beispiellos gezeigt wird, stärker bündeln und neu ver-
5748 netzen. Dabei soll auch die Landeszentrale für politische Bildung neue Impulse geben.
5749 Wir wollen die Erinnerungsarbeit in den Schulen weiter intensivieren.

5750 **Kooperation mit Asien und Partnerschaft mit China/Fujian und Japan/Iwate**

5751 Für Rheinland-Pfalz und seine Unternehmen ist der asiatische Raum von großer Be-
5752 deutung. Stärker in den Fokus nehmen werden wir künftig auch die dynamische Ent-
5753 wicklung in Asien und im Indo-Pazifik. Darüber hinaus pflegen wir mit dem Partner-
5754 schaftsverein Rheinland-Pfalz/Fujian seit bald 40 Jahren und der Partnerschaft mit der
5755 Präfektur Iwate in Japan seit über 20 Jahren auch den kulturellen Austausch.

5756 **Transatlantische Beziehungen**

5757 Die transatlantische Partnerschaft und die gelebte Freundschaft mit Amerika sind seit
5758 vielen Jahrzehnten ein Fixpunkt für unser Land. Unser Land hat eine besondere Ver-
5759 antwortung, seinen Beitrag dafür zu leisten, dass von rheinland-pfälzischem Boden
5760 kein Krieg, sondern Frieden ausgeht. Deshalb haben wir die Gründung der Frie-
5761 densakademie Rheinland-Pfalz unterstützt. Inzwischen ist die Akademie anerkannt als
5762 Denkfabrik und Leuchtturm in der Wissenschaftslandschaft. Wir werden sie fortführen.
5763 Zusätzlich setzen wir uns für eine Plattform ein, die alle friedenspolitischen Aktivitäten
5764 und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz und Deutschland sammelt und vernetzt.

5765 Mit der US-Präsenz in Rheinland-Pfalz geht die besondere Verantwortung und Chance
5766 einher, das transatlantische Verhältnis genauso wie das deutsch-amerikanische Zu-
5767 sammenleben in unseren Kommunen positiv zu gestalten. Vor diesem Hintergrund
5768 werden wir uns weiterhin selbstbewusst in den transatlantischen Dialog einbringen und
5769 Maßnahmen, wie das „Willkommen in Rheinland-Pfalz“-Programm zur Förderung ei-
5770 nes aktiven deutsch-amerikanischen Gemeindelebens im Umfeld der US-Standorte
5771 weiterentwickeln. Wir bekennen uns zur transatlantischen Freundschaft und den ein-
5772 hergehenden Dialog. Gerade in spannungsgeladenen Zeiten sind internationaler Aus-
5773 tausch und kulturelle Verständigung unter demokratischen Kräften essenziell. Deshalb
5774 setzen sich die Koalitionspartner im Sinne unseres friedenspolitischen Anspruches für
5775 ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz ein.

5776 Seit vielen Jahrzehnten leben und arbeiten tausende Amerikaner:innen in Rheinland-
5777 Pfalz. Unsere traditionell guten Beziehungen sind belastbar und ein Eckpfeiler der
5778 transatlantischen Partnerschaft. Wir werden deshalb die vielfältige und erfolgreiche
5779 Kooperation mit den amerikanischen Standorten in Rheinland-Pfalz fortsetzen. Bei un-
5780 seren transatlantischen Aktivitäten wollen wir die Expertise der Atlantischen Akademie
5781 in Kaiserslautern weiter nutzen.

5782 **Frieden erhalten – Konversion als Chance**

5783 Der TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace), Übungsluftraum über dem Saarland
5784 und großen Teilen von Rheinland-Pfalz wird im Vergleich zu den anderen Übungsräu-
5785 men in Deutschland weit überdurchschnittlich genutzt. Durch den militärischen Flug-
5786 betrieb sind viele Menschen in Rheinland-Pfalz über Gebühr von militärischem Flug-
5787 lärm belastet. Wir setzen uns beim zuständigen Bundesministerium der Verteidigung
5788 für eine Gleichverteilung der Belastungen auf alle Übungslufträume in ganz Deutsch-
5789 land ein.

5790 Nach wie vor prägen die Herausforderungen der militärischen und zivilen Konversion
5791 Teilbereiche unseres Landes. Wir werden auch weiterhin Konversionsmaßnahmen zur
5792 Fortentwicklung der betroffenen Kommunen unterstützen.

5793 **Rheinland-Pfalz – Teil der Einen Welt**

5794 Viele Menschen, Vereine und Kirchengemeinden in Rheinland-Pfalz engagieren sich
5795 für eine gerechte Eine Welt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Fluchtursachen in
5796 den Ländern bekämpft werden und begrüßen daher die Sustainable Development
5797 Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030. Auch Rheinland-Pfalz verpflichtet sich, die 17
5798 globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.

5799 **5. Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat**

5800 **Inneres**

5801
5802 Rheinland-Pfalz ist eines der sichersten Bundesländer. Dies ist der Verdienst unserer
5803 Polizist:innen und der vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in den Bereichen Brand- und
5804 Katastrophenschutz sowie im Rettungsdienst. Wir setzen weiterhin auf eine transpa-
5805 rente, vielfältige, bürgernahe und gut ausgestattete Polizei. Mit unserer Politik gewähr-
5806 leisten wir, dass die Bedingungen für die vielen Menschen, die für die Sicherheit in
5807 unserem Land sorgen, weiterhin so gut bleiben. Polizei, Verfassungsschutz, Brand-
5808 und Katastrophenschutz und Rettungsdienste sind für uns zentrale Organisationen,
5809 die für die Sicherheit und den Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stehen. Für neue Her-
5810 ausforderungen sind sie hervorragend ausgebildet und ausgestattet.

5811 5812 **Polizei**

5813 5814 **Personal der Polizei/Kriminalitätsbekämpfung**

5815 Die hohen Einstellungszahlen der letzten fünf Jahre werden fortgeführt, indem jährlich
5816 500 Polizeikommissar-Anwärter:innen eingestellt werden, um die Zahl von 10.000 aus-
5817 gebildeten Polizeibeamt:innen ab Oktober 2024 zu erreichen und beizubehalten. Wir
5818 stärken die polizeiliche Präsenz im Wechselschichtdienst erheblich und setzen bei der
5819 Kriminalitätsbekämpfung auf gezielte Personalzuweisungen, insbesondere an die Kri-
5820 minalpolizei. Vor allem in den Bereichen Hasskriminalität, Organisierte Kriminalität,
5821 Kinderpornographie (Missbrauchsdarstellung), sexualisierte Gewalt gegen Kinder und
5822 Jugendliche, Gewalt in engen sozialen Beziehungen (insbesondere Tötungsdelikte ge-
5823 gen Frauen), Kriminalität im digitalen Raum (Cybercrime) sowie Wirtschafts- und Um-
5824 weltkriminalität setzen wir Schwerpunkte.

5825 Terroristischen Bedrohungen begegnen wir, indem wir unsere Polizeikräfte auch wei-
5826 terhin mit gezielten Schulungsmaßnahmen auf besondere Lagen vorbereiten und
5827 ihnen durch moderne Ausstattung den größtmöglichen Schutz bieten.

5828 Wir unterstützen das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen
5829 sozialen Beziehungen (RIGG) und wollen das High-Risk-Management stärken und
5830 sachgerecht ergänzen.

5831 Im Rahmen einer Gesamtpersonalplanung werden wir zusätzliche Tarif- und Verwal-
5832 tungsstellen bedarfsgerecht zur Entlastung der Schutz- und Kriminalpolizei von poli-
5833 zeifremden Aufgaben sowie Spezialist:innen für Technik und Sonderbedarfe einstel-
5834 len, die sogenannte Sonderlaufbahn Polizei weiter ausbauen und zusätzlich Unterstüt-
5835 zungskräfte zur Kriminalitätsbekämpfung einstellen.

5836 Wir wollen, dass die Polizei die vielfältige Gesellschaft abbildet. Wir streben an, den
5837 Frauenanteil in der Polizei – vor allem in Führungspositionen – zu erhöhen und werden
5838 in diesem Zusammenhang die Gleichstellungspläne in den Polizeipräsidien regelmä-
5839 ßig überprüfen. Unser Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispiels-
5840 weise durch flexiblere Kinderbetreuung zu stärken. Wir wollen den Anteil von Men-
5841 schen mit einem Migrationshintergrund in der Polizei weiter erhöhen und hierzu unter

5842 anderem Integrationsbeauftragte bei den Polizeipräsidien benennen, um den Aus-
5843 tausch auf interkultureller Ebene zu stärken. Wir unterstützen weiterhin die Arbeit der
5844 Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen.

5845 Die Pauschale für die Einsatzverpflegung bei der Polizei wollen wir an die Entwicklung
5846 der Lebensmittelkosten anpassen.

5847 **Aus- und Fortbildung**

5848 Die gesellschaftspolitische Bildung wird in der Aus- und Fortbildung der Polizei inten-
5849 siviert. Nach wie vor liegt ein wichtiger Fokus auf der Vermittlung von Deeskalations-
5850 strategien und interkulturellen Kompetenzen. An der Kommission „Innere Führung“
5851 halten wir fest. Elektronische Formen der Wissensvermittlung werden wir ausbauen
5852 und Trainingskonzepte der Sicherheitslage anpassen. Von der Polizeistudie „Demo-
5853 kratie und Werte“ in der Polizei erwarten wir weitere Impulse für die Organisation sowie
5854 die Aus- und Fortbildung. Die hierzu eingerichtete Forschungsstelle an der Hochschule
5855 der Polizei werden wir in der Mitte der Legislaturperiode evaluieren. Unser Ziel ist, die
5856 Hochschule der Polizei auch durch eine stärkere Kooperation mit anderen Hochschu-
5857 len zu stärken und die Rahmenbedingungen für die Studierenden kontinuierlich zu ver-
5858 bessern.

5859 **Organisation der Polizei**

5860 Wir werden die mehr als einhundert Dienststellen im Land erhalten. Insbesondere in
5861 den ländlichen Bereichen wollen wir die Dienststellen baulich und technisch so erwei-
5862 tern, dass diese vorübergehend abgeschlossen werden können. Zusammen mit der
5863 Ausweitung des zentralen Notruf- und Einsatzmanagements können wir so besonders
5864 zur Nachtzeit deutlich mehr Personal flexibel einsetzen. Für die Polizeipräsidien Kob-
5865 lenz und Mainz sowie die Hochschule der Polizei werden wir moderne Einsatztrain-
5866 ningszentren einrichten.

5867 Die Arbeit der Polizeibeauftragten als Mittlerin zwischen Bürger:innen und der Polizei
5868 ist wichtig und soll weiter bekannt gemacht werden.

5869 In einem Modellprojekt werden wir erproben, wie der Bezirksdienst der Zukunft ausse-
5870 hen kann.

5871 **Verkehrssicherheit**

5872 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Vision Zero bleiben ein kontinuierli-
5873 ches Ziel von uns. Die intensive Überwachung der Hauptunfallursachen Geschwindig-
5874 keit, Abstand und Ablenkung, insbesondere an Unfallschwerpunkten, werden wir fort-
5875 setzen.

5876 **Befugnisse**

5877 Um die deeskalierende und schützende Wirkung von Körperkameras umfassend aus-
5878 zuschöpfen, werden wir unter Berücksichtigung der zu erwartenden Rechtsprechung
5879 über den Einsatz auch in Wohnungen entscheiden.

5880 Neue Gefahrenlagen und Kriminalitätsphänomene bedürfen einer zeitgemäßen recht-
5881 lichen Handlungsgrundlage. Änderungen der Sicherheitsgesetze werden wir nur im
5882 Konsens vollziehen.

5883 **Prävention**

5884 Wir wollen die Kriminalprävention landesweit stärken. Dazu soll neben erfolgreichen
5885 Präventionsprogrammen der Polizei, die Initiative „Sicherheitsgefühl in Kommunen“
5886 stärken (InSiKo) umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Initiative soll die Kom-
5887 munen bei der kommunalen Präventionsarbeit unterstützen und die Gründung neuer
5888 kommunaler Präventionsgremien forcieren. Ziel ist zudem, die Prävention landesweit
5889 über den Vorstand des Landespräventionsrates noch besser zu koordinieren. Wir un-
5890 terstützen weiterhin die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Ebenso unterstützen
5891 wir weiterhin präventive Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme und das Erlernen
5892 gewaltfreier Kommunikation.

5893 **Digitalisierung**

5894 Wir investieren weiter in die Digitalisierung der Polizei. Eine leistungsstarke Polizei
5895 muss über moderne digitale Ausrüstung verfügen. Hierzu führen wir die Ausstattung
5896 von Polizist:innen mit mobilen Endgeräten fort. Die Onlinewache hat sich als barriere-
5897 freier Zugang zur Anzeigenerstattung etabliert und wird als digitaler Service weiter
5898 ausgebaut und fortentwickelt. Im Kontext des bundesweiten Modernisierungsvorha-
5899 bens „Polizei 2020“ werden auch in Rheinland-Pfalz die polizeilichen IT-Fachsysteme
5900 und Datenbanken erneuert und fortentwickelt. Die medienbruchfreie Kommunikation
5901 zwischen Polizei und Justiz wird dabei gewährleistet.

5902 Wir werden die Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz für polizeiliche Zwecke
5903 beim Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz anwendungsbezogen
5904 unter Beachtung datenschutzrechtlicher Belange erforschen, um sie für die Organisa-
5905 tion nutzbar zu machen.

5906 Gleichzeitig wird zur Gewährleistung der Informationssicherheit der Schutz der polizei-
5907 lichen IT-Infrastruktur verstärkt.

5908 **Ausstattung**

5909 Durch den notwendigen Austausch der Polizeihubschrauber erweitern wir die Leis-
5910 tungsmöglichkeiten und verbessern gleichzeitig die Einsatzmöglichkeiten, so bei-
5911 spielsweise in der (Wald-)Brandbekämpfung, bei der Rettung von Menschen (Seil-
5912 windeneinsatz) bei Hochwasserlagen oder beim Transport von Verletzten. Gleichzeitig
5913 erhöhen wir die Reichweite und gewährleisten einen noch schnelleren Einsatz der
5914 Spezialeinheiten.

5915 Die Flotte der Wasserschutzpolizei muss kontinuierlich modernisiert werden, um die
5916 Einsatzbereitschaft aufrecht zu erhalten. Die Verjüngung der Bootsflotte wurde bereits
5917 eingeleitet und soll fortgesetzt werden.

5918 Die Einsatzfähigkeit von Elektrofahrzeugen für den polizeilichen Einsatzdienst wird
5919 weiterhin untersucht und dafür eine Potenzialanalyse durchgeführt.

5920 **Gesundheit**

5921 Die Arbeitsbedingungen im Wechselschichtdienst wurden bereits durch neue, gesün-
5922 dere Arbeitszeitmodelle verbessert. Das Projekt „Gesünder arbeiten in der Polizei“ wird
5923 fortgeführt, evaluiert und auf die Kriminalpolizei ausgedehnt. Die psychischen Belas-
5924 tungsmomente polizeilicher Arbeit werden mit dem Ziel untersucht, daraus zielgerich-
5925 tete Maßnahmen zur Gesundheitsförderung abzuleiten. Supervisionsangebote wer-
5926 den ausgebaut. Die Zentralstelle für Gesundheit wird evaluiert. Die Einführung der
5927 Heilfürsorge wird auf einen größtmöglichen Nutzen für die Polizeibeamt:innen einer-
5928 seits und ihre Haushaltsverträglichkeit andererseits untersucht.

5929 **Gewalt gegen Polizei und Einsatzkräfte**

5930 Wir verurteilen jede Gewalt gegen Polizei, Einsatz- und Rettungskräfte.

5931 Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst verdient
5932 unser aller Respekt und unsere Anerkennung. Deswegen wollen wir weiterhin deutli-
5933 che Signale setzen, dass Einsatzbehinderungen und Gewalt gegen Polizei, Einsatz-
5934 und Rettungskräfte nicht toleriert werden. Dazu wollen wir die Programme, mit denen
5935 in der Gesellschaft für mehr Respekt und Zivilcourage geworben wird, weiterentwi-
5936 ckeln und ausbauen. Im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Hilfs-
5937 organisationen wollen wir erörtern, wie die Situation der Betroffenen bei Gewalt ge-
5938 genüber Einsatzkräften verbessert werden kann.

5939 Angriffe auf Personen, die unsere Rechtsordnung verteidigen und häufig ehrenamtlich
5940 Menschen in Notsituationen helfen, werden wir konsequent verfolgen. Daher werden
5941 wir auch prüfen, ob die Effektivität der Strafverfolgung durch gebündelte Zuständigkei-
5942 ten gesteigert werden kann.

5943 **Kommunaler Vollzugsdienst**

5944 Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Ausbildung des Kommunalen
5945 Vollzugsdiensts optimieren und auf dieser Grundlage über die Befugnisse und Aus-
5946 stattung entscheiden. Wir setzen uns dafür ein, den Kommunalen Vollzugsdienst an
5947 den Digitalfunk der BOS anzuschließen. Der Kommunale Vollzugsdienst muss nach
5948 innen und außen von der Polizei unterscheidbar bleiben.

5949 **Hochrisikospiele**

5950 Wir werden in Abhängigkeit von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes
5951 zur Gebührenregelung zu den polizeilichen Mehrkosten bei Hochrisiko-Veranstaltun-
5952 gen eine eigene Gebührenregelung im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz schaf-
5953 fen. Wir werden eine Benachrichtigungspflicht für Betroffene in der Datei „Szenekun-
5954 dige Beamte“ festschreiben.

5955 **Verfassungsschutz: Hass und Gewalt frühzeitig erkennen – Extremismus 5956 bekämpfen – Beratung und Prävention ausbauen**

5957
5958 Wir haben in Rheinland-Pfalz einen modernen rechtlichen Rahmen durch ein neues
5959 Landesverfassungsschutzgesetz geschaffen und die Kontrollrechte des Parlaments

5960 gestärkt und werden beobachten, wie sich das novellierte Gesetz in der Praxis be-
5961 währt. Dabei treten wir für einen Verfassungsschutz ein, der für die aktuellen Heraus-
5962 forderungen personell, organisatorisch und technisch aufgestellt ist.

5963
5964 **Personalentwicklung**

5965 Um den aktuellen Herausforderungen gewachsen zu sein, müssen wir die Analyse-
5966 kompetenz durch die vermehrte Einstellung von Wissenschaftler:innen verbessern so-
5967 wie die Voraussetzungen schaffen, um einer spezifischen nachrichtendienstlichen
5968 Qualifizierung Rechnung zu tragen.

5969 **Digitalisierung**

5970 Auf den Erfolgen der Task Force „Gewaltaufrufe rechts“ gilt es aufzubauen und die
5971 Erfahrungen phänomenübergreifend zu nutzen. Um mit den technischen Anforderun-
5972 gen im Verfassungsschutzverbund Schritt zu halten, muss die IT-Ausstattung unter
5973 Einhaltung des Datenschutzes dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Dies gilt
5974 für die verfassungsschutzspezifische IT-Infrastruktur, wie für die technische Ausstat-
5975 tung zum Internet-Monitoring und der operativen Tätigkeiten. Die Gewinnung von aus-
5976 gebildetem Fachpersonal, insbesondere aus den Bereichen Informationstechnik und
5977 Internetnutzung, hat hohe Priorität und muss durch attraktive Rahmenbedingungen
5978 gefördert werden.

5979 **Prävention REX**

5980 Die Präventionsarbeit als wichtige Säule im Kampf gegen extremistische, sicherheits-
5981 gefährdende und demokratiefeindliche Bestrebungen wird im Verfassungsschutz aus-
5982 gebaut und die Zusammenarbeit mit staatlichen wie nichtöffentlichen Stellen fortentwi-
5983 ckelt. Ein Schwerpunkt bleibt die Kooperation mit dem Bündnis „Demokratie gewinnt!“.

5984 **Sicherheitspartnerschaft/Wirtschaft/Prävention Cybersicherheit**

5985 Die Sicherheitspartnerschaft ist ein wichtiger Baustein der erfolgreichen Zusammen-
5986 arbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verfassungsschutz. Vor dem Hinter-
5987 grund der Zunahme von Cyberangriffen auf Institutionen des Staates und der Gesell-
5988 schaft wird das Beratungs- und Unterstützungsangebot zur Cybersicherheit ausgewei-
5989 tet.

5990 **Demokratiefeindlichkeit**

5991 Wir wollen extremistische, demokratiefeindliche Aktivitäten unabhängig vom Phäno-
5992 menbereich bekämpfen. Die verstärkt festzustellenden extremistischen Bestrebungen,
5993 die eine Gefährdung oder gar Beseitigung der Demokratie zum Ziel haben, müssen
5994 frühzeitig erkannt und insbesondere mögliche Verbindungen zu Rechtsextremist:innen
5995 und Reichsbürger:innen aufgedeckt werden. Diesen Erfordernissen wird durch die Ein-
5996 richtung eines eigenen Sachgebiets für extremistische, demokratiefeindliche Aktivitä-
5997 ten Rechnung getragen. Die Früherkennung terroristischer Einzeltäter:innen wird wei-
5998 ter verstärkt und ausgebaut. Wir werden weiterhin konsequent den Waffenbesitz von
5999 Extremist:innen verhindern und deren Entwaffnung vorantreiben.

6000 **„Neue Rechte“**

6001 Wir werden die „Neue Rechte“ auch im Netz weiter konsequent beobachten, Entwick-
6002 lungen analysieren und Politik und Gesellschaft hierüber informieren.

6003 **Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst**

6004 **Nachwuchsförderung**

6005 Wir wollen das Ehrenamt in den Wehren weiter stärken. Hierzu werden wir den Weh-
6006 ren zum einen Handlungsempfehlungen zur Ausgestaltung der Nachwuchswerbung
6007 an die Hand geben und zum anderen das bestehende Baukastensystem, aus dem sich
6008 örtliche Wehren geeignete Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung zusammenstellen
6009 können, weiter ausbauen. Dabei wollen wir insbesondere darauf achten, dass der An-
6010 teil der Frauen sowie der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Weh-
6011 ren steigt.

6012 **Ehrenamtsstudie**

6013 Um die Feuerwehren zielgerichtet und nachhaltig stärken zu können, werden wir eine
6014 umfangreiche Studie zum Ehrenamt Feuerwehr in Rheinland-Pfalz durchführen. Kern-
6015 element dieser Studie soll eine repräsentative Befragung von Feuerwehrleuten sein.
6016 Die Studie soll sich u.a. mit Themen wie der Nachwuchsförderung, der gesellschaftli-
6017 chen Würdigung, der Aus- und Weiterbildung aber auch der Aufwandsentschädigun-
6018 gen beschäftigen. Ziel ist es, unseren Ehrenamtlichen in Zukunft noch bessere Rah-
6019 menbedingungen zu geben.

6020 **Weiterentwicklung der Akademie**

6021 Die Feuer- und Katastrophenschutzakademie werden wir bedarfsgerecht weiterentwi-
6022 ckeln und die Lehrgangskapazitäten ausgerichtet an den Bedarfen vor Ort ausbauen.
6023 Dazu gehört neben der weiteren Digitalisierung des Lehrangebots auch die Erweite-
6024 rung um neue Räumlichkeiten zunächst in Modulbauweise. Durch eine systematische
6025 Erfassung der Bedarfe wollen wir möglichst optimale Lernbedingungen in der Aus- und
6026 Fortbildung schaffen.

6027 **Förderung von Fahrzeugen und Gerät**

6028 Für unsere Feuerwehrräfte ist eine gute, moderne Ausstattung lebenswichtig. Des-
6029 halb wird das Land Fahrzeuge und Gerätschaften auch weiterhin fördern.

6030 **Herausforderungen des Klimawandels**

6031 Der Klimawandel wird in Qualität und Quantität verstärkt Extremwetterereignisse mit sich
6032 bringen. Das hat Folgen für den Katastrophenschutz, er muss dieser Entwicklung an-
6033 gepasst werden. In einem ersten Schritt werden wir die zur Bekämpfung von Wald-
6034 und Vegetationsbränden sowie von Starkregenereignissen erarbeiteten Konzepte um-
6035 setzen und die benötigten Fahrzeuge und Gerätschaften besonders fördern. Zusätz-
6036 lich werden wir solche Einsätze mit landeseigenen Fahrzeugen unterstützen. Für die
6037 Vorbereitung auf solche Einsätze setzen wir zudem auf ein gezieltes Aus- und Fortbil-
6038 dungskonzept.

6039 **Krisenvorsorge und Krisenbewältigung**

6040 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig neben einem guten Krisenmanagement
6041 die Krisenvorsorge ist. Das gesamtstaatliche Risiko- und Krisenmanagement muss
6042 unter Einbeziehung aller für die Vorsorge für Kritische Infrastrukturen und Kritische

6043 Dienstleistungen zuständigen Ressorts in Bund und Ländern sowie unserer europäi-
6044 schen Nachbarländer fortentwickelt werden. Auch die Zivile Verteidigung muss hierbei
6045 einbezogen werden, um ein gutes und ganzheitliches Schutzniveau für die Bevölke-
6046 rung gewährleisten zu können. Wir wollen diese wichtige Aufgabe in der gesamten
6047 Landesregierung weiter voranbringen, ein tragfähiges Konzept entwickeln und umset-
6048 zen.

6049 **Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)**

6050 Für Betroffene und Einsatzkräfte muss bei Bedarf eine moderne Psychosoziale Not-
6051 fallversorgung gewährleistet sein. Um dies zu erreichen und für die PSNV-Kräfte eine
6052 professionelle Supervision zu ermöglichen, werden wir die Beratungs- und Koordinie-
6053 rungsstelle PSNV stärken und die Zusammenarbeit zwischen Einsatzkräften, PSNV
6054 und dem Opferbeauftragten weiter ausbauen.

6055 **Integrierte Leitstellen**

6056 Die Integrierten Leitstellen sind das zentrale Element für die effektive Alarmierung und
6057 Steuerung der Einsätze von Feuerwehr und Rettungsdienst. Hierzu wollen wir mo-
6058 dernste Einsatztechnik bereitstellen, mit der zukünftig auch die kommunalen Aufga-
6059 bensträger des Brand- und Katastrophenschutzes arbeiten können. Auch werden wir in
6060 Mainz, Trier und Koblenz den Neubau hochmoderner Leitstellen fördern.

6061 **Hilfsorganisationen**

6062 Die Hilfsorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit. Wir
6063 schaffen für sie auch weiterhin optimale Bedingungen.

6064 **Rettungswachen**

6065 Mit der neuen gemeinsamen Qualitätssicherungsstelle für den Rettungsdienst werden
6066 wir die Versorgung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz vertieft untersuchen und ins-
6067 besondere dort, wo ein Ausbau des Rettungsdienstes erforderlich ist, den Neubau von
6068 Rettungswachen fördern. Die Arbeit von qualifizierten Ersthelfer:innen (First Respon-
6069 der Teams) in den Kommunen sehen wir als wertvollen Beitrag zur Erstversorgung der
6070 Bevölkerung im Notfall. Wir werden prüfen, wie diese ehrenamtliche Tätigkeit weiter
6071 unterstützt werden kann.

6072 **IT in der Notfallmedizin**

6073 Mit dem konsequenten Einsatz von IT und neuen Medien in der Notfallmedizin und der
6074 Einführung von Telemedizin im Rettungsdienst soll die Notfallversorgung der Bevölke-
6075 rung, gerade im ländlichen Bereich, auf hohem Niveau weiterentwickelt werden.

6076 **Justiz**

6077 Rheinland-Pfalz ist ein starker Rechtsstaat, in dem die Menschen sicher leben können.
6078 Die Stärkung unserer Justiz bleibt daher ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik. Wir
6079 stehen auch in Zukunft für eine moderne und leistungsfähige Justiz, die unseren
6080 Rechtsstaat gegen Bedrohungen und auch gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft
6081 in der politischen Auseinandersetzung verteidigt. Vor allem die Terrorismusbekämpfung,
6082 die Extremismusbekämpfung und Prävention aber auch unser Einsatz gegen
6083 Hass und Hetze bleiben für uns wichtige Felder rheinland-pfälzischer Justizpolitik,
6084 ebenso wie der Schutz der Bürger:innenrechte.

6085 **Leistungsfähige Justiz als tragende Säule unseres Rechtsstaates**

6086 Wir werden weiterhin eine sachgerechte personelle wie materielle Ausstattung beim
6087 Justizwachmeisterdienst, in den Geschäftsstellen, bei den Rechtspfleger:innen, Rich-
6088 ter:innen, Staatsanwält:innen, bei den Justizvollzugsbeamt:innen sowie bei der Ge-
6089 richts- und Bewährungshilfe sicherstellen. Neue Aufgaben durch bundesgesetzliche
6090 Regelungen bringen häufig personelle Mehrbelastungen der Justiz mit sich, ohne dass
6091 entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Das Land Rheinland-Pfalz
6092 wird sich auf Bundesebene daher für eine dynamische und dauerhafte Beteiligung des
6093 Bundes an bundesgesetzlich verursachten Aufgaben einsetzen, damit bei Gesetzes-
6094 vorhaben auch die finanziellen Belange der Länder angemessen berücksichtigt wer-
6095 den (Bundeskonnexität).

6096 Die Justiz im Land Rheinland-Pfalz ist als Arbeitgeberin attraktiv. Das ist auch eine
6097 Folge der intensiven Maßnahmen des Landes zur Nachwuchsgewinnung. Dieses En-
6098 gagement werden wir weiterverfolgen und mit dem Ziel intensivieren, auch in Zukunft
6099 motivierte und qualifizierte Nachwuchskräfte für die Justiz zu gewinnen. Der justizin-
6100 ternen Fortbildung messen wir einen hohen Wert bei.

6101 Die Mitarbeiter:innen der Gerichte und Staatsanwaltschaften sollen über attraktive und
6102 flexible Arbeitsbedingungen verfügen. Zur weiteren Optimierung der Vereinbarkeit von
6103 Beruf und Familie werden wir gemeinsam mit der justiziellen Praxis prüfen, in welchen
6104 Bereichen mit zunehmender Etablierung der elektronischen Akte mobiles Arbeiten
6105 ausgebaut werden kann. Dafür werden wir auch prüfen, ob die Einrichtung von be-
6106 trieblichen Kinderbetreuungsangeboten für Justizbedienstete, ggf. in Zusammenarbeit
6107 mit anderen Dienststellen, möglich ist. Ein besonderes Anliegen ist es uns auch, die
6108 Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements nachhaltig auszuweiten und da-
6109 bei insbesondere Maßnahmen für den Umgang mit Belastungen am Arbeitsplatz zu
6110 fördern. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Gremien der Personalvertre-
6111 tung werden wir fortsetzen.

6112 Zu guten Arbeitsbedingungen für Gerichtsbarkeiten mit Amtsermittlung kann auch die
6113 Unterstützung durch Verwaltungskräfte beitragen. Wir wollen dies in einem Modellver-
6114 such an drei Gerichten testen.

6115 Im Rahmen der Prüfung der Heilfürsorge für Polizeibeamt:innen werden wir auch die
6116 Justizbediensteten mit Vollzugsaufgaben berücksichtigen.

6117 **Juristische Ausbildung und Prüfung**

6118 Die juristischen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen wollen wir modernisieren, um
6119 die Jurist:innenausbildung zeitgemäß und zukunftsfest zu gestalten. Hierfür werden
6120 wir die juristischen Prüfungen digitalisieren und den juristischen Vorbereitungsdienst
6121 didaktisch aufwerten.

6122 **Berufsbild der Justizwachtmeister:innen fortentwickeln**

6123 Das Berufsbild der Justizwachtmeister:innen wird sich in den kommenden Jahren mit
6124 der Digitalisierung weiter grundlegend wandeln und seine zentrale Ausgestaltung in
6125 der Gewährleistung der Sicherheit in den Justizgebäuden finden. Zugleich sind die
6126 Sicherheitsanforderungen an den Gerichten deutlich angestiegen. Daher werden wir
6127 das Berufsbild des Justizwachtmeisterdienstes gemeinsam mit der justiziellen Praxis
6128 modernisieren, an die sich verändernden Bedingungen anpassen und damit attraktiver
6129 gestalten.

6130 **Zukunftsfähigkeit der Justizstrukturen sichern**

6131 Wir bekennen uns zu einer Präsenz der Justiz in der Fläche sowie zum Erhalt der
6132 Justizstandorte und zu einem bürger:innennahen Zugang zur Justiz. Unter dieser Maß-
6133 gabe werden die Strukturen dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, unter Beteiligung
6134 der Betroffenen und in transparenten Verfahren an veränderte gesetzliche und gesell-
6135 schaftliche Rahmenbedingungen angepasst, um dauerhaft eine leistungsfähige und
6136 zukunftsfähige Justiz zu sichern. Hierzu wird die Entwicklung der Arbeitsbelastung bei
6137 den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Hinblick auf Eingangszahlen, Verfahrensdauer
6138 und Veränderungen in der Komplexität der Verfahren beobachtet.

6139 **Digitalisierung der Justiz**

6140 Wir werden die flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in der Justiz kon-
6141 sequent bis 2025 umsetzen und dabei auf dem Erreichten aufbauen. Wir wollen die
6142 Potenziale der Digitalisierung umfassend nutzen, achten bei der Umgestaltung der Ar-
6143 beitsabläufe aber auf einen insbesondere für die Mitarbeitenden transparenten und
6144 von fachlichen Erwägungen bestimmten Prozess. Zugleich sind wir uns über die an-
6145 stehenden Investitionsherausforderungen in Hard- und Software im Klaren, die ein mo-
6146 derner, digitaler Arbeitsplatz unter Einbeziehung der IT-Sicherheit mit sich bringt. Im
6147 Zuge der weiteren Digitalisierung der Justiz werden wir auch die technischen Möglich-
6148 keiten von gerichtlichen Verhandlungen im Wege der Bild- und Tonübertragung aus-
6149 bauen.

6150 **Bürgernahe Justiz**

6151 Eine starke, unabhängige, effiziente, bürgernahe und zukunftsfähige Justiz ist ein
6152 Grundpfeiler unseres Rechtsstaats und für das Vertrauen der Bürger:innen sowie der
6153 Unternehmen in den Rechtsstaat und damit in die Demokratie essenziell. Wir wollen
6154 die Erreichbarkeit der Justiz für die Bürger:innen vereinfachen und so den Zugang zu
6155 den Gerichten erleichtern. In allen Gerichtszweigen ist ein effektiver und bürgernaher
6156 Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Zugleich wollen wir prozessuale Abläufe durch
6157 zielführenden Einsatz moderner IT-Technik und IT-Verfahren modernisieren.

6158 **Konsequente Strafverfolgung**

6159 Die Staatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz arbeiten effizient und leisten einen unver-
6160 zichtbaren Beitrag bei der Bekämpfung der Kriminalität. Um diese wichtige Arbeit aus-
6161 üben zu können, brauchen sie die hierfür erforderlichen rechtlichen Grundlagen sowie
6162 die nötigen personellen und materiellen Ressourcen. Nur so können sie angemessen
6163 auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagieren.

6164 **Opferschutz**

6165 Die Justiz leistet wichtige Hilfen, um unvermeidbare Belastungen von Betroffenen
6166 rechtsstaatlich und sozialstaatlich vertretbar zu halten. Der Zeugen- und Opferschutz
6167 muss konsequent erfolgen, Hilfsangebote für geschädigte Bürger:innen müssen wei-
6168 terhin gestärkt werden, ohne die Rechte der Beschuldigten einzuschränken. Wir för-
6169 dern deshalb auch zukünftig Einrichtungen wie die Stiftung Rheinland-Pfalz für Opfer-
6170 schutz, den Weißen Ring, die Vereine für Soziale Rechtspflege und die Interventions-
6171 stellen gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Wir sichern die psychosoziale
6172 Zeugenbegleitung. Der erstmals ernannte Opferbeauftragte der Landesregierung leis-
6173 tet wertvolle Hilfe und Unterstützung für Betroffene schwerer Straftaten. Seine Stellung
6174 wollen wir gesetzlich stärken.

6175 **Bekämpfung von Hass und Hetze**

6176 Unsere offene und pluralistische Gesellschaft wird durch die Verbreitung von Hass und
6177 den Aufruf zu Gewalt gegen Dritte in ihrem Bestand gefährdet. Hass und Hetze – nicht
6178 nur im Internet – sind der Nährboden künftiger Gewaltdelikte und terroristischer Ver-
6179 brechen. Wir setzen uns daher aktiv gegen die Verbreitung von Hass und Hetze ins-
6180 besondere im Internet ein. Nachdem das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextre-
6181 mismus und der Hasskriminalität nunmehr in Kraft getreten ist, werden wir bei der Lan-
6182 deszentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus sowie der Lan-
6183 deszentralstelle Cybercrime Erstzuständigkeiten für die nach diesem Gesetz gemel-
6184 deten Delikte einrichten. Durch die Bündelung der Ermittlungskompetenzen bei den
6185 Zentralstellen mit der dort vorhandenen besonderen Sachkunde sollen optimale Er-
6186 mittlungserfolge erzielt und gefährliche Straftäter besonders im Blick behalten werden.

6187 Projekte zur Bekämpfung der Hasskriminalität, wie etwa die vom Ministerium der Jus-
6188 tiz, dem Ministerium des Innern und für Sport und der Medienanstalt Rheinland-Pfalz
6189 eingerichtete Initiative „Verfolgen und Löschen“, werden wir fortführen und weiter aus-
6190 bauen.

6191 **Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche**

6192 Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche werden wir weiterhin konsequent
6193 bekämpfen. Im Rahmen unseres Paktes gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und
6194 Jugendlichen werden wir dabei die Ausbildung und Fortbildung von Verfahrensbetei-
6195 ligten noch stärker berücksichtigen. Wir werden in diesem Rahmen gemeinsam mit der
6196 staatsanwaltschaftlichen Praxis, der Jugendhilfe und Opferschutzorganisationen prü-
6197 fen, ob durch zentralisierte Strukturen die Effektivität der Strafverfolgung in diesem
6198 Deliktsfeld gesteigert werden kann. Wir werden prüfen, wie wir gemeinsam mit wis-
6199 senschaftlicher Expertise Hürden identifizieren und senken können, die Opfer von der
6200 Erstattung einer Strafanzeige abhalten. Die Beiordnung psychosozialer Prozessbe-
6201 treuung stellt ein wichtiges Hilfsangebot für Opfer schwerer Straftaten, insbesondere

6202 Sexualstraftaten, dar. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Hilfsangebot noch
6203 mehr Akzeptanz und Bekanntheit erfährt.

6204 **Cybercrime**

6205 Um den staatlichen Schutzpflichten für die Interessen der Bürger:innen gerecht zu
6206 werden, ist eine Spezialisierung und fortlaufende Qualifizierung der Staatsanwalt-
6207 schaften im Bereich der Bekämpfung der Cyberkriminalität erforderlich.

6208 **Wirtschaftskriminalität**

6209 Wirtschaftskriminalität untergräbt das Vertrauen der Bürger:innen in die soziale Markt-
6210 wirtschaft und schädigt redliche Unternehmer:innen ebenso, wie Sozialversicherungs-
6211 träger und öffentliche Haushalte. Die effektive Verfolgung und Ahndung dieser Delikte
6212 setzt eine angemessene und spezialisierte personelle und materielle Ausstattung der
6213 Strafverfolgungsbehörden, Fort- und Weiterbildungsangebote sowie moderne IT-An-
6214 wendungen voraus, die wir zur Verfügung stellen wollen. Gemeinsame Ermittlungs-
6215 gruppen von Justiz, Polizei, Zoll und Steuerfahndung können – je nach Fallkonstella-
6216 tion – ein probates Mittel zur effektiven Strafverfolgung dieses Bereichs sein.

6217 **Jugendkriminalität**

6218 Den Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts stellen wir in den Mittelpunkt der Ver-
6219 folgung von Jugenddelinquenz. Durch effektive Zusammenarbeit aller Akteur:innen
6220 des Jugendstrafverfahrens werden die Verfahren beschleunigt und die erforderlichen
6221 Maßnahmen können schnell und damit wirksam eingeleitet werden. Wir begrüßen da-
6222 her, die bewährte Struktur der Häuser des Jugendrechts und streben – unter konse-
6223 quenter Beachtung der richterlichen Unabhängigkeit – eine weitere Beschleunigung
6224 der Verfahren durch eine engere Kooperation mit den zuständigen Jugendrichter:innen
6225 an. Dort, wo aufgrund der regionalen Strukturen keine Häuser des Jugendrechts ein-
6226 gerichtet sind, werden wir die enge Zusammenarbeit der Beteiligten der Jugendver-
6227 fahren weiter fördern und den weiteren Ausbau der Häuser des Jugendrechts in der
6228 Fläche prüfen. Um eine wohnortnahe Vollstreckung von Jugendarresten zu ermögli-
6229 chen, werden wir prüfen, ob im nördlichen Rheinland-Pfalz Arrestplätze geschaffen
6230 werden können.

6231 **Bioethikkommission**

6232 Wir werden beim Justizministerium wieder eine Bioethikkommission einrichten.

6233 **Strafvollzug**

6234 Wir stehen für einen modernen und konsequent am Gedanken der Resozialisierung
6235 ausgerichteten Strafvollzug. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei dem Übergangs-
6236 management zu, welches wir – etwa durch eine verbesserte Kooperation mit der Bun-
6237 desagentur für Arbeit – bereits deutlich gestärkt haben. Diesen Weg wollen wir fortset-
6238 zen. Unser Ziel ist, dass Strafgefangene zur Senkung der Rückfallquoten in geklärte
6239 Verhältnisse entlassen werden. Wir werden auch die Bedeutung des freiwilligen Arbei-
6240 tens und des Sports im Justizvollzug stärken. Dazu streben wir unter anderem die
6241 Stärkung der Sportbeamt:innen an. Wo immer möglich, wollen wir im Rahmen des

6242 Übergangsmanagements darauf hinarbeiten, dass entlassene Gefangene auch örtli-
6243 che Sportvereine in ihrem sozialen Empfangsraum finden und dort aufgenommen wer-
6244 den.

6245 Um die vielfältigen und immer komplexer werdenden Aufgaben des Strafvollzugs er-
6246 füllen zu können, braucht es gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Wir werden
6247 daher auch weiterhin für eine auskömmliche Personalausstattung für alle Bereiche des
6248 Vollzugs Sorge tragen. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erhöhen und das Be-
6249 rufsbild attraktiver gestalten. Ferner werden wir die sachliche Ausstattung für die Mit-
6250 arbeiter:innen in den Justizvollzugsanstalten noch stärker an ihren Bedürfnissen ori-
6251 entieren.

6252 Der Strafvollzug ist aufgrund der Tatsache, dass Männer mehr als 90% der Gefange-
6253 nen ausmachen, vorwiegend auf deren Interessen und Bedarfe ausgerichtet. Ange-
6254 bote für Frauen bestehen daher nur in wenigen Justizvollzugseinrichtungen und nicht
6255 in vergleichbarer Breite und Vielfalt. Das wollen wir ändern, um weiblichen Gefange-
6256 nen die gleichen Behandlungs- und Bildungsangebote machen zu können, wie männ-
6257 lichen Gefangenen. Zugleich wollen wir der besonderen Situation von Müttern mit neu-
6258 geborenen Kindern Rechnung tragen.

6259 Wir streben den Aufbau einer zentralen geriatrischen Abteilung an.

6260 Vor besondere Herausforderungen – gerade unter den Bedingungen der Pandemie –
6261 wird der Strafvollzug durch die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen gestellt. Daher
6262 werden wir Programme zur gemeinnützigen Arbeit zur Vermeidung von Ersatzfreiheits-
6263 strafen, wie zum Beispiel „Schwitzen statt Sitzen“ fortführen und wo möglich ausbauen.
6264 Wir werden uns zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Berechnungsmaß-
6265 stab in § 43 Satz 2 StGB geändert wird, um Ersatzfreiheitsstrafen zu verkürzen.

6266 **Menschenrechtsverteidiger:innen**

6267 Den Einsatz für Menschenrechte wollen wir auch über die Grenzen von Rheinland-
6268 Pfalz hinaus unterstützen. Wir werden daher eine Initiative ergreifen, um internationale
6269 Menschenrechtsverteidiger:innen, die aufgrund ihres Engagements ihr Heimatland vo-
6270 rübergehend verlassen müssen, mit einem zeitlich begrenzten Stipendium zu unter-
6271 stützen. Hierdurch können wir Stiftungsstipendiat:innen aus einer für sie lebensbe-
6272 drohlichen Situation holen, sie stabilisieren und ihnen Zeit, Raum und Anerkennung
6273 für ihr politisches Engagement geben. Gleichzeitig können sie, unter dem Schutz des
6274 Grundgesetzes, ihren Einsatz für Menschenrechte fortsetzen, Kontakte knüpfen und
6275 schließlich mit internationaler Rückendeckung in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Kommunen und Kommunalentwicklung

Gemeinsam mit unseren Kommunen wollen wir die Chancen des Veränderungsjahres nutzen. Starke Kommunen, in denen die Menschen in Rheinland-Pfalz umfassenden Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung, guten Arbeitsplätzen und einer leistungsstarken und verlässlichen digitalen Infrastruktur haben, sind dafür wichtige Veränderungstreiber. Wir werden gemeinsam mit unseren Kommunen dafür sorgen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft gut leben können.

Als bürgernahe und das Lebensumfeld prägende Verwaltungsebene sind den Kommunen die alltäglichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft anvertraut. Kreise, Städte und Gemeinden sollen auf einem stabilen Fundament stehen. Hierzu muss die Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ein Schwerpunkt im Landeshaushalt sein.

Das Konnexitätsprinzip ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Das Land Rheinland-Pfalz wird sich auf Bundesebene für eine dynamische und dauerhafte Beteiligung des Bundes an bundesgesetzlich verursachten kommunalen Aufgaben einsetzen, insbesondere im Bereich der Sozialgesetzgebung (Bundeskonnexität).

Der Kommunale Finanzausgleich ist das geeignete Instrument zur Unterstützung der Kommunen. Wir wollen einen bedarfsgerechten Kommunalen Finanzausgleich entwickeln, der sich klar an den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes orientiert. Der Dialog mit den Kommunen ist uns dabei sehr wichtig.

Wir werden die Effekte der Umstellung auf wiederkehrende Straßenausbaubeiträge insbesondere im Hinblick auf die Erhebungskosten betrachten.

Altschuldenabbau

Das Land wendet bereits seit Jahren erhebliche Mittel auf, um die Kommunen bei der Altschuldenproblematik zu unterstützen. Durch den Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) und das Aktionsprogramm für kommunale Liquiditätskredite (Zinssicherungsschirm und Bonusprogramm) stellt das Land eine Summe von jährlich knapp 190 Millionen Euro bereit. Von 2012 bis 2020 wurden rund 1,5 Milliarden Euro für Zins- und Tilgungshilfe für kommunale Liquiditätskredite zur Verfügung gestellt. Die bestehenden Landesprogramme werden noch bis 2025 (KEF-RP) bzw. bis 2029 (Aktionsprogramm) geführt.

Auf Bundesebene haben wir uns unter anderem auch in der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse dafür eingesetzt, dass der Bund Mitverantwortung für die Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik übernimmt. Eine Lösung blieb allerdings auf Bundesebene aus. Gerade in den aktuellen Zeiten wäre eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern ein wichtiges Signal an die Kommunen gewesen. Die Koalitionsparteien setzen sich erneut auf Bundesebene für eine Beteiligung des Bundes ein. Die kommunale Altschuldenhilfe muss weiterhin auf der bundespolitischen Agenda bleiben. Im Rahmen der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs wird das Thema der Altschulden der Kommunen ebenso in das Gesamtkonzept einbezogen und mitbehandelt werden.

6319 **Klimaschutz und kommunale Klimaschutzbeauftragte**

6320 Der Klimaschutz und die Folgen der Klimaerhitzung stellen unsere Kommunen für
6321 große Herausforderungen. Dafür wollen wir sie durch geeignete Förderprogramme
6322 und durch Veränderung der bestehenden Richtlinien dabei unterstützen, Maßnahmen
6323 für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung umzusetzen. Hierbei nehmen die kommu-
6324 nalen Klimaschutzbeauftragten eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Klimaschut-
6325 zes und der Prozesssteuerung wahr.

6326 **Kommunale Digitalisierungsbeauftragte**

6327 Die Digitalisierung schreitet in allen Bereichen unserer Gesellschaft mit schnellen
6328 Schritten voran. Unsere Kommunen stehen dabei vor erheblichen Herausforderungen.
6329 Hierbei nehmen die kommunalen Digitalisierungsbeauftragten eine wichtige Rolle bei
6330 der Umsetzung der Digitalisierung und IT-Steuerung wahr.

6331 **Digitale Ratssitzungen/kommunales Ehrenamt/Auskunftssperre**

6332 Ratssitzungen in Präsenz sind und bleiben ein wichtiges Element der Demokratie auf
6333 kommunaler Ebene. Um die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt zu
6334 verbessern, werden wir die Möglichkeit von Beschlussfassungen im Rahmen digitaler
6335 Ratssitzungen auch nach der Pandemie ermöglichen. Dafür werden wir die Ergebnisse
6336 der Evaluation der wegen der Corona-Pandemie geschaffenen Vorschriften auswer-
6337 ten. Rechtssicherheit und Transparenz kommunaler Ratsarbeit sind hierbei zu berück-
6338 sichtigen.

6339 Die nächste Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung nehmen wir zum Anlass,
6340 um mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Verbesserung der Rahmenbedin-
6341 gungen des kommunalen Ehrenamtes, beispielsweise im Hinblick auf die Vereinbar-
6342 keit von Familie und Kommunalmandat, zu erzielen.

6343 Unsere Demokratie lebt vom politischen Engagement. Die zunehmenden Anfeindun-
6344 gen und gewalttätigen Übergriffe gegenüber politisch aktiven Menschen beobachten
6345 wir mit großer Sorge. Wir wollen prüfen, wie wir diese Menschen besser schützen und
6346 wie wir im Hinblick auf den Schutz persönlicher Daten sicherstellen können, dass sie
6347 sich frei von Angst in den politischen Diskurs einbringen können. Deshalb werden wir
6348 prüfen, wie die rechtlichen Voraussetzungen für den Antrag auf Erteilung von Aus-
6349 kunfts- und Übermittlungssperren mit Blick auf die persönlichen Daten von politisch
6350 aktiven Menschen gesenkt werden können und werden ggf. dazu auf Bundesebene
6351 aktiv werden.

6352 **Wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für Jugendparlamente und -foren auf kommunaler Ebene**

6354 Um die Zukunft unserer Demokratie zu sichern, müssen wir die Jüngeren auch über
6355 die Ausweitung des Wahlrechts hinaus an demokratische Entscheidungsprozesse her-
6356 anführen und ihnen im Rahmen der bestehenden demokratischen Institutionen mehr
6357 Möglichkeiten geben. Um hier gemeinsam mit den Jugendlichen die richtigen Beteili-
6358 gungsformen zu finden, werden wir wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für Ju-
6359 gendparlamente und -foren auf kommunaler Ebene durchführen. Die nächste Ände-

6360 rung der Gemeindeordnung nehmen wir zum Anlass, um mit den kommunalen Spit-
6361 zenverbänden eine stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Kommunalpolitik zu
6362 erzielen. Hier werden wir auch in den Dialog mit Jugendvertreter:innen treten.

6363 **Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR)**

6364 Die dringlichste Aufgabe unserer Kommunen liegt derzeit in der Bekämpfung der Pan-
6365 demie und der Bewältigung der zum Teil noch nicht absehbaren Folgewirkungen. Dies
6366 erfordert eine enorme Kraftanstrengung und bindet erhebliche zeitliche wie personelle
6367 Ressourcen mit Blick auf die Weiterentwicklung einer modernen, digital vernetzten,
6368 bürgernahen und resilienten Kommunalverwaltung.

6369 Die verbindliche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis zum Jahresende 2022,
6370 der verstärkte Ausbau der Digitalisierung und die Einführung der kommunalen eAkte
6371 gehören in diesem Kontext ebenso zu den Themenschwerpunkten wie die Reform des
6372 Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) und die Modellphase zur Intensivierung der in-
6373 terkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien
6374 Städte. Insbesondere die Digitalisierung wird den Kommunen wichtige Erkenntnisse
6375 dazu liefern, inwieweit durch IKZ Synergie-Effekte und eine Verbesserung der Effizienz
6376 kommunaler Strukturen erreicht werden können, ohne dass die Bürger:innennähe da-
6377 von tangiert wird.

6378 Die Ergebnisse der vorgenannten Vorhaben werden uns die strukturelle Entschei-
6379 dungsgrundlage dafür liefern, das weitere Verfahren zur Fortführung der Kommunal-
6380 und Verwaltungsreform festlegen zu können.

6381 Die umfangreichen Gutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform haben uns die
6382 Notwendigkeit einer weiteren Reform der Strukturen auf kommunaler Ebene deutlich
6383 aufgezeigt. Für uns gilt unverändert die Prämisse fort, dass wir Entscheidungen über
6384 die notwendige Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen in einem breiten politi-
6385 schen Konsens im Parlament und mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie auf
6386 Grundlage einer breit angelegten Bürgerbeteiligung treffen und umsetzen werden.

6387 **Lebenswerte und lebendige Dörfer und Städte**

6388 Rheinland-Pfalz ist durch seine starke kommunale Struktur geprägt. Unser Ziel sind
6389 zukunftsste, lebenswerte und lebendige Dörfer und Städte, in ländlichen und urba-
6390 nen Räumen. Wir wollen unsere Kommunen als Orte des sozialen Zusammenhalts,
6391 Orte der Lebensqualität und Orte des klimaneutralen Wirtschaftens weiterentwickeln.
6392 Hierbei legen wir ein Augenmerk auf Sicherheit, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und wirt-
6393 schaftliche Entwicklungschancen. Hierfür verfolgen wir einen integrierten Ansatz und
6394 setzen ein umfangreiches Maßnahmenpaket um:

6395 **Städtebauförderung/Dorferneuerung/I-Stock/Stadtdörfer**

6396 Die Fördermittel in den Investitionsprogrammen Städtebau, Dorferneuerung und In-
6397 vestitionsstock werden wir auf hohem Niveau halten und auch mit diesem Mittel Maß-
6398 nahmen für den Klimaschutz und das nachhaltige Bauen unterstützen. Das Modellpro-
6399 jekt Stadtdörfer, mit dem Stadtteile mit dörflichem oder ländlichem Charakter gefördert
6400 werden, wollen wir verstetigen und zu einem landesweiten Programm ausbauen. Als
6401 regionale Konjunkturprogramme schaffen diese Förderprogramme Anreize für den
6402 Ausbau und Erhalt von Arbeitsplätzen.

6403 **Dorferneuerungsschwerpunkt: Grün im Dorf**

6404 Innerhalb der Dorferneuerung werden wir durch die Erhöhung des Fördermittelanteils
6405 einen deutlichen Schwerpunkt auf Maßnahmen der Dorfökologie sowie der Grün- und
6406 Freiraumgestaltung (Grün im Dorf) legen und damit Klimaschutz vor Ort und eine nach-
6407 haltige Stärkung der Lebensqualität gezielt fördern. Um dem Thema seinen notwendi-
6408 gen Stellenwert einzuräumen und auch die Bevölkerung noch stärker dafür zu sensi-
6409 bilisieren, werden wir das jährliche Sonder-Förderkontingent für unsere Kommunen
6410 mehr als verdoppeln.

6411 **Innenstadt-Impulse**

6412 Nicht nur der ländliche Raum, sondern auch unsere Innenstädte sind im Wandel. Die
6413 monatelangen pandemiebedingten Einschränkungen und der Strukturwandel stellen
6414 Handel und Kommunen vor große Herausforderungen. Mit dem Modellvorhaben „In-
6415 nenstadt-Impulse“ und den Ansätzen aus dem Einzelhandelsgipfel setzen wir auf in-
6416 novative Ideen, um die Stadtentwicklung voranzubringen. Nachdem im ersten Schritt
6417 die Oberzentren von diesem neuen Ansatz profitieren, werden wir auch die Mittelzen-
6418 tren in das Vorhaben einbeziehen. Die Grundzentren werden wir im Rahmen der be-
6419 stehenden Programme weiter unterstützen.

6420 **Stadt.Land.Stark/Ressortübergreifender Ansatz**

6421 Da sich in unseren Kommunen die gesamte Lebenswirklichkeit der Menschen abspielt,
6422 gehen wir auch bei der Unterstützung durch das Land neue und umfassende Wege.
6423 Mit „Stadt.Land.Stark“ kombinieren wir ressortübergreifend die Themen der klassi-
6424 schen Kommunalförderung mit den Themengebieten Arbeit und Soziales sowie Woh-
6425 nen und Bauen. So etablieren wir mit einem ganzheitlichen, integrierten Unterstüt-
6426 zungsansatz Leuchttürme für das ländliche Leben.

6427 **Starke Kommunen – starkes Land/Zukunftscheck Dorf/Kreisentwicklungskon- 6428 zepte**

6429 Um auch über Verwaltungsgrenzen hinweg positive Entwicklungen auf regionaler
6430 Ebene anzustoßen, werden wir unsere Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – starkes
6431 Land“ intensivieren. Das Format „Zukunftscheck Dorf“ und das Instrument des Kreis-
6432 entwicklungskonzepts führen wir fort.

6433 **Beratung der Kommune zu Fördermöglichkeiten Bund/EU/Land**

6434 Unseren Kommunen stehen eine Vielzahl von Fördertöpfen von EU, Bund und Land
6435 zur Verfügung. Wir wollen, dass sie diese Mittel möglichst effektiv abrufen und einset-
6436 zen können. Deshalb werden wir unser vorhandenes Beratungsangebot verbessern
6437 und sie dabei unterstützen Bundes- und EU-Fördermittel noch stärker in Anspruch zu
6438 nehmen.

6439 **Innen- vor Außenentwicklung**

6440 Am Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung halten wir auch bei der Kommunalent-
6441 wicklung fest. Wie werden prüfen, wie rechtliche Hürden für eine erfolgreiche Innen-
6442 entwicklung gesenkt und Verfahren entbürokratisiert werden können.

6443 **Urbane Prävention und Sicherheit**

6444 Die urbane Kriminalprävention und damit die Sicherheit in unseren Städten haben für
6445 uns einen hohen Stellenwert. Deswegen wollen wir die Kriminalpräventiven Räte stär-
6446 ken, in denen Vertreter:innen der Kommunen, der Zivilgesellschaft und Polizei zusam-
6447 menkommen. Wir wollen auch die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürger:in-
6448 nen durch die Beseitigung möglicher „Angsträume“, entsprechend weiterentwickelte
6449 Abläufe bei der Planung und Durchführung von Großveranstaltungen sowie durch ge-
6450 eignete städtebauliche Maßnahmen weiter erhöhen. Hierbei spielt die Absicherung
6451 von belebten Plätzen, etwa durch technische, verkehrsplanerische oder gestalterische
6452 Maßnahmen, eine entscheidende Rolle. Die enge Einbindung der Bürger:innen ist uns
6453 auch in diesem Zusammenhang wichtig.

6454 Wir werden in ausgewählten Kommunen die Erprobung und Umsetzung sinnvoller und
6455 zielgerichteter Maßnahmen unterstützen. Hierzu wird auch eine Qualifizierung der Pla-
6456 ner:innen für die Belange der städtebaulichen Kriminalprävention und der Verantwort-
6457 lichen in den Kommunen insbesondere zur Sicherung von Großveranstaltungen erfol-
6458 gen.

6459 **Digitale Dörfer/Digitale Städte**

6460 Wir unterstützen Dörfer und Städte dabei, sich mit innovativen Ansätzen noch besser
6461 aufzustellen und so die Lebensqualität weiter zu erhöhen. So leisten wir auch einen
6462 Beitrag für eine ausgewogene demographische Entwicklung. Wir haben mit den „Digi-
6463 talen Dörfern“ und unter anderem der Unterstützung für die „herzlich digitale Stadt“
6464 Kaiserslautern wichtige Best-Praxis-Beispiele für Smart-City/Smart-Country geschaf-
6465 fen. Die Erfahrungen dieser Projekte wollen wir nun in die Fläche bringen und daher
6466 das „Netzwerk Digitale Dörfer RLP“ und das „Interkommunale Netzwerk Digitale Stadt“
6467 nutzen, um den Wissenstransfer zu sichern.

6468 **Dorfläden/Dorfbüros/neue Konzepte für Dorfgemeinschaftshäuser als soziale Orte**

6470 Mit unserer Unterstützung für den Aufbau von Dorfläden und Dorfbüros sowie neuer
6471 Konzepte zur Nutzung und Gestaltung von Dorfgemeinschaftshäusern schaffen wir in
6472 unseren Kommunen soziale Orte, die den Zusammenhalt und die Attraktivität unserer
6473 Gemeinden weiter steigern. Mit den Dorfbüros bringen wir die neue Form des Arbei-
6474 tens in einem Co-Working-Space auch aufs Land. Mit einem neuen Förderprogramm
6475 unterstützen wir die Kommunen, bei denen keine privaten oder gemeinnützigen Ange-
6476 bote vorhanden sind, beim Aufbau und der Umsetzung von Dorfbüros. Hiermit leisten
6477 wir einen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für den Klima-
6478 schutz.

6479 **Entwicklungsagentur/Maker-Spaces**

6480 Unsere Kommunen werden von der Entwicklungsagentur als starkem Partner, insbe-
6481 sondere bei der Digitalisierung der Kommunen und zum Beispiel mit dem Modellpro-
6482 jekt zur Schaffung von „Maker-Spaces“ unterstützt.

6483 **Limes-Kommunen**

6484 Das Land unterstützt auch zukünftig die Limes-Kommunen u.a. mit Mitteln der Dorfer-
6485 neuerung beim Erhalt des Welterbes und bei der kommunalen Entwicklung. Die Ent-
6486 wicklungsagentur Rheinland-Pfalz und die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rhein-
6487 land-Pfalz tauschen sich regelmäßig mit Limes-Kommunen und regionalen Organisa-
6488 tionen in Schottland, England und Österreich zu Fragen der Kommunalentwicklung im
6489 Zusammenhang mit der Limes-Welterbestätte aus.

6490 **BUGA 2029**

6491 Die Bundesgartenschau 2029 im Welterbe Oberes Mittelrheintal soll wichtige Impulse
6492 zur Fortentwicklung der Region und des Tourismus geben. Das Land unterstützt die
6493 BUGA-Kommunen als starker Partner. Dabei begrüßen wir, dass die BUGA 2029 an
6494 den Klimazielen der Landesregierung ausgerichtet wird.

6495 **Unterstützung der Stationierungs-Kommunen**

6496 Mit der US-Präsenz in Rheinland-Pfalz geht die besondere Verantwortung und Chance
6497 einher, das transatlantische Verhältnis genauso wie das deutsch-amerikanische Zu-
6498 sammenleben in unseren Kommunen positiv zu gestalten. Vor diesem Hintergrund
6499 werden wir uns weiterhin selbstbewusst in den transatlantischen Dialog einbringen und
6500 Maßnahmen wie das WiR!-Programm zur Förderung eines aktiven deutsch-amerika-
6501 nischen Gemeindelebens im Umfeld der US-Standorte weiterentwickeln.

6502 **Landesentwicklung**

6503 6504 **Landesentwicklungsprogramm (LEP V)**

6505 Um unser Landesentwicklungsprogramm mit Blick auf die Herausforderungen der
6506 kommenden Jahrzehnte weiterzuentwickeln, beginnen wir in dieser Legislaturperiode
6507 die Aufstellung des LEP V.

6508 Mit dem LEP wollen wir einen Beitrag für eine digitale, ökologische, klimaneutrale und
6509 wirtschaftlich erfolgreiche, soziale und moderne Zukunft unseres Landes erarbeiten,
6510 in der das Leben auf dem Land und in den Städten durch gute Lebensverhältnisse und
6511 eine hohe Lebensqualität geprägt ist. Wir sind überzeugt, dass die Vorschläge und
6512 Beiträge aus unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft zu diesem Ziel beitra-
6513 gen werden.

6514 Wir werden die Aufstellung des neuen Landesentwicklungsprogramms durch eine
6515 Konzeptionsphase mit einer breiten Beteiligung der Wissenschaft, der Kommunen, der
6516 Kammern und Verbände und der Öffentlichkeit vorbereiten.

6517 Handlungsfelder, denen wir in diesem Prozess eine besondere Aufmerksamkeit wid-
6518 men wollen sind unter anderem das bezahlbare Wohnen, die Klimafolgenanpassung,
6519 die Sicherung, Steuerung und Weiterentwicklung der Versorgungsinfrastruktur, die
6520 nachhaltige Flächennutzung, der Schutz und die ökologische Aufwertung von Freiräu-
6521 men, der Schutz und die Schaffung klimaökologischer Ausgleichsräume, eine mo-
6522 derne vernetzte Mobilität und der Erhalt des Landes als Industrie- und Wirtschafts-
6523 standort.

6524 **Vermessungs- und Katasterverwaltung**

6525 Die Vermessungs- und Katasterverwaltung hat in den vergangenen Jahren die Chan-
6526 cen der Digitalisierung genutzt, um sich zu einer hochmodernen Verwaltung zu entwi-
6527 ckeln. Wir wollen, dass dieser Weg konsequent fortgesetzt wird, um die Arbeitspro-
6528 zesse im Sinne einer bürger:innennahen und wirtschaftsorientierten Verwaltung bei
6529 gleichbleibender Servicequalität weiter zu optimieren.

6530 **Feiertagsgesetz**

6531 Wir wollen die bestehenden Regelungen im Feiertagsgesetz zeitgemäß weiterentwi-
6532 ckeln, um die individuellen Freiheiten der Bürger:innen mit dem verfassungsrechtlich
6533 geschützten Sonn- und Feiertagsschutz in Einklang zu bringen.

6534 **Glücksspielgesetz**

6535 Die Koalitionspartner halten daran fest, dass sich die Standorte der Spielhallen, wie
6536 2012 gesetzlich verankert, reduzieren. Für die bestehenden Spielhallen, welche die
6537 500m-Abstandsregel aktuell nicht einhalten, soll es im Hinblick auf die pandemiebe-
6538 dingten Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte und den Arbeitsmarkt eine letzt-
6539 malige Übergangsphase von sieben Jahren geben. Dabei werden wir Auflagen, Qua-
6540 lifizierungsanforderungen und eine Verbesserung der Situation der Suchtbekämpfung
6541 vorsehen.

6542 **Haushalt und Finanzen**

6543 Wir stehen für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die künftige Generationen in
6544 den Blick nimmt. Der konsequente Konsolidierungspfad der vergangenen Jahre hat
6545 die Grundlage dafür geschaffen, dass wir den Herausforderungen der Corona-Pande-
6546 mie entschlossen begegnen können. Wir werden auch in Zukunft eine Haushaltspolitik
6547 gestalten, die Investitionen in die Zukunft unseres Landes ermöglicht und gleichzeitig
6548 finanzielle Spielräume für unsere nachfolgenden Generationen erhält.

6549 **Haushaltspolitik**

6550 Die konsequente Haushaltspolitik der Ampelkoalition der letzten Jahre führte zu Über-
6551 schüssen im Landeshaushalt. Unsere Politik hat es ermöglicht, die fiskalischen Her-
6552 ausforderungen des Klimawandels und der Corona-Pandemie im Land entschlossen
6553 und zielstrebig anzugehen und gleichzeitig gezielte Impulse für die Zukunft zu setzen.
6554 Wir werden die verantwortungsvolle Haushaltspolitik fortsetzen und dabei die verfas-
6555 sungsrechtlichen Vorgaben einhalten.

6556 Die Herausforderungen des Klimawandels und der Corona-Pandemie werden die Rah-
6557 menbedingungen für den Landeshaushalt in den kommenden Jahren spürbar belas-
6558 ten. Die Steuereinnahmen werden mittelfristig deutlich hinter den Erwartungen vor der
6559 Pandemie zurückbleiben. Dies schränkt die Spielräume auf der Ausgabenseite kom-
6560 mender Landeshaushalte erheblich ein.

6561 Wir brauchen deshalb weiterhin eine konsequente Begrenzung und Priorisierung der
6562 Ausgaben des Landes. Angesichts der unsicheren Haushaltslage stehen alle in die-
6563 sem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.
6564 Neue Maßnahmen lassen sich nur umsetzen, wenn die dazu notwendigen Mittel durch
6565 strukturelle Entlastungen des Haushalts erwirtschaftet werden. Möglichkeiten der Ge-
6566 genfinanzierung durch strukturell wirksame Einsparungen in anderen Bereichen wer-
6567 den wir nutzen. Bereiche, in denen vorübergehend mehr Mittel benötigt werden, wer-
6568 den wir fortlaufend daraufhin überprüfen, ob die angestrebten Ziele erreicht werden
6569 und ob der Umfang der Mittel weiter notwendig ist.

6570 Nur eine konsequente Ausgabendisziplin ermöglicht die Schaffung finanzieller Gestal-
6571 tungsräume, um die bevorstehenden Herausforderungen zielgerichtet in den Blick
6572 nehmen zu können und zukunftsweisende Schwerpunkte zu setzen. Wir wollen die
6573 Investitionsquote des Landes auf hohem Niveau fortführen. Wir gehen bestehende ge-
6574 sellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen der kommenden Jahre an und
6575 legen einen Schwerpunkt auf die Förderung und aktive Gestaltung laufender Transfor-
6576 mationsprozesse in den Bereichen, Bildung, Klimaschutz, Wirtschafts- und Arbeits-
6577 welt, Digitalisierung und Stärkung der Infrastruktur. Aus dem Sondervermögen „Nach-
6578 haltige Bewältigung der Corona-Pandemie“ können – gemäß der Zielsetzung, zur Pla-
6579 nungssicherheit von Haushalten und Unternehmen beizutragen – noch bis zum
6580 Jahr 2023 Corona-bedingte investive Ausgaben geleistet werden. Damit wollen wir
6581 konjunkturstabilisierende und zugleich nachhaltige Investitionen in Zukunftstechnolo-
6582 gien, Infrastruktur und Klimaschutz fortsetzen.

6583 Vor dem Hintergrund der Unsicherheit über den Verlauf der Pandemie und deren Fol-
6584 gen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie angesichts der Notwendigkeit der

6585 Reform des Kommunalen Finanzausgleichs wird die Koalition für das Jahr 2022 einen
6586 Einjahreshaushalt und für die Folgejahre wieder Doppelhaushalte vorlegen.

6587 Eine aktiv gestaltende Landesverwaltung lebt vom Engagement vieler kompetenter
6588 Mitarbeiter:innen. Wir wollen eine handlungsstarke Landesverwaltung, die mit ihren
6589 Ressourcen viel erreicht. Die Landesverwaltung verfügt über eine starke Personalaus-
6590 stattung. Aufgabenkritik, technische Innovation, fortlaufende Qualifizierung und orga-
6591 nisatorische Optimierung werden genutzt, um die aktuellen Herausforderungen mit ei-
6592 nem weitgehend konstanten Personalbestand zu bewältigen. Personalzuwächse sind
6593 nur bei deutlicher Veränderung von Aufgaben oder Hinzutreten neuer Aufgaben aus-
6594 nahmsweise möglich.

6595 Neben der Begrenzung der Ausgaben ist eine stabile Einnahmebasis die Vorausset-
6596 zung für solide öffentliche Haushalte und einen handlungsfähigen Staat. Bei der Beur-
6597 teilung steuerpolitischer Initiativen auf Bundesebene stellen die Auswirkungen auf die
6598 Einnahmeseite des Landeshaushalts für uns ein wesentliches Kriterium dar. Wir wer-
6599 den uns in Verhandlungen mit dem Bund weiter für eine dauerhafte bedarfsgerechte
6600 und nicht an Bedingungen geknüpfte Finanzierung von Landesaufgaben starkmachen.

6601 Das Land wird weitere geeignete Flächen im Landeseigentum als Standorte zur Strom-
6602 erzeugung aus Erneuerbaren Energien verpachten, um zum Gelingen der Energie-
6603 wende und zum Erreichen der Klimaschutzziele beizutragen. Dies betrifft auch geeig-
6604 nete Standorte für Windenergieanlagen in Staatsforsten.

6605 **Nachhaltige Finanzpolitik**

6606 Wir verstehen Klimaschutzpolitik als Querschnittsaufgabe, um unsere natürlichen, wirt-
6607 schaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu schützen. Hiervon ausgehend wollen
6608 wir auch im Bereich der Finanzpolitik weiter sichtbare Zeichen setzen und die Finanz-
6609 politik des Landes neben ökonomischen Kriterien stärker auch an Kriterien der Nach-
6610 haltigkeit und des Klimaschutzes ausrichten. Die im Jahr 2020 beschlossene Richtlinie
6611 für die Anlage der Mittel des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes“
6612 stellt sicher, dass sich die Neuanlage der Mittel zukünftig stärker an dem Gedanken
6613 der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ausrichtet. Wir werden
6614 auf die Weiterentwicklung des Anwendungsbereichs dieser Kriterien hinwirken und
6615 wollen mittelfristig sicherstellen, dass weitere Vermögensanlagen des Landes solchen
6616 Aspekten der Nachhaltigkeit entsprechen.

6617 Wir werden auch prüfen, ob bei der Kreditaufnahme nachhaltige und klimafreundliche
6618 Formen der Refinanzierung durch das Land eingesetzt werden können.

6619 Wir werden eine Berichterstattung über fiskalische Nachhaltigkeit in die mittelfristige
6620 Finanzplanung des Landes aufnehmen.

6621 **Steuerpolitik**

6622 Zur Bewältigung der Krisenfolgen in den öffentlichen Haushalten ist – neben einer Be-
6623 grenzung der staatlichen Ausgaben – die Sicherung der Einnahmenbasis erforderlich.
6624 Angesichts der Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Krise ist eine
6625 gerechte steuerliche Lastenverteilung weiterhin ein vordringliches Ziel.

6626 In diesem Zusammenhang muss auch verhindert werden, dass missbräuchliche Ge-
6627 winnverlagerungen in das Ausland das deutsche Steueraufkommen mindern. Um die-
6628 sem Ziel Rechnung zu tragen, wurde eine gesetzliche Auskunftspflicht für grenzüber-
6629 schreitende Steuergestaltungen geschaffen, bei deren Umsetzung der Bund und die
6630 Länder zusammenarbeiten. Wir werden uns in diesen Prozess weiter einbringen und
6631 auch damit einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit leisten.

6632 Zur Steuergerechtigkeit gehört für uns auch, dass bisher unbesteuerte Aktivitäten gro-
6633 ßer Konzerne im Digitalbereich in die Besteuerung einbezogen werden.

6634 Steuermisbrauch und Steuerhinterziehung ist auf allen Gebieten entschieden entge-
6635 genzutreten. Wir werden deshalb nach wie vor besonderen Wert darauflegen, dass die
6636 Betriebsprüfung und die Steuerfahndung gut aufgestellt sind.

6637 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kapitalgesellschaften nicht länger durch soge-
6638 nannte „Share deals“ mithilfe künstlicher, alleine auf die Steuergestaltung ausgerich-
6639 teter Konstruktionen die Grunderwerbsteuer vermeiden können.

6640 Wir setzen uns für das Ziel ein, die Unternehmen in Rheinland-Pfalz durch günstige
6641 Rahmenbedingungen im Wettbewerb zu stärken. Vor allem eine zeitnahe Betriebsprü-
6642 fung soll für die Unternehmen Planungssicherheit schaffen. Auch die Zusammenarbeit
6643 unserer Steuerverwaltung mit dem Fiskus anderer Staaten wollen wir vorantreiben.

6644 Die Grundsteuer ist eine Steuer, von der fast alle Bürger:innen betroffen sind. Wir wer-
6645 den weiter die erforderlichen Schritte unternehmen, um die Grundsteuerreform nach
6646 dem bundesgesetzlich vorgesehenen Modell für die Steuerverwaltung effizient und für
6647 die Bürger:innen schonend umzusetzen; dazu gehört die Teilnahme an der Erarbei-
6648 tung der entsprechenden automationstechnischen Grundlagen zusammen mit den üb-
6649 rigen Ländern. Die Kommunen sollen rechtzeitig in die Lage versetzt werden, ihre He-
6650 besätze anzupassen, um eine insgesamt aufkommensneutrale Reform sicherzustel-
6651 len.

6652 **Zeitgemäße Steuerverwaltung**

6653 Die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist nur mit einer handlungsfähigen Einnahme-
6654 verwaltung möglich. Die Steuerverwaltung hat die pandemiebedingten Herausforde-
6655 rungen angenommen und leistet einen wesentlichen Beitrag zu deren gesamtgesell-
6656 schaftlicher Bewältigung.

6657 Die Steuerverwaltung hilft in der Pandemie, die wirtschaftlichen Belastungen für die
6658 betroffenen Unternehmen sowie Bürger:innen abzufedern, insbesondere durch die
6659 schnelle und unbürokratische Bearbeitung einer Vielzahl von Anträgen auf Steuerstun-
6660 dungen oder Herabsetzung und Zurückzahlung von Steuervorauszahlungen. Sie ist
6661 trotz aller kontaktbeschränkenden Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für die Bür-
6662 ger:innen stets erreichbar und hat zur Bewahrung der eigenen Funktionsfähigkeit ihre
6663 besondere Flexibilität unter Beweis gestellt.

6664 Die Erfahrungen und Erkenntnisse dieser Krise gilt es nunmehr zu nutzen, um die
6665 Möglichkeiten flexibler und moderner Arbeitsformen in einer digitalisierten Arbeitswelt
6666 weiter auszubauen. Dabei kommt dem länderübergreifenden Automations-Projekt
6667 KONSENS, das wir auch weiterhin mit Nachdruck unterstützen werden, eine große

6668 Bedeutung zu. Dabei wollen wir auch auf eine bürger:innenfreundliche Sprache ach-
6669 ten. Denn nur, wer die Entscheidungen der Steuerverwaltung versteht, kann diese
6670 auch akzeptieren. Steuerakzeptanz aber ist ein wichtiger Bestandteil der Steuerge-
6671 rechtigkeit.

6672 **Beteiligungen des Landes**

6673 Landesbeteiligungen müssen transparent geführt werden und kostenbewusst agieren.
6674 Wir legen Wert auf die parlamentarische Kontrolle der Landesbeteiligungen und wollen
6675 diese weiterentwickeln. Wir werden dafür den Public Corporate Governance Kodex
6676 (PCGK) des Landes Rheinland-Pfalz überarbeiten und an die aktuellen Erfordernisse
6677 anpassen. Darüber hinaus soll geprüft werden, einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht
6678 auch für die Landesbetriebe – in Anforderungen und Ausgestaltung proportional zu
6679 Tätigkeit und Größe der jeweiligen Landesgesellschaft – verbindlich einzuführen.

6680 Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) hat insbesondere durch die
6681 Bearbeitung vielfältiger Corona-Hilfsprogramme in herausragender Weise dazu beige-
6682 tragen, die Folgen der Pandemie in Rheinland-Pfalz zu bewältigen. Wir werden die ISB
6683 weiter zum zentralen Förderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz ausbauen. In diesem
6684 Zusammenhang werden wir auch prüfen, ob die Wiederaufbaukasse in die ISB über-
6685 führt werden kann. Wir wollen zudem den Einsatz von Wagniskapital bei mittelständi-
6686 schen und forschungsintensiven Unternehmen verstärkt fördern.

6687 Wir bekennen uns ausdrücklich zum Lotteriemonopol, mit dem eine Steuerung des
6688 Spielverhaltens und damit eine effektive Suchtprävention ermöglicht wird. Vor diesem
6689 Hintergrund sind auch die im neuen Glücksspielstaatsvertrag vorgesehenen weiterge-
6690 henden Möglichkeiten zu beurteilen. Wir werden daher auf Grundlage einer umfassen-
6691 den Prüfung entscheiden, ob und gegebenenfalls in welcher Form diese Möglichkeiten
6692 auch in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden sollen.

6693 **Das Land Rheinland-Pfalz – ein moderner, attraktiver und vielfältiger Arbeitgeber**

6694
6695
6696 **Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern**

6697 Die rheinland-pfälzischen Beamt:innen und die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen
6698 Dienst sind eine grundlegende Stütze unseres Gemeinwesens. Eine engagierte und
6699 leistungsfähige Verwaltung ist die Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat,
6700 der für gute und verlässliche Strukturen des Zusammenlebens im Sinne aller Men-
6701 schen sorgt.

6702 Wir stehen dafür ein, dass das Land Rheinland-Pfalz ein guter und attraktiver Arbeit-
6703 geber bleibt und auch in Zukunft im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann.
6704 Dies betrifft eine angemessene Bezahlung ebenso wie gute Arbeitsbedingungen für
6705 die Bediensteten des Landes. Wir streben im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten
6706 an, die Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder für die Beschäftigten des
6707 Landes auch für die Beamt:innen sowie die Versorgungsempfänger:innen zu überneh-
6708 men.

6709 **Arbeitgebermarke aufbauen**

6710 Die rheinland-pfälzische Landesverwaltung ist ein moderner, attraktiver und krisensi-
6711 cherer Arbeitgeber mit vielfältigen beruflichen Betätigungsfeldern. Diese Vorteile des
6712 öffentlichen Dienstes wollen wir stärker herausstellen. Wir wollen eine Arbeitgeber-
6713 marke konzipieren, in der sich sämtliche Fachbereiche unter dem Arbeitgeber Landes-
6714 verwaltung wiederfinden.

6715 **Bewerbungsprozess beschleunigen**

6716 Das Karriereportal Rheinland-Pfalz werden wir in diesem Zusammenhang modernisie-
6717 ren und elektronische Personalgewinnung ermöglichen. Wir wollen dadurch den Be-
6718 werbungsprozess vereinfachen und beschleunigen. Dies ist eine wesentliche Voraus-
6719 setzung im Wettbewerb um die besten Köpfe.

6720 **Duale Studiengänge einrichten**

6721 Die Verwaltung steht vor der Herausforderung, ihren Bedarf insbesondere an Digitali-
6722 sierungs- und IT-Kompetenzen zu decken. Mit neuen dualen Studiengängen und einer
6723 engen Kooperation mit rheinland-pfälzischen Hochschulen wollen wir dem wachsen-
6724 den Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften im technischen und naturwissenschaft-
6725 lichen Verwaltungsdienst noch besser Rechnung tragen.

6726 **Gute Arbeitsbedingungen und individuelle Entwicklung**

6727 Eine leistungsfähige Verwaltung braucht leistungsfähiges Personal. Gute Arbeitsbe-
6728 dingungen stehen daher für uns im Zentrum. Wir wollen eine lebensphasenorientierte
6729 Personalpolitik fördern und dadurch Anreize für einen längeren Verbleib im öffentlichen
6730 Dienst setzen. Wir ermöglichen die individuelle Entwicklung und Entfaltung unserer
6731 Mitarbeitenden. Mit gezielten Fort- und Weiterbildungsangeboten wollen wir sie in ih-
6732 rem beruflichen Fortkommen weiter unterstützen. Wir fördern die Kultur des lebens-
6733 langen Lernens. Mit individuellen Personalentwicklungsmaßnahmen wollen wir unsere

6734 Bediensteten zu einer möglichst vielfältigen Einsatz- und Verwendungsbreite befähigen. Hierzu wollen wir Fortbildungsbeauftragte als Teil der jeweiligen Personalverwaltung etablieren, die unseren Bediensteten passgenaue Fort- und Weiterbildungsangebote empfehlen können.

6738 Öffentliche Träger der Fort- und Weiterbildung – wie z.B. die Kommunalakademie Rheinland-Pfalz, die Hochschule für öffentliche Verwaltung oder die Volkshochschulen – haben bei der beruflichen Fort- und Weiterbildung für uns einen hohen Stellenwert. Mitarbeitende und Führungskräfte der Landesverwaltung können bereits jetzt deren Angebote in Anspruch nehmen. Diese Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir weiter ausbauen, um motivierte Leistungsträger in der Verwaltung zu halten.

6744 Wir fördern Kreativität und Innovation. Innovation findet vor allem dort statt, wo unterschiedliche Ideen, Perspektiven und Expertisen aufeinandertreffen. Voraussetzungen hierfür sind eine positive Fehlerkultur, Vertrauen und Wertschätzung.

6747 **Dienstrad-Leasing**

6748 Wir wollen für Bedienstete der Landesverwaltung ein Dienstrad-Leasing einführen und hierfür die Möglichkeit zur Entgeltumwandlung für die Mitarbeiter:innen schaffen. Sofern die Tarifvertragsparteien in der anstehenden Lohnrunde eine entsprechende Regelung für den Bereich der Tarifbeschäftigten vereinbaren, wollen wir diese zeitnah umsetzen.

6753 **Gleichberechtigung von Frauen im öffentlichen Dienst**

6754 Dem öffentlichen Dienst kommt mit Blick auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Berufsleben eine besondere Vorbildfunktion zu. Daher setzen wir in allen Ressorts der Landesregierung und bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit um. Wir streben landesweit eine paritätische Verteilung der Führungspositionen in der Landesverwaltung an. Das erfolgreiche Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“ führen wir fort und wollen mit Blick auf eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere das Instrument des „Job-Sharing“ in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung erweitern und auch für Führungspositionen attraktiv weiterentwickeln.

6763 Bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Vorständen in landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Landesbeteiligung setzen wir unsere Bemühungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen fort. Mit einem Anteil von über 31% haben wir bereits viel erreicht. Das erklärte Ziel bleibt die Parität. Bei allen Positionen, die landesseitig besetzt werden, verpflichtet sich das Land zu einer paritätischen Entsendung/Benennung.

6769 **Betriebliches Gesundheitsmanagement forcieren**

6770 Die Gesundheit unserer Bediensteten liegt uns am Herzen. Einen besonderen Stellenwert hat hierbei das systematische betriebliche Gesundheitsmanagement, das insbesondere mit präventiven Maßnahmen zum Wohl unserer Mitarbeitenden beiträgt.

6773 **Digitalisierungskompetenz**

6774 Die Digitalisierung der Verwaltung erfordert neue und veränderte Kompetenzen in al-
6775 len Aufgabenbereichen: Wir werden sicherstellen, dass unsere Bediensteten über die
6776 nötigen Anwender:innen-Kompetenzen für neue Applikationen verfügen. Führungs-
6777 kräfte brauchen Gestaltungskompetenzen, um die Digitalisierungspotenziale auf den
6778 eigenen Aufgabenbereich zu übertragen. Wir werden unseren Bediensteten die Fähig-
6779 keiten und Fertigkeiten vermitteln, die sie in der digitalen Verwaltung benötigen. Für
6780 uns steht bei der Digitalisierung nicht die Technik, sondern der Mensch im Mittelpunkt.

6781 Wir wollen außerdem den Service für die Mitarbeitenden der Landesverwaltung aus-
6782 bauen und weitere digitale Angebote im Bereich der „Employee-Self Services“ in die
6783 Wege leiten.

6784 **Flexible Arbeitszeitmodelle und Homeoffice ausbauen**

6785 Flexible Arbeitszeitmodelle und mobiles Arbeiten haben sich bewährt und sind fester
6786 Bestandteil unserer familienfreundlichen Personalpolitik. Wir werden unsere moder-
6787 nen und innovativen Arbeitszeitmodelle in der Landesverwaltung weiter ausbauen. Wir
6788 wollen überall dort, wo dies mit den dienstlichen Belangen vereinbar ist, Arbeiten auch
6789 im „Homeoffice“ ermöglichen. Wir wollen langfristige Arbeitszeitkonten einführen, um
6790 den Mitarbeitenden eine höhere Arbeitszeitsouveränität zu garantieren und die Le-
6791 bensarbeitszeit insgesamt flexibler zu gestalten. Damit bieten wir attraktive Lösungen,
6792 um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere bei der Kinderbetreuung
6793 sowie der Pflege naher Angehöriger weiter zu verbessern.

6794 Auch im Homeoffice muss es eine Unterscheidung zwischen Arbeitszeiten und
6795 Ruhezeiten geben und Homeoffice oder mobiles Arbeiten können einen festen Ar-
6796beitsplatz nur ergänzen. Die Arbeitszeiten müssen vollständig erfasst werden und es
6797 muss ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben.

6798 **Organisation zentraler Dienste**

6799 Es wurden erste Schritte für ein zentrales Fuhrparkmanagement beim Landesbetrieb
6800 Mobilität eingeleitet, das eine effizientere Nutzung der Dienstfahrzeuge gewährleistet.
6801 Wir streben die Verankerung weiterer ökologischer Elemente in diesem Rahmen an.
6802 Ein Großteil der Dienstwagen der Landesbehörden und nachgeordneter Behörden soll
6803 soweit möglich auf E-Mobilität umgestellt werden. Parallel dazu muss der Ausbau der
6804 Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge im Bereich der jeweiligen Dienststellen erfolgen. Die
6805 Corona-Krise hat ein stärkeres Gewicht digitaler Formen des Arbeitens und der Zu-
6806 sammenarbeit mit sich gebracht. Wir begreifen diese Entwicklung als ökonomische
6807 und ökologische Chance, eine dauerhafte Reduzierung der Reisekosten und der An-
6808 zahl der vom Land auf allen Verwaltungsebenen gehaltenen Fahrzeuge zu prüfen.

6809 **Landespersonalvertretungsgesetz**

6810 Wir planen – auch im Hinblick auf die weiter fortschreitende Digitalisierung der Arbeits-
6811 welt – eine Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Ebenso werden wir
6812 prüfen, wie das Dienstrecht entbürokratisiert werden kann.

Verbraucher:innenschutz

Auch im Verbraucher:innenschutz stehen wir vor einem Veränderungsjahrzehnt. Globalisierung und Digitalisierung stellen Verbraucher:innen vor neue Herausforderungen. Auf den schnellen Wandel im Bereich digitaler Geschäftsmodelle wollen wir mit Initiativen für stärkeren Verbraucherschutz reagieren. Uns allen kommt mit unseren Konsumentenscheidungen in einer Zeit des Klimawandels und globaler Ungleichheiten eine zentrale Rolle beim nachhaltigen Konsum zu – wir wollen die Rechte der Verbraucher:innen weiter stärken und schützen. Verbraucher:innen haben ein Recht auf verlässliche, glaubwürdige und verständliche Informationen, die ihnen eine Orientierungshilfe und echte Wahlfreiheit bieten.

Für einen starken Verbraucher:innenschutz

Für die Umsetzung eines wirksamen Verbraucher:innenschutzes wird auch in Zukunft die gute Arbeit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz von entscheidender Bedeutung sein. Sie steht den Verbraucher:innen zuverlässig mit Rat und Tat zur Seite. Die langjährigen Projektfinanzierungen „Digitaler Verbraucherschutz“ und „Finanzdienstleistungen“ wollen wir verstetigen. Wir wollen die Verbraucherzentrale bei dem Ausbau der digitalen Informations- und Beratungsangebote unterstützen.

In Kooperation mit der Verbraucherzentrale wollen wir die digitale Beratung und die Beratung in Bezug auf Aspekte der Nachhaltigkeit verstärken und die Marktbeobachtung mit einem nächsten Schwerpunkt beim Thema Ernährung und Gesundheit ausbauen. Ein weiterer wichtiger Teil unserer Verbraucherpolitik ist es, faire Akteur:innen am Markt zu stärken. Auch deshalb wollen wir eine transparente Preisgestaltung erreichen, damit Verbraucher:innen vor Täuschungen von Marktteilnehmer:innen geschützt werden.

Wir setzen uns für starke Verbraucherrechte ein, damit Verbraucher:innen auf Augenhöhe am Markt teilnehmen können und vor unseriösen Praktiken effektiv geschützt sind. Das nutzt auch der großen Mehrheit der seriösen Unternehmen.

Verbraucher:innenschutz für eine nachhaltige und soziale Gesellschaft

Mit unserer Verbraucher:innenpolitik wollen wir auch die Nachhaltigkeit fördern. Daher werden wir Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen Konsums ergreifen. Die oft ehrenamtlich betriebenen Repair-Cafés wollen wir in ihrer Arbeit unterstützen. „Energiearmut“ ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Wir wollen einen besseren Schutz einkommensschwacher Haushalte hiervoor erreichen. Die Verbraucherzentrale sehen wir als wichtige Partnerin bei der Beratung, auch bei Problemen mit Mietverhältnissen und Nebenkostenabrechnungen.

Für starke Verbraucher:innenrechte auch auf der Bundes- und Europaebene

Wesentliche Regelungen des Verbraucher:innenschutzes finden auf der Bundes- und auf der europäischen Ebene statt. Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucher:innen vor untergeschobenen Verträgen geschützt werden, telefonisch angebotene Verträge in Textform bestätigt werden müssen und automatische Vertragsverlängerungen deutlich begrenzt werden.

6855 Im weiten Bereich des digitalen Lebens setzen wir uns dafür ein, dass die Verbrau-
6856 cher:innenrechte nicht unter die Räder kommen und z.B. ein klarer Rechtsrahmen für
6857 den Einsatz von Algorithmen geschaffen wird, der für Transparenz sorgt und Diskrimi-
6858 nierungen verhindert. Verbraucher:innen müssen wissen können, was mit ihren Daten
6859 im Netz passiert.

6. Grundsätze der Zusammenarbeit und Vereinbarungen

Landtag und Bundesrat, Zusammenarbeit

Unser Koalitionsvertrag gilt für die gesamte Dauer der 18. Legislaturperiode. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition für das Land gemeinsam Verantwortung. Es wird ein Koalitionsausschuss gebildet, der regelmäßig tagt.

Zusammenarbeit im Landtag

Die Koalitionspartner SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP werden ihre Arbeit im Landtag und in der Landesregierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner vereinbaren, dass im Landtag und in allen von ihm beschickten Gremien nicht mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt wird. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Die Gewissensentscheidung der bzw. des einzelnen Abgeordneten nach Artikel 79 der Verfassung von Rheinland-Pfalz bleibt davon unberührt.

Zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit setzen die Koalitionspartner den bewährten, engen und regelmäßigen Informationsaustausch miteinander fort. Die Koalitionspartner vereinbaren, Verfahren und Arbeit im Landtag einvernehmlich zu gestalten. Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam eingebracht. Im Ausnahmefall können Anfragen auf Fraktionsebene von einem Partner allein eingebracht werden. Dann erfolgt dies im gegenseitigen Einvernehmen.

Landtag als Ort der gelebten Demokratie weiter stärken

Mit einer Reihe von Initiativen wollen wir unsere demokratische Kultur im gesellschaftlichen Alltag erlebbarer machen. Wir wollen die Steinhalle des Landesmuseums zu einem Ort der Demokratie und der politischen Bildung machen. Diesen Prozess werden wir in geeigneter Weise parlamentarisch begleiten und dabei auch modellhaft neue Beteiligungsformate testen wie beispielsweise Bürgerräte oder andere deliberative Ansätze.

Stärkung der Gedenkarbeit und Erinnerungskultur

Zum Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus gehört eine starke Gedenkarbeit und Erinnerungskultur. Dem Landtag kommt hier eine besondere Chance und Verantwortung zu, nicht nur, weil er die vielfältigen haupt- und ehrenamtlichen Initiativen vernetzt und koordiniert, sondern auch, weil er für demokratische Grundwerte und Menschenrechte einsteht und diese aktiv in die Gesellschaft vermittelt. Aufbauend auf dem gemeinsamen Zusammenwirken der vielfältigen lokalen, regionalen und überregionalen gesellschaftlichen Kräfte in Rheinland-Pfalz und den Erkenntnissen aus Gedenkveranstaltungen des Landtags wollen wir das Konzept der Gedenkarbeit unter Einbeziehung der maßgeblichen Akteure wie auch der Partnerregionen grenzüberschreitend fortentwickeln.

Kinderfreundlicher Landtag

Kinder sind im Landtag Rheinland-Pfalz ausdrücklich willkommen. Wir werden die im Landtag bereits geschaffenen Rahmenbedingungen für Kinderfreundlichkeit und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Abgeordnete als auch für Mitarbeitende, weitere Beteiligte und die Gäste des Parlaments kontinuierlich weiter verbessern. Dazu gehören zum Beispiel Wickel- und Stillmöglichkeiten und Eltern/Kind-Räume im Abgeordnetenhaus und im Deutschhaus.

Klimaneutraler Landtag

Entsprechend den Zielen der Landesregierung strebt der Landtag Klimaneutralität bis spätestens 2030 an. Die Koalitionspartner sind sich einig darüber, dass die Landesregierung Wege finden soll, wie die Mitarbeitenden der Fraktionen am Jobticket partizipieren können. Für die Mitarbeitenden des Landtags und der Fraktionen wollen wir die Möglichkeit eines Jobfahrrads schaffen. Auf Flugreisen im Inland und in die Nachbarländer soll weiterhin möglichst verzichtet werden. Wenn Flugreisen unternommen werden, sollen auch in Zukunft Ausgleichszahlungen erfolgen. Zudem soll die Infrastruktur für Wallboxen im Abgeordnetengebäude deutlich ausgebaut werden.

Transparenter Landtag

Für die Akzeptanz unserer Demokratie in der Gesellschaft ist Transparenz eine Grundvoraussetzung. Die Bürger:innen müssen jederzeit in Erfahrung bringen können, welcher Nebentätigkeit Landtagsabgeordnete nachgehen. Mit den Verhaltensregeln haben wir für eine Offenheit bei den Nebentätigkeiten gesorgt.

Im Landtag Rheinland-Pfalz gibt es bereits ein Lobbyregister. Nach Vorlage des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes werden wir auf dieser Grundlage das Lobbyregister weiterentwickeln.

Auch die Arbeit des Parlaments muss für die Bürger:innen nachvollziehbar sein. Um die Arbeit des Parlamentes noch transparenter darzustellen, sollen in der neuen Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Ausschusssitzungen jederzeit gestreamt werden können.

Die Parlamentsunterlagen werden zentral und übersichtlich auf der Plattform OPAL der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Es soll geprüft werden, ob die Grundsätze von Open Data hierbei zukünftig noch besser umgesetzt werden können.

Öffentliche Petitionen

Ein wichtiges und niedrighschwelliges Beteiligungsrecht mit Verfassungsrang ist das Petitionsrecht. Wir wollen, dass öffentliche Petitionen künftig in der Regel in öffentlicher Sitzung beraten werden.

Gendergerechte Sprache

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, sich im Laufe der Legislaturperiode auf ein einheitliches Verfahren für eine gendergerechte Sprache im Parlament und in der Regierung zu einigen.

Demografische Anpassungen des Landeswahlgesetzes fortsetzen

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung haben die Koalitionspartner in der zurückliegenden Wahlperiode eine Neuordnung der Landtagswahlkreise vorgenommen. Da nach wie vor einige Verbandsgemeinden unterschiedlichen Wahlkreisen zugeordnet sind, besteht die Notwendigkeit einer weiteren Wahlkreisreform. Deshalb werden die Koalitionspartner den Innenminister dazu auffordern, hierfür dem Landtag einen Vorschlag binnen 18 Monaten zu unterbreiten, der Gegenstand der parlamentarischen Beratung wird. So stellen wir sicher, dass auch in dieser Wahlperiode eine notwendige Anpassung zur Wahlkreisentwicklung frühzeitig vorgenommen werden kann.

Verfassungsänderung

Wir streben folgende Änderung der Verfassung an und werden dazu den Dialog mit den demokratischen Fraktionen im Landtag suchen:

- Einführung des Wahlalters mit 16 bei Kommunal- und Landtagswahlen,
- Ersetzung des „Rasse“-Begriffs in unserer Verfassung,
- Klimaschutz als Staatsziel in der Verfassung verankern.

Bundesrat

Die SPD benennt zwei Mitglieder des Bundesrats, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und die FDP je ein Mitglied. Die übrigen Mitglieder der Landesregierung werden stellvertretende Mitglieder des Bundesrats. Das Mitglied und das stellvertretende Mitglied im Vermittlungsausschuss werden durch die SPD benannt.

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird unter Berücksichtigung der Interessen des Landes und am Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarung zwischen den Koalitionsparteien abgestimmt. Sofern in Fragen, die nach Auffassung eines Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

Struktur der Landesregierung

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Struktur der Landesregierung:

- Ministerium des Innern und für Sport
- Ministerium der Finanzen
- Ministerium der Justiz
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
- Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
- Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- Ministerium für Bildung
- Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität